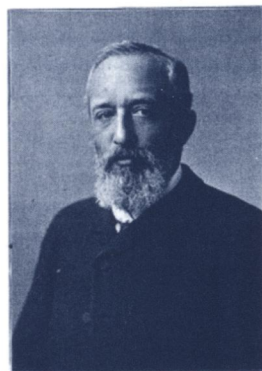

Mitteilungen

des

Oberhessischen
Geschichtsvereins
Gießen



Hermann Diez.

2014

99. Band

Mitteilungen
des
Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:
Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow, Susanne Gerschlauer,
Dagmar Klein und Carsten Lind

99. Band

Gießen 2014

Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der
Universitätsstadt Gießen gedruckt.

Impressum:

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Titelbild:

Hermann Levi (7.11.1839-13.5.1900),
die Abbildung wurde von Herrn Dieter Steil
zur Verfügung gestellt.

ISSN: 0342-1189

Druck und Bindearbeiten:

VDS-Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt a. d. Aisch

INHALT

Michael Breitbach: Nachruf auf Dr. Rüdiger Mack	1
I. Beiträge	
Dietlind Grabe-Bolz: Feierstunde Hermann-Levi-Saal	5
Dieter Steil: Hermann Levi – Dirigent, Übersetzer und Musiker aus Gießen	9
Heidrun Helwig: Büchner oder nicht Büchner? Eine hitzige Kontroverse	19
Agnes Schmidt: „Was unsren Mädchen Not tut, ist eine ganz gründliche Kenntnis der Weltgeschichte ...“: Luise Büchner als Historikerin	37
Bernd Greiten/Manfred Schmidt: Das Schicksal der in Krofdorf geborenen Jüdin Bertha Schmitt	51
Ingfried Stahl: Angenrod im Dritten Reich: Nonkonformismus und Zivilcourage	129
Jeannette van Laak: Sehnsuchtsort Gießen? – Zur Geschichte des Notaufnahmelandes nach dem Mauerbau	185
Lars Witteck: Vom Erstaufnahmeland zur Erstaufnahmeeinrichtung	195
Jürgen Dauernheim: Fußball in Gießen – die Anfänge	211
II. Miszellen	
Ulrich Ritzerfeld Die Langsdorfer Verträge (1263) und die Neugestaltung in der Mitte des Reiches	235
Volker Hess Ein „Guter Ort“? – Einige Ergebnisse einer beiläufigen Spurensuche zum alten jüdischen Friedhof in Staufenberg	239

III. Rezensionen

Christian von Berg: Damals auf dem Waldsportplatz ... Der VfB 1900 und der Fußball in Gießen

Jürgen Dauernheim

247

Ursula Braasch-Schwersmann, Christine Reinle, Ulrich Ritzerfeld (Hrsg.),
Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge
1263/2013

Eva-Marie Felschow

248

IV. Neue Publikationen

251

V. Vereinsleben

253

VI. Presseberichterstattung

255

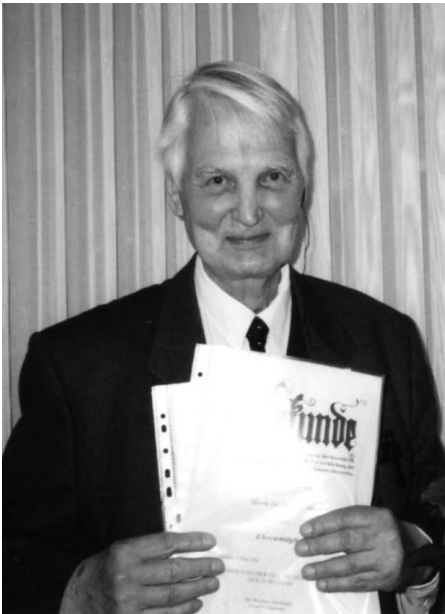
VII. Autorinnen und Autoren

263

Nachruf

Dr. Rüdiger Mack

Rüdiger Mack verstarb mit 95 Jahren im Juli 2013 in Laubach. Mit ihm verliert der Oberhessische Geschichtsverein, dem Herr Mack 41 Jahre angehörte, eine herausragende Persönlichkeit. Getragen von einer beeindruckenden Lebensbejahung, begabt mit feinem Humor und angespornt von nie versiegender Neugier hat Herr Mack sich in Respekt verdienender Weise mit seiner Verstrickung in das NS-Regime auseinandergesetzt. Er hat Konsequenzen aus den damit verbundenen grauenhaften Erfahrungen für sich gezogen und durch sein vielfältiges Handeln tatkräftig gesellschaftliche Verantwortung in seiner pädagogischen und publizistischen Arbeit sowie seinen zahlreichen Friedensaktivitäten übernommen. Was Angehörigen seiner Generation, 1918 zum Ende des Ersten Weltkrieges geboren, als notwendige Antwort auf die Katastrophe des Nationalsozialismus, als Auftrag zur Aufarbeitung und Bewältigung deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts möglich zu tun war, dokumentiert in geradezu vorbildlicher Weise seine Lebensbilanz. Dafür hatte ihn der Geschichtsverein 2004 mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet.



Im Jahr 1945 erlitt Herr Mack lebensgeschichtlich, wie er einmal sagte, einen Grabenbruch - ein geologischer Begriff, der Vorstellungen von tiefgreifenden Verwerfungen und Brüchen, von gewaltigen Erdbeben und lebenszerstörendem Vulkanismus aufruft. In dieser Metapher fasste Herr Mack seine Beschreibungen zusammen, wonach seine herkunftsbedingte innere Lebenswelt – familiär geprägt durch eine stramm deutschnationale Haltung gepaart mit soldatischem Geist – materiell, ideell und emotional zusammengebrochen war. Dazu rechnete er nicht nur den Verlust aller seiner vier Brüder im Krieg und nahestehender Freunde, sondern verband dies auch mit der Einsicht in seine – wie er

selbst schrieb – arg- und kritiklose Begeisterungsfähigkeit. Sie hatte ihn sowohl zum engagierten Jungvolkführer werden, als auch unmittelbar nach dem auf einem humanistischen Gymnasium erworbenen Abitur in den Militärdienst bis Kriegsende wechseln und in den Offiziersrang aufsteigen lassen. Danach suchte er einen neuen Ansatz oder, wie es nach dem 2. Weltkrieg hieß, eine moralische

Aufrüstung. Diese fand er in seinen Studien zur Theologie, zu Osteuropa, vor allem aber fand er sie in der klassischen Antike über die Studienfächer Alt-Griechisch und Geschichte. Nach vorheriger sozialpädagogischer Arbeit fand er so über sein Staatsexamen im Jahre 1954 zum Beruf als Lehrer, zunächst in Niedersachsen, bevor er 1962 nach Laubach an die Paul-Gerhardt-Schule bis zu seiner Pensionierung Anfang der 80er Jahre kam.

Seine schulische Arbeit war von Anfang an nicht nur davon geprägt, seinen Schülern den „Tempel des Humanismus“ aufzuschließen, sondern ganz maßgeblich auch davon angetrieben herauszufinden, wie es zu der deutschen Katastrophe hat kommen können. Er thematisierte deshalb bereits in den 50er Jahren im Unterricht die NS-Zeit, insbesondere auch die Wirklichkeit der Konzentrations- und Vernichtungslager, weit bevor der Auschwitz-Prozess in Gang kam. Er ließ seine Schüler, wie wir von dem späterem Berliner Kultursenator Ulrich Roloff-Momin wissen, alles aufsammeln, was sie als Überbleibsel des NS noch finden konnten und zu einer Ausstellung in der Schule zusammenzustellen, um die Propaganda- und Wirkungsmechanismen der NS-Politik zu verstehen. Wichtig war ihm dabei, in Abkehr vom Muster des Frontalunterrichts die Schüler an die Quellen heranzuführen, möglichst die Fakten sprechen zu lassen, sie, die Schüler, bei der Spurensuche zu begleiten und zu unterstützen, damit diese sich selbst ihr Urteil bilden könnten. Besuche des Auschwitz-Prozesses waren in den 60er Jahren Teil dieses Konzeptes.

Seine auf tätiges Engagement gerichtete pädagogische Arbeit, gespeist aus dem erfahrungsgesättigten Antrieb, aus der Geschichte lernen zu wollen und sein Gelerntes unaufdringlich an andere weiterzugeben, für Toleranz ganz praktisch einzutreten und für Verständnis gegenüber denen zu werben, die aus anderen Kulturtraditionen kommen, griff in den 60er Jahren auch auf den außerschulischen Bereich aus: Herr Mack gründete und arbeitete für die Arbeitsgemeinschaft Friedensdienst, die ab 1969 jährliche Arbeitseinsätze in Auschwitz, aber auch in Slums von Palermo durchführte. Dafür erhielt er 1975 den Theodor-Heuss-Preis für vorbildliches gesellschaftliches Engagement. In den 70er und 80er Jahren engagierte sich Mack bundesweit in Friedensorganisationen z.B. in der Aktion Sühnezeichen, gründete später auch einen „Friedensdienst der Älteren“, um Senioren zu aktivieren. Dabei hat er noch weit nach seiner Pensionierung 1986 für ein halbes Jahr in Suppenküchen in Philadelphia/USA mitgearbeitet.

Mack, dessen historische Reflexion wesentliche Grundlage für seine pädagogische Arbeit war, hat auch zur Geschichte des Gießener Raums und seiner Nachbargebiete geforscht und hierzu wichtige, weiterführende Beiträge veröffentlicht. So beschäftigte er sich mit der Geschichte des deutschen Judentums, zunächst der Entwicklung des Antisemitismus in Oberhessen am Beispiel der sog. Böckel-Bewegung. Dem Pietismus und der Frühaufklärung an der Universität Gießen und in Hessen-Darmstadt sowie dem christlich-toleranten Absolutismus am Beispiel der Grafschaft Laubach galten sein besonderes Interesse. Arbeiten zur Pädagogik Philipp Jacob Speners, zu Religionsstreitigkeiten und

militärischem Ungehorsam in Laubach um 1700 sowie Beiträge zum Konflikt zwischen Freiseen und ihren Pfarrern Anfang des 18. Jahrhunderts rundeten diesen Schwerpunkt ab. Seine schließlich zum 90. Geburtstag herausgegebene, wesentliche Facetten seines Lebens ausleuchtende Autobiografie unter dem Titel „Er-Innerungen“ runden seine Beiträge ab, er erzählt sie freimütig und gibt sich so als zeitgeschichtliche Quelle preis: warum? Um noch einmal gegen Ende seines langen, reichen und erfüllten Lebens zur Veränderung aus geschichtlicher Verantwortung und Erfahrung aufzurufen – ganz im Sinne seines pädagogischen Engagements.

Dr. Michael Breitbach

Feierstunde Hermann-Levi-Saal

DIETLIND GRABE-BOLZ*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
vor etwa zwei Jahren startete hier im Konzertsaal eine gemeinsame Vortragsreihe von Stadt und Universität Gießen. Das Thema waren „Gießener, die Geschichte schrieben“.

Im Vorfeld wurde damals die Frage gestellt, wer ist in diesem Sinne eigentlich Gießener. Handelt es sich dabei um gebürtige Gießenerinnen und Gießener, um Personen, die über lange Jahre hinweg in unserer Stadt gewirkt haben, oder können wir auch jene hinzuzählen, die hier zwar – oft durch die Gießener Universität – für kürzere oder längere Zeit Station gemacht haben, dann aber später an anderen Orten große Leistungen vollbrachten, durch welche sie Berühmtheit erlangten.

Diese Frage ist damals nicht präzise beantwortet worden. Vorgestellt wurden sowohl Personen, die länger in Gießen verweilten, gleichsam hier heimisch geworden sind, aber auch solche Persönlichkeiten, für die Gießen nur eine kurze Durchgangsstation gewesen ist.

Dabei konnte allerdings festgestellt werden, dass es eine ganze Reihe wirklich bedeutender Menschen gibt, die in ihrer Lebens- und Schaffenszeit einen direkten Bezug zu Gießen hatten. Und es ist weiter deutlich geworden, es sind so viele, dass in der Vortragsreihe nur einige wenige vorgestellt werden konnten.

Hermann Levi, an den wir heute erinnern und den wir mit der Benennung des Konzertsaales ehren, war damals nicht darunter. Dabei hätte er in ganz besonderer Weise in diese Reihe hineingepasst.

„Wer gelitten hat, hat das Recht frei zu sein.“ Diesen von ihm selbst ausgewählten Goethesatz aus „Wilhelm Meister“ für einen von ihm verfassten Jahreskalender im Jahr 1900 kann als Motto gelten für das Leben dieses bedeutenden Dirigenten: Ein Leben, das neben triumphalen Erfolgen auch bittere Erfahrungen und schmerzliche Leiden beschert hat.

Hermann Levi, 1839 in Gießen geboren, stammte aus einer Rabbinerfamilie. Sein Vater, Benedict Levi, versah über Jahrzehnte das Amt des hessischen Landesrabbiners in unserer Stadt.

Die Umwelt, in welcher der junge Hermann Levi aufwuchs, muss man sich noch sehr kleinstädtisch und provinziell vorstellen, trotz der Gießener Universität. So war es nur eine folgerichtige Entscheidung des Vaters, seinen musikalisch außerordentlich begabten Sohn zu Verwandten nach Mannheim zu schicken. Dort, im badischen Mannheim, einer ehemaligen Residenzstadt und damals bereits rasch expandierende Hafen- und Industriestadt, waren sehr viel günsti-

* Rede der Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Gießen, gehalten am 25. November 2014.

gere Rahmenbedingungen für die Förderung der musischen Talente Hermanns gegeben. In Mannheim gab es in dieser Hinsicht alles, was es in Gießen nicht gab. Vor allem gab es eine vor Aktivität und Innovation vibrierende Theater- und Musikszene.

Sein Lehrer Vincenz Lachner hatte seine Begabung erkannt und charakterisierte Hermann Levi folgendermaßen: „Levi kam als Knabe von zwölf Jahren (...) hierher, um bei mir Unterricht (...) zu nehmen. Er war damals schon ein ausgezeichneter Klavierspieler und [Vom-blatt-leser] und zeigte ein tiefes, mit den entscheidenden Sinnesanlagen begleitetes Gefühl für Musik. Nach drei fleißig ausgebeuteten Unterrichtsjahren, gab ich ihm den Rat, das Conservatorium in Leipzig zu besuchen (...) hauptsächlich (...), um der neueren, vorzugsweise in Leipzig vertretenen Richtung der Musik nicht fremd zu bleiben“.

Dies scheint eine der entscheidenden Weichenstellungen in Hermann Levis beruflichem Leben gewesen zu sein, die ihn schließlich auf die Laufbahn eines bedeutenden Dirigenten und Musikinterpreten brachte. Die weiteren Stationen sind Paris, Rotterdam, Karlsruhe und schließlich München.

Hier schließlich, auf dem Höhepunkt seiner Karriere, wurde er zum bedeutendsten Wagnerinterpreten seiner Zeit und war als solcher auch von Richard Wagner selbst akzeptiert und geschätzt. Dennoch hatte er in diesem Abschnitt seines Schaffens in zunehmendem Maße unter Anfeindungen wegen seiner jüdischen Religionszugehörigkeit zu leiden. So dirigierte er zwar von 1882 bis 1894 auf ausdrücklichen Wunsch Richard Wagners Parsifal in Bayreuth. Doch kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Familie Wagner, insbesondere mit der Witwe Cosima, die Hermann Levi zur Aufgabe seines Glaubens drängten. Hierdurch ist die letzte Lebensphase Levis auf belastende Weise geprägt.

Neben seiner Karriere als Dirigent pflegte Hermann Levi vor allem in seinen jüngeren Jahren Ambitionen als Komponist: Ein Klavierkonzert, das erst vor kurzer Zeit in Gießen sehr erfolgreich aufgeführt wurde,¹ eine Symphonie, eine Sonate für Violine, verschiedene Liedvertonungen und mehrere Werke der Klavier- und Kammermusik sind dabei entstanden. Nach kritischen Worten des großen Johannes Brahms zu seinen Kompositionen gab er allerdings das Komponieren wieder auf. Wir haben heute im Rahmen der Feierstunde das große Glück, dass wir gleich zu Beginn Sechs Lieder, aufgeführt von Tomi Wendt und Evgeni Ganey, erleben konnten.² Nach dem Vortrag von Dieter Steil über Hermann Levi genießen wir ein weiteres Mal eine seiner Kompositionen, nämlich eine Hymne und Marsch mit Herbert Gietzen und Evgeni Ganey vierhändig am Klavier.³

1 Klavierkonzert A-moll, op. 1 (1861), aufgeführt am 4. Februar 2014 vom Philharmonischen Orchester des Stadttheaters Gießen, Leitung: Florian Ziemer, Solist: Marco Rapetti, s. hierzu Bericht Gießener Anzeiger vom 6.2.2014.

2 S. hierzu nähere Angaben im nachfolgenden Beitrag von D. Steil, dort Anm. 16.

3 S. hierzu nähere Angaben im nachfolgenden Beitrag von D. Steil, dort Anm. 18.

Mit seiner Geburtsstadt hat Hermann Levi während all der Jahre den Kontakt nicht verloren. Daher ist es an der Zeit, dass wir hier seiner als genialen Dirigenten, Musiker und Übersetzer gedenken und dieser Erinnerung Dauer verleihen durch die Benennung unseres Konzertsaales in „Hermann Levi Saal“.

Hermann Levi – Dirigent, Übersetzer und Musiker aus Gießen¹

DIETER STEIL

Mit der Benennung dieses Konzertsaaes nach Hermann Levi ehrt die Stadt Gießen die bisher bedeutendste in Gießen geborene oder mit Gießen verbundene Musikerpersönlichkeit. Zugleich erinnert die Stadt mit der Benennung nach dem deutschen Künstler jüdischer Herkunft an die spannungsreiche deutsch-jüdische Geschichte. Gerade wegen seiner Nähe zu dem Ehepaar Wagner mit dessen Antisemitismus repräsentiert der ungetaufte Hermann Levi wie kaum ein anderer in der deutschen Kulturgeschichte die Implikationen von Assimilation und Integration einer Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft. In drei Schritten stelle ich Ihnen den zu Ehrenden vor und kehre dabei die Abfolge des Themas um:

1. Der Gießener Hermann Levi.
2. Der Musiker und Übersetzer.
3. Der Dirigent.

1. Der Gießener Hermann Levi

Der am 7. November 1839 am Lindenplatz geborene und in der Neuen Bäume aufgewachsene Levi starb am 13. Mai 1900 in München. Nur die ersten dreizehn Lebensjahre lebte er in seiner Geburtsstadt, blieb ihr jedoch bis zu seinem Tod verbunden. Das Bindeglied war sein Vater Dr. Benedikt Levi, der von 1829 bis 1897 als Rabbiner hier wirkte und nur ein gutes Jahr vor seinem berühmten Sohn hier verstarb. Benedikt Levi gehörte zur ersten akademisch gebildeten Generation von Reformrabbimern, die zugleich für die Akkulturation der Juden in die deutsche Gesellschaft und Kultur eintrat. Dazu gehörte für ihn ein ästhetisch schöner jüdischer Gottesdienst mit Chorgesang und Orgelspiel analog zum protestantischen Gottesdienst. Diese Auffassung vermittelte er auch seinen Kindern.²

Seine musikalische Begabung hatte Hermann Levi von seiner Mutter geerbt; sie war in den Gießener bürgerlichen Kreisen als ausgezeichnete Pianistin sehr

1 Der Vortrag wurde anlässlich der Benennung des Konzertsaaes im Gießener Rathaus nach Hermann Levi am 25. November 2014 gehalten. Für den Druck ist er leicht überarbeitet und mit Anmerkungen versehen worden.

2 Zu Benedikt Levi (14.10.1806–4.4.1899) s. Dieter Steil, Zwischen Reformjudentum und Neuorthodoxie – Zum 200. Geburtstag des Gießener Rabbiners Dr. Benedikt Levi, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins (MOHG) 91. Bd., 2006, S. 69–94; Carsten Wilke, Humanität als Priesterschaft: Der Gießener Rabbiner Dr. Benedikt Levi (1806–1899), in: Aschkenas. Bd. 16, 2007, S. 37–75.

angesehen, verstarb jedoch schon Ende 1842.³ War Hermann Levi bereits als Dreijähriger zur Halbwaise geworden, verlor er als Fünfjähriger auch seine Stiefmutter.⁴ Die doppelte Erfahrung des Verlassenwerdens, des Verlassenseins prägte Levi nachhaltig. Sie dürfte sich verfestigt haben, als er von seinem Vater 1852 zu Verwandten seiner Mutter nach Mannheim gegeben wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte Hermann Levi sowohl in der jüdischen Gemeinde Gießens wie in der Stadtgesellschaft allgemein erste Anerkennung als Pianist gefunden. An seine damaligen Auftritte erinnerte er sich in seinen späten Lebensjahren ebenso positiv wie an seine Schulzeit am Gymnasium.⁵

Eine andere Erfahrung nahm der nicht nur musikalisch hochbegabte, sensible Levi mit: Hier ein ärmliches jüdisches Gotteshaus mit einem bescheidenen Instrument und einem bescheidenen Chor,⁶ da die repräsentative evangelische Stadtkirche mit großer Orgel und ordentlichem Chor.⁷ Von dieser Kirchenmusik war er als Jude ausgeschlossen. Auch aus diesem Kontrast heraus stellte sich Levi die Frage: Kann ich, der deutsche Jude, von der deutschen, christlichen Mehrheitsgesellschaft jemals als Repräsentant der deutschen Kunst anerkannt werden? Zumindest ein Teil des Gießener Bürgertums hatte Levi als einen solchen Repräsentanten angesehen, wie die Lebenserinnerungen des Schriftstellers Georg Edward erkennen lassen.⁸ Diese Kreise wussten auch Levis direkte oder indirekte Hilfe für die Gestaltung des hiesigen Musiklebens zu würdigen. So hätten wahrscheinlich weder Clara Schumann noch das Ehepaar Joachim ohne ihre Freundschaft mit Hermann Levi beim 1792 gegründeten Konzertverein der Kleinstadt Gießen konzertiert.⁹

3 Henriette Levi, geb. Mayer, aus Mannheim (1806/07–22.12.1842). Die biographischen Angaben nach Hanno Müller, *Juden in Giessen 1788–1942*, Gießen 2012, S. 363.

4 Henriette/Gitel Levi, geb. Worms, aus Gießen (6.3.1814–22.7.1845). Die biographischen Angaben nach Hanno Müller, *Juden in Giessen 1788–1942*, Gießen 2012, S. 363.

5 Wie freue ich mich auf das Orchester! Briefe des Dirigenten Hermann Levi, ausgewählt und kommentiert von Dieter Steil, Köln 2015, Brief Nr. 217, S. 367 f.

6 Die erste bekannte Synagoge stand in der Zozelsgasse, heute Dammstraße. Zur synagogalen Musik s. Steil (wie Anm. 2).

7 Die 1944 zerstörte Stadtkirche am Kirchenplatz. Familie Levi wohnte in den 40er und 50er Jahren des 19. Jahrhunderts in der Neuen Bäu. Levi musste zu jedem jüdischen Gottesdienst dieses Gotteshaus passieren. Seine Faszination für die christliche Kirchenmusik thematisiert Rolf Schneider in *Kapellmeister Levi. Eine Novelle*, Wien/Rostock 1989, so wie in dem Roman *Levi* oder die Reise zu Richard Wagner, Rostock 1989.

8 Wolfgang G. Bayerer, Brigitte Hauschild, Georg Edward zu Ehren, Ausstellung der Universitätsbibliothek Gießen zum 125. Geburtstag des Poeten am 13. Dezember 1994, Gießen 1996 (Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek und dem Universitätsarchiv Gießen 47), S. 67 f.

9 Dieter Steil, „Frau Dr. Schumann bringt ihren eigenen Konzertflügel mit“, Bemerkungen zu einem Konzert Clara Schumanns in Gießen, in: MOHG 98. Bd., Gießen 2013, S. 111–116. Das Engagement dieser wie das vieler anderer Musikerfreunde von Levi ist dokumentiert in *Festschrift und Festprogramm zur Jahrhundertfeier des Giessener Concert-Vereins am 20. und 21. Juli 1892*, Gießen 1892, S. 19–21.



Hermann Levi.

Ich hatte schon betont, dass Levi lebenslang mit seiner Geburtsstadt verbunden blieb. Dies geschah zum einen durch einen durchgängigen Briefwechsel zwischen Vater und Sohn. Er begann mit Levis Übersiedlung nach Mannheim, wo er von dem dortigen Hofkapellmeister Vincenz Lachner musikalisch ausgebildet wurde,¹⁰ und endete mit dem Tod des Vaters. Leider hat sich nur ein kleiner Teil der Briefe Hermann Levis erhalten.¹¹ Aus diesen Bruchstücken wird deutlich, dass Vater und Sohn sich gegenseitig ein Leben lang Ratschläge gaben und dass der Vater seinem Sohn ständig über wesentliche Vorgänge in Gießen berichtete.¹²

Zum andern pflegte Levi bei seinen zahlreichen Besuchen in Gießen die Kontakte zu befreundeten Familien. Besonders eng war die Verbindung zu

10 Levi lebte von 1852 bis 1855 bei Verwandten seiner Mutter in Mannheim. Neben dem Besuch des Gymnasiums erhielt er in diesen drei Jahren eine intensive musikalische Ausbildung von Vincenz Lachner (1811–1893).

11 Die erhaltenen Briefe Levis an seinen Vater befinden sich im Archiv der Richard-Wagner-Stiftung in Bayreuth (HS 4). Sie umfassen den Zeitraum von 1875 bis 1894. In diesem Konvolut haben sich wenige Briefe des Vaters aus dessen drei letzten Lebensjahren erhalten.

12 Beispiele in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5).

Siegmond Bock, dem Begründer der Bockschen Zigarrenfabrik, zu dessen Frau Ottilie und den Söhnen Gustav und Alfred. Alle vier waren musikalisch begabt, die Mutter Sängerin, der Vater hatte neben der kaufmännischen Lehre in Frankfurt privat Musikunterricht genommen. Mit Gustav Bock, der ein guter Cellist war, verband Levi das Interesse an der darstellenden Kunst.¹³ Den Schriftsteller Alfred Bock, ein guter Klavierspieler, förderte der auch literarisch gebildete Levi, indem er seinen Freund, den Erzähler Paul Heyse, auf Bock aufmerksam machte und so die Bekanntschaft der beiden Erzähler einleitete.¹⁴ Umgekehrt empfing Levi in München immer wieder Gießener Bürger, auch war er stets bereit, Gießener Besucher der Bayreuther Festspiele zu unterstützen.¹⁵

2. Der Musiker und Übersetzer

Wir haben gerade Levis Vertonung von vier der sechs romantischen Gedichte, überwiegend Liebesgedichte, gehört, die er 1861 als sein op. 2 veröffentlichte.¹⁶ Sie dürften mehrheitlich Ende der 1850er Jahre komponiert worden sein. Levi stand damals schon ganz im Banne von Schumann. Im Februar 2014 wurde bereits sein Klavierkonzert aufgeführt, das als op. 1 ebenfalls 1861 erschienen ist.¹⁷ Anschließend werden wir Levis Bearbeitung einer frühen Komposition von Théodore Gouvy hören. Sie wurde 1861 in Paris veröffentlicht.¹⁸ Gouvy, ein Wanderer zwischen Frankreich und Deutschland, und Levi hatten sich um 1860 kennen und schätzen gelernt, als dieser Musikdirektor in Saarbrücken war. Über viele Jahre führte Levi immer wieder Kompositionen dieses seit seinem Tode 1898 lange vergessenen Komponisten auf. Dem Gießener Publikum war Gouvy im vergangenen Jahr vom Philharmonischen Orchester mit der Aufführung seines dramatischen Oratoriums *Polyxena* vorgestellt worden.¹⁹ Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Lieder und die Gouvy-Bearbeitung heute erstmals öffentlich in Gießen aufgeführt werden.

13 Beide sammelten Kunst. Insbesondere über die Künstler der Münchener Sezession dürften sie sich ausgetauscht haben.

14 Als Beilage zu seinem Brief an Paul Heyse vom 23.2.1900 schickte Levi Alfred Bocks Roman *Die Pflastermeisterin*, Berlin 1899. Bereits im Brief vom 26.2.1900 äußerte sich Heyse begeistert über „diese Novelle Deines Giessener Freundes“. Siehe Julia Bernhardt, *Der Briefwechsel zwischen Paul Heyse und Hermann Levi. Eine kritische Edition*, Hamburg 2006, Nr. 107, S. 152; Nr. 109, S. 254 f.; siehe auch Michael Keuerleber, *Alfred-Bock-Lesebuch*, hg. von der Forschungsstelle Literarische Kultur in Oberhessen am Fachbereich Germanistik der Justus-Liebig-Universität Gießen Bd. 3, Fernwald 1991, S. 219-227.

15 Beispiele in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5).

16 Gesungen wurden die Lieder 1 bis 3 und 5: Heinrich Heine, *Der Mond ist aufgegangen*; Adalbert von Chamisso, *Verratene Liebe*; Carl Immermann, *Auf dem Rhein*; Heinrich Heine, *Allnächtlich im Traume*. Nicht gesungen wurden die Lieder 4 und 6: Adolf Böttger, *Die Glocken läuten das Ostern ein*; Joseph von Eichendorff, *Der letzte Gruss*.

17 Stadttheater Gießen, 5. Sinfoniekonzert der Spielzeit 2013/2014 am 4. Februar 2014.

18 Théodore Gouvy, *Hymne et Marche triomphale op. 35a*, Grand Orchestre für Klavier vierhändig gesetzt, Saarbrücken 1861. Paris 1861.

19 Stadttheater Gießen, 10. Sinfoniekonzert der Spielzeit 2012/2013 am 2. Juli 2013.

Die Gründe dafür, dass der Komponist Levi bis dahin in Gießen noch nicht zu hören gewesen war, sind sehr unterschiedlich. Ich gehe hier nur auf die in der Person Hermann Levi liegenden ein. Nachdem er 1858 mit einem glänzenden Examen sein Studium am Leipziger Konservatorium abgeschlossen hatte, konnte er wählen zwischen einer Laufbahn als Pianist, Komponist oder Dirigent. Als er 1861 in Leipzig mit seinem Klavierkonzert sowohl als Solist wie als Komponist durchfiel,²⁰ verfolgte er die Pianisten-Laufbahn nicht weiter. Er erkannte wohl, dass er selbst bei intensivem Training nicht in der ersten Reihe der Pianisten würde spielen können. Allerdings kannte er die Möglichkeiten des Klaviers so gut, dass er bis in die letzten Lebensjahre hinein immer wieder Klavierauszüge von Chorwerken und Opernkompositionen anfertigte. Ich nenne als Beispiele zunächst Brahms' *Schicksalslied*, das Levi in Karlsruhe uraufgeführt hatte. Dann den Klavierauszug von Richard Wagners früher Oper *Die Feen*, den er zu Cosima Wagners 50. Geburtstag 1887 fertigte. Und als drittes Beispiel Peter Cornelius' Oper *Der Barbier von Bagdad*. Sie konnte sich an den deutschen Opernhäusern erst in der Bearbeitung von Hermann Levi durchsetzen. Er stützte sich dabei auf eine Bearbeitung seines jüngeren Freundes und Kollegen Felix Mottl, der in Karlsruhe mit seiner Bearbeitung jedoch ebenso erfolgreich geblieben war wie Franz Liszt bei der Uraufführung des *Barbier* 1858 und dann 1877 der Hannoverscher Hofkapellmeister Hans von Bronsart.²¹

Schwankend blieb Levi nach der harschen Leipziger Kritik hinsichtlich seiner kompositorischen Fähigkeiten. Er zweifelte zwar immer wieder daran, dass er als Komponist Spitzenleistungen bringen konnte. Doch in den ersten Jahren seiner Freundschaft mit Johannes Brahms versuchte er offensichtlich, mit diesem in der Komposition einer zweiten Sinfonie zu konkurrieren, eine erste hatte er im Rahmen seines Examins am Leipziger Konservatorium selbst dirigiert.²² Als Brahms im Frühjahr 1866 Levis Kompositionen scharf kritisierte, indem er sie an dessen Anspruch maß, verzichtete Levi endgültig auf eine kontinuierliche und zielgerichtete Laufbahn als Komponist. Wie ernst es ihm mit dieser Entscheidung war, macht die fast völlige Vernichtung seiner nicht gedruckten Werke deutlich. Es mag sein, dass Brahms Levis kompositorische Fähigkeiten unterschätzt hat, es könnte aber auch sein, dass Levis Möglichkeiten nicht in der großen Form, sondern in der kleinen Form, der Liedkomposition, lagen. Zumindest in diesem Bereich setzte sich der „Kompositionsteufel“,²³ wie Levi ironisch formulierte, immer wieder durch. So hält Levis Biograph Frithjof Haas Levis Vertonung von Goethes Gedicht *Dämmerung senkte sich von oben* von 1868 für

20 Frithjoff Haas, *Zwischen Brahms und Wagner. Der Dirigent Hermann Levi*, Zürich und Mainz 1995, S. 56 f.

21 Briefe Levis an Felix Mottl in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5); Haas (wie Anm. 20), S. 293-296.

22 Briefe an Johannes Brahms in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5); Haas (wie Anm. 20), S. 37 f.

23 Hermann Levi an Clara Schumann am 23. November 1867, in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5), Nr. 23, S. 65.

gleichwertig mit Brahms' späterer Vertonung desselben Gedichtes.²⁴ Erst 1899 hat Levi seine Vertonung in einer Überarbeitung zusammen mit der Vertonung von zwei anderen Goethe-Gedichten drucken lassen.²⁵ Gewidmet hat er diesen Druck seiner Frau Mary,²⁶ die er 1896 an seinem 57. Geburtstag geheiratet hatte. Gerade Levis Bemerkungen zu seinen Liedkompositionen lassen erkennen, dass ihm diese nur in Phasen innerer Ruhe und Heiterkeit gelingen konnten. Die innere Ruhe dafür fand der vielseitig interessierte, ständig überarbeitete und von Kindheit an kränkelnde Levi nur höchst selten.

Ich komme nun zu Levis Tätigkeit als Übersetzer. Je länger er Operndirigent war, desto wichtiger wurde es ihm, dass fremdsprachliche Opernlibretti in ein gutes Deutsch übertragen waren. Gut waren für ihn Übersetzungen dann, wenn der Text dem Notenwert möglichst genau und zugleich dem Originalwortlaut weitgehend entsprach. Mit anderen Worten: Auch mit deutschem Libretto sollten die Opern so werkgetreu wie möglich aufgeführt werden. Als Levi 1864 sein Kapellmeisteramt am Karlsruher Hoftheater übernahm, fand er in dem Intendanten Eduard Devrient und dessen Sohn Otto Kollegen, die diese Auffassung teilten. Teils gemeinsam mit dem einen oder anderen oder allein übersetzte er in jenen Jahren u. a. Glucks *Iphigenie auf Tauris* und Rossinis *Barbier von Sevilla*; diese Oper erklang dann im Karlsruher Hoftheater erstmals mit den gesungenen Rezitativen auf einer deutschen Bühne. Bei der Übersetzung des Librettos zu Glucks *Iphigenie* kam es Levi darauf an, dass der deutsche Wortlaut es ermöglichen musste, die Rezitative in dem vom Komponisten notierten Notenwert zu singen. Er folgte in diesem Punkt Wagners Auffassung, dass die Sänger bei den Rezitativen keine Freiheit hätten, die Notenwerte beliebig zu verändern.²⁷ An dieser Übersetzungspraxis hielt Levi bis zu seinem Tod fest. In seinen letzten Berufsjahren übersetzte er noch Hector Berlioz' *Trojaner* für die Münchener Erstaufführung.²⁸ Als kostbares Vermächtnis hinterließ er uns die Übersetzungen der großen italienischen Mozart-Opern *Figaros Hochzeit*, *Don Juan (Giovanni)*, *Così fan tutte*, die bis heute kaum übertroffen sind.

Werfen wir abschließend einen Blick auf den Dirigenten.

24 Haas (wie Anm. 20), S. 68 f.

25 Diese Druckfassung weicht geringfügig von Levis Autograph ab, der sich im Nachlass von Anna Lindeck, der Enkelin von Levis Bruder Wilhelm Lindeck, im Stadtarchiv Mannheim erhalten hat (NL Lindeck, Anna 45/2003 Nr. 108).

26 Mary, geb. Meyer (1854–1919), war in erster Ehe verheiratet mit dem Kunstmäzen und -historiker Conrad Fiedler (1841–1895), in zweiter Ehe mit Hermann Levi, in dritter Ehe mit dem Dirigenten Michael Balling (1866–1925).

27 Hermann Levi an Clara Schumann am 5. Juni 1871, in: Wie freue ich mich auf das Orchester! (wie Anm. 5), Nr. 37, S. 93 f.

28 Levi begann mit der Übersetzung des Librettos spätestens Anfang 1892. Die Münchener Erstaufführung des 2. Teils der *Trojaner* dirigierte Levi am 29. Januar 1893, die des 1. Teils erst am 17. März 1895; die Gesamtauführung erfolgte dann am 23. und 24. März 1895; Daten nach Haas (wie Anm. 20), S. 320.

3. Der Dirigent

„Wenn Levi im Theater oder im Konzertsaal am Dirigentenpult stand, leitete er nicht nur mit seinem Stab die Aufführung, wenschon dieser Stab die feinsten wie die leidenschaftlichsten Seelenschwingungen zu charakterisieren verstand. Nein, der Blick seines Auges, der Ausdruck seines Gesichtes, sein eigenes Miterleben übte einen zwingenden unbewußten Einfluß aus, der die Mitwirkenden mit fortriß.“²⁹

So charakterisierte eine Freundin aus Levis Karlsruher Jahren in ihren Erinnerungen den jungen Dirigenten. Sie beschrieb damit, was Levi, der das Dirigieren als einer der Ersten als Hauptberuf ausübte, von Anfang an auszeichnete. Schon in Rotterdam war bemerkt worden, dass er mit „Präzision“ und „Feuer“ dirigierte.³⁰ Und Ernst von Possart, der Levi in München zunächst als Schauspieler und zuletzt als Intendant begleitete, erinnerte sich:

„Mit dem kurzen Emporrecken seines geistreichen Kopfes, einem Blitz des ausdrucksvollen Auges, befeuerte er die Sänger auf der Bühne, und der lebhaft wechselnde Ausdruck seines Gesichtes sprach beredter zu den Musikern, als es die pomphafte Geste eines landläufigen Kapellmeisters je vermochte.“³¹

Der Dirigent Levi ist durch diese Aussagen zutreffender charakterisiert als durch den von Cosima Wagner inspirierten und von Houston Stewart Chamberlain ausformulierten Nachruf auf den Parsifal-Dirigenten in den Bayreuther Blättern. Mit seiner antisemitischen Konnotation bestimmte die Bayreuther Sicht jahrzehntelang das Bild dieses bedeutenden Konzert- und Operndirigenten.³²

Mit seiner hohen Intelligenz durchdrang Levi die Partituren, erfasste mit seinem inneren Gehör die Absichten des jeweiligen Komponisten und bemühte sich, dessen Intentionen durch die kongeniale Wiedergabe zum Klingen zu bringen. Dieses in sich Hineinhören hat der Bildhauer Konietschke in seiner Levi-Büste, die im Gießener Theaterpark steht, treffend gestaltet.

Levi verstand sich als „Diener des Werkes“ und zugleich als gleichberechtigter Partner des Komponisten. Zu diesem Dienst am Werk gehörte einerseits die schon angesprochene angemessene Übersetzung von fremdsprachlichen Libretti. Zum andern erforderte er, so Levis Überzeugung, die Zusammenarbeit mit dem Schöpfer des Werkes. Deshalb lud Levi immer wieder Komponisten zu den letzten Proben eines neu einstudierten Werkes und zur Übernahme des Dirigates ein. Zur Gleichberechtigung gehörte für ihn, Komponisten zu kleineren oder größeren Änderungen einer Komposition anzuregen. Die bedeutendsten Bei-

29 Anna Ettlinger (1841–1924), Erinnerungen – für die Familie verfaßt, Leipzig [1920], S. 57. Eine Neuauflage mit veränderter Seitenzählung erschien Karlsruhe 2011.

30 Zit. nach: Wie freue ich mich auf das Orchester! (wie Anm. 5), Nr. 3 Anm. 9, S. 21.

31 Ernst von Possart, Erstrebtes und Erlebtes, Erinnerungen aus meiner Bühnentätigkeit, Berlin 1916, S. 316 f.

32 Houston Stewart Chamberlain, Einführung, in: Bayreuther Blätter. Deutsche Zeitschrift im Geiste Richard Wagners, hg. v. Hans von Wolzogen, Jg. 24, 1901, S. 13–17. Dieser Nachruf ist der gekürzten Ausgabe von Richard Wagners Briefen an Hermann Levi vorangestellt.

spiele sind Brahms' Klavierquintett³³ und Bruckners 8. Sinfonie, die bis 1972 nur in Bruckners überarbeiteter Fassung, in der er weitgehend Levis Änderungsvorschläge aufgenommen hatte, gespielt wurde.³⁴

Mit dieser Auffassung vom Amt des Dirigenten entsprach Levi weitgehend den Vorstellungen Richard Wagners, die dieser in seiner Schrift *Über das Dirigieren*³⁵ formuliert hatte. Bei der Karlsruher Ersteinstudierung der Oper *Die Meistersinger von Nürnberg* 1868/69 wandte Levi seine Auffassung konsequent auch auf Wagners Werk an, indem er sich wegen aufführungstechnischer Fragen an den Komponisten wandte. Die Qualität der Karlsruher Aufführung, die der Münchener Uraufführung nahe kam, trug entscheidend zu dem Vertrauen bei, das Wagner zu dem jüdischen Dirigenten Levi zu fassen begann – trotz seines antisemitischen Pamphlets *Das Judentum in der Musik*, das er Anfang des Jahres 1869 erneut publiziert hatte.³⁶ Die Annäherung beider Musiker wurde Ende 1871 bei deren erster persönlicher Begegnung öffentlich sichtbar, als Wagner Levi einen Abschiedskuss gab.³⁷ Diese Geste irritierte damals die engsten Freunde,³⁸ wie sie uns heute irritiert. Aus der Sicht Levis hatte er sich Wagner gegenüber bisher nicht anders verhalten als gegenüber Clara Schumann und Johannes Brahms. Diesen hatte er schon 1861 oder 1862³⁹ wegen seiner von Robert Schumann

33 Haas (wie Anm. 20), S. 97 f.; Wie freue ich mich auf das Orchester! (wie Anm. 5), Nr. 13, S. 41–43.

34 Haas (wie Anm. 20), S. 304–307. Über die Zweitfassung von Bruckners 8. Sinfonie, in der er viele von Levis Anregungen aufgenommen hat, sagt Haas: „... muß man bei objektiver Beurteilung feststellen, daß die Zweitfassung der achten Sinfonie eine kompositorisch eindeutige Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Version darstellt. ... Bruckner war schließlich selbst überzeugt, daß ihm mit der Umarbeitung eine bessere Form des Werkes gelungen sei.“ (S. 306).

35 Richard Wagner, *Über das Dirigieren*, in: ders., *Gesammelte Schriften und Dichtungen*, Leipzig 1888, Bd. 8, S. 261–337. Jetzt zugänglich in: Rüdiger Jacobs (Hg.), *Neue Textausgabe Richard Wagner*, Frankfurt/Halle, Bd. 9 Nr. 247, S. 99–177.

36 Jens Malte Fischer, *Richard Wagners „Das Judentum in der Musik“*, Frankfurt 2000. Dies ist die einzige kritische Ausgabe dieses Pamphlets, das Wagner zunächst 1850 unter Pseudonym in der von Schumann gegründeten Neuen Zeitschrift für Musik veröffentlichen konnte. Anfang 1869, in der Schlussphase des rechtlichen Gleichstellungsprozesses der Juden in den deutschen Staaten, veröffentlichte er dieses Pamphlet erneut, diesmal unter seinem Namen und um einen fast gleich langen erklärenden Text ergänzt.

37 Am 20. Dezember 1871 gaben die vereinigten Hoforchester von Mannheim und Karlsruhe zugunsten des in Bayreuth geplanten Festspielhauses und der in ihm vorgesehenen Uraufführung des Ring des Nibelungen ein Benefizkonzert unter Wagners Dirigat.

38 So geht Levi in seinem Brief an Clara Schumann vom 27. Dezember 1871 auf deren Befremden über diese Begegnung ein; in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5), Nr. 43, S. 101.

39 Die Datierung von Levis Besuch bei Johannes Brahms in Hamm bei Hamburg schwankt zwischen 1861 und 1862. Einen sicheren Beleg hat sich bis jetzt weder für 1861 noch 1862 gefunden. Mit Sicherheit falsch ist die Aussage des Levi-Biographen Haas (wie Anm. 20), S. 91, Levi habe im Sommer 1862 „auf seiner Reise nach Rotterdam“ Brahms besucht. Denn Levi hielt sich im Juli und August 1862 u.a. in Heidelberg und Mannheim auf. Von dort reiste er über Gießen und Köln-Deutz nach Rotterdam, wo er am 20. August abends er-

hochgepriesenen kompositorischen Begabung aufgesucht und ihn später zum Freund gewonnen. Auf Clara Schumann war er wegen des Werkes ihres verstorbenen Mannes Robert zugegangen und hatte ihr Vertrauen als Interpret von dessen Werk gewonnen. Und Wagner hatte er sich als dem überragenden Opernkomponisten seiner Zeit genähert. Dass Levi sich diesem problematischen Charakter dann „mit Leib und Seele“⁴⁰ hingab, ja ihn geradezu vergötterte, hatte vielfältige Gründe, denen ich hier nicht nachgehen kann. Mit dieser Hingabe verband sich dann unter dem Herrschaftsanspruch der Witwe Cosima, der sich Levi gegenüber geradezu als Psychoterror äußerte, eine Unterwerfungshaltung des sonst so selbstbewussten Künstlers. Sie erschreckte nicht nur Levis Schüler Felix Weingartner.⁴¹ Der jüdische deutsch-amerikanische Historiker Peter Gay hat diese Haltung Levis psychoanalytisch als „jüdischen Selbsthass“ beschrieben.⁴² Ob er damit Levi wirklich gerecht geworden ist, sei dahingestellt. Auffallend ist, dass Levi bei aller Distanz zu seinem Judentum – sie fand ihren Ausdruck im Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft – den Schritt zur Taufe nicht machte. Er widerstand also bis zu seinem Tod dem Drängen Cosimas Wagners zur Taufe. Levi widerstand im Wissen, dass er für sie, für Bayreuth, für die Antisemiten auch als Christ immer ein Fremder sein würde. Entscheidender war jedoch, dass Hermann Levi überzeugt war, ein festsitzender religiöser Glaube verdränge die Toleranz, die Anerkennung des Gegenüber in seiner Eigentümlichkeit.⁴³ Nur die Musik ermögliche Menschen, sich über Irdisch-Trennendem als Freunde zu treffen. Oder mit dem Schluss des Liedes *Die Glocken läuten das Ostern ein* zu sprechen: *Und über den Wassern schwebt der Geist / unendlicher Liebesfülle.*⁴⁴

wartet wurde. (Hermann Levi an Ferdinand Hiller, Mannheim, 18. August 1862; Stadtarchiv Köln 1051 Nachlass Hiller Bd. 31 Nr. 643).

- 40 Hermann Levi an Paul Heyse, 31. Dezember 1880; in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5), Nr. 85, S.181.
- 41 Felix Weingartner, *Lebenserinnerungen*, Bd. 1, Wien/Leipzig 1923, S. 330–332.
- 42 Peter Gay, *Hermann Levi – eine Studie über Unterwerfung und Selbsthass*, in: ders., *Freud, Juden und andere Deutsche. Herren und Opfer in der modernen Kultur*. Aus dem Amerikanischen von Karl Berisch. Hoffmann und Campe, Hamburg 1986, S. 207-237, Anmerkungen S. 316–325.
- 43 Hermann Levi an Clara Schumann, 13. November 1879, abgedruckt in: *Wie freue ich mich auf das Orchester!* (wie Anm. 5), Nr. 83, S. 178.
- 44 Hermann Levi, *Sechs Lieder für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte*, op. 2, Winterthur/Leipzig 1861, Nr. 4 *Die Glocken läuten das Ostern ein* (Adolf Böttger).

Büchner oder nicht Büchner? Eine hitzige Kontroverse

Der Gießener Dachbodenfund im Spiegel von Öffentlichkeit, Medien und Forschung

HEIDRUN HELWIG

Hinter der roten Brandschutztür lagern die „Schmuckstücke“ des Gießener Universitätsarchivs. Deshalb ist das „Sondermagazin“ natürlich alarmgesichert. Selbst das Tageslicht hat mangels Fenstern keinen Zutritt. Denn direkte Sonneneinstrahlung könnte die Materialien schädigen. Zudem sorgt eine Umluftanlage für ein papierfreundliches Klima. Schließlich liegen in den Regalen wertvolle Dokumente, zu denen das „Privileg“ Kaiser Rudolfs II. vom 19. Mai 1607 ebenso zählt wie das Depositum des Namenspatrons der Justus-Liebig-Universität (JLU). Ganz in der Nähe der rund 1500 Briefe aus dem Nachlass des berühmten Chemikers und nicht weit entfernt von der blassblauen Universitätsfahne aus dem Jahr 1896 werden seit geraumer Zeit ebenfalls drei Kladden mit Arbeiten des Darmstädter Theatermalers August Hoffmann (1807 bis 1883) aufbewahrt.¹ Das Konvolut umfasst vor allem Zeichnungen von Landschaften, Stadtansichten und Genreszenen. Aber eben auch das Porträt eines jungen Mannes mit sommerlich aufgeknöpftem Hemd und dunkler Weste. Quer über die Brust verläuft lässig ein schmales, mit Schmucksteinen oder Metallplättchen verziertes Band. Und in der Hand hält der gelockte Jüngling ein Notenblatt aus der komischen Oper „Zampa oder die Marmorbraut“ von Ferdinand Hérold aus dem Jahr 1831 mit durchaus anzüglichen Text. Genau dieses mit Bleistift fein aufs Papier gebrachte Bildnis, das zufällig auf einem Dachboden in der Gießener Innenstadt entdeckt wurde, hat im Frühjahr 2013 für reichlich Wirbel und wochenlange, bisweilen verbissen geführte Diskussionen gesorgt. Der Gießener Germanist Günter Oesterle hat den feschen Beau auf der Bleistiftzeichnung nämlich schon bald als Georg Büchner (1813 bis 1837) identifiziert, den „sensationellen Fund“ am 25. Mai erstmals im Gießener Anzeiger ausführlich vorgestellt² und mit seiner Einordnung reichlich Zustimmung, aber auch harsche Kritik geerntet. Dabei erstaunt, dass ein unerwartet aufgetauchtes Bild bei Öffentlichkeit und Fachwelt gleichermaßen auf solch enorme Resonanz stößt.

1 Eva-Marie Felschow: Spektakulärer Fund in Gießen – Ein neues Porträt von Georg Büchner?, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 98 (2013), S. 20 ff.; Viele Kritikpunkte widerlegt, in: Gießener Anzeiger vom 2. August 2013, S. 13; Mutmaßliches Büchner-Porträt im Tresor, in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 2. August 2013, S. 23.

2 Günter Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen, in: Gießener Anzeiger vom 25. Mai 2013, S. 18.

Als ob das Wissen um das äußere Angesicht des Literaten einen tieferen Einblick in das Werk des vom Typhus jung Dahingerafftten erlaube. Das beachtliche Interesse mag aber wohl auch damit zusammenhängen, dass sich über den Nachlass des im Alter von 23 Jahren in Zürich verstorbenen Georg Büchner „eine lange Verlustgeschichte“³ erzählen lässt. Dass zu Lebzeiten von seinen später berühmt gewordenen literarischen Werken nur „Dantons Tod“ in verstümmelter Form erschienen“ war. Dass das Dramenfragment „Woyzeck“ vom „Ersteditor nicht als ‚publikumsreif‘ eingestuft“ wurde und erst 41 Jahre nach dem Tod Büchners publiziert werden konnte. Dass „viele Briefe nur in verkürzter Form freigegeben wurden“, sein Tagebuch verloren ging und bis heute unklar ist, ob es nicht doch schriftliche Belege für sein Vorhaben gegeben hat, ein Drama über den italienischen Renaissancedichter Pietro Aretino zu schreiben.⁴ „Die Überlieferungslage gleicht dem Zustand eines Gemäldes nach einem Säureattentat“, fasst denn auch der Mainzer Germanist Hermann Kurzke in seiner Biographie „Georg Büchner. Geschichte eines Genies“ zusammen.⁵ Deshalb auch faszinierte bereits der Fund von zwei bis dahin unbekanntem Briefen des Literaten im Jahr 1993 die überregionalen Medien und gelangte sogar in die Fernsehnachrichten zur Hauptsendezeit.⁶ Und dann taucht passgenau im Jubiläumsjahr eine Zeichnung auf, die den Urheber des „Hessischen Landboten“ zeigen soll. Allerdings ließ der JLU-Emeritus Oesterle sogleich keinen Zweifel daran: „Das in Gießen aufgefundene, bisher unbekanntes Büchner-Porträt wird eine ganze Reihe alter Fragen beantworten, dafür aber neue aufwerfen.“⁷

Augenblicklich sorgte diese Entdeckung ebenfalls für große mediale Aufmerksamkeit. Vor allem, nachdem die Zeichnung zwei Tage nach Erscheinen des Artikels im Gießener Anzeiger bei einer Pressekonferenz auf der Mathildenhöhe in Darmstadt im Original präsentiert wurde. Im Einladungstext bereits selbstbewusst als „Jahrhundertfund“⁸ angekündigt, wurde dort mitgeteilt, dass die lange unbekanntes Zeichnung von August Hoffmann in der großen Landesausstellung „Georg Büchner – Revolutionär mit Feder und Skalpell“⁹ zum 200. Geburtstag des Literaten in Darmstadt zu sehen sein werde.

3 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

4 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

5 Hermann Kurzke: Georg Büchner. Geschichte eines Genies. München 2013, S. 19.

6 Erika Gillmann u.a. (Hg.): Georg Büchner an „Hund und Kater“. Unbekanntes Briefe des Exils, Marburg 1993.

7 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

8 Georg Büchner. Ein Jahrhundertfund. Einladung zur Pressekonferenz auf der Mathildenhöhe in Darmstadt am 27. Mai 2013, unter: <http://geschwisterbuechner.de/2013/05/25/sensation-im-buchner-jahr-neues-buchner-bild-aufgetaucht/abgerufen> am 30. Oktober 2014.

9 Landesausstellung Georg Büchner. Revolutionär mit Feder und Skalpell. Mathildenhöhe Darmstadt im Wissenschafts- und Kongresszentrum darmstaditium vom 13. Oktober 2013 bis 16. Februar 2014.

Noch vor der Vorstellung des Porträts hatte Günter Oesterle mit Burghard Dedner und Roland Borgards zwei ausgewiesenen Büchner-Experten von dem Dachbodenfund berichtet und mit ihnen Argumente und Gegenargumente ausführlich diskutiert. Ebenso wie der Darmstädter Ausstellungskurator Ralf Beil kamen sie zu der Überzeugung, dass das „Porträt mit Notenblatt“ tatsächlich den jung Verstorbenen zeigt. „Es ist der private Georg Büchner, der hier zum Vorschein kommt – jenseits des Anatomen und Naturwissenschaftlers, jenseits des Revolutionärs Büchner“, schreibt Beil offensichtlich hochofrend in seiner Stellungnahme zur Pressekonferenz auf der Mathildenhöhe.¹⁰ Dafür nämlich hatte jeder der vier einordnende Statements zu der Bleistiftzeichnung verfasst. Und daraus wurde sogleich eifrig und ausführlich in Zeitungsredaktionen und Funkhäusern zitiert. Obendrein erreichten Oesterle alsbald Glückwunschscheiben von Kollegen und Freunden aus ganz Deutschland, Europa und den USA.¹¹ Die Berichterstattung der Medien schwankte zwischen Begeisterung, Wohlwollen und mehr oder minder offen formulierten Zweifeln. Allerdings erstaunte Volker Breidecker in der Süddeutschen Zeitung mit dem Hinweis: „Warten wir also ab, was die Experten dazu zu sagen haben.“¹² Denn zumindest drei unumstrittene Büchner-Experten hatten auf der Mathildenhöhe bereits ihre Einschätzung dargelegt.

Alsbald brachten sich schließlich mit dem Bad Camberger „Literaturdetektiv“ Reinhard Pabst und Jan-Christoph Hauschild, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Düsseldorfer Heinrich-Heine-Institut, zwei weitere Büchner-Forscher geradezu mit einer Tirade an Gegenargumenten in Stellung. Dabei befremdete keineswegs, dass die auf der Darmstädter Pressekonferenz dargelegte Einordnung vehement in Frage gestellt wurde, sondern vor allem die Schärfe, mit der die öffentliche Präsentation der Zeichnung und die abgegebenen Statements kommentiert wurden. Als ginge es nicht um wissenschaftlichen Disput, sondern allein um eine leidenschaftliche Jagd der Widerlegung: „Im Frühsommer dieses Jahres, schwankend zwischen seliger Begeisterung und verkrafftter Besessenheit, wurde das Porträt eines unbekanntes Mannes mit Klavierauszug zu einem Porträt Georg Büchners heraufgejubelt“,¹³ stellte etwa Hauschild im Oktober 2013 an den Beginn seines Vortrags auf dem „Amsterdamer Büchner-Kolloquium“. Auffällig

10 Presseinformation Georg Büchner – Porträt auf Gießener Dachboden entdeckt mit vier Stellungnahmen zur Vertiefung der Presseinformation, unter: http://geschwisterbuechner.de/wp-content/uploads/2013/05/Presseinformation_Porträt-von-Georg-Büchner-entdeckt_Mathildenhöhe-Darmstadt.pdf, abgerufen am 4. Oktober 2014.

11 Dagmar Klein: Stellt dieses Porträt Georg Büchner dar?, in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2013, S. 28.

12 Volker Breidecker: Zampa und der Stutzer, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Mai 2013, S. 12.

13 Jan-Christoph Hauschild: „Jenseits des Revolutionärs.“ Anmerkungen zu zwei Büchner-Bildern. Vortrag auf dem Amsterdamer Büchner-Kolloquium, 17.10.2013, unter: <http://geschwisterbuechner.de/2014/01/06/-jenseits-des-revolutionaers>, abgerufen am 4. Oktober 2014.

ist obendrein die Asymmetrie in der Diskussion: Während die eine Seite Indizien für die „Büchner-Theorie“ ins Feld führt, fordert die Gegenseite dafür Gewissheiten ein und entwirft gleichzeitig Alternativszenarien- letztendlich ebenfalls ohne Beweis. Mal nämlich soll der „Junge Mann mit Klavierauszug“ das Konterfei von Ludwig, dem jüngeren Bruder von August Hoffmann darstellen,¹⁴ dann aber auch womöglich ein Selbstporträt des Malers¹⁵ oder gar „einfach irgendein Darsteller des ‚Zampa‘ sein“.¹⁶ Gemutmaßt wird obendrein, dass es „vielleicht“ Büchners drei Jahre jüngeren Bruder Wilhelm sein könnte.¹⁷

Die Argumente und Gegenargumente sollen im Folgenden ausführlich dargestellt werden. Allesamt vor dem Hintergrund, dass es völlige Gewissheit wohl erst geben wird, wenn sich ein Brief Hoffmanns findet, in dem steht: „Habe Georg Büchner mit Notenblatt aus ‚Zampa‘ gezeichnet“.

Georg Büchner im Bild

Die „Personal-Beschreibung“ des Studenten aus Darmstadt ist dürftig und lässt von Beginn an Raum für Spekulationen: Haare und Augenbrauen „blond“, die Stirn „sehr gewölbt“, die Augen „grau“ und die Nase „stark“, dafür aber der Mund „klein“, das Kinn „rund“ sowie das Angesicht „oval“ mit Bart „blond“ und Gesichtsfarbe „frisch“. So jedenfalls heißt es im „Steckbrief“, der am 18. Juni 1835 auch im „Frankfurter Journal“ – ohne Bildnis – veröffentlicht wurde. Geradezu versteckt zwischen den Anpreisungen für „Preußische Seehandlungs-Lotterie-Anlehen“ und dem „Pariser Prinzessinnen-Waschwasser“. Die amtliche Bekanntmachung weist darauf hin, dass sich Georg Büchner „der gerichtlichen Untersuchung seiner indicirten Theilnahme an staatsverrätherischen Handlungen durch die Entfernung aus dem Vaterlande entzogen“ hat.¹⁸ Im Klartext: Der an der medizinischen Fakultät immatrikulierte Student hatte sich dem Kampf gegen die reaktionären Zustände im Großherzogtum Hessen verschrieben und gemeinsam mit dem Butzbacher Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig den „Hessischen

14 Jan-Christoph Hauschild: Als Porträtist war er eher unbeholfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 12. Juli 2013, unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bilder-und-zeiten/georg-buechners-zeichner-als-portraetist-war-er-eher-unbeholfen-12278943.html>, abgerufen am 4. Oktober 2014.

15 Hubert Spiegel: Streit um Schorsch, in: FAZ vom 25. Juni 2013, S. 25.

16 Hubert Spiegel: Büchner-Kenner Reinhard Pabst: Die Datierung ist geradezu leichtfertig, in: FAZ vom 31. Mai 2013, unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bilder-und-zeiten/buechner-kenner-reinhard-pabst-die-datierung-ist-geradezu-leichtfertig-12198273.html>, abgerufen am 4. Oktober 2014.

17 Jens Frederiksen: „Vielleicht ist es Büchners Bruder Wilhelm“, in: Gießener Anzeiger vom 29. Mai 2013, S. 10.

18 Zitiert nach Kurzke: Georg Büchner. Geschichte eines Genies, S. 12. Dort ist auch der Steckbrief abgedruckt.

Landboten“ verfasst, eine sozialrevolutionäre Flugschrift mit dem bekannten Aufruf „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“.¹⁹

Doch wie der Sohn eines Darmstädter Arztes tatsächlich ausgesehen hat, ist nicht gesichert. Bis in die 1970er Jahre nämlich war nur ein einziges Bildnis des Autors von „Dantons Tod“ und „Leonce und Lena“ bekannt. „Für dieses Porträt hat sich die Bezeichnung ‚Georg Büchner im Polenrock‘ eingebürgert“, schreibt Jan-Christoph Hauschild. Und fügt hinzu: „Obwohl Büchner darauf nicht jenen auch aus seinem behördeninternen Steckbrief vom 4. August 1834 bekannten modischen ‚Schnürrock mit breiter Brust und hohem Kragen‘, kurz ‚Polenrock‘ genannt, trägt, sondern ein Modell mit schlichterem Besatz und weichem Kragen.“²⁰ Die Familie Büchner hatte es viele Jahrzehnte lang hinter Glas gerahmt, und mit zwei Haarlocken Georgs in den oberen Ecken „gleichsam als Reliquie“²¹ aufbewahrt und schließlich an das Stadtarchiv Darmstadt abgegeben. Das Original aber ist – ebenso wie das Porträt der Straßburger Verlobten Wilhelmine Jaeglé – beim Bombenangriff der „Royal Air Force“ auf Darmstadt in der Nacht vom 11. auf den 12. September 1944 verbrannt. Die Zeichnung war undatiert und ist als Fotografie (Daguerrotypie) sowie als danach gearbeiteter Kupferstich bekannt. Die Kenntnis über Büchners Erscheinungsbild änderte sich jedoch schlagartig, als der Germanist Heinz Fischer Anfang der 1970er Jahre das Tagebuch und die Briefe des Büchner-Freundes Alexis Muston (1810 bis 1888) ausfindig machte.²² Darin nämlich entdeckte er zwei vier Zentimeter große flüchtige Federzeichnungen des Literaten. Diese spontan und unverstellt wirkenden Skizzen zeigen Büchner mit struppigem Haar und im Odenwälder „Felsenmeer“. Beide Porträts galten zwischenzeitlich als verschollen. Hermann Kurzke und Reinhard Pabst haben sie unlängst wiederentdeckt.²³ Und nun wurde eben jenes vergessene Bild in Gießen vom Dachboden geholt.

Die Ähnlichkeit zwischen „Georg Büchner im Polenrock“ und dem gelockten Jüngling mit Notenblatt fällt schon beim flüchtigen Ansehen auf und ist geradezu verblüffend. „Die Gesichtsform ist exakt die gleiche, der Scheitel sitzt präzise an der gleichen Stelle und ein Arm hat in beiden Fällen akkurat die gleiche Haltung.“²⁴

19 Georg Büchner: Der Hessische Landbote, in: Historisch-kritische Ausgabe der Sämtlichen Werke und Schriften von Georg Büchner (Marburger Ausgabe), hrsg. von Burghard Dedner, Band 2, Der Hessische Landbote, Marburg 2013, S. 5-26.

20 Hauschild: „Jenseitsdes Revolutionärs“.

21 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

22 Heinz Fischer: Georg Büchner und Alexis Muston. Untersuchungen zu einem Büchner-Fund, München 1987, S. 280 f.

23 Hubert Spiegel: Der alte Herr konnte sich kaum trennen, in: FAZ vom 28. September 2013, unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/georg-buechners-verschollenes-bildnis-der-alte-herr-konnte-sich-kaum-trennen-12594789.html>, abgerufen am 4. Oktober 2013.

24 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.



Muston, Alexis: Porträt von Georg Büchner (enthalten in einem Skizzenbuch, S. 27). 1833. 12,1 × 18,8 cm (Einband), 11,5 × 17,5 cm (Blatt). Inv. Nr. III-15837. © Freies Deutsches Hochstift / Frankfurter Goethe-Museum



Muston, Alexis: Porträt von Georg Büchner (enthalten in einem Skizzenbuch, S. 29). 1833. 12,1 × 18,8 cm (Einband), 11,5 × 17,5 cm (Blatt). Inv. Nr. III-15837. © Freies Deutsches Hochstift / Frankfurter Goethe-Museum

Das vermag kaum zu überraschen, denn schließlich stammen beide Porträts vom gleichen Maler – dem Darmstädter Hofmaler August Hoffmann. Das zumindest steht außer Frage. Die lang bekannte Zeichnung ist nicht datiert, der Dachbodenfund wiederum ist signiert und mit 1833 unterschrieben. Und ganz unstrittig ist die Herkunft des Bildes: „Es lag 180 Jahre bei den Nachfahren des Darmstädter Theatermalers August Hoffmann – in einer Mappe voll von in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts verfertigter Genre- und Landschaftsszenen aus Darmstadt und Umgebung.“²⁵

Munition für Marketingmaschinerie

Die Tatsache, dass das Porträt des jungen Mannes geradezu wie bestellt im Vorfeld zur Jubiläumsausstellung in Darmstadt aufgetaucht ist, hat allerdings sogleich auch für Spekulationen gesorgt. Zumal die Organisatoren von „Georg Büchner – Revolutionär mit Feder und Skalpell“ mit dem Dachbodenfund die Marketingmaschinerie für die landesweite Präsentation rechtzeitig befeuern konnten. „Sensationeller Fund oder origineller Werbegag? Oder sogar eine dreiste Fälschung?“ fragte denn auch Christian Huther in der „Frankfurter Neuen Presse“.²⁶

Der wissenschaftliche Glücksfund zumindest ist tatsächlich vor allem auch einem jener Zufälle zu verdanken, die das Leben bisweilen bereithält. Und der sich obendrein zwanglos nachvollziehen lässt. Georg Büchner immatrikulierte sich am 31. Oktober 1833 in Gießen und blieb bis September 1834. Der Wechsel von Straßburg an die Academia Ludoviciana kam nicht von ungefähr. Denn wer im Großherzogtum Hessen eine Anstellung im Staatsdienst anstrebte, musste einige Semester an der Landesuniversität studiert und dort auch seinen Abschluss gemacht haben.²⁷ Doch der Student wäre so viel lieber in der Stadt seiner Verlobten Wilhelmine Jaeglé geblieben: „Straßburg leuchtete, Gießen nicht. Straßburg war ein Traum, Gießen ein Trauma.“²⁸ In der oberhessischen Provinzstadt mit ihren gerade einmal 7000 Einwohnern fühlte sich Büchner nicht wohl, einer Depression folgt eine Meningitis.²⁹ Gleichwohl „entscheidet er sich schon in seinem ersten Semester an der Landesuniversität Gießen für die politische Einmischung“.³⁰ Seine Äußerungen über die neue Heimat aber bleiben wenig schmeichelhaft: „Die Stadt ist abscheulich“, eine „hohle Mittelmäßigkeit

25 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

26 Christian Huther: Büchner oder nicht?, in: Frankfurter Neue Presse vom 28. Mai 2013, unter: <http://www.fnp.de/nachrichten/kultur/Buechner-oder-nicht;art679,528568>, abgerufen am 13. August 2014.

27 Günter Oesterle: Georg Büchner und seine Zeit II: Gießen und Straßburg, in: Mitteilungen des oberhessischen Geschichtsvereins 98 (2013), S. 12.

28 Kurzke: Georg Büchner, S. 160.

29 Kurzke: Georg Büchner, S. 160 ff.

30 Jan-Christoph Hauschild: Georg Büchner. Verschwörung für die Gleichheit. Hamburg 2013, S. 26.

in Allem“,³¹ schreibt er nach Straßburg. Dennoch zählt Georg Büchner inzwischen längst zu den berühmten Persönlichkeiten der Universitätsstadt. Und folglich hatte der Oberhessische Geschichtsverein im Rahmen seiner traditionellen Vortragsreihe am 28. Februar 2013 den Gießener Experten Günter Oesterle eingeladen – um im Jubiläumsjahr die Rolle und Bedeutung Gießens für Georg Büchner in den Blick zu nehmen.³² Das Interesse an der Veranstaltung war so groß, dass noch reichlich Stühle in den Netanya-Saal geholt werden mussten, bevor der Literaturwissenschaftler beginnen konnte.³³ Im Publikum saß an jenem Abend auch Pfarrer Ludwig Clotz, der Kenntnis hatte von den aufgetauchten Mappen mit 155 Zeichnungen des Theatermalers August Hoffmann. Das wiederum ließ ihm keine Ruhe, und deshalb machte er sich einige Wochen später auf den Weg zum Wohnhaus von Günter Oesterle, um ihm von den Kladden und vor allem der Bleistiftzeichnung des feschen Jünglings zu berichten. Und kaum hatte der das Porträt gesehen, war der Forscher geradezu elektrisiert, „denn die Ähnlichkeit mit dem bereits bekannten Bildnis Büchners war augenfällig“.³⁴

Von Ludwig Clotz zu August Hoffmann gibt es – wenn auch mit kleinen Umwegen – eine direkte Verbindungslinie, und zwischen dem Darmstädter Theatermaler und dem Verfasser des „Hessischen Landboten“ bestehen ebenfalls familiäre Bande.

August Hoffmann wuchs in Darmstadt auf. Dort nämlich war sein Vater Franz Hoffmann als Hofschauspieler und Hof Sänger tätig. Seine Mutter Carolina wiederum war in erster Ehe mit Wilhelm Meyer verheiratet. „Ihre Tochter aus dieser Ehe, die 1796 geborene Magdalena Meyer, heiratete 1832 Büchners Patenonkel Georg Reuß, wodurch sich eine Verwandtschaftsbeziehung zwischen den Familien Hoffmann und Büchner ergab: Als Halbbruder dieser Magdalena Reuß war Hoffmann für Büchner ein angeheirateter Onkel.“³⁵

Und der hat ganz sicher „Büchner im Polenrock“ gezeichnet. Immerhin glaubt Jan-Christoph Hauschild einen – wenn auch verklausulierten – Hinweis des Gießener Studenten in einem Brief an Wilhelmine Jaeglé nach Straßburg für das „Porträtiertwordensein“ entdeckt zu haben.³⁶ Rund 18 Monate später heiratete der nunmehr in Frankfurt engagierte Theatermaler die sechs Jahre jüngere

31 Georg Büchner an Wilhelmine Jaeglé in Straßburg, Mitte Januar 1834, in: Historisch-kritische Ausgabe der Sämtlichen Werke und Schriften von Georg Büchner, Band 10.1 Briefwechsel, hrsg. von Burghard Dedner, Tilman Fischer und Gerald Funk, Marburg 2012, S. 30.

32 Oesterle: Georg Büchner und seine Zeit II. Gießen und Straßburg: MOHG 98 (2013), S. 9-19.

33 Georg Büchner – ein junger Mann mit einigen Privilegien, in: Gießener Anzeiger vom 1. März 2013, S. 18; Büchners Heimkehrersyndrom, in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 1. März 2013, S. 30.

34 Felschow: Spektakulärer Fund in Gießen, S. 21.

35 Hauschild: Als Porträtist war er eher unbeholfen.

36 Hauschild: Als Porträtist war er eher unbeholfen.

Pfarrerstochter Christiane Clotz (1813 bis 1899) in Sickenhofen.³⁷ Pfarrer Ludwig Clotz entstammt dieser weitverzweigten hessischen Theologenfamilie. Verwandt ist er darüber hinaus auch mit Eva Michel, die gemeinsam mit ihrem Ehemann Wilfried die drei Kladden an das Gießener Universitätsarchiv übergeben hat. August Hoffmann war nämlich ihr Ururgroßonkel. Nach dem Tod ihrer Großmutter hat sie den „Jahrhundertfund“ beim Ausräumen auf deren Dachboden entdeckt.³⁸ Damit lässt sich zumindest die Provenienz der Zeichnung aus Familienbesitz rekonstruieren.



Muston, Alexis: Porträt von Georg Büchner (Ausschnitt aus einem Brief). 1833. 5,7 x 3,8 cm. Inv. Nr. III-15836. © Freies Deutsches Hochstift / Frankfurter Goethe-Museum

37 Sebastian Pella: Der Büchner-Porträtist August Hoffmann. Spurensuche zu einem kulturgeschichtlichen Sensationsfund in den Büchner Büchnergedenkjahren 2012/2013, unter: <http://www.personengeschichte.de/forum/gesucht-und-entdeckt/der-buechner-portraetist-august-hoffmann.html>, abgerufen am 13. August 2014.

38 Viele Kritikpunkte widerlegt, in: Gießener Anzeiger vom 2. August 2013, S. 13; Mutmaßliches Büchner-Porträt im Tresor des Uni-Archiv, in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 2. August 2013, S. 23.

Argumente der Befürworter der „Büchner-Theorie“

Der Unterschied zwischen „Büchner im Polenrock“ und dem Porträt des jungen Mannes mit Notenblatt ist schnell benannt: Auf dem als gesichert geltenden Porträt, das mit Locken verziert im Wohnzimmer seiner Eltern hing, ist Büchner mit ernster Miene und als Anhänger der polnischen Freiheitsbewegung dargestellt. Der Gießener Dachbodenfund hingegen zeigt einen lässigen jungen Mann, der nicht nur salopp gekleidet ist, sondern obendrein ein Notenblatt mit amouromem Inhalt hält. Beide Zeichnungen stammen unstrittig von August Hoffmann und die Ähnlichkeit der jeweils Dargestellten ist frappierend. Büchner ist genauso „wohlfrisiert“ und präzise im Detail festgehalten wie in dem bekannten Bild.³⁹ Und legt man die unerwartet entdeckte Zeichnung zum Vergleich zwischen „Büchner im Polenrock“ und das aufs Blatt geworfene Porträt von Alexis Muston, „so staunt man über die Nähe auch zu dieser Federzeichnung von anderer Hand“.⁴⁰

Und Oesterle ist der Überzeugung: „Wichtiger noch scheint zu sein, dass der Gießener Fund zum ersten Mal eine visuelle Impression von der oft beschriebenen Eigentümlichkeit des Büchnerschen Aussehens verschafft: das ‚eigentlich Zarte und Weiche‘ an ihm, mit einer ‚Haut wie ein Adliger‘ (so sein Freund Wilhelm Schulz). Mit den Worten von Büchners Schwester Luise ausgedrückt, lassen sich nun ‚seine schlanken Hände‘ betrachten und seine fast ‚mädchenhaften‘ Züge studieren. Solche Details sind nichts Nebensächliches. Denn eben das macht doch das Faszinosum Georg Büchners aus, dass er nämlich so gar nicht dem Bild des Revoluzzers entspricht.“⁴¹ Roland Borgards von der Universität Würzburg, gemeinsam mit Harald Neumeyer Herausgeber von „Büchner-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung“, hat die beiden Hoffmann-Arbeiten nicht nur nebeneinander gelegt, sondern übereinander geblendet. Offenkundig war es dazu lediglich nötig, die beiden Bilder ein wenig nebeneinander zu verdrehen, so dass die Augen genau aufeinander liegen.⁴² „Blendet man vom altbekannten zum neu entdeckten Bild, dann entsteht ein Film, der Büchner als Revenant, als gespenstischen Wiedergänger zeigt, wie er vor den zunächst ungläubigen, dann aber überwältigten Augen des Büchnerforschers erscheint.“ Für den Experten gibt es kaum einen Zweifel an der Identität des Dargestellten. Nicht nur trotz der lässigen Pose, sondern wegen dieser: Dies nämlich sei ein Büchner, „der schon

39 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

40 Statement von Prof. em. Dr. Günter Oesterle Justus-Liebig-Universität Gießen zur Entdeckung des Porträts, unter: http://geschwisterbuechner.de/wp-content/uploads/2013/05/Presseinformation_Porträt-von-Georg-Büchner-entdeckt_Mathildenhöhe-Darmstadt.pdf, abgerufen am 4. Oktober 2014.

41 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

42 Statement von Prof. Dr. Roland Borgards Julius-Maximilians-Universität Würzburg zur Überblendung der beiden Hoffmann-Porträts, unter: http://geschwisterbuechner.de/wp-content/uploads/2013/05/Presseinformation_Porträt-von-Georg-Büchner-entdeckt_Mathildenhöhe-Darmstadt.pdf, abgerufen am 4. Oktober 2014, dort auch die Zitate.

immer da war, nur verdeckt und versteckt hinter dem bekannten Bild, auf dem der Kopf so seltsam ungenau auf dem Körper platziert ist, auf dem der Körper hinter dem so opaken Polenrock verschwindet“.

Allerdings haben die Diskussionen der drei renommierten Büchner-Experten vor der öffentlichen Präsentation des Dachbodenfonds nicht nur Übereinstimmungen in der Einordnung der Bleistiftzeichnung, sondern auch unterschiedliche Interpretationen offengelegt. Oesterle nämlich hatte zunächst gemutmaßt, Georg Büchner habe das Porträt als Andenken für die Straßburger theologische Studentenverbindung „Eugenia“ anfertigen lassen.⁴³ Und „ich unterstelle, dass er von seinen Freunden dort als eine Art Abschiedsgeschenk ein solches Verbindungsband bekam“,⁴⁴ erklärte er den locker um die Brust gelegten verzierten schmalen Gurt.

Zumindest hinsichtlich des Adressaten des Bildes widerspricht der Literaturwissenschaftler Burghard Dedner, langjähriger Leiter der „Forschungsstelle Georg Büchner“ in Marburg und Herausgeber der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke und Schriften des Literaten, seinem Gießener Kollegen. Dedner geht davon aus, dass die Straßburger Verlobte Wilhelmine Jaeglé die „wahrscheinlichere Adressatin“⁴⁵ des Bildes ist. „Büchner schrieb ihr am (etwa) 8. März 1834: ‚Seit vierzehn Tagen steht dein Bild beständig vor mir‘, und Mitte März 1834 ebenso: ‚Den halben Tag sitze ich eingeschlossen mit deinem Bild und spreche mit dir.‘ Offenbar hatte er ein Bild von ihr. Das Bild ‚mit Notenblatt‘ könnte dazu das Gegenstück sein.“ Und dass dieses Verse enthalte, sei gar nicht ungewöhnlich, da sich auch in dem Brief von Mitte März etliche Zeilen aus einem Gedicht von Jacob Lenz finden. Obendrein zeigten auch andere Briefe des Studenten, dass er „dazu neigte, seine Liebe offen zu inszenieren“. In einem Schreiben vom 13. Januar 1837 habe Büchner sich und seine Geliebte mit dem berühmten Liebespaar Abälard und Héloïse verglichen. „Auf dem Porträt ‚mit Notenblatt‘ inszenierte er sich demnach als Pirat und Herzensbrecher.“

Und schließlich verweist Dedner darauf, dass Ludwig Büchner nach dem Tod des älteren Bruders dessen öffentliches Bild ganz gezielt beeinflusst habe, indem er bei Veröffentlichung der „Nachgelassenen Schriften“ im Jahr 1850 Passagen aus den Briefen an Wilhelmine „ausdrücklich so auswählte, dass Büchners zeitweilige Depression deutlich wurde“. Damit nämlich habe er die Abfassung des sozialrevolutionären „Hessischen Landboten“ erklären wollen. Dabei aber gebe es selbst darin noch reichlich Belege für Büchners leichten Sinn und seinen Witz. „Büchner vereinte beides. Das Porträt ‚im Polenrock‘ zeigte ihn in

43 Oesterle: Wohlfrisiert und mit fast mädchenhaften Zügen.

44 Christof Siemes: Der fesche Dichter. Ein Gespräch mit dem Germanisten Günter Oesterle über Georg Büchner, in: Die Zeit vom 29. Mai 2013, unter: <http://www.zeit.de/2013/23/Wiese-Buechner>, abgerufen am 13. August 2014.

45 Statement von Prof. Burghard Dedner Phillips-Universität Marburg zur Datierung und Interpretation des Porträts, unter: http://geschwisterbuechner.de/wp-content/uploads/2013/05/Presseinformation_Portraet-von-Georg-Buechner-entdeckt_Mathildenhoehe-Darmstadt.pdf, abgerufen am 4. Oktober 2014, dort auch die Zitate.

seinem Tiefsinn, das Porträt ‚mit Notenblatt‘ zeigt ihn in seinem Leichtsinne, verglichen mit Mustons gleichzeitigen Bildern vielleicht eine Spur jünger, als er wirklich aussah.“ Die beiden Zeichnungen von Hoffmann und die Skizzen des Freundes könnten dennoch nebeneinander bestehen. „Unserem Verständnis von Büchner wird es zuträglich sein, wenn die Variante eines ‚Liebenden mit Notenblatt‘ mindestens gleichberechtigt neben die andere tritt“, lässt Burghard Dedner kaum Zweifel an der Identität des dargestellten Jünglings.

Und auch deshalb jubelte der Darmstädter Ausstellungskurator und Leiter der Mathildenhöhe geradezu über den Fund: „Es handelt sich um eine Sensation für die Büchner-Forschung und weit darüber hinaus. Hier wird Kulturwissenschaft lebendig.“⁴⁶

Das Medienecho

Der Gießener Dachbodenfund wurde unmittelbar nach der Pressekonferenz auf der Mathildenhöhe sogleich ausführlich und ganz unterschiedlich in den Medien diskutiert. Vorneweg der Hessische Rundfunk: „Wie ein Revoluzzer sieht der ordentlich frisierte junge Mann mit den zarten und weichen Gesichtszügen nicht aus. Aber genau das war er. Auf einem Dachboden ist das einzige greifbare Porträt von Georg Büchner zu Lebzeiten entdeckt worden.“⁴⁷ Unter der Überschrift „Revolutionär mit hellen Locken“ schwärmte auch die „tageszeitung“ vom „Sensationsfund auf dem Dachboden“, auf dem „eine weitere Zeichnung Georg Büchners entdeckt wurde“. Zwar müssten „genaue Papieranalysen“ abgewartet werden, aber „so renommierte Literaturwissenschaftler und Büchner-Kenner wie Günter Oesterle und Burghard Dedner sind sich der Authentizität des Fundes sicher.“⁴⁸

„Porträt von Georg Büchner wird Öffentlichkeit vorgestellt“ titelte zwar das Darmstädter Echo. Doch Autor Stefan Benz führte sogleich an: „Das wäre eine Sensation. Doch es gibt nur Indizien. Und Zweifel.“⁴⁹ Denkbar sei indes, argumentierte auch er, dass es sich um Georgs jüngeren Bruder Wilhelm handeln könnte. Der nämlich habe dem Literaten sehr ähnlich gesehen, war aber 1833 – die auf der Zeichnung vermerkte Jahreszahl – erst 17 Jahre alt gewesen. „Das aber ist kein Beweis dafür, dass es sich bei dem jungen Opernfreund um den späteren Dichter des ‚Woyzeck‘ handelt.“

46 Statement von Dr. Ralf Beil, Ausstellungskurator „Georg Büchner. Revolutionär mit Feder und Skalpell“ zur Entdeckung des Porträts, unter: http://geschwisterbuechner.de/wp-content/uploads/2013/05/Presseinformation_Porträt-von-Georg-Büchner-entdeckt_Mathildenhöhe-Darmstadt.pdf, abgerufen am 4. Oktober 2014

47 Sensation auf Dachboden: Porträt von Georg Büchner entdeckt, unter: <http://www.hr-online.de/mobil/kultur/sd/48577819>, abgerufen am 13. August 2014.

48 Revolutionär mit hellen Locken, in: die tageszeitung vom 28. Mai 2013, unter: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2013%2F05%2F28%2Fa0097&cHash=6d2cc8646e03bfc902daa681446ff04c6>, abgerufen am 13. August 2014.

49 Stefan Benz: Büchner und der kleine Pirat, in: Darmstädter Echo vom 28. Mai 2013, unter: <http://www.echo-online.de/nachrichten/kunstundkultur/Buechner-und-der-kleine-Pirat;art1161,3968278>, abgerufen am 4. Oktober 2014.

In der FAZ betonte Hubert Spiegel hingegen: „Man darf getrost von einer Sensation sprechen, auch wenn der letzte Echtheitsbeweis noch längst nicht geführt ist.“⁵⁰ Aber der Feuilletonredakteur war überzeugt, dass der Dachbodenfund „mit erfreulich hoher Wahrscheinlichkeit Georg Büchner im Alter von zwanzig Jahren zeigt“. Denn „namhafte Büchner-Forscher“ hätten auf der Pressekonferenz „mit plausiblen Argumenten dargelegt, was alles dafür spricht, dass es sich wirklich um ein authentisches Porträt Büchners zu Lebzeiten handeln dürfte“. Und dann kommt er zu dem Schluss: „Doch wie immer die weiteren Untersuchung[en] dieser Bleistiftzeichnung ausgehen wird, eines ist sicher: Im Büchnerjahr ist dieses Blatt ein unerwartetes Geschenk.“ In der Mainzer Allgemeinen Zeitung wiederum ist Jens Frederiksen überzeugt: „Der erste Augenschein sagt: Er ist es nicht.“⁵¹ Und er liefert die Begründung gleich mit: „Der Bursche auf dem Gießener Blatt mit seinem entschlossenen, ein wenig trotzigem Blick ist – Proportion hin, Proportion her – ein anderer als der schwermütige Träumer auf dem bekannten Bild.“ Auf die Argumentation von Burghard Dedner, der in seinem Statement zur Pressekonferenz das Nebeneinander von „Tiefsinn und Leichtsinn bei Büchner“ dargestellt hat, geht der Journalist nicht ein. Auch nicht darauf, dass der ältere Bruder Ludwig Büchner den „schwermütigen Georg“ gezielt nach dessen Tod inszeniert hat.

Christian Huther mag in der Frankfurter Neuen Presse nicht nur an eine mögliche Fälschung glauben, sondern wirft den Forschern auch gleich vor, dass sie „wohl zu schnell“ waren.⁵² Weil nämlich „noch keine Altersanalyse des Papiers und des Bleistifts“ gemacht wurde, „um einen Irrtum oder gar eine Fälschung auszuschließen“. Und er glaubt, zu dem Ergebnis kommen zu können: „Ein Lehrstück auch für Wissenschaftler, die sich mit der Verkündung des Fundes ruhig noch zwei Wochen Zeit lassen können, um mit weiteren Prüfungen die Zweifler am Ende zu überzeugen.“ Auch Volker Breidecker von der Süddeutschen Zeitung haben die Argumente der drei ausgewiesenen Büchner-Forscher nicht ausgereicht. Denn „es sind alles nur Indizien und Mutmaßungen, Beweise und gesicherte Feststellungen gibt es keine“.⁵³

Der „Streit um Schorsch“⁵⁴ ging dann rund vier Wochen später jedoch erst richtig los. An einem „Runden Tisch“ trafen sich nämlich am vorletzten Juni-Wochenende 2013 Büchner-Experten auf der Mathildenhöhe in Darmstadt, um das Porträt im Original in Augenschein zu nehmen. Aber auch, um Argumente und Gegenargumente erneut auszutauschen. „Es geht um Macht- und Verteilungskämpfe, um Deutungshoheit und Territorialgewinne, die in Quadraten-

50 Hubert Spiegel: Der rote Korsar aus Darmstadt, in: FAZ vom 28. Mai 2013, unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/neues-buechnerportraet-der-rote-korsar-von-darmstadt-12196936.html>, abgerufen am 13. August 2014.

51 Jens Frederiksen: Der Dichter als Pirat?, in: Allgemeine Zeitung Mainz vom 28. Mai 2013, S. 23.

52 Huther: Büchner oder nicht?

53 Breidecker: Zampa und der Stutzer.

54 Spiegel: Streit um Schorsch, dort auch die Zitate.

timetern gemessen werden“, hieß es dazu in der FAZ. Mit dabei war „Literaturdetektiv“ Reinhard Pabst, der „den Porträtierten genüsslich giftig als ‚Pseudo-Schorsch‘ bezeichnet“. Die These von Dedner, es könne sich um ein Rollenspiel handeln, „sei an den pomadigen Haaren dieses Gießener Bill Haley herbeigezogen“. Eine bemerkenswerte Formulierung im wissenschaftlichen Disput. Aber immerhin habe es auch Pabst selbst nicht leichter, fasste Hubert Spiegel zusammen: „Seine These, es könne sich bei dem Dargestellten um einen Operntenor in der Rolle des Zampa handeln, möglicherweise um August Hoffmanns Bruder Ludwig, der Sänger war, klingt durchaus plausibel, lässt sich indes bislang ebenso wenig belegen wie die Vermutung, es könne sich um ein Selbstbildnis August Hoffmanns handeln.“ Gemutmaßt wird auch in „Die Welt“⁵⁵: „Wer, wenn nicht Büchner, ist auf dem Bild? Auf dem Blatt ist nachträglich mit Kugelschreiber vermerkt ‚A. Hofmann‘ (mit einem f). Das muss man nicht als Autoren-, das kann man auch als Gegenstandszuschreibung verstehen. Dann wäre die Zeichnung ein Selbstbildnis August Hoffmanns“, schreibt Eckhard Fuhr. Um munter weiter zu spekulieren: „Gedacht vielleicht als eine Art Muster- oder Bewerbungsbogen, gewürzt mit einem populären Schlager.“ Doch er fügt hinzu: „Halbwegs sicher belegen könnte man diese Theorie allerdings nur, wenn ein authentisches Porträt Hoffmanns aufzutreiben wäre.“

Immerhin scheint zumindest der Streit um die Datierung beigelegt. Bei der Signatur nämlich wurde gemutmaßt, die Zahlenfolge lautet 1839 und nicht 1833. Dann wäre das Blatt erst zwei Jahre nach dem Tod Georg Büchners entstanden. „Jetzt werden Datierungen verschiedener Blätter Hoffmanns miteinander verglichen, bis alle Zweifel ausgeräumt sind: Das Porträt stammt von 1833.“ Und Hubert Spiegel kann sich den Zusatz nicht verkneifen: „Für einen Moment herrscht Einigkeit.“⁵⁶

Das mediale Interesse an der Expertenrunde auf der Mathildenhöhe war jedoch bereits bei weitem nicht mehr so groß wie an der Präsentation des Originalbildes rund einen Monat zuvor. Danach wird der Streit um die Bleistiftzeichnung vor allem durch Veröffentlichungen und Interviews von Reinhard Pabst und Jan-Christoph Hauschild weitergeführt. Mit bemerkenswerten Formulierungen: „Der ‚Jahrhundertfund‘, den Ralf Beil Ende Mai 2013 einer erstanten Öffentlichkeit präsentieren zu können glaubte, hat sich inzwischen als Jahrhundertflop herausgestellt“, betont Pabst in einem Gespräch mit der Tageszeitung „junge Welt“ zur Eröffnung der Landesausstellung in Darmstadt. Ohne das allerdings zu begründen. Dafür merkt er an: „Man könnte somit vom Musterbei-

55 Eckhard Fuhr: Georg Büchner, ein Frauen-Flachleger vom Dienst?, in „Die Welt“ vom 24. Juni 2013, unter: <http://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article117380601/Georg-Buechner-ein-Frauen-Flachleger-vom-Dienst.html>, abgerufen am 13. August 2014.

56 Spiegel, Streit um Schorsch.

spiel für eine ‚Explanatio praecox‘ sprechen, für eine voreilige, überstürzte Zuschreibung.⁵⁷

Günter Oesterle mag sich an den zunehmend polemischen Diskussionen schon längst nicht mehr öffentlich beteiligen. „Mit Sicherheit wird die Forschung über den Maler August Hoffmann aufgrund der neu gefundenen Materialien intensiviert, auch werden Kunsthistoriker zu Rate gezogen. Oesterle hat schon damit begonnen und ist gespannt, was weiterhin Neues herauskommt. Er versteht sich als teilnehmender Beobachter der aktuell stattfindenden Rezeption“,⁵⁸ heißt es bereits vor dem „Runden Tisch“ in Darmstadt.

Die Argumente der Gegner der „Büchner-Theorie“

„Erhebliche Zweifel“ hatte Reinhard Pabst bereits wenige Tage nach der Präsentation des Dachbodenfonds im Interview mit der FAZ angemeldet. Und das mit deutlichen Seitenhieben auf die Qualifikation der Wissenschaftler: „Wer sich eingehender nicht nur mit Büchners Texten, sondern auch mit seinen biographischen Zeugnissen und vor allem mit der Büchner-Ikonographie beschäftigt hat, muss diesem Fund mit großer Skepsis gegenüberstehen“,⁵⁹ heißt es dort. Das wiederum bedeutet im Umkehrschluss, die Büchner-Forscher haben dies nicht getan. Die „Übereinanderblendungen“ brandmarkt er als „Effekthascherei“. Zumal Roland Borgards dafür die Reproduktion des verbrannten Porträts aus Familienbesitz genutzt habe. Denn dieses sei „eigenartig verzerrt“ und deformiert. Deshalb sei es „zweifelhaft, wenn nicht sogar abwegig“, diese Wiedergabe als Vergleich heranzuziehen. Und wiederum unterstellt er den Befürwortern der „Büchner-Theorie“ Unwissen, indem er formuliert: „In einem Oesterle und seinen Mitstreitern offenbar nicht bekannten Zeitungsartikel aus dem Jahr 1973 über das Aussehen Georg Büchners betonte Anton Büchner, ein Enkel von Georgs Bruder Wilhelm, verglichen mit späteren, entstellenden und vergrößerten Reproduktionen zeigten die allerfrühesten Aufnahmen, die im 19. Jahrhundert von dem Hoffmann’schen Original gemacht wurden, ‚ein schmaleres Gesicht.‘“ Um dann anzufügen: „Das kann ich bestätigen.“ Einen dieser Abzüge nämlich „habe ich vor zwanzig Jahren bei meinen ausgedehnten Recherchen in Schweizer Privatbesitz entdeckt“. Folglich seien Oesterle und seine Kollegen „von falschen Voraussetzungen ausgegangen“. Zumal sie sich nicht um die besten Aufnahmen der „Polenrock“-Zeichnung bemüht hätten. „Sie haben sich auch sonst nicht ausreichend sachkundig gemacht. Sie sind, so sehe ich die Sache, mit abenteuerlichen Hypothesen übereilt an die Öffentlichkeit gegangen.“ Es müsse daher geprüft werden, ob es sich nicht um einen Darsteller handelt. Vor allem die Datierung des Bildes auf den Sommer 1833 sei „geradezu leichtfertig“. Allerdings wurden alle Zweifel daran wenig später beim „Runden Tisch“

57 Jürgen Schneider: „Eine ‚Explanatio praecox‘“. Eine neue Tapete und ein „Pseudo-Schorsch“: Was bringt die Darmstädter Ausstellung zu Georg Büchner? Ein Gespräch mit Reinhard Pabst, in: junge Welt vom 17. Oktober 2013, S. 12, dort auch das Zitat.

58 Klein: Stellt dieses Porträt Georg Büchner dar? (vgl. Anm. 11).

59 Hubert Spiegel: Büchner-Kenner Reinhard Pabst: Die Datierung ist geradezu leichtfertig.

mit einem Blick auf Vergleichszahlen ausgeräumt. Zudem lässt Pabst die gleiche Haltung des Arms und den exakt an der gleichen Stelle sitzenden Scheitel ganz unberücksichtigt.

Jan-Christoph Hauschild wiederum bewertet vor allem die künstlerischen Fähigkeiten von August Hoffmann kritisch: „Als Porträtist war er eher unbeholfen“.⁶⁰ Und er ist überzeugt, vom Gießener Dachbodenfund „führt kein Weg zu Georg Büchner“, schreibt er in einem kenntnisreichen Beitrag für die FAZ. Zwar ähnelten Körperhaltung und Gesichtsform „dem bekannten Büchner-Porträt auf verblüffende Weise“. Doch: „Ähnlichkeit allerdings war noch nie ein hinreichendes Kriterium für eine sichere Identitätsfeststellung.“ Dann nennt er verschiedene biometrische Unterschiede: Form des Ohrläppchens, Abstand zwischen Lid und Augenbrauen, aber vor allem Farbe der Iris. „Der als Korsar posierende junge Mann hat dunkle, vielleicht braune Augen, das Büchner-Porträt zeigt jedoch eine hellere Farbe, damit der Beschreibung des Steckbriefs entsprechend: ‚Augen: graue‘.“ Die Ähnlichkeit zwischen beiden Zeichnungen beruhe vielmehr „auf der schematischen Darstellung von Gesichtszügen“. Hauschild vermutet, dass es sich bei dem Dargestellten „um ein Mitglied der Familie des Künstlers“ handle. Dafür spreche die Überlieferung im Nachlass von August Hoffmann sowie die Tatsache, dass das Porträt, „wie an den Faltungen abzulesen ist, ursprünglich gerahmt aufbewahrt wurde, der Familie mithin als Wandschmuck (zur liebevollen Erinnerung?) diene“. Deshalb kommt der Büchner-Biograph zu dem Ergebnis: „Um den erhofften Jahrhundertfund“ handelt es sich also nicht.“ Deutlich provokanter formulierte Hauschild im bereits zitierten Vortrag „Jenseits des Revolutionärs“ auf dem Amsterdamer Büchner-Kolloquium. Zunächst wiederholt er die Argumente aus dem FAZ-Artikel, um dann festzustellen: „Die spontanen Äußerungen und Argumente des akademischen Entdecker-Quartetts sind einen zweiten Blick wert. Was da zum Ausdruck kommt, was sich da ungehemmt Luft macht, ist kollektive Begeisterung über den endlich einmal ‚privat‘ erscheinenden Georg Büchner, der sich dem Betrachter ‚offen und spielend‘ präsentiert, ‚verliebt und verlobt‘, facettenreicher und greifbarer denn je“. Ein ganzer Mensch also, ein Mensch, den wir lieben können, ‚jenseits des Revolutionärs‘.“⁶¹ Und damit ist Hauschild beim Hauptadressaten seiner massiven Kritik angelangt: Hermann Kurzke. Der Mainzer Literaturwissenschaftler hat 2013 seine Biographie „Georg Büchner. Geschichte eines Genies“ vorgelegt, die in den Feuilletons geradezu begeistert rezensiert wurde. Im Klappentext dazu heißt es: Der Literat „ist bisher vorwiegend als politischer Agitator, Frühsozialist und Vorläufer der 1848er Revolution betrachtet worden. Das Menschliche kam dabei zu kurz, ebenso das Künstlerische, das Romantische, das Psychologische, das Metaphysische und die wildwüchsige Religiosität.“⁶²

60 Hauschild: Als Porträtist war er eher unbeholfen, dort auch die Zitate.

61 Hauschild: „Jenseits des Revolutionärs.“

62 Kurzke: Georg Büchner.

Allerdings hat Hauschild im gleichen Jahr ebenfalls eine Biographie des Verfassers des „Hessischen Landboten“ veröffentlicht. Mit dem Titel „Georg Büchner. Verschwörung für die Gleichheit“.⁶³ Und darin stellt er im Gegensatz zu Kurzke den politischen, den revolutionären Büchner in den Mittelpunkt. Wenig überraschend also, dass er den „christlichen Büchner“ Kurzkes als „rund 500 Seiten durchweg unerquickliche Lektüre“⁶⁴ brandmarkt. Und einer Verschwörung gleich, erkennt er in einem Interview des Mainzer Germanisten mit dem Gießener Anzeiger zum Dachbodenfund „eine merkwürdige Koinzidenz“. Denn Kurzke betont darin: „Der Büchner mit dem Notenblatt passt ganz gut zu dem, was auch ich in meiner Büchner-Biografie ausgemalt habe.“⁶⁵

Dabei lässt Hauschild aber ganz außer Acht, dass Kurzke nur wenige Zeilen davor deutliche Zweifel an der Identifizierung des Jünglings mit Notenblatt als Georg Büchner äußert.

Reinhard Pabst indes zählt Kurzke zu den ernstzunehmenden Zweiflern an der „Authentizität dieser ominösen Zeichnung“. Und stellt – ganz ohne Begründung – fest: „Da helfen alle optischen Tricks, technischen Manipulationen und argumentativen Täuschungsmanöver im Ausstellungskatalog nicht, auf dessen Umschlag die Zeichnung des jungen Mannes mit Notenblatt zu sehen ist. Dieses Bild stellt definitiv n i c h t Georg Büchner dar.“⁶⁶

Nachspiel mit Ausblick

Die Darmstädter Ausstellung hinterfragt die Bleistiftzeichnung tatsächlich nicht mehr, sondern präsentiert den jungen Mann mit Notenblatt als Georg Büchner und platziert ihn neben dem Porträt der heimlichen Verlobten Wilhelmine Jaeglé. Der heftige Disput über die Identität des Dargestellten spielt denn auch in der Berichterstattung zu „Georg Büchner – Revolutionär mit Feder und Skalpell“ keine wesentliche Rolle mehr. „Ob es wirklich Georg Büchner zeigt, ist umstritten“, heißt es kurz und knapp in der taz.⁶⁷ „Ein 2013 neu entdecktes Porträt Georg Büchners; signiert vom Darmstädter Theatermaler Philipp August Joseph Hoffmann aus dem Jahr 1833“ lautet die eindeutige Bildunterschrift in der Wochenzeitung „Die Zeit“⁶⁸ zur Ausstellungsbesprechung. Und auch Matthias Matussek zieht das im „Spiegel“⁶⁹ nicht in Zweifel. Dort nämlich lautet die Bildzeile: „Schriftsteller Büchner: Der rote Korsar“. Und Judith von Sternburg kommt nach ihrem Rundgang durchs „darmstadtium“ in der Frankfurter

63 Hauschild: Georg Büchner. Verschwörung für die Gleichheit.

64 Hauschild: „Jenseits des Revolutionärs.“

65 Frederiksen: „Vielleicht ist es Büchners Bruder Wilhelm“.

66 Schneider: „Eine ‚Explanatio praecox‘“.

67 Rudolf Walther: Worte ausstellen, mit Bravour, in: die tageszeitung vom 16. Oktober 2013, unter: <http://www.taz.de/!125502/>, abgerufen am 4. Oktober 2014.

68 Elisabeth von Tadden: Du bist ein starkes Echo, in: Die Zeit vom 17. Oktober 2013, unter: <http://www.zeit.de/2013/42/georg-buechner-200-jahre>, abgerufen am 21. Oktober 2014.

69 Matthias Matussek: Heiliger Rebell, in: Der Spiegel 40 (2013), S. 120 f.

Rundschau zu dem Schluss: „Übereilung kann man den Kritikern so gut vorwerfen wie den Befürwortern.“⁷⁰

Letztlich steht also fest: Es gibt Indizien, dass es sich bei dem „Jüngling mit Notenblatt“ um Georg Büchner handeln könnte. Sicher ist das jedoch nicht. Aber zumindest könnte die Suche nach dem endgültigen Beweis nun die Forschungen über den Theatermaler August Hoffmann in den Fokus rücken. Der auf dem Gießener Dachboden entdeckte Nachlass ist im Universitätsarchiv zugänglich. Bislang aber hält sich das Interesse daran – trotz aller Streitereien unter den Büchner-Experten – in deutlich überschaubaren Grenzen. Archivleiterin Dr. Eva-Marie Felschow berichtet, dass sich nur ein einziger auswärtiger Journalist die Zeichnungen angeschaut hat. Aber das sei nun auch schon wieder ziemlich lange her und von einer Veröffentlichung sei ihr nichts bekannt.



Beweis oder „Effektbascherei“?: Roland Borgards hat die beiden Porträts von August Hoffmann passgenau übereinander geblendet. Repro: Gießener Anzeiger

70 Judith von Sternburg: Revolutionär mit Feder und Skalpell, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Oktober 2013, unter: <http://www.fr-online.de/literatur/georg-buechner-ausstellung-darmstadt-revolutionaer-mit-feder-und-skalpell,1472266,24605772.html>, abgerufen am 4. Oktober 2014.

„Was unsren Mädchen Not tut, ist eine ganz gründliche Kenntnis der Weltgeschichte ...“: Luise Büchner als Historikerin¹

AGNES SCHMIDT

Als **Luise Büchner** am 28. November 1877 in ihrem 56. Lebensjahr in Darmstadt starb, war ihr Name weit über ihre Heimatstadt hinaus bekannt. Zahlreiche deutsche und ausländische Zeitungen berichteten über ihr Ableben und veröffentlichten ehrende Nachrufe. An dem Begräbnis der berühmten Frau nahmen sowohl die Schülerinnen der von Luise Büchner begründeten *Alice Schule* mit ihren Lehrerinnen und Lehrern als auch zahlreiche Mitglieder der *Alice-Frauenvereine* teil, allen voran die Gründerin und Vorsitzende, Großherzogin Alice, die mit Luise Büchners Tod ihre wichtigste Beraterin und Mitarbeiterin verloren hatte. Sie selbst fiel bereits ein Jahr später im Alter von nur 35 Jahren einer Diphtherie-Epidemie zum Opfer. Der Tod dieser beiden Frauen war für die hessische Frauenwelt ein herber Verlust. Im Laufe ihrer mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit für die Verbesserung der Lage der Frauen hatten sie unendlich viel vollbracht. Durch ihren Tod blieben viele Pläne unerfüllt, so zum Beispiel die Gründung einer Frauenuniversität nach englischem Vorbild in Darmstadt.

Berühmt wurde die Darmstädter Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Luise Büchner durch ihr Werk *Die Frauen und ihr Beruf. Ein Buch weiblicher Erziehung*, das 1855 ohne Nennung ihres Namens bei dem Frankfurter Verlag Meidinger erschien. Nach dem überraschenden Erfolg dieses schmalen Buches, in dem Luise Büchner vor allem die *Gleichberechtigung des Mädchens mit dem Knaben in der Erziehung* forderte, folgte rasch eine zweite und bald eine dritte Auflage, die jeweils um mehrere Kapitel erweitert und mit dem Namen der Verfasserin versehen wurde. Luise Büchners Autorschaft war jedoch bereits kurz nach dem Erscheinen der Erstauflage bekannt geworden: Karl Gutzkow, Schriftsteller, Zeitungs-herausgeber und einer der einflussreichsten Literaturkritiker der Zeit, hatte diese Anfang 1856 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Unterhaltungen am häuslichen Herd* in seiner Rezension verraten:

Wir können die Verfasserin wohl nennen, sie ist die Schwester zweier berühmter Brüder, des frühverstorbenen ältern Georg Büchner, eines seltenen poetischen Talents, und des noch lebenden Kraft- und Stoff-Büchner [Ludwig], einer, wie wir schon wissen, geringern und nur

1 Eine leicht veränderte und erweiterte Fassung des Aufsatzes in: Georg Büchner und seine Zeit 1813-1837, [Katalog zur] Ausstellung des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt und des Stadtarchivs Darmstadt zum 175. Todestag und zum 200. Geburtstag Georg Büchners 2012/2013, Darmstadt 2013, S. 41-49. Als Vortrag gehalten am 29.1.2014 beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen.

im Compiliren geübten Feder. Luise Büchner hat Verwandtschaft mit dem älteren Bruder. Sie ist ein von allen Schwingungen der Zeit ergriffenes Frauenherz, ein Mädchen voll Geist, fest in der Liebe und fest im Haß. Das Leben ist ihr nicht fremd und vielleicht zu herb wirkt in ihr diese Erfahrung nach.²



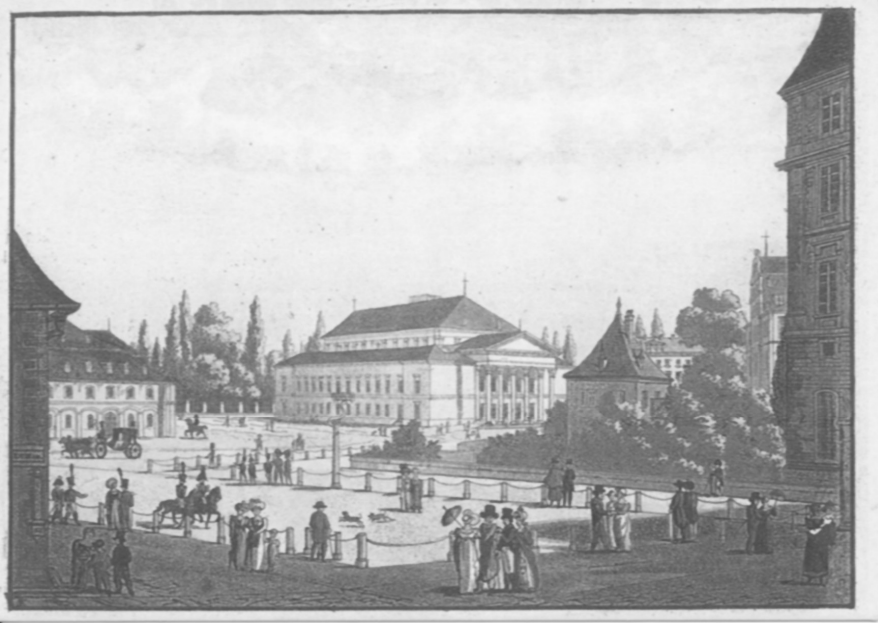
Grab von Louise Büchner auf dem Alten Friedhof in Darmstadt,
Foto: Agnes Schmidt

2 Frauenberuf, Frauenerziehung, Frauenbildung, in: Unterhaltungen am häuslichen Herd, N.F. Bd.1 (1856), S. 303-304.

Gutzkows Bemerkung - *das Leben ist ihr nicht fremd* - bezieht sich vermutlich auf Luise Büchners Körperbehinderung, die auch in den Erinnerungen des jüngeren Bruders Alexander kurz erwähnt ist. Dort charakterisiert er seine Schwester als *die intuitive Luise, mit einem idealschönen Gesicht, aber ihrem durch einen Unfall verkrümmten Körper*, die gelehrte Bücher für die erblindete Großmutter vorlas.³

Den Namen Büchner kannte Karl Gutzkow seit Frühjahr 1835. Bekanntlich schickte ihm Georg Büchner damals sein Drama *Dantons Tod* zwecks Veröffentlichung zu. Der jungdeutsche Literat erkannte sogleich die große dramatische Begabung des jungen Darmstädters und druckte Ausschnitte aus Büchners Stück in der Literaturbeilage der Zeitschrift *Phönix* ab. Persönlich haben sich die beiden Männer nicht kennengelernt: Büchner floh vor der drohenden Verhaftung in den ersten Märztagen des Jahres 1835 nach Straßburg und starb ohne seine Heimatstadt wiederzusehen im Februar 1837 in Zürich.

Karl Gutzkow blieb mit der Familie Büchner auch nach Georgs Tod in Verbindung. Vorerst als potentieller Herausgeber der nachgelassenen Werke des Frühverstorbenen und später durch seine Ehefrau Amalie, die mit Luise Büchner eng befreundet war. In den 1840er Jahren verbrachte Luise im Haus der Freundin in Frankfurt *manche schöne Stunden und Wochen*.⁴



Das Theater in Darmstadt, um 1835, Postkarte Luise-Büchner-Bibliothek

3 Alexander Büchner: *Das tolle Jahr*, in: ders.: *Ausgewählte Schriften*. Hrsg. v. Ludwig Fertig, Darmstadt 2005, S. 112.

4 *Erinnerungen an Luise Büchner*, in: Luise Büchner, *Die Frau, hinterlassene Aufsätze, Abhandlungen und Berichte zur Frauenfrage*, Halle 1878, S. 4.

Die Freundschaft mit Gutzkow blieb auch nach Amalies frühem Tod im Jahre 1848 erhalten.

Über Luise Büchners Schulzeit haben wir keine verlässlichen Informationen. Für Mädchen gab es in Darmstadt zu ihrer Zeit nur eine einzige öffentliche Schule, die ständig überfüllt war. Die städtischen Behörden lehnten lange Zeit sowohl eine räumliche als auch eine über den Elementarunterricht hinausgehende Erweiterung dieser Schule ab.

Neben dieser öffentlichen Schule gab es in Darmstadt wie in anderen Städten auch mehrere Privatschulen, so genannte höhere Töchterschulen. Die meisten dieser Bildungsanstalten wurden von Theologen geführt bzw. kontrolliert. Eine solche Schule muss auch Luise Büchner besucht haben. Es gibt einen Hinweis dafür: In einem Gutachten, das sie über das mittlere und höhere Mädchenschulwesen im August 1873 an einer vom Preußischen Unterrichtsministerium einberufenen Konferenz in Berlin vortrug, erwähnte sie kurz ihre eigenen Erfahrungen als Schülerin:

Von meiner eigenen kleinen, bis auf das vierzehnte Jahr beschränkten Schulzeit, hat mich solch ein unwissender, ungebildeter Theologe, der nachher ein ganz guter Pfarrer wurde, ein ganzes Jahr gekostet. Wir hätten in vielen Dingen den Menschen unterrichten können, er nicht uns und so mag es heute noch manchmal vorkommen. Die akademische Bildung eines jungen Mannes, sei sie philosophisch oder theologisch, ist noch keine Garantie dafür, dass er auch ein tüchtiger taktvoller und namentlich gewissenhafter Mädchenlehrer sein wird.⁵

Angesichts dieser Aussage ist es umso erstaunlicher, über welche außergewöhnlichen Kenntnisse Luise Büchner in Literatur, Kunst und Wissenschaft verfügte: Ihre Schriften und Vorträge sind mit Zitaten aus der klassischen und zeitgenössischen Literatur angereichert, sie kannte sich in der deutschen und Weltgeschichte ausgezeichnet aus, beschäftigte sich mit philosophischen und naturwissenschaftlichen Fragen und las fließend französisch und englisch.

Wie war es möglich, ohne geregelten Schulbesuch eine solche umfangreiche Bildung zu erwerben?

Gernot Böhme, emeritierter Professor der TU Darmstadt beschrieb einmal sehr treffend den Geist, der in der Familie Büchner herrschte:

Die Büchners sind repräsentativ für das Jahrhundert des Fortschritts. Sie alle sind sichtlich äußerst sensibel für den Zeitgeist und fühlen sich als Träger oder gar Motoren einer Bewegung. Wenn in der Familie selbst Erklärungsgründe für diese Offenheit gesucht werden, so sind sie wohl in einem Kommunikationsmilieu zu finden. Die Familie bot offenbar Raum für regen und engagierten Austausch unter den Geschwistern. Er setzte sich später fort in vielfacher Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung. So brachte Ludwig zum ersten Mal die nachgelassenen Schriften

5 Ebd., S. 63.

von Georg heraus, Alexander diejenigen Ludwigs, Luise schrieb das Jugendbild Georgs, Alexander verfasste eine Biographie Ludwigs.⁶



Luise Büchner, Foto von Jamrath 1869
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

6 Gernot Böhme: Ludwig Büchner, in: Georg Büchner, 1813-1837, Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler. Katalog der Ausstellung Mathildenhöhe, Darmstadt, 2. August – 27. September 1987, Basel; Frankfurt am Main 1987, S. 384.

Luise Büchners von Böhme erwähnte, unvollendet gebliebene autobiographische Erzählung *Ein Dichter* ist ein beredtes Zeugnis darüber, wie die Gespräche zwischen Eltern und Kindern, und den Geschwistern untereinander, in ihrem Elternhaus vonstatten gingen. Die Autorin schildert an einer Stelle ihrer Erzählung eine Abendszene, in der sich die Familienmitglieder *um den großen, viereckigen, nussbraunen Esstisch*, versammeln und ihre Erlebnisse und Gedanken austauschen. Man dürfte nicht ganz falsch mit der Vermutung liegen, dass Luise Büchner hier ein reales, sich wiederholendes Szenario in der Familie beschrieb. Wissen aneignen konnte sich Luise nicht nur durch ihre studierenden Brüder, sondern von deren Freunden und Bekannten. Das Elternhaus war laut Alexander *selten ohne Besucher*. Nach dem Tod der Eltern kamen zunehmend politische Freunde und Gelehrtenkollegen von Ludwig Büchner in das gemeinsame Haus der Geschwister wie z.B. Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel oder David Strauss, um nur einige Beispiele zu nennen. Liebknecht lernte übrigens bei den Büchners seine zweite Ehefrau Natalie Reh, die Tochter des liberalen Politikers Theodor Reh kennen, die mit Ludwigs Frau Sophie befreundet war.

Außer den geistreichen Gesprächen in der Familie hatte die Öffnung der privaten Bibliotheken und Museen der Landesfürsten für den außerschulischen Wissenserwerb eine entscheidende Bedeutung. In Darmstadt stand seit 1817 die Großherzogliche Hofbibliothek für das Publikum offen. Dass Luise Büchner eine eifrige Besucherin dieser reich bestückten Bibliothek war, zeigt ihr Jubelgedicht zum 50. Jahrestag der Bibliotheksöffnung, das sie am 15. September 1867 in der Darmstädter Zeitung veröffentlichte.

Beim Erwerb klassischer Bildung spielte auch das Theater eine große Rolle. Das großherzogliche Theater in Darmstadt hatte während Luise Büchners Jugendzeit ein reiches Programm mit Stücken von Lessing, Goethe, Schiller und Shakespeare. Das Darmstädter Bildungsbürgertum besuchte mehrmals in der Woche das Theater. Ein Opernbesuch von Mathilde und Luise wird auch in dem einzig erhaltenen Brief ihres Vaters an Georg Büchner beiläufig erwähnt.⁷

Luise Büchners Interesse für historische Themen zeigte sich bereits in ihren ersten Novellen, die sie 1861 in einem Erzählband unter dem Titel *Aus dem Leben* veröffentlichte.

Zu ihrem Essay über die Marat-Mörderin Charlotte Corday recherchierte sie in Pariser Archiven und in Caen, wo ihr jüngster Bruder Alexander seit 1862 lebte und an der Universität ab 1864 lehrte. Mit ihm und ihrer Schwester Mathilde besuchte Luise die Orte, wo die Französin gelebt hatte, die mit ihrer Tat nach ihrer eigenen Aussage Frankreichs Freiheit retten wollte. Zur Rekonstruktion des Attentats benutzte Luise Büchner ausschließlich Werke von französischen Autoren, damit wollte sie die Authentizität der Aussagen sicherstellen. Quellenkritik und Zweifel an den Erzählungen von Zeitzeugen, die ihre Erinnerungen erst Jahrzehnte später kundtaten, und fundierte Argumentation kenn-

7 Brief des Vaters nach Zürich am 18. 12. 1836, <http://buechnerportal.de/werke/briefe/>

zeichnen das kleine Werk und machen es auch heute noch nach Veröffentlichung unzähliger Corday-Biografien äußerst lesenswert.

Alice-Lyceum für Damen.

Der „Alice-Verein für Frauenbildung und Erwerb“ bietet auch in diesem — fünften — Winter den hiesigen Damen Vorlesungen von Fachgelehrten im Alice-Lyceum.

Freundlichst haben übernommen:

- 1) Herr Prof. Dr. Roquette 16—20 Vorlesungen über:
Poetik: Theorie der Dichtungsarten und Formenlehre (Epos, Lyrik, Drama) mit erklärenden Beispielen und geschichtlichen Uebersichten der Entwicklung der Gattungen und Formen in den Literaturen der alten und neuen Völker;
Freitag 5—6 Uhr,
 im Kinder-Gartensaale Grafenstraße 39,
 — erste Vorlesung Freitag den 13. Nov. 1874. —
- 2) Hr. Dr. Heumann 16—20 Vorlesungen über:
Chemie des täglichen Lebens mit Experimenten;
Samstag 5—6 Uhr,
 im Kinder-Gartensaale Grafenstraße 39,
 — erste Vorlesung Samstag den 14. Nov. 1874. —
- 3) Hr. Prof. Dr. Kohlrausch 4—5 Vorlesungen über:
 den **electrischen Strom** und dessen Wirkungen mit Experimenten;
Montag 6—7 Uhr, in seinem Hörsaal im Polytechnikum, |
 — erste Vorlesung Montag den 16. Nov. 1874. —
- 4) Hr. Prof. Dr. Creizenach aus Frankfurt a. M., 5 Vorlesungen über:

deutsches Alterthum (Götter- und Helden-Sage, Völkerwanderungszeit).

Mittwoch 4—5 Uhr, im Kindergarten-saale Grafenstraße 39.

— erste Vorlesung Mittwoch den 18. Nov. 1874. —

Das Honorar für jeden der 2 ersten Lehrgegenstände beträgt 9 Mark pränumerando. Werden von derselben Damen beide erste Lehrgegenstände gehört, so beträgt das Honorar für beide 13 Mark.

Das Honorar für die 2 letzten Lehrgegenstände beträgt 3 Mark.

Eintrittskarten können gegen Baarzahlung in der Buchhandlung des Herrn A. Klingelhoffers, sowie täglich von 2—4 Uhr bei der unterzeichneten Vice-Präsidentin (Hölzestrasse 14) in Empfang genommen werden.

Darmstadt, 30. October 1874.

Der Alice-Verein für Frauenbildung und Erwerb.
 Louise Büchner. M. von Homberg,

Anzeige vom 3.11.1874 im Darmstädter Frage- und Anzeigebblatt

Auch ihren Geschichtsvorlesungen, die Luise Büchner seit 1860 in ihrer Wohnung hielt, ging ein gründliches Literaturstudium voraus. Ohne akademisches Zertifikat, das Frauen von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen in Deutschland bis in das 20. Jahrhundert hinein verwehrt wurde, bot sie Vorträge für *strebsame Mädchen und auch Frauen, die sich dafür interessierten, über allgemeine Geschichte in aufsteigender Reihenfolge* an. Nach der Gründung des *Alice-Lyceums* im

Jahr 1870 setzte Luise Büchner ihre Vorträge im Rahmen der populärwissenschaftlichen Reihe dieser neuen Frauenbildungsanstalt öffentlich fort.

Meine Geschichtsvorlesungen veranlassen mir eine heillose Arbeit, schrieb sie am 15. April 1870 an Gutzkow, zwei Vorträge in der Woche, da muß ein großes Material durchgearbeitet werden, bis ich das zusammen habe, was ich für meinen Zweck brauche. Dazu gesellt sich dann noch so allerlei Sonstiges, was mich abzieht und in Anspruch nimmt.⁸

Warum nahm Luise Büchner neben ihrer Verbandstätigkeit und literarischer Arbeit diese zeitraubende Lehrtätigkeit auf sich?

Bereits in ihrem Erstlingswerk *Die Frauen und ihr Beruf* stellte sie fest:

Was unseren Mädchen zuerst Not tut, ist eine ganz gründliche Kenntnis der Weltgeschichte, ihrer Muttersprache, der Geographie, der allgemeinen Naturgesetze und der klassischen Literatur des Vaterlandes.

Auch in späteren Artikeln und Reden kritisierte sie immer wieder die Lehrpläne der höheren Mädchenschulen, die sich deutlich von denen der Knabenschulen unterschieden. Im Gegensatz zu den Jungengymnasien stand nämlich in den höheren Mädchenschulen ihrer Zeit nicht die Verstandesbildung im Vordergrund, sondern die ethische Bildung, die sogenannte Herzensbildung. Diese Art von Bildung sollten vor allem die Fächer Religion, Schönschreiben, Französische Konversation und Handarbeitsunterricht vermitteln. Für das Unterrichten von Geschichte, Naturlehre oder Geographie standen in der Regel nur ganz wenige Wochenstunden zur Verfügung. Luise Büchners Forderung nach einer Erweiterung der Lehrpläne blieb vorerst ohne Ergebnis. Bekannt machte Luise Büchner ihre Geschichtsvorlesungen in den Darmstädter Zeitungen, so z.B. mit folgendem Text im *Darmstädter Frage- und Anzeigebblatt* am 19. Oktober 1867:

Montag, den 11. November werden meine Geschichtsvorträge für Damen wieder in meiner Wohnung beginnen. Gegenstand des Vortrags: Deutsche Geschichte von der Reformation bis auf die neueste Zeit, mit besonderer Berücksichtigung der Kultur- und Literaturgeschichte. Der Cursus umfaßt 40 Stunden. Preis: Für eine Person 10 fl., 2 Schwestern 15 fl. und für Solche, die sich zur Lehrerin ausbilden, gratis.

Mit der kostenlosen Teilnahme zukünftiger Lehrerinnen, wollte Luise Büchner ihre vielfach bekundete Forderung nach qualifizierten weiblichen Lehrkräften an Mädchenschulen unterstützen.

Trotz hoher Arbeitsbelastung bereitete Luise Büchner seit Mitte 1873 ihre Vorlesungen, die sie in den vorangegangenen zwei Jahren am *Alice-Lyceum* gehalten hatte, für eine Veröffentlichung vor. Über ihre Motivation zur Veröffentlichung schrieb sie im Vorwort:

8 Gerhard K. Friesen: Wir können alle gar nicht Respect genug vor Ihnen haben: Der Briefwechsel zwischen Karl Gutzkow und Luise Büchner 1859-1976, in: Feder und Wort sind Euch gegeben, so gut wie dem Mannel! Studien und Briefe zu Luise Büchners Leben und Werk, hrsg. v. Elke Hausberg und Agnes Schmidt, Darmstadt 2004, Darmstädter Schriften; 85, S. 68.

Noch fehlt es fast ganz in unserer populären Geschichtsliteratur an einer kurzgedrängten und übersichtlichen Darstellung [...] unserer Geschichte, [...] die man jungen Leuten zur Selbstbelehrung in die Hand geben könnte. Das überreiche, schon verarbeitete Material jener kaum vergangenen Zeit liegt noch so bruchstückartig und weit auseinander, entweder in bandreichen Werken, die aber nur einzelne Zeitabschnitte behandeln, oder in chronikartigen Darstellungen, Monographien, Biographien u.s.w. zerstreut, daß es der Jugend kaum zugänglich ist.

Das fertige Werk mit dem Titel *Deutsche Geschichte von 1815 bis 1870* enthält zwanzig Vorträge und wurde 1875 beim Leipziger Verlag Thomas veröffentlicht. Die Autorin nennt die wichtigsten Quellen ihres Werkes, wie zum Beispiel Ludwig Häussers *Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes*, die von 1854 bis 1857 in Heidelberg erschienen ist und die Werke des in Darmstadt geborenen Literaturwissenschaftlers und Historikers Georg Gottfried Gervinus.

Ein historisches Werk von einer Frau geschrieben gehört sicher zu den Seltenheiten, schrieb Marie Calm, eine Weggefährtin von Luise Büchner nach der Veröffentlichung. Setzt man bei einer Frau doch kaum das lebhafteste, politische Interesse voraus, ohne welches der Plan zu einer solchen Arbeit nicht gefasst werden könnte, viel weniger aber noch die dazu notwendigen Kenntnisse. Die Verfasserin dieses Buches aber beweist, dass, was zwar selten zu finden sein mag, doch nicht außerhalb der weiblichen Sphäre liegt und mit der Klarheit und Gründlichkeit, welche auch ihre früheren Arbeiten auszeichnet, hat sie ein Werk geschaffen, das sicher unter ähnlichen Arbeiten einen ehrenvollen Platz einnehmen und seinen Zweck erreichen wird.⁹

Hauptmerkmal von Luise Büchners Geschichtsschreibung ist die Verbindung historischer Ereignissen mit literarischen und philosophischen Strömungen der jeweiligen Epoche:

Nach dem Grundsatz, den ich immer befolgt, werde ich auch dieses mal wieder den Hauptnachdruck auf das kulturhistorische Moment, auf die Entwicklung der geistigen und sittlichen Anschauungen unseres Volkes legen, und in diesem Sinne auch die Literatur in den Kreis meiner Betrachtungen ziehen, in so weit dieselbe direct auf die politischen Anschauungen des Tages eingewirkt und dieselben mitbestimmt hat, schrieb sie im ersten Kapitel ihres Buches.¹⁰

Nach diesem Prinzip berichtet sie neben den historischen Ereignissen ausführlich über die Schriftsteller der jungdeutschen Bewegung, über die Ideen des Deutsch-Katholizismus und über die geistigen Strömungen der 1830 Jahre, um nur einige Beispiele zu nennen.

9 Marie Calm: *Deutsche Geschichte von 1815-1870*, in: *Neue Bahnen*, Nr. 14/1875, S. 111.

10 Luise Büchner: *Deutsche Geschichte von 1815 bis 1870*, Leipzig 1875, S. 2.

Diese Verknüpfung wird von der Autorin auch bei der Beschreibung des Frankfurter Wachensturms am 3. April 1833 deutlich. Über dieses Ereignis berichtete die Familie Büchner dem zu dieser Zeit in Straßburg studierenden Georg unmittelbar nach der Niederschlagung des Aufstandes. Auf diesen Brief reagierte der 20-jährige mit den berühmten Worten über die Gewalt, die das einzige Mittel sei, um die Lage des Volkes zu verbessern. Vermutlich haben weder seine Eltern noch seine jüngere Schwester diese Ansicht geteilt. Dennoch schildert Luise Büchner in ihrem Buch die Ereignisse der auf den Frankfurter Wachensturm folgenden Jahre mit unverhohlener Sympathie für das Schicksal der verfolgten Revolutionäre:

Verhaftungen folgten auf Verhaftungen an allen deutschen Hochschulen; noch nach Jahren wurden junge Männer, die inzwischen schon in bürgerlicher Ämter eingetreten waren, in jahrelange Untersuchungshaft gezogen. Ein vorsichtig hingeworfenes Wort, das Auffinden eines dreifarbigem Bändchens oder Pfeifenkopfes, oder irgend eines Gegenstandes, welcher die französischen Farben oder das burschenschaftliche Schwarz-rot-gold an sich trug, genügte, einen jungen Mann einzukerkern und ihm die härtesten Strafen zuzuziehen.¹¹

Der Name ihres Bruders Georg taucht in der ausführlichen Beschreibung dieser Epoche nicht auf. War es der Objektivitätsanspruch der Historikerin, der die Schilderung über die Verwicklung eines engen Familienangehörigen in historischen Ereignissen nicht zuließ? War es Pietät vor dem Frühverstorbenen oder wollte Luise Büchner ihre Beziehung zur Prinzessin Alice mit der Erinnerung an den damals von den großherzoglichen Behörden steckbrieflich gesuchten Georg Büchner nicht gefährden? Wir wissen es nicht.

Bei der Beschreibung dieser „dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte“ nahm sie allerdings nicht viel Rücksicht auf die großherzogliche Regierung:

Nirgends sonst gab sich, [...] eine solche inquisitorische und grausame Verfolgungswut, schreibt sie, „wie sie jetzt hier anbrach, kund. Mitten in der Nacht, weil man doch die Aufregung im Volk fürchtete, wurden achtbare Familienväter aus dem Bett geholt und in das Gefängnis gebracht. In den meisten Fällen mussten sie schon bald wieder freigegeben werden, aber man stelle sich Szenen des Schmerzes, der Verzweiflung in den Familien vor, die so hervorgerufen wurden. Fast jeder junge Mann stand unter polizeilicher Überwachung, und wo ein Verfolger sich seinem Schicksal durch Flucht entzog, wurde ihm ein entehrender Steckbrief nachgesendet. Keiner war sicher, ob er, schuldig oder unschuldig, sich noch am nächsten Tag in Freiheit befinden werde.

Diese Passage ist die exakte Beschreibung der Situation zahlreicher Familien im Großherzogtum Hessen, deren Söhne an der Gießener Universität studierten.

Obwohl der Titel *Deutsche Geschichte* etwas anderes suggeriert, beschränkte sich die Autorin nicht nur auf die Darstellung der historischen Ereignisse in

11 Ebd., S. 242 ff.

deutschsprachigen Ländern, sondern sie schildert die politischen und kulturellen Entwicklungen auch in anderen europäischen Regionen, vor allem in Frankreich, Italien, Polen und Ungarn.

Ich möchte dazu zwei Beispiele nennen:

In der achten Vorlesung berichtet sie über die Ideen der französischen Frühsozialisten, die die Vision einer egalitären Gesellschaft entwarfen. Diese Ideen fanden in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts europaweit Anhänger. Die zwei Hauptvertreter dieser Richtung waren Charles Fourier und der Graf Saint-Simon.

Über deren Theorien schreibt sie: wie fremdartig und seltsam uns auch ihre Vorschläge berühren mögen, es beseelt sie doch ein aufrichtiger Trieb die Menschheit zu fördern, namentlich den Armen und Unterdrückten zu einem leidlichen Dasein zu verhelfen. Sie richteten demgemäß ihr Augenmerk besonders auf den vierten Stand, der zum großen Teil besitzlos und auch politisch noch ganz rechtlos, der Willkür des Arbeitsgebers entzogen und ihm ein menschenwürdiges Dasein bereitet werden [sollte]. Zugleich sollte er durch politische Rechte die Möglichkeit erwerben, in eigener Sache mitzureden oder sich doch wenigstens vertreten zu lassen.¹²

Beeindruckt ist sie auch von Fouriers Theorien über die Frauenemanzipation, allerdings kommt ihr die Forderung nach politischen Rechten für Frauen utopisch vor. Die Ideen der Saint-Simonisten über die Abschaffung der Ehe und ihr Appel für die *freien Liebe* findet sie allerdings ganz abscheulich. Die Ideen der utopischen Sozialisten wurden in den 1830er Jahren in vielen intellektuellen Kreisen diskutiert, vermutlich auch im Georg Büchners Freundeskreis. In einem seiner Briefe an die Familie aus Straßburg karikiert er mit feinem Spott die Ansichten eines Saint-Simonisten über die sexuelle Gleichberechtigung der Frauen.¹³

Ein zweites Beispiel für Luise Büchners Interesse an revolutionären Ideen und Bewegungen außerhalb Deutschlands zeigt die 17. Vorlesung. In diesem Kapitel wird der Freiheitskampf der Ungarn gegen die Habsburger in den Jahren 1848/49 ausführlich geschildert. Luise Büchners kenntnisreiche Darstellung der Ereignisse weist ein gründliches Studium der umfangreichen deutschsprachigen Literatur über den Kampf der Ungarn für Unabhängigkeit und Demokratie nach. Mit großer Sympathie haben die fortschrittlichen Kräfte damals in ganz Europa die Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes mit Hilfe zaristischer Truppen und den blutigen Rachefeldzug der kaiserlichen Generale verfolgt. Über Lajos Kossuth, den Anführer der ungarischen Revolution, dem es nach der Kapitulation gelang, sich ins Exil zu retten, heißt es:

Halbvergessen und ärmlich sich von Stundengeben ernährend, lebt der große Agitator noch heute in England, ein alter Mann, aber treu seinen

12 Ebd., S. 178 f.

13 Brief von Mai 1833, <http://buechnerportal.de/werke/briefe/>

republikanischen Überzeugungen, welche ihn davon zurückhalten, Gebrauch von der Amnestie zu machen, die Franz Josef 1867 für alle verbannten Ungarn erließ, unter der Bedingung, ihm und den bestehenden Gesetzen Treue zu schwören.¹⁴

Karl Gutzkow, der von der Qualität von Luise Büchners Geschichtswerk nach eigener Aussage *wahrhaft überrascht war*, fragte sie nach Veröffentlichung der Buches besorgt: *Wird Ihnen doch dieses energische Buch... in Ihren Alice-Kreisen nicht schaden?* Worauf Luise Büchner ihm antwortete: *Bei meiner Prinzessin schadet mir das Buch nicht, die denkt selbst viel zu liberal. Der Kronprinzessin habe ich es auch geschickt und als das kronprinzliche Paar kürzlich hier war, ließen sie mich kommen, waren voll Herzlichkeit ... In Russland hat man das Buch verboten, so schreibt mir mein Verleger.*¹⁵

Zu diesem Verbot kam es vermutlich wegen der kritischen Darstellung von Russlands Rolle beim Polenaufstand im Jahre 1832 und bei der Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes 1849.

In der letzten Vorlesung behandelt Luise Büchner die Zeit nach dem Scheitern der revolutionären Bewegungen von 1848 bis zur Gründung des Deutschen Kaiserreichs.

Über die 1850er Jahre schreibt sie:

Wir haben im Laufe dieser Darstellung manche schmerzvolle Phase der deutschen Geschichte kennen gelernt, doch lastete kaum eine andere Zeit von solch Mut und Hoffnungslosigkeit auf der ganzen Nation, als die von 1850 bis 60. Das Bewusstsein, man habe einen glorreichen Aufschwung gemacht und sei doch nicht fähig gewesen, dessen Früchte festzuhalten, war ein unendlich schmerzliches und wurde mehr oder weniger von allen Parteien geteilt, die nicht vollständig auf den Rückgang zum Alten ... hinarbeiteten. Ein gleiches Schicksal bedrückte unsere Nachbarvölker, wie Alle, von einem gleichen Funken entzündet, im Jahre 1848 aufgestanden und für ihre Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft hatten. So erblicken wir jetzt wieder eine solidarische Koalition des Absolutismus, der noch einmal, zum letzten Male, wie wir hoffen, seine eiserne Hand auf Europas Völker legte, und ihren Rechten und Wünschen, ihrer ganzen Fortentwicklung neue Fesseln zu schmieden suchte.¹⁶

Sie beklagt die Rede- und Pressezensur der 1850er Jahre, den staatlichen Rachezug gegen die jungen Leute, die in den revolutionären Bewegungen teilgenommen hatten, sie berichtet über die *viele strebsame, junge Männer*, die den Staatsdienst quittieren und in Ausland gehen mussten. Bekanntlich gehörte auch ihr jüngere Bruder, Alexander zu ihnen: er wurde 1851 aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

Voller Kritik schildert Luise Büchner auch die literarische Produktion der 1850er Jahre:

14 Deutsche Geschichte, S. 488 f.

15 Friesen, S. 82 ff.

16 Deutsche Geschichte, S. 566.

Wo das Große nicht gedeihen konnte und nicht mehr ausgesprochen durfte, da kam das Kleine und Süßliche an die Reihe. Die große Entsöhnung durch das Religiöse, für die man jetzt schwärmte, erzeugte Dichtungen voll Phantastik und hohler Sentimentalität, die ernste Naturen nach dem, was man eben erst erlebt, anwiderten, und der Geschmack des großen Publikums wendete sich mehr und mehr des Genre des ‚Lovely‘ zu. Die poetischen Nippessachen: Was sich der Wald erzählt, Was die Vöglein singen, und was die Steine denken, waren an der Tagesordnung.¹⁷

Auf den letzten zwanzig Seiten ihres Buchs schildert Luise Büchner die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Landesfürsten und die Verhandlungen über die Einheit Deutschlands unter preußischer Führung in den 1860er Jahren. Wie viele liberale Historiker und Schriftsteller ihrer Zeit war sie auch eine Anhängerin der Bismarckschen Politik, die die Einheit Deutschlands unter Ausschluss von Österreich befürwortete. Sie begrüßte euphorisch den Sieg über Frankreich, die Gründung des Deutschen Kaiserreichs und des Bundesrates als neue gesetzgebende Gewalt.

Luise Büchners „Deutsche Geschichte“ endet mit voller Zuversicht in die Zukunft:

Ein neuer Geist ist in unserem Vaterland gekommen, vom Fürstenthron bis herab in die Hütte regt und bewegt es sich von edlen und uneigennütigen Kräften, die das Beste zu erringen und zu fördern streben. Vereint mit den Männern sehen wir die Frauen wirken und arbeiten, denn nur eine Vereinigung beider Geschlechter zum besten Zwecke wird im Stande sein, die sozialen Fragen zu lösen und allen jenen Forderungen gerecht zu werden, welche die Menschheit mit Recht an die Menschheit stellt. Die größte und wichtigste Frage aber, um die alle die ändern, sich nur wie die Planeten um die Sonne bewegen, das ist jetzt die der Erziehung, der Schule! Was diese Beiden jetzt, im Haus wie in den öffentlichen Anstalten, aus der deutschen Nation machen, das wird sie einst sein!¹⁸

Ob sie später mit der Bismarckschen Politik einverstanden gewesen wäre, sei dahingestellt. Sie konnte nicht wissen, dass der von ihr hochgeschätzte Kronprinz Friedrich, wegen der Langlebigkeit seines Vaters erst spät den kaiserlichen Thron besteigen und in Folge seiner tödlichen Krebserkrankung nur drei Monate regieren würde.

Hinzuzufügen ist noch, dass Luise Büchners Optimismus die Zukunft betreffend auch aus ihrem persönlichen Erfolg stammt. An erster Stelle sei hier die erfolgreiche Arbeit der von ihr mitbegründeten Frauenvereine zu erwähnen. Auf ihr Betreiben hin entstanden zwischen 1867 und 1877 vielerorts im Großherzogtum Hessen Industrieschulen für Mädchen, in denen diese einen qualifizier-

17 Ebd., S. 569.

18 Ebd., S. 625 f.

ten Beruf erlernen konnten.¹⁹ Luise Büchners Forderung, mehr weibliche Lehrkräfte in Mädchenschulen einzustellen, zeigte auch Fortschritte. 1876 gelang es ihr zu guter Letzt auch noch zwischen den konkurrierenden überregionalen Frauenverbänden, dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein und dem Verband der Frauenbildungsvereine (Lette-Verband) zu vermitteln und eine Kooperation der beiden einzuleiten. Darüber hinaus machte sie sich in den letzten zehn Jahren ihres Lebens auch einen Namen als Schriftstellerin und Journalistin.

Über die Rezeption ihres Geschichtsbuchs schrieb sie am 5. Januar 1876 an Gutzkow:

Mein Geschichtsbuch ist von der Kritik im Ganzen sehr freundlich aufgenommen worden, und auch an freundlichen Privatzuschriften hat es nicht gefehlt. Nur ein Herr von der Zunft scheint sich darüber erbost zu haben und macht mich im Neuen Reich gründlich schlecht. Sie haben es wohl gelesen: ‚oberflächliche Geschwätzigkeit!‘ Zwei Dinge, an denen ich sonst nicht leide. Natürlich Quellenstudium und Kathederton gilt diesem Herrn mehr als Gesinnung.²⁰

Diese Bemerkung zeigt, wie selbstbewusst Georg Büchners kleine Schwester seit dem Erscheinen ihres anonymen Erstlingswerks geworden war.

19 In Gießen, Sommer 1878; siehe Dagmar Klein, *Frauen in der Gießener Geschichte*, Gießen 1997.

20 Friesen, S. 87.

Das Schicksal der in Krofdorf geborenen Jüdin Bertha Schmitt

- Dokumentation einer Verfolgung und Vernichtung zur Zeit des
Nationalsozialismus -

BERND GREITEN / MANFRED SCHMIDT

Vorwort

Im Herbst 2012 bildete sich in Wettenberg eine Arbeitsgruppe, die es sich zur Aufgabe machte, das Leben bis dahin vergessener Wettenberger Opfer nationalsozialistischer Gewalttaten nachzuzeichnen, ihnen „ein Gesicht zu geben“ und sie zum Gegenstand eines nachträglichen öffentlichen dauerhaften Gedenkens zu machen. Sich der Geschichte stellen, und zwar einer dunklen, war das Motto. Im Rahmen dieses Vorhabens entstand das Projekt, den Lebensweg der in Krofdorf geborenen jüdischen Mitbürgerin Bertha Simon aufzuarbeiten. Bekannt war soweit ein fragmentarisches Wissen über ihre Krofdorfer Abstammung und ihr Ende in Hadamar im Rahmen des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms. Doch über ihr Leben gab es keinerlei verlässliche Aussagen. An Hand von neuen Forschungsergebnissen wird hier versucht, diese Wissenslücken zu schließen mit dem Ziel, das Lebensschicksal von Bertha Schmitt zu dokumentieren und sie zu einem Teil des lokalen Gedächtnisses zu machen.

Zuvor aber soll eine Antwort auf die Frage gegeben werden, warum erst jetzt nach fast 70 Jahren eine Beschäftigung mit diesem Opfer und den Opfern der vergangenen Gewaltherrschaft einsetzt?

Nach M. Saalbach (2013, S. 50 ff.), der sich auf den estnischen Kulturphilosophen S. Kattago (2001) beruft, verlief die deutsche Vergangenheitsbewältigung in drei Phasen:

- Die 50 er Jahre. Sie waren gekennzeichnet von Schuld- und Schamgefühlen. Die Deutschen fühlten sich nach dem Bekanntwerden der Gräueltaten selbst als schuldige Parias. Die Erinnerungskultur war vor allem gekennzeichnet durch die Hinwendung zu den eigenen nationalen Gemeinschaftsangehörigen, die die Schuld ausblenden sollte. Die Anerkennung von deutschen Flüchtlingen, Vertriebenen, Kriegsheimkehrern und Ausgebombten standen dabei im Zentrum des Vergangenheitsdiskurses.
- Die 60 er Jahre standen im Zeichen eines therapeutischen Trauermodells mit einer intensiven Hinwendung zu den Opfern. In diesem Zusammenhang entstand das Genre der Lager- und Verfolgungsliteratur. Mitgefördert wurde diese Hinwendung durch die sog. 68 er studentische Generation, die das

schuldbesetzte Schweigen der Elterngeneration nicht weiter hinnehmen und aufbrechen wollte.

- Ab den späten 80 er Jahren bis heute setzte eine Normalisierung ein, die sich aus unterschiedlichen Motivlagen speiste. Zentral war es die deutsche Wiedervereinigung 1989, die den Vergangenheitsdiskurs zu einem offeneren Verhältnis zur nationalen Identität veränderte. Die den Aufklärungsdiskurs fordernde 68 er Generation geht in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts der langsamen Verrentung entgegen und die nachfolgende neue Generation setzt neue Schwerpunkte in der geschichtlichen Auseinandersetzung. Gleichzeitig setzt eine biologische Veränderung ein, die gekennzeichnet ist durch das langsame Aussterben der ersten Generation und der unmittelbaren Zeitzeugen und die zum Teil erst nach der Wende geborenen jungen Menschen entwickeln zu den untergründig vorhandenen Schuld- und Schamgefühlen ein unbelasteteres Verhältnis. Diese Phase ist charakterisiert durch einen Übergang von gelebter Erfahrung zur dokumentierten Erfahrung. Das unausweichliche Verschwinden unmittelbarer Authentizität führt zusammen mit dem generationellen Wechsel zu anderen Formen der Präsentation von Geschichte in der Gegenwart. Es charakterisiert den von J. Assmann (2002), mit anderen Worten so gekennzeichneten Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis.

Mit dieser Distanzschaffung wächst gleichzeitig eine Verhaltenssicherheit, die es erträgt, eigene schuldbesetzte Anteile in die nationale und persönliche Identität zu integrieren. Es erwächst aus dieser positiven Wendung eine Gefühlslage, die eigene Unsicherheiten auszuhalten befähigt und auch einen kontrovers orientierten Erinnerungsdiskurs in die Öffentlichkeit zu tragen bereit ist. Gleichzeitig artikuliert sich mit dieser gewandelten Orientierung ein gewisses Unbehagen an den tradierten Formen der Erinnerungsarbeit.¹ Die Rede ist von dem politisch korrekten Bekenntnis, im Land der Täter stets auf der Seite der Opfer stehen zu wollen, von erstarrten Gedenkritualen, jährlichen TrauerROUTINEN oder der Nie-wieder-Rhetorik. Eine Wiederholung der apokalyptischen Vergangenheit auf nationalem und europäischem Gebiet ist in der Tat derzeit nicht zu befürchten. Allenfalls erzeugt diese geteilte Nie-wieder Selbstversicherungsformel einen Erkenntnisverlust gegenüber dem Phänomen der jederzeitigen Aktivierbarkeit von Ausgrenzungsmechanismen und eine Blindheit gegenüber der anthropologischen Grundkonstante der Korruptierbarkeit und Erpressbarkeit durch Habgier, Zwang und Macht.²

1 Innerhalb der Debatte mit Bubis sprach Walser 1999 von *Pflichtübung, Moralkennle, Einschüchterungsmittel, Instrumentalisierung, inhaltsloser Routine*.

2 „Nötig ist, was ich unter diesem Aspekt einmal die Wendung aufs Subjekt genannt habe. Man muß die Mechanismen erkennen, die die Menschen so machen, daß sie solcher Taten fähig werden, muß ihnen selbst diese Mechanismen aufzeigen und zu verhindern trachten, daß sie abermals so werden, indem man ein allgemeines Bewußtsein jener Mechanismen erweckt“ Adorno, Th. W.: Erziehung nach Auschwitz, S. 87.

Die sich aus unterschiedlichen Ereignislagen speisende neue Situation spiegelt sich auch im heimischen Raum wider und die aktuellen Aktivitäten der Wetenberger Arbeitsgruppe können vor dem Hintergrund dieser Interpretationsfolie gedeutet werden als eine Suche nach neuem Sinn und neuer Form in der Erinnerungskultur. Wie soll hier Erinnerung konstruiert werden?

Die Arbeitsgruppe formierte sich dezidiert unter dem Kriterium einer erweiterten Opferperspektive, innerhalb derer auch andere Opfergruppen der nationalsozialistischen Verfolgung, wie z. B. Sozialdemokraten, Kommunisten, sog. Asoziale, Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter oder Zwangssterilisierte in den Mittelpunkt der lokalen Gedenkkultur rücken. Parallel dazu greift man gewandelte Ausdrucksformen des Gedenkens auf. Die Akteure vor Ort bedienen sich der derzeitigen neuen konsensübergreifenden Main-Stream Formen wie Gedenktafeln, Gedenkstelen oder Stolpersteine. Es ist eine Wegorientierung von den entfernten Gedenkstätten, wie z. B. in Berlin, hin zu einer Integration in das lokale Geschehen, deren Nähe jetzt erträglich geworden ist. Die gewandelten Mentalitäten lassen gleichzeitig eine Veränderung in den Örtlichkeiten und Inhalten des lokalen Erinnerungsdiskurses erkennen. In Krofdorf liegt der derzeitige einzige Gedenkort an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in der Umfassungsmauer der ev. Kirche. Das neue Verständnis in der Platzierung der Stolpersteine zeigt einen Paradigmenwechsel von der sakralisierten Form der Einbettung des Gedenkortes zu einer säkularisierten Form der Einbettung. Damit einher geht eine Enttheologisierung der Inhalte von Gedenkansprachen hin zu überreligiösen, humanisierten und sozialen Aspekten der Sinngebungen in der Frage: Erinnerung an die Opfer national-sozialistischer Gewalttaten. Warum und zu welchem Zweck? Die Antworten zur Vergangenheitserinnerung erzählen mehr über die gegenwärtige Gesellschaft als über die Vergangenheit.

Innerhalb des Gesamts der vielfältigen Darstellungen von Opfern nationalsozialistischer Gewalt soll in dieser Gedenkschrift das weitgehend unerforschte Leben der Bertha Schmitt von der Zeit ihrer Geburt in Krofdorf bis zu ihrem Tod in Hadamar nachgezeichnet werden. Dabei werden die einzelnen Stationen der Verfolgung bis zur Vernichtung dokumentiert, von denen Bertha Schmitt als doppelt stigmatisierte Gruppe, jüdisch und geisteskrank, betroffen war. Bertha Schmitt steht für die weniger bekannte Opfergruppe von jüdischen Psychiatriepatienten, die im Rahmen einer Sonderaktion innerhalb der T4-Aktion ermordet wurde. In der soweit bekannten Literatur konnte keine Publikation gefunden werden, die die Umsetzung dieser Sonderaktion an Hand eines betroffenen Opfers nachverfolgt hat. Über die Person Bertha Schmitt verknüpfen sich Individualgeschichte mit Systemgeschichte, die hier aber nicht als anonyme blindwütende Macht verhandelt wird, sondern im Gegensatz zu dem bisherigen Ansatz der Opferbeschreibung auch Täternamen mit einbezieht.

Die hier vorgelegte Monografie versteht sich weniger als eine Biografie, die an vielen Stellen Vertiefungen erlauben würde, sondern eher im Sinne einer Gedenkschrift, die große Linien nachzeichnen will.

Die äußerliche Gliederung der Darstellung entspricht den biografischen Rahmendaten und orientiert sich an der Chronologie der einzelnen Aufenthaltsorte. Das Kapitel: Die Familie Jakob Simon in Krofdorf wurde von Manfred Schmidt erstellt, die übrigen Teile von Bernd Greiten.

Die jüdische Familie Jakob Simon in Krofdorf

In der folgenden Darstellung dieses Kapitels werden die Ergebnisse einer etwa 30 jährigen Recherche über das Krofdorfer Judentum zusammengetragen. Sie wird hier, fokussiert auf die Familie Simon und auf die Person Bertha Schmitt, geb. Simon erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zur Verlebendigung und als Ausdruck der lokalen Verbundenheit und Anteilnahme wird dieses Kapitel in der Präsens-Form dargestellt, im Gegensatz zu den anderen Kapiteln, die eher dem Gedanken der historischen Distanz in den Vordergrund stellen und damit in der Vergangenheitsform formuliert werden.

Bertha Simon erblickt am 7. November 1884 in Krofdorf im Haus Nr. 27, heute Talstraße 15, das Licht der Welt. Ihre Mutter Sara Simon geb. Rosenthal stirbt am 13. November 1890 wenige Wochen nach der Geburt von Berthas jüngster Schwester Settchen, Saras sechstem Kind. Die mütterliche Großmutter Grethchen Rosenthal geb. Süßkind wohnt mit im Haus und unterstützt nun ihren Schwiegersohn Jakob Simon bei der Versorgung seiner Kinder, die alle in der heutigen Talstraße 15 geboren sind:

- Emma am 2. Februar 1880,
- Johanna am 23. November, 1881,
- Bertha am 7. November 1884,
- Simon am 1. Oktober 1886,
- Salomon am 21. März 1888,
- Settchen später auch Selma genannt, am 21. August 1890.³

Am 16. Januar 1891 stirbt die Großmutter. Berthas Vater, Jakob Simon, schließt am 16. Februar 1892 seine zweite Ehe mit der aus Laufersweiler im Kreis Simmern stammenden Johannette Löser.

Wenige Tage später - am 5. März 1892 - stirbt das Söhnchen Salomon aus der ersten Ehe.

Bertha bekommt noch die ebenfalls in der Talstraße 15 geborenen Halbschwwestern:

- Lina am 17. Februar 1893,
- Emilie am 31. Januar 1897.⁴

Das Anwesen Talstraße 15 wird 1865 von Berthas Großeltern, Simon Rosenthal und seiner Ehefrau Gretchen, geb. Süßkind käuflich erworben. Diese vererben das Anwesen 1885 an die Tochter Sara, Berthas Mutter. Sara Simon vererbt später ihrerseits das Anwesen Talstraße 15 vermutlich 1891 an ihre Kinder:

3 StAK-G Geburts-, Heirats- und Sterberegister.

4 Ebd.

- die ledige Emma Simon in London
- die ledige Johanna Simon in Frankfurt/Main
- die ledige Berta Simon daselbst
- den Zuschneider Simon Simon in Gießen
- die ledige Settchen Simon in Mainz
zu je 1/5.⁵

Am 24. April 1913 übernimmt der Vater Jakob Simon zusammen mit seiner zweiten Frau Henriette geb. Löser die Liegenschaft von seinen noch lebenden Kindern aus erster Ehe.⁶



Abb. 1: Haus der Familie Jakob Simon, Krofdorf, Talstr. 15

Wie in den Nachbardörfern Rodheim und Vetzberg zu beobachten, ziehen auch hiesige jüdische Einwohner - namentlich alle Kinder der Familie Jakob Simon - am Anfang des 20. Jahrhunderts in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen in die Städte. Nachdem auch Lina und Emilie, die Kinder aus der 2. Ehe des Jakob Simon, Krofdorf verlassen haben, leben die Eheleute Simon jetzt alleine in dem Haus. Sie verkaufen das Anwesen am 20. September 1922 an eine christliche Familie⁷ und ziehen nach Groß-Gerau. Denn dort hat die Tochter Lina

5 GAGi.

6 Ebd.

7 Ebd.

zusammen mit ihrem Ehemann Max Mayer 1922 das Elternhaus von Max Mayer in der dortigen Frankfurter Straße 85 übernommen.⁸

Ende 1938 zieht das Ehepaar Jakob und Johannette Simon, ebenso wie die Familie ihrer Tochter Lina nach Frankfurt/Main.⁹ Dort stirbt Johannette Simon am 12. Februar 1940 in der Finkenhofstraße 26;¹⁰ es ist die gleiche Adresse wie die Adresse ihrer Tochter Emilie Jakob Simon kommt von dort in das jüdische Altersheim, Sandweg 7, vermutlich ein „*Judenhaus*“; in dem antisemitisch Verfolgte vor ihrer Deportation aus Frankfurt zwangsweise konzentriert werden. Jakob Simon wird am 18. August 1942 im Alter von 86 Jahren zusammen mit seinem 83-jährigen Bruder Isaak bei der siebten großen Deportation aus Frankfurt in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, wo beide nach zwei Wochen sterben.¹¹

Im Gedenkbuch¹² ist vermerkt:

Simon, Jakob

geboren am 21. Juli 1856 in Hermannstein/Wetzlar/Rheinprovinz

wohnhaft in Groß-Gerau und Frankfurt a. Main

Deportationsziel:

ab Frankfurt a. Main

18. August 1942, Theresienstadt, Ghetto

Todessdatum/ -ort:

04. September 1942, Theresienstadt, Ghetto

Im Folgenden werden die acht Kinder des Jakob Simon in biografischer Kurzform vorgestellt:

Emma Simon

In ihrem Geburtseintrag am 2. Februar 1880 wird nachgetragen, daß ihr Tod im Standesamt „*Steglitz von Berlin*“ Nr. 447/1962 beurkundet ist.¹³ Sie fehlt in den Listen der entlassenen Krofdorfer Schulkinder; vermutlich besuchte sie eine weiterführende Schule in Gießen. Nach Auskunft des oben angegebenen Grundbuchauszugs wohnt die ledige Emma Simon in London.

Ihr Krofdorfer Cousin, Gustav Rosenthal, bittet am 11. März 1930 das für Krofdorf zuständige Amtsgericht Wetzlar um die Zusendung von Geburtsurkunden zweier Verwandter, die „... *in früheren Jahren nach London (England) verzogen sind: Johanna (oder genannt Hannchen) Rosenthal und Regine Rosenthal ...*“. Beide seien in den 1860er Jahren geboren und Töchter der verstorbenen Eheleute Simon Rosenthal und Gretchen geb. Süßkind in Krofdorf.¹⁴

8 IntGG.

9 Vgl. Drummer/Zwilling, 1996 - 2013.

10 IF/M, Sterberegister Nr. 223/I in 1940.

11 Vgl. Drummer/Zwilling, 1996 - 2013.

12 BA.

13 StAK-G Nr. 11/1880.

14 GAWz jetzt HHStAWi (Signatur unbekannt).

Berlin - Lichterfelde, den 23. Februar 1962.
 Emma Meyer geborene Simon, - - - - -
 ohne Beruf, - - - - -
 wohnhaft in Berlin-Lankwitz, Gallwitzallee 115-119, - - -
 ist am 21. Februar 1962 - - - - - um 17 Uhr 30 Minuten
 in Berlin - Lankwitz, in diesem Hause, - - - - -
 verstorben.

Die Verstorbene war geboren am 2. Februar 1880 - - - - -
 in Krofdorf, Kreis Wetzlar. - - - - -

Die Verstorbene war Witwe von Paul Hermann Meyer. - - - - -

Eingetragen auf mündliche - ~~schriftliche~~ - Anzeige des Filialleiters
 Günther Lufter, wohnhaft in Berlin-Lichterfelde, Köhler-
 straße 45, - - - - -

persönlich bekannt - ~~ausgewiesen durch~~. Er erklärte, daß er von
 dem Sterbefall aus eigener Wissenschaft unterrichtet sei.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Günther Lufter

Der Standesbeamte
 In Vertretung:

Ulrich

1. Geburtsort der Verstorbene:
 Krofdorf 11/ 1880.
 Standesamt und Nummer
2. Das Familienbuch der Verstorbene(n)
 der Eltern Familienname des Mannes Mädchennamen der Frau
 wird geführt in
3. Eheschließung der Verstorbene(n) am in
 Standesamt und Nummer

Abb. 2: Sterbeurkundung von Emma Meyer, geb. Simon

Vermutlich findet Emma bei diesen Londoner Tanten, Johanna und Regine Rosenthal, Unterkunft. Sie sind die Schwestern ihrer Mutter und gleichzeitig die Schwestern von Gustavs Vater.

Am 18. April 1898 heiratet Tante Regine Rosenthal den Schneidermeister Henry Edward Blatch in St. Marylebone (County of London, England).¹⁵ Emma Simon folgt dem Beispiel ihrer Tante und heiratet am 4. September 1911, ebenso in St. Marylebone, den am 21. März 1882 in Leobschütz in Oberschlesien geborenen Frisörmeister Paul Hermann Meyer.¹⁶

Im Bereich London leben in dieser Zeit außerdem noch Auguste Heldenmuth aus Atzbach, eine Cousine von Emmas Mutter und Gerson Isaak Süßkind, ein Bruder von Emmas Großmutter.¹⁷ Auguste Heldenmuth ist seit 13. Oktober 1894 mit dem Schneider Alexander Paul Hugo Schierz verheiratet. Sowohl von Auguste Heldenmuth als auch von Gerson Isaak Süßkind leben heute noch Nachkommen in England, aber auch in Monaco, Australien und in den USA; in den vergangenen Jahren suchten sie in Krofdorf nach ihren Wurzeln.

Das Ehepaar Meyer bleibt jedoch nicht dauerhaft in London. Ab 1919 leben der Frisörmeister Paul Hermann Meyer und Emma geb. Simon in Berlin-Britz, Gradestr. 5.¹⁸ Er stirbt am 4. November 1957 in Berlin-Buckow, Rodower Straße 56.¹⁹ Seine Witwe Emma stirbt am 21. Februar 1962 in Berlin-Lankwitz, Gallwitzallee 115-119.²⁰

Wie beide den Holocaust überlebt haben konnte leider nicht ermittelt werden. Möglicherweise bekannten sich Paul Hermann und Emma Meyer seit ihrem Aufenthalt in England zum christlichen Glauben, wodurch Emmas jüdische Abstammung in der Nazizeit unentdeckt blieb.

Emmas Verwandte in Lissabon und Brüssel bedauern es sehr, nach dem Krieg nicht mit ihr und ihrem Mann in Kontakt gekommen zu sein; sie haben nichts voneinander gewusst. Kinder des Ehepaares Meyer sind nicht bekannt.

Johanna Simon

In ihrem Geburtseintrag vom 23. November 1881 sind keine Randvermerke zu Eheschließung und Tod vermerkt.²¹ Sie fehlt ebenfalls in den Listen der entlassenen Krofdorfer Schulkinder; vermutlich besuchte sie - wie ihre Schwester Emma - eine weiterführende Schule in Gießen.

15 Frdl. Mitt. ihres Verwandten Gary Ridolph, USA, per Email vom 27.3.2014 nach dem Heiratsregister St. Marylebone Nr. 132/1898.

16 LAB Sterbeeintrag Nr. 2955/1957 im Standesamt Berlin-Neukölln.

17 Frdl. Mitt. ihres Verwandten Gary Ridolph, USA, per Email vom 27.3.2014 nach dem Heiratsregister Shoreditch Nr. 63/1894 und dem Britischen Census von 1881.

18 LAB Historische Einwohnermeldekartei 1875-1960, Bestand B Rep. 021.

19 LAB Sterbeeintrag Nr. 2955/1957 im Standesamt Berlin-Neukölln.

20 LAB Sterbeeintrag Nr. 447/1962 im Standesamt Berlin-Steglitz.

21 StAK-G Nr. 152/1881.

Zu- und Vornamen des Haushaltungsvorstandes: *Martini Evandro*

Zunamen	Vornamen	Geburts- tag	Geburtsort (Amt)	Ob verheiratet verwitwet oder geschieden	Religion	Stand oder Beruf	Staats- angehörig keine Angabe	Militär- verhältnis	Bemerkungen
a) Haushaltungs- vorstand:	<i>Martini</i>	<i>8. 9</i>	<i>Mannheim</i>	<i>verheiratet</i>	<i>Evangelisch</i>	<i>Handelshausbesitzer</i>			
b) Ehefrau:	<i>Job. Simon</i>	<i>23. 11</i>	<i>Krafft</i>	<i>verheiratet</i>	<i>Evangelisch</i>				
c) Kinder:									

Abb. 3 A: Meldekarte Evandro und Jobanna Martini in Mannheim (Vorderseite)

Letzter Aufenthalt: *Cassel* Legitimiert durch: Früher hier gemeldet:

Wohnungswechsel

Jahr und Tag der An- meldung		Wohnung	Jahr und Tag der An- meldung		Wohnung
<i>1/12</i>	<i>14</i>	<i>Wohnung Nr. 20, Beckenberg</i>			
	<i>2. 44</i>				

Abb. 3 B: Meldekarte Evandro und Jobanna Martini in Mannheim (Rückseite)²²

Am 6. Oktober 1901 zieht Johanna als Hausmädchen nach Darmstadt.²³ Sie kommt am 1. April 1903 aus Offenbach/Main nach Gießen und ist dort als Buchhalterin bei der Firma Singer & Co. beschäftigt; sie wohnt in der Westanlage 29. Am 14. Juni 1904 zieht sie nach Frankfurt/Main, in die Hanauer Landstraße 72.²⁴

Johanna Simon (*israelitischer Religion*), jetzt Frankfurt Sandweg 39, heiratet am 10. Juni 1913 den Musiker Evandro Martini (*katholischer Religion*). Er ist am 8. September 1888 in Montavia, Italien geboren und wohnt in Baden-Baden. Trauzeuge ist der *Tapeziermeister Karl Schmitt, Frankfurt/Main, Weifengasse 28.*²⁵ Er wird uns später noch einmal als Ehemann von Johannas Schwester Bertha begegnen.

Evandro Martini ist lt. Meldekarte *Konzertmeister*,²⁶ was wohl einen häufigen Wohnortwechsel mit sich bringt. Von Frankfurt ziehen beide nach Kassel und verlegen von dort am 1. Dezember 1914 ihren Wohnsitz nach Mannheim in die Schwetzingen Straße 20p, von wo sie am 7. April des folgenden Jahres nach Heidelberg wechseln.

Am 8. März 1924 meldet sich die verwitwete Buchhalterin Johanna Martini geb. Simon, aus Heidelberg kommend, in Mannheim an. Es werden keine Kinder angegeben. Nach zwei kurzen Aufenthalten in Ludwigshafen wohnt sie wieder in Mannheim bis sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs²⁷ in Frankreich deportiert wird. Von dort wird sie am 30. Mai 1944 nach Auschwitz verschleppt und dort vermutlich gleich nach ihrer Ankunft ermordet. Sie gilt als verschollen.²⁸

Im Gedenkbuch²⁹ ist ihr Geburtsort Krofdorf - wie sonst üblich - nicht angegeben:

Martini, Johanna

geborene Simon

geboren am 23. November 1881

wohnhaft in Mannheim

Deportationsziel:

ab Baden - Pfalz - Saarland

22. Oktober 1940, Gurs,³⁰ Internierungslager

Drancy,³¹ Sammellager

30. Mai 1944, Auschwitz, Vernichtungslager

23 AWbg Melderegister der ehemaligen Amtsbürgermeisterei Atzbach.

24 Vgl. Müller, 2012, S. 591.

25 IF/M Heiratseintrag Nr. 466/1913.

26 AMh Judendokumentation 44, Meldekarte.

27 Gurs., s. Fußnote 30

28 Ebd. und BA.

29 BA.

30 Vom 22.10. bis 24.10.1940 wurden ca. 6500 Juden aus Baden und der Pfalz in das Lager Gurs, Südfrankreich, am Fuß der Pyrenäen, deportiert. Von dort erfolgte die Deportation in die Vernichtungslager im Osten.

31 Drancy, nordöstlich Paris, ein Sammellager für die französischen Juden 1941 vor ihrem Abtransport in die Vernichtungslager des Ostens.

Bertha Simon

In ihrem Geburtseintrag vom 7. November 1884 gibt es folgende nachträgliche Randvermerke:

„Nach der Verordnung vom 17. August 1938 zusätzlich den Vornamen Sara erhalten. Krofdorf am 10.1.1939

Der Standesbeamte

Schmidt“

und

„Krofdorf, den 17. August 1951

Der Vorname „Sara“ im Randvermerk vom 10. Januar 1939 wird gelöscht.

Der Standesbeamte

Mandler“

und

„gestorben Standesamt Cholm 396/1941“³²

Der nachgetragene Sterbevermerk ist von den Nazis gefälscht. Tatsächlich wird sie am 4. Februar 1941 in Hadamar ermordet (siehe die folgenden Kapitel).

Bertha besucht die Krofdorfer Schule vom 3. April 1891 bis 28. März 1899 (Abb. 4) und erhält im Abschlusszeugnis gute Führungsnoten.³³ (Abb. 5)

Im Gedenkbuch steht:

Schmitt, Berta Bertha

geborene Simon

*geboren am 07. November 1884 in Krofdorf-Gleiberg/Wetzlar/Rheinprovinz
wohnhaft in Krofdorf-Gleiberg und Goddelau (Heil- und Pflegeanstalt)*

Deportationsziel:

ab Goddelau, Heil- und Pflegeanstalt Philipppshospital

01. Februar 1941, Heppenheim, Heil- und Pflegeanstalt

04. Februar 1941, Hadamar, Tötungsanstalt

Todesdatum/ -ort:

04. Februar 1941, Hadamar, Tötungsanstalt

Euthanasie

32 StAK-G Nr. 139/1884.

33 AGK-G leider wurden die betreffenden Schülerlisten von der derzeitigen Schulleitung vernichtet.



*Abb. 4: Bertha Simon, Foto Volksschule Krofdorf, Jahrgang 1884/85
Das Foto entstand im Hof der Schule, Poststr. 2. Bertha Simon befindet sich in der zweiten
Reihe von unten, zweite von links. Der Lehrer ist Konrad Weil (1826 - 1912).³⁴*

Wenige Wochen nach ihrer Schulentlassung zieht Bertha am 6. Mai 1899 nach Fronhausen und kommt bis Ende 1907 nicht wieder nach Krofdorf zurück.³⁵

Ihr weiterer Lebensweg wird in den folgenden Kapiteln ausführlich nachgezeichnet.

Simon Simon

In seinem Geburtseintrag vom 1. Oktober 1886, Nr. 72/1886 im Standesamt Krofdorf) gibt es keinen Nachtrag.

Er besucht die Krofdorfer Schule vom 12. April 1892 bis 9. April 1900 und erhält im Abschlusszeugnis gute Führungsnoten.³⁶ Am 19. Juni 1900 zieht er als Lehrling nach Mainz, und kommt 1905 als Zuschneider von dort zurück nach Krofdorf. Er wird zum Militär eingezogen. Nach seiner Entlassung kehrt er am 2. Oktober 1907 in seinem Beruf als Zuschneider wieder nach Mainz³⁷ zurück. Nach dem anfangs angegebenen Grundbucheintrag müsste er zwischenzeitlich, jedenfalls vor 1908, in Gießen gewohnt haben.

³⁴ Repro Dr. Siegfried Träger, Frankfurt/Main.

³⁵ AWbg Melderegister der ehemaligen Amtsbürgermeisterei Atzbach.

³⁶ AGK-G. leider wurden die betreffenden Schülerlisten von der derzeitigen Schulleitung vernichtet.

³⁷ Ebd.

Lauf- Nr.	Des entlassenen Schülldes					Verhalten während der Schulzeit				
	Zu und Vor- Name.	Geburts:		Eltern-Namen.	Schulzeit			Be- tragen.	Schul- befuch.	Fleiß.
		Ort.	Da- tum.		Ein- tritt.	Aus- tritt.	Daue- r Jahre.			
601	Anna Drescher	Kroß- dorf	24/4 1885	Nicolaus Drescher	3/4 1891	25/5 1899	sehr gut	gut	gut	gut
602	Elisabeth Krombath	"	11/2 1885	Anna Margg- er Krombath	"	"	"	gut	gut	gut
603	Minna Reck	"	12/12 1884	Konrad Reck	"	"	"	gut	gut	gut
604	Luise Simon	"	7/11 1884	Jakob Simon	"	"	"	gut	gut	gut
605	Lina Schmidt	"	9/1 1885	Jonny Schmidt	"	"	"	gut	gut	gut
606	Salma Bender	"	24/11 1884	Konrad Bender	"	"	"	gut	gut	gut
607	Johanna Bender	"	6/5 1885	Pfiling Bender	"	"	"	gut	gut	gut
608	Elisabeth Hoeyer	"	26/4 1885	Karl Hoeyer	"	"	"	gut	gut	gut
609	Johanna Beckhold	"	16/6 1885	Konrad Beckhold	"	"	"	gut	gut	gut
610	Waldemir Schubert	"	29/4 1885	Pfiling Schubert	"	"	"	gut	gut	gut

Abb. 5: Bertha Simon, Führungsnoten im Abschlusszeugnis 1899³⁸

Am 8. Juli 1908 schließt der Schuhzuschneider Simon Simon in Mainz die Ehe mit Maria Katharina Gertrude Neuhaus, einer am 20. Januar 1888 in Mainz geborenen evangelischen Christin. Nach nur kurzer Ehe stirbt Simon Simon bereits am 9. September 1908 in Mainz und der einzige Sohn Friedrich Karl wird am 3. Dezember 1908 in Mainz geboren; er lernt seinen Vater nie kennen.³⁹ Simon Simon ist auf dem neuen jüdischen Friedhof in Mainz bestattet.⁴⁰

Seine Ehefrau schließt eine zweite Ehe und stirbt am 19. Dezember 1945 in Alzey. Simon Simons einziger Sohn Friedrich Karl wird evangelisch getauft und heiratet als Handelshilfsarbeiter am 22. August 1931 in Mainz Erna Krämer, ebenfalls evangelisch. Friedrich Karl fällt am 24. September 1942 bei Serity im Osten. Kinder dieser Ehe sind nicht bekannt.⁴¹

Familiennummer	Namen der Eltern und ihrer Kinder	Geburts-			Geburtsort	Gewerbe	Geheliratet im Jahre und wohin
		Tag	Monat	Jahr			
52736	Simon, Friedrich Karl Krämer, Erna	3.	Dez.	1908	Mainz	Schuhmacher	*) 1931/39 22. Aug. mit 38412 " 38415
							*) Josef Meibil & Ludwig Weiser evangelische Zeffenrieden 22. Aug. 1936 Mutter getauft am 24. 9. 1942 bei Serity, Osten 28. 11. 1942, Wiesbaden 11/1943

Abb. 6: Familienregister Simon, Mainz Nr. 52736⁴²

Salomon Simon

Geboren am 21. März 1888, stirbt er bereits am 5. März 1892.⁴³

Settchen/ Selma Simon

In ihrem Geburtseintrag vom 21. August 1890 heißt sie Settchen. Es gibt dort nur den folgenden Nachtrag:

„Nach der Verordnung vom 17. August 1938 zusätzlich den Vornamen Sara erhalten.
Krofdorf am 10.1.1939

Der Standesbeamte

Schmidt⁴⁴

Mit dem Namen Selma Simon, geboren am 19. August.1890, besucht sie die Krofdorfer Schule vom 1. April 1896 bis 1. April 1904 und wird mit guten Führungsnoten entlassen.⁴⁵ Beide Versionen, Selma oder Settchen werden je nach Quellenlage benutzt.

39 AMz Geburts-, Heirats- und Sterberegister sowie Familienregister.

40 Vgl. Knigge-Teschert/Brüchert, 2013, S. 363.

41 AMz Geburts-, Heirats- und Sterberegister sowie Familienregister.

42 AMz.

43 StAK-G Geburts- und Sterberegister.

44 StAK-G Nr. 51/1890.

45 AGK-G leider wurden die betreffenden Schülerlisten von der derzeitigen Schulleitung vernichtet.

Sie zieht am 25. Mai 1904 nach Mainz.⁴⁶ Dort heiratet sie am 7. September 1916 den Handlungsgehilfen Friedrich Jakob Hirsch aus Gimsheim Kreis Worms. Die Ehe wird geschieden und sie schließt am 31. Mai 1939 ihre zweite Ehe mit dem am 2. Juni 1884 in Selzen/Rheinessen geborenen Ferdinand Mann. Das Heiratsregister weist sie als Köchin aus. Sie wohnt in der Mainzer Klarastraße 13. Als einer der beiden Trauzeugen wird Martin Weis genannt. Er ist der Ehemann von Settchens Halbschwester Emilie (s. dort) und wohnt in Frankfurt am Main, Finkenhofstraße 26. Er weist sich durch seine *Kriegstammrollenbescheinigung* aus.

Aus Selmas erster Ehe entstammt als einziges Kind der Sohn Herbert Hirsch; er wird am 22. Januar 1919 in Mainz geboren. Weitere Angaben zu ihm waren nicht zu ermitteln.⁴⁷

In der Gedenkstätte YAD VASHEM in Jerusalem gibt es für Selma Mann einen Eintrag, erstellt am 24. Mai 1999 von ihrer Nichte Anne Rudoler geb. Mayer. Sie ist die Tochter ihrer Halbschwester Lina (s. Kap. 1. 1. 7), wohnhaft in Cherry Hill, New Jersey 08002, 305 Monmouth Dr. USA. Anne Rudoler gibt an, ihre Tante Selma Hirsch, geb. Simon sei mit dem Schiff St. Louis gereist (wohl in die USA), aber wieder nach Deutschland zurückgekehrt und dort ermordet worden.⁴⁸

Als Ergänzung der Verfasser sei an dieser Stelle folgendes vermerkt: Das Hapag-Schiff „St. Louis“ mit 939 jüdischen Passagieren an Bord hatte bei der Ausfahrt am 13. Mai 1939 von Hamburg zunächst eine Landeerlaubnis für einen Zwischenstopp auf Kuba. Nachdem diese zurückgezogen wurde und die jüdischen Flüchtlinge nicht in Amerika anlanden durften, kehrte die St. Louis nach längerer Irrfahrt in der Karibik am 17. Juni nach Antwerpen zurück. Die Passagiere wurden auf England, Belgien, Niederlande und Frankreich verteilt. Nach dem Frankreich-Feldzug 1940 fielen sie erneut in die Hände der Nazis.

Allerdings fehlt Selma in der Passagierliste der St. Louis (Reinfelder 2003, S. 235-259). Ihre zweite Eheschließung am 31. Mai 1939 in Mainz schließt ebenfalls ihre Reise mit der St. Louis aus.

Im Gedenkbuch⁴⁹ steht:

Mann, Selma geborene Simon

geboren am 21. August 1890 in Krofdorf-Gleiberg/Wetzlar/Rheinprovinz

wohnhaft in Mainz

Deportationsziel:

ab Darmstadt

30. September 1942, Treblinka, vermutlich

und

Mann, Ferdinand

46 AWbg Melderegister der ehemaligen Amtsbürgermeisterei Atzbach.

47 AMz Geburts-, Heirats- und Sterberegister sowie Familienregister.

48 YAD VASHEM

49 BA.

geboren am 02. Juni 1884 in Selzen/Oppenheim/Hessen
wohnhaft in Mainz
Deportationsziel:
ab Darmstadt
30. September 1942, Treblinka, vermutlich

Lina Simon

In ihrem Geburtseintrag (17. Februar 1893) gibt es nur den folgenden Nachtrag:
„Nach der Verordnung vom 17. August 1938 zusätzlich den Vornamen Sara erhalten.
Krofdorf am 10.1.1939

Der Standesbeamte
Schmidt⁵⁰

Sie besucht die Krofdorfer Schule vom 6. April 1899 bis 24. März 1907 und erhält im Abschlusszeugnis gute Führungsnoten.⁵¹

Am 1. Mai 1920 verloben sich Lina Simon aus Krofdorf und Max Mayer aus Groß-Gerau⁵² und sie werden sie am 13. September 1921 im Standesamt Groß-Gerau getraut.



Abb. 7: Verlobungsanzeige Max Mayer und Lina Simon 1920⁵³

Max (im Geburtseintrag Marx) ist Händler und ist am 27. Juni 1892 in Groß-Gerau geboren.⁵⁴ Kurz nach ihrer Hochzeit, 1922, übernehmen Max und Lina Mayer das am 23. April 1890 von seinen Eltern erworbene Anwesen Frankfurter Straße 85 in Groß-Gerau. Bereits vorher, vom 10. Mai 1911 bis 7. März 1912, ist

50 StAK-G Nr. 14/1893.

51 AGK-G; leider wurden die betreffenden Schülerlisten von der derzeitigen Schulleitung vernichtet.

52 AGi Gießener Anzeiger Nr. 101/102 vom 30. April/1. Mai 1920.

53 Ebd.

54 StAMr Best. 906, Nr. 248 Standesamt Groß-Gerau Heiratsnebenregister 1919-1921, S. 410 und 411.

Max Mayer in Gießen als Metzger bei Rothschild beschäftigt und wohnt in der Marktstraße 18. Am 7. März 1912 zieht er nach Frankfurt/Main.⁵⁵ Ihnen werden drei Kinder geboren:

- Ludwig am 5. Juli 1922,
- Betty am 3. April 1925 und
- Anne Pauline am 14. Juli 1927.⁵⁶



Abb. 8: Haus der Familie Mayer in Groß-Gerau, Frankfurter Straße 85, heute Nr. 75⁵⁷

Zusammen mit seinem Vater Max wird Ludwig Mayer 1938 vorübergehend im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Ende 1938 zieht die Familie nach Frankfurt/Main Bäckerweg 47 II. Von dort verkaufen sie am 9. Januar 1939 ihr Haus in Groß-Gerau.

Sohn Ludwig kommt am 18. Juli 1939 mit einem Kindertransport nach England und die restliche Familie kann im Herbst 1939 über die Niederlande in die USA fliehen.

Nach dem Krieg stellen sowohl der Sohn Ludwig Mayer als auch die Töchter Betty Billig geb. Mayer und Anne Pauline Rudoler geb. Mayer - alle in den USA lebend -Entschädigungsansprüche.⁵⁸

55 Vgl. Müller, 2012, S. 421.

56 IntGG.

57 Ebd.

58 Ebd. und HHStAWi Abt. 519, Nrn. 22 885 und 20 583, Abt. 518, Nrn. 58 796 und 24 794.

Emilie Simon

In ihrem Geburtseintrag (31. Januar 1897) gibt es nur den folgenden Nachtrag:
*„Nach der Verordnung vom 17. August 1938 zusätzlich den Vornamen Sara erhalten.
Krofdorf am 10.1.1939*

Der Standesbeamte

*Schmidt*⁵⁹

Sie besucht die Krofdorfer Schule vom 16. April 1903 bis 12. April 1911 und erhält im Abschlusszeugnis gute Führungsnoten.⁶⁰ Am 15. Mai 1919 schließt sie hier in Krofdorf die Ehe mit dem am 21. April 1895 in Mainz geborenen Kaufmann Martin Weis, wohnhaft in Krofdorf, *„vordem in Wetzlar und Kolberg“*.

Martin Weis wohnt seit Dezember 1918 in Wetzlar, Frankfurter Straße 4, im Januar 1919 in der Frankfurter Straße *„Schöne Aussicht“* und im April 1919 in der Bahnhofstraße 44. In Wetzlar wird am 26. Mai 1920 der gemeinsame Sohn Ernst geboren. Am 30. Oktober 1922 zieht das Ehepaar Weiss nach Frankfurt/Main, Rothschildstraße 54 und später in die Finkenhofstraße 26.⁶¹ Lt. Hochzeitseintrag⁶² werden ihnen in Frankfurt zwei Töchter geboren:

- Lotte am 20. Februar 1926 und
- Trude am 16. April 1929.⁶³

Noch am 31. Mai 1939 ist *„Der Privatmann Martin Israel Weis, 44 Jahre alt, wohnhaft in Frankfurt am Main, Finkenhofstraße 26, ausgewiesen durch Kriegsstammrollenbescheinigung“* Trauzeuge in Mainz bei der zweiten Eheschließung seiner Schwägerin Settchen Hirsch geb. Simon und Ferdinand Mann.⁶⁴

Aus der Finkenhofstraße 26 wird die gesamte Familie am 11. November 1941 bei der zweiten großen Deportation aus Frankfurt in das Ghetto Minsk verschleppt, wo sie wahrscheinlich ermordet werden. Ihre Todesdaten sind nicht bekannt.⁶⁵

Im Gedenkbuch⁶⁶ sind eingetragen:

Weis, Emilie

geborene Simon

*geboren am 31. Januar 1897 in Krofdorf-Gleiberg/Wetzlar/Rheinprovinz
wohnhaft in Frankfurt a. Main*

Deportationsziel:

ab Frankfurt a. Main

11./12. 11. 1941, Minsk, Ghetto

59 StAK-G Nr. 10/1897.

60 AGK-G; leider wurden die betreffenden Schülerlisten von der derzeitigen Schulleitung vernichtet.

61 Vgl. Ebertz, 2010, S. 473.

62 StAK-G Nr. 13/1919.

63 BA.

64 AMz Heiratsregister.

65 Vgl. Drummer/Zwilling, 1996 - 2013

66 BA.

Weis, Martin

geboren am 21. April 1895 in Mainz/-/Hessen

wohnhaft in Frankfurt a. Main

Deportationsziel: ab Frankfurt a. Main

11./12. 11.1941, Minsk, Ghetto

Weis, Ernst

geboren am 26. Mai 1920 in Wetzlar/-/Rheinprovinz

wohnhaft in Frankfurt a. Main

Deportationsziel:

ab Frankfurt a. Main

11./12.11.1941, Minsk, Ghetto

Weis, Lotte

geboren am 20. Februar 1926 in Frankfurt a. Main/-/Hessen-Nassau

wohnhaft in Frankfurt a. Main

Deportationsziel:

ab Frankfurt a. Main

11. 12.11.1941, Minsk, Ghetto

Weis, Trude

geboren am 16. April 1929 in Frankfurt a. Main/-/Hessen-Nassau

wohnhaft in Frankfurt a. Main

Deportationsziel:

ab Frankfurt a. Main

11./12.11.1941, Minsk, Ghetto

Der Lebensweg der Bertha Schmitt, geb. Simon**Frankfurt**

Nach dem allgemein gehaltenen Kurzportrait der Familie Simon wird im Folgenden der Blick nur noch alleine und vertiefender auf die Tochter Bertha gerichtet.

Wann genau Bertha Simon aus dem heimischen mittelhessischen Raum nach Frankfurt übersiedelte, ließ sich nicht ermitteln. In einem Dokument aus dem Jahre 1931 wird eine Selbstaussage zitiert, sie lebe seit ca. 30 Jahren in Frankfurt. Die 1884 geborene Bertha wurde Ende 1905 volljährig. Es macht Sinn, dieses konstruierte Datum als den Beginn ihres Frankfurter Aufenthalts zu Grunde zu legen. Damals lebten noch keine älteren Geschwister in Frankfurt, bei denen Bertha hätte unterkommen können. Über die Zeit von ca. 1905 bis 1914 ließen sich keine Belege finden, erst ab 1914 konnten gesicherte Aussagen gemacht werden. Am 2. Oktober 1914 heiratete Bertha, ohne Beruf, in Frankfurt-Born-

heim den am 17. Mai 1872 in Mannheim geborenen Tapezierermeister Karl Schmitt;⁶⁷ die beiden kannten sich seit drei Jahren.

Zu Herrn Karl Schmitt teilte auf Anfrage das Einwohnermeldearchiv in Frankfurt⁶⁸ Folgendes mit: Er wurde am 7. Februar 1913 von seiner ersten Ehefrau Clara Schmitt, geb. Seitz (geb. 7. Mai 1876 in Gaggenau) geschieden. Karl Schmitt meldete sich am 26. November 1917 von Frankfurt nach Kesch bei Schwetzingen ab. Für Bertha Schmitt (im weiteren Text B. S. abgekürzt) geb. Simon, gibt es in den Meldekarteien keinen eigenständigen Eintrag.

Karl Schmitt ist evangelischen Glaubens. Eine konfessionsunterschiedliche Heirat war für Juden etwas Ungewöhnliches. Deswegen seien an dieser Stelle ein paar erweiternde Gedanken angebracht.

Kingreen (1999, S. 120) bestätigt: „*Heiraten zwischen Christen und Juden waren in der Regel nicht möglich*“. Im Folgenden führt sie eine Erklärung an, die die seltene Heiratsentscheidung verstehbar machen könnte. Aus armem Landjudentum stammend suchten um die Jahrhundertwende viele hessischen Juden, wie auch die Kinder der Simons, durch den Wegzug aus ihren Heimatgemeinden in die nahegelegenen Großstädte einen Ausweg aus ihrer verarmten Situation. Etwas später führt Kingreen (a. a. O.) dazu aus:

„*Mit der Abwanderung in die Großstädte (hier Frankfurt) war zumindest ein sozialer Aufstieg bei zunehmender Assimilation verbunden*“.

War das vielleicht B.S. geheime Hoffnung: sie selbst ohne berufliche Qualifikation betrachtet die Ehe mit einem Handwerksmeister als Eintrittsbillet in die bürgerliche Gesellschaft? Unter den gesellschaftlichen Verhältnissen gegen Ende des Kaiserreichs musste für eine Frau, wie die mittellose und ledige B. S. eine Heirat dieser Art eine Verbesserung ihrer sozialen Position bedeuten, verbunden mit einem Ausstieg aus ihrem Prokariat. Jedoch zu dem Preis eines andauernden Assimilationsdrucks und einer damit einhergehenden Bedrohung, wenn nicht sogar einer Verabschiedung aus ihrer tradierten religiösen Bindung.

B. S. war zum Zeitpunkt ihrer Hochzeit 30 Jahre. Die Akten sprechen von einer Kriegstrauung, was auf den bevorstehenden Einzug des frisch getrauten Ehemanns zum Militär schließen lässt. Die Ehe blieb kinderlos.

Transliteration Abb. 9:

*Frankfurt/Main am zweiten. Oktober tausend neunhundert vierzehn
Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschienen heute zum Zweck der Eheschließung*

67 Karl Schmitt in der Schreibweise mit doppel „t“. B. S. selbst unterschreibt später immer in der doppel „t“-Schreibweise und Bertha immer nach der alten Rechtschreibung mit „th“, eine Version, die auch die Angehörigen benutzen. Daher die hier durchgehend verwendete Schreibweise: Bertha Schmitt, selbst wenn sich dieses in verschiedenen Dokumenten anders findet.

68 Mailkontakt vom 28. 2. 2014, Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt.

Nr. 850.

Frankfurt a. M., am _____ 1892
Oktober _____ tausend neunhundert neunzigsten _____

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschienen heute zum Zwecke der Heiratslegung:

1. der Luzifermaler Karl Schmitt,

der Persönlichkeit nach _____ da kennt,

_____ Religion, geboren am _____ 1868

_____ des Jahres tausend _____ hundert

_____ zu Kornheim

_____ , wohnhaft in Frankfurt a. M.,

Wilhelmsstra. 5,

Sohn des Ludwig Jakob Schmitt und seiner

Eltern Wilhelmine, geborenen Schreiber,

Lebende verstorben,

_____ zuletzt wohnhaft

in Kornheim

2. die Bertha Schmitt, geb. Levin,

der Persönlichkeit nach _____ da kennt,

_____ Religion, geboren am _____ 1868

_____ des Jahres tausend _____ hundert

_____ zu Tropfberg Kreis

Wetzlar , wohnhaft in Frankfurt a. M.,

Wilhelmsstra. 5,

Tochter des Ludwig Schmitt und seiner

Eltern Levin, geborenen Levin,

Lebende verstorben,

_____ zuletzt wohnhaft

in Tropfberg.

Engländerin Offizier.
Herr Schmitt seit 19. September 1892
Antragstellung gemacht durch die
Mutter zu Frankfurt am Main
Herr Schmitt
1868
in Vertretung:
Herr Schmitt
Antragsteller:
Ludwig Schmitt, Hauptmann,
in Vertretung der Eltern
1868

Abb. 9: Heiratsbeurkundung Bertha Schmitt.⁶⁹

69 Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt, Heiratsregister Bornheim V 850.

1. *der Tapezierermeister Karl Schmitt, der Persönlichkeit nach bekannt, evangelischer Religion, geboren am siebzehnten Mai des Jahres tausend achthundert zwei und siebenzig zu Mannheim, wohnhaft in Frankfurt Main, Seilerstr. 5, Sohn des Schiffers Jakob Schmitt und seiner Ehefrau Wilhelmine, geborene Schnauber, beide verstorben, zuletzt wohnhaft in Mannheim*
2. *die Berta Simon, ohne Beruf, der Persönlichkeit bekannt, israelischer Religion, geboren am siebten November des Jahres tausend achthundert vier und achtzig, zu Crofdorf, Kreis Wetzlar, wohnhaft Frankfurt Main, Seilerstr. 5, Tochter des Schuhmachermeisters Jakob Simon, wohnhaft in Crofdorf und seiner verstorbenen Ehefrau Sara, geborenen Rosenthal zuletzt wohnhaft in Crofdorf*

Handschriftlicher Vermerk rechts oben:

Beglaubigte Abschrift. Durch das seit 19. September 1934 rechtskräftig gewordene Urteil des Landgerichts zu Frankfurt am Main ist die Ehe geschieden worden. Frankfurt am Main, am 28. September 1934

Die letzten 2 Jahre des Krieges arbeitete sie aushilfsweise bei der Post in Frankfurt. Nach der Heimkehr des Mannes aus dem Krieg begannen Spannungen in der Ehe, die sich zunehmend verschärften. Schließlich musste eine Situation so eskaliert sein, dass es im Juni 1919 zu einer Einweisung von B. S. in eine psychiatrische Anstalt kam. Sie wurde auf einer Bahre liegend von der Rettungswache eingeliefert.

An dieser Stelle muss ein Exkurs von grundsätzlicher Bedeutung eingeschoben werden. Um überhaupt den weiteren Lebensweg von B.S. nachzeichnen zu können, muss auf die Krankenakte der Landes-Heil- und Erziehungs-Anstalt Hadamar aus den Jahren 1931/32 zurückgegriffen werden. Aber ist die Veröffentlichung von Informationen aus Krankenakten, die Wiedergabe psychiatrischer Zustandsbeschreibungen und die Nennung von Diagnosen erlaubt?

Nach rechtlicher bzw. strafrechtlicher Bewertung enden Aktenperrfristen für Opfer des Nationalsozialismus 10 Jahre nach dem Todeszeitpunkt, die ärztliche Schweigepflicht erlischt 60 Jahre nach dem Tode. Diese Fristen erlauben zweifelsfrei eine Veröffentlichung von psychiatrischen Krankenakteninhalten.

Unter ethischen Gesichtspunkten muss für den öffentlichen Umgang mit Patientenakten das Leitkriterium die Wahrung der Würde einer Person sein, so ergab es ein Gespräch mit dem Leiter der Gedenkstätte Hadamar. Diese Forderung war unter der Maßgabe der Angemessenheit jeweils in Einklang zu bringen mit der Intention dieser Schrift, nämlich eine vergangene menschliche Existenz wieder mit Leben zu füllen und wie es im Vorwort heißt, „den Opfern wieder ein Gesicht zu geben“. Innerhalb dieser Gratwanderung sollte ein Leser bei der Würdigung der Person die biographischen Charakteristika von B. S. nachvollziehen können, nämlich die folgend zu berichtenden langen und wechselnden Aufenthalte in Heil- Pflegeanstalten. Es gibt keinen Grund, in der Nennung von psychiatrischen Diagnosen und Beschreibungen abweichenden Verhaltens einen Unterschied zwischen psychischen und physischen Erkrankungen zu machen,

fördert man doch sonst untergründig die Vorstellung einer Stigmatisierung psychischer Krankheit.

- Autoren, wie Winter (1993) und Kingreen (2004) waren im Rahmen themenverwandter Publikationen in der Nennung von psychopathologischen Zustandsbeschreibungen bereits vorangegangen.
- Das Autorenteam um Rotzoll (2010) und Hamm (2005) widmete in ihren Darstellungen den Opfern der Euthanasie umfangreiche eigene Kapitel mit Kurzbiografien und Fotografien. Jedoch wurden die Patientennamen in allen diesen Veröffentlichungen nur mit dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens abgekürzt vorgestellt, eine nachvollziehbare Anonymisierung aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes. In diesem Fall aber, wo es um die bekannte Person der B. S geht, wäre eine Schwärzung ihres Nachnamens einigermaßen absurd.
- Einzig in der Publikation von Neuhaus (2008) konnte eine fast identisch gelagerte Individualbeschreibung gefunden werden. Auch in dieser dokumentierte der Autor den Status einer psychiatrischen Dauerpatientin, seiner Schwester Luise, mit Fotografien und ausführlichen Zitaten aus der Krankenakte und berichtete von ihrer Ermordung im Mai 1941 in Hadamar.
- Zurück zu den Krankenakten von B. S. Diese sprechen von einer Reihe von seit längerem bestehenden gesundheitlichen Beschwerden und psychischen Problemen. Innerhalb der oben beschriebenen Wochenendauseinandersetzung bemerkte der Ehemann, dass sie seinen Revolver an sich nahm und damit schoss, ob in Tötungsabsicht, blieb offen. Es entstand ein Tumult in dem Treppenhaus der gemeinsamen Wohnung und B. S. wurde unter Zustimmung des Ehemannes durch die Polizei in die Anstalt für Gemüts- und Nervenranke in Frankfurt-Niederrad, Heinrich-Hoffmann-Str. 10, gebracht. Nach einem sechswöchigen Aufenthalt dort wurde sie Ende Juli 1919 gebessert nach Hause entlassen.

Die folgenden neun Jahre schienen unauffällig gewesen zu sein. Nach einigen kürzer dauernden Tätigkeiten, die nicht näher beschrieben sind, nahm Bertha eine über acht Jahre dauernde Beschäftigung als Köchin in einem zahnärztlichen Haushalt in Frankfurt in der Beethovenstraße auf. Die Bezeichnung Köchin dürfte eher eine Tätigkeitsbeschreibung sein als eine formale Qualifikation mit fachlicher Ausbildung. In der Heiratsbeurkundung ist eingetragen: *ohne Beruf*, und an anderer Stelle wird ihre Tätigkeit als *Haushaltshilfe* bezeichnet. Diese allgemeinen Tätigkeitsbeschreibungen treffen ebenso für die fünf anderen Schwestern von Bertha zu und schwanken zwischen *Hausmädchen*, *ohne Beruf* oder *Köchin*. Auch Berthas Mutter Sara in Krofdorf hatte als Beruf *Köchin* angegeben und so dürfte B. S. und ihre Schwestern mit der Angabe Köchin eher das traditionelle jüdisch häusliche Vorbild ihrer Mutter als soziales Selbstverständnis übernommen haben. Sehr wahrscheinlich hatte B. S. an ihrer Arbeitsstelle auch gewohnt, denn sie hatte sich mittlerweile von ihrem Ehemann getrennt.

1928 kam es zu einer erneuten Einweisung in die Niederrader Klinik. Sie wurde gebracht von ihrer jüngeren Schwester, Frau Max Mayer⁷⁰ und der Ehefrau des Arbeitgebers, Frau Herrmann. Sie beschrieb Bertha in ihrem langjährigen allgemeinen Verhalten und Arbeitsverhalten als unauffällig, ruhig und gewissenhaft, bis es vor acht Wochen zu einer massiven Verschlechterung in ihrem gesundheitlichen und psychischen Zustand gekommen sei. Ihre ungerechtfertigten Vorwürfe gegen andere Personen und ihre geäußerten Selbstmordideen, wollte ins Wasser gehen, habe man zum Anlass für ihre Vorstellung in der Klinik genommen. Nach einer ausführlichen psychiatrischen Untersuchung wurde ärztlicherseits die Diagnose gestellt: „*Periodische paranoide Psychose. Zustandsbild: Beziehungs- und Verfolgungsideen, Beeinträchtigungsideen, depressiv, Stupor und Erregungszustände.*“.

Am 27. April 1929 wurde B. S. gebessert nach Hause entlassen. Nach Hause hieß in diesem Fall nach Mainz, wo sie Aufnahme bei der weiteren jüngeren Schwester Selma⁷¹ fand. Da der Gesundheitszustand labil blieb, wurde sie wegen allgemeiner Beschwerden an Herz und Lunge für 4 ½ Monate in das Mainzer Krankenhaus eingeliefert. Dort sei ihr Gehirn mit Strahlen bearbeitet worden. Auf ihr Drängen und Bitten nahm sie die Schwester wieder in ihren Mainzer Haushalt auf.

In Begleitung des Schwagers Max Mayer erschien sie nach 1 ½ Jahren aufgrund einer ärztlichen Einweisung zum dritten Mal am 7. Dezember 1930 in der Frankfurter Klinik. Sie fühlte sich von Eltern, Geschwistern und Freundinnen schlecht behandelt. In ihrem Zustandsbild war keine Verbesserung eingetreten; die ärztlicherseits erhobene Diagnose entsprach der bereits genannten: „*Periodische Psychose. Zustandsbild: hypochondrisch-paranoisch, abweisend. Phant. Erlebnisse.*“.

Während des 10wöchigen Aufenthalts in der Niederrader Psychiatrie spricht der Krankenbericht von mürrisch ablehnenden paranoiden Zustandsbildern, sie stehe kaum aus dem Bett auf, lehne es ab zu arbeiten, sei mißmutig-negativistisch, ein Wurm wühle im Bauch. Manchmal sei sie plötzlich erregt und schreie laut auf. Am 23. Februar 1931 wurde B. S. als ungeheilt in die Heil- und Pflegenstalt in Alzey überwiesen. Sie blieb jedoch nur kurze Zeit in Alzey. Denn ab März 1931 wurde sie erneut von ihrer in Frankfurt wohnenden Halbschwester Emilie und ihrem Ehemann Martin Weis,⁷² in deren Haushalt, aufgenommen. Das Zusammenleben musste aber bald zu erheblichen Irritationen geführt haben. Der Schwager beklagte das uneinsichtige Treiben, beklagte finanzielle Verluste, sie habe Geld auf seinen Namen bei Bekannten geliehen, sie sei

70 Bei dieser Schwester handelt sich um die am 17. 2. 1893 in Krofdorf geborene Halbschwester Lina Simon; Sie lebte mit ihrem Ehemann, Max Mayer, geb. 27. 6. 1892 in Groß-Gerau.

71 Die Schwester Selma, auch Settchen genannt wurde am 21. 8. 1890 in Krofdorf geboren. Sie ist zu diesem Zeitpunkt noch mit Jakob Hirsch verheiratet; sie leben in Mainz.

72 Emilie ist die jüngste Schwester von Bertha. Sie wurde am 31. Jan. 1897 in Krofdorf geboren. Zusammen mit ihrem Ehemann wurde sie am 11./12. Nov. 1941 in Minsk ermordet.

zu keiner Mithilfe im Haushalt zu bewegen. Sie pendelte zwischen ihrer Frankfurter Wohnung in der Seilerstraße und der Wohnung ihrer in Mainz lebenden Schwester Selma Hirsch, die in der Gartenfeldstr. eine Pension betrieb. Auch hier führte das Verhalten von B. S. zu Störungen.

Aufgrund einer tel. ärztlichen Einweisung erschien B. S. nach knapp dreimonatigem Aufenthalt außerhalb eines psychiatrischen Krankenhauses am 8. Mai 1931 alleine zum vierten Mal in der Frankfurter Universitätsklinik.

Sie selbst beklagt, dass ihr Schwager viel Geld hinter ihrem Rücken von der Sparkasse abgehoben habe, sie sei Oberpostsekretärin gewesen. Sie sei hierhergekommen, um mit dem Chef, Prof. Sachs, eine Privatsache zu erledigen. Nach intensiven fachärztlichen Gesprächen wurde „*Hebephrenie im Zustand der Affektleere mit sprachlichen Verfehlungen und ablehnender Haltung*“ diagnostiziert. Am 16. Juni 1931 erfolgte die Überweisung von der Frankfurter Klinik in die Landes Heil- und Erziehungs-Anstalt nach Hadamar. Der Direktor der Städt. u. Universitätsklinik für Gemüts- und Nervenranke hatte B. S. eine *paranoide Demenz* attestiert; sie bedürfe der Behandlung in einer geschlossenen Anstalt.

Die soweit dargestellten Ereignisse sind, obwohl sie die Frankfurter Zeit betreffen, der Hadamaer Krankenakte von B. S. entnommen.⁷³ Die Frankfurter Zeit wird innerhalb des Konvoluts auf zehn eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten dargestellt. Sie sind überschrieben als „*Auszugsweise Abschrift aus der Frankfurter Krankengeschichte über Bertha Schmitt aus Frankfurt*“. Selbst wenn es sich innerhalb dieser Darstellung um eine doppelte Reduzierung handelt, so sind die hier vermittelten Fakten geeignet, einen hinreichenden Eindruck über die Schwere der psychischen Erkrankung von B. S. zu vermitteln.

Die Krankenakten geben gleichzeitig auch Auskunft über das damalige fachliche Selbstverständnis. Die Terminologie der Diagnosen spiegelt die ganze uneinheitliche psychiatrische Nomenklatur, mit der alle Arten von affektiver Beeinträchtigung und geistiger Krankheit beschrieben wurden. Geisteskrankheiten wurden ausschließlich als Hirnkrankheiten eingestuft, die es mittels Elektroschock und anderen krampfauslösenden Maßnahmen mit gravierenden Nebenwirkungen zu behandeln galt. B. S. Status als mittellose Fürsorgepatientin dürfte sie vor den schlimmeren Formen der damals angewandten privilegierten konvulsiver Therapien bewahrt haben. Opiate, Morphinum Chloroform, Äther und Schlafmittel waren bereits bekannt. Die Entwicklung von entsprechenden Medikamenten, wie Cardiazol oder Insulin und den daraus abgeleiteten kostenintensiven Maßnahmen zur Schizophreniebehandlung, stand noch am Anfang. In den Krankenunterlagen von B. S. werden keine Medikamentengaben erwähnt. Als Mittel der Wahl galten für die Fürsorgepatienten Bäder, stundenlange Dauerbäder in warmem Wasser oder kalte Sitzbäder. Der einzige therapeutische Eintrag in den Akten berichtet von achttätigem Dauerbad und der Weigerung von B. S. in eine Wanne zu steigen. Der Anstaltsalltag in der damaligen Zeit dürfte

73 Akten der Landes- Heil- und Erziehungs-Anstalt Hadamar, Nassau, Sign. Bestand 12, Nr. K 7535.

für die nichtprivilegierten Patienten in einer recht anspruchslosen, therapiearmen, langweiligen Wiederholung einzelner Tage bestanden haben.

Erster⁷⁴ Aufenthalt Hadamar

Vom 16. Juni 1931 bis zum 12. Juli 1932 blieb B. S. in der Landes Heil- und Erziehungs-Anstalt in Hadamar, Hessen-Nassau. In ihrem Krankheitsbild waren keine Veränderungen eingetreten, weswegen in den Akten keine weiteren psychiatrischen Zustandsbeschreibungen zu finden waren. Der Landeshauptmann von Nassau sicherte mit Schreiben vom 20. Juni 1931 die Kostenübernahme der Pflegeklasse III zu.

Die Krankenunterlagen wurden durch zwei Funde bereichert, die im Weiteren kurz dargestellt werden: Es sind dieses eine Fotografie und persönliche Briefe und Briefe von Angehörigen.



Abb. 10: Bertha Schmitt, Foto 1931.

74 Die Formulierung ‚erster‘ soll andeuten, dass es später noch einen zweiten Aufenthalt geben wird.

Das Foto zeigt die 47jährige als gepflegte Erscheinung. Das dunkle Jackett mit dem Pelzbesatz über die weißen Bluse lässt auf ihrer linken Seite so etwas wie ein hell abgesetztes Einstecktuch erkennen, was dem Äußeren eine festliche Note gibt. Das mittig gescheitelte, offensichtlich schwarze Haar fällt nach hinten zurück. Halsschmuck lässt sich nicht erkennen. Die Gesichtsform wirkt leicht asymmetrisch und der verzogene Mundwinkel vermittelt einen leicht spöttischen Eindruck. (Diese Bildwahrnehmung entspricht einem Eintrag in der Krankenakte vom 20. Januar 1931: „*begegnet jedem Zuspruch mit ironischem, überlegenen Lächeln*“.) Insgesamt inszeniert sich B. S. keinesfalls anstaltsmäßig verwirrt oder verstimmt; eher gibt sie sich hoheitsvoll und würdig, als wolle sie in ihrem Auftreten ihren Selbstzuschreibungen als Person besonderer Bedeutung entsprechen, schließlich stamme sie von *hochgeborenen Eltern ab*.

Persönliche Briefe:

Aus der etwas über einjährigen Zeit 1931/32 in Hadamar sind in den Akten vier Briefe und eine Karte erhalten. Die in Sütterlin gehaltene, gestochene Schrift, die saubere Form ohne Kleckse oder durchgestrichene Wörter mit der gleichmäßigen, geraden Linienführung steht für den Betrachter in einem auffälligen Kontrast zu dem soweit deutlich gewordenen bizarren, wahngeliteten Denkformen. Die damaligen Krofedorfer Volksschullehrer könnten die Briefe noch zu einem nachträglichen Vorzeigeprojekt für gelungenen Schönschreibunterricht machen.

Da über B. S. keine weiteren authentischen Aussagen vorlagen, bestand die Hoffnung, über die Briefe das spärliche Wissen um ihre Person erweitern zu können, etwas mehr über ihre Einstellungen erfahren zu können oder evtl. auch Aussagen über ihr Verhältnis zum Judentum erhalten zu können. Innerhalb einer Biografie würde man an dieser Stelle alle ihre vier Briefe und eine Postkarte komplett wiedergeben, im Rahmen dieser Darstellungsart muss es bei der Herausarbeitung von Hauptaussagen bleiben.

Bei diesen Vorhaben entsteht jedoch eine Gratwanderung: Welche Passagen können als psychopathologische Verzerrungen in der Realitätswahrnehmung angesehen werden und welche Passagen beschreiben wahnfreie persönliche Befindlichkeiten und nachvollziehbare Schilderungen des Alltagslebens. Eine ganze Reihe von B. S. brieflichen Aussagen decken sich mit den fachärztlichen Begutachtungen in den Krankenakten. Als solche können ihre Beklagnisse über ihren körperlichen Zustand gelten: Ihr werde die Nahrung vorenthalten, sie sei bald verhungert und bald schon gestorben. Die Mitpatienten seien alles Idioten und geistig minderwertige Menschen mit täglichem Dröhnen und Geschrei, die ihr nicht einmal ein Butterbrot überlassen und das bei dem Umstand, dass sie früher selbst als Köchin gearbeitet habe. Sie beklagt ihr heruntergekommenes Aussehen. Durchgängiges Thema ist die Eifersucht, die Intrigen der Frankfurter Professorenschaft, die sie hier her gebracht haben, sie, die stets das größte Vorbild aller Frankfurter gewesen sei und das größte Schicksal einer deutschen Frau, einer deutschen Kaiserin, zu ertragen habe. Immer wieder geht es um merkwürdige Dinge im Zusammenhang mit ihrem Besitz und verschwundenes Geld.

Hadamar, den 12. Mai 1932.

Liebste Eltern in aller Liebe Herzl!

Mehr wünscht Ihr Mutter, dass ich so lange
bleibe in der Nähe von mir, wie ich es beabsichtige
zu werden. Wenn Ihr Vater mich nicht mehr
hat, hat er mich verlassen, denn ich bin ein
Mann und Agnieszka, Abriette. Ich habe
keine Möglichkeit, das zu tun, was ich
wünsche. Ich bin ein sehr armes Kind. Ich
bin in der Lage, mich selbst zu versorgen.
Ich bin ein sehr armes Kind. Ich bin
in der Lage, mich selbst zu versorgen.
Ich bin ein sehr armes Kind. Ich bin
in der Lage, mich selbst zu versorgen.
Ich bin ein sehr armes Kind. Ich bin
in der Lage, mich selbst zu versorgen.

Abb. 11: Bertha Schmitt, Brief 1931

Mehr reale Akzeptanz dürfen die Schilderungen ihrer Anstaltssituation beanspruchen. Diese beschreibt sie als hinter Schloss und Riegel sitzend, mit Eisenstäben an den Fenstern, ohne Verfügungsrecht über die eigene Person. In einem Brief schreibt sie als Ortsangabe: „Hadamar, Gefängnis“. Sie jammert vor Heimweh, die Sehnsucht und das Heimweh habe ihr alle Freude genommen. Sie verfüge, wie sie an einer Stelle schreibt, über keinen Pfennig Geld. Ihren ehemaligen Arbeitgeber bittet sie, sie sofort mit dem Auto abzuholen. Sie klagt über das zeretzte Kleid, mit dem sie seit 1/2 Jahr herumlaufen müsse, sie sei ohne eigene

Kleidung. Letztere Bemerkung kann als ein Hinweis auf eine damals übliche Anstaltsbekleidung gedeutet werden. Das alles lässt erahnen, was der Anstaltsaufenthalt an Einschränkungen mit sich brachte und kann auch heute noch Mitleid erzeugen mit der ganzen Misere der Zwangsunterbringung in einer geschlossenen Anstalt.

Denn B. S. war entmündigt und in der Tat ohne Verfügungsrecht über ihren Wohnort und finanzielle Dinge. Sie stand unter polizeilicher Aufenthaltsüberwachung und unter Kontrolle einer Pflegschaft. Für die Jahre 1931/32 wurde ein Wilhelm Orth, Frankfurt, Neuhofstr. als Pfleger genannt. Unterlagen des Nieder-Ramstädter Archivs bestätigen diesen Namen bis 1936, später wird ein Martin Weiss aus Frankfurt aufgeführt.

Obwohl B. S. offensichtlich in einem stabilen Familien- und Verwandtschaftssystem lebte, fällt auf, dass niemand aus diesem Personenkreis die Aufgabe eines Pflegers übernommen hatte. Bei dem hier genannten Pfleger wird es sich um fremde Person gehandelt haben, was darauf hindeutet, dass die Pflegschaft seitens der Staatsanwaltschaft betrieben wurde. Den genaueren Tätigkeitsbereich des Pflegers wird dann ein Frankfurter Vormundschaftsgericht festgelegt haben. Er wird sich wahrscheinlich auf das Aufenthaltsbestimmungsrecht und die Abtretung ihrer Rente an das Fürsorgeamt der Stadt Frankfurt bezogen haben. Diese Vermutung wird gestützt durch einen dokumentierten Vorgang aus dem Jahr 1939, der später genauer dargestellt wird.

Über die Adressaten der Briefe und über Namensnennungen in den Briefen vermittelt sich auch einiges über ihren Bekanntenkreis, der, den Namen nach zu urteilen, dem jüdischen Lebensumfeld zuzuordnen ist: Sigi Heichelheim, Onkel Sig. Borlitzheimer, Herr Cohn, Frl. Rotschild, Kurt Adler, Alex Ellern.⁷⁵ Zusammen mit den intakten Beziehungen zu ihrer jüdischen Verwandtschaft kann man so B. S. Frankfurter Zeit als ein Leben charakterisieren, das überwiegend in das lokale Judentum eingebettet war.

Mehrere Passagen in den Briefen sind angetan, Auskunft über ihr Bekenntnis zum Judentum zu geben. In einem Brief an Frl. Martha Rotschild beklagt sie die trostlosen Herbstfeiertage, an denen sie nicht mal in die Synagoge gehen durfte.⁷⁶ An den Bruder ihres Schwagers schreibt sie nach vielen Aufzählungen des Jammerns: *„Aber Gott lenkt das menschliche Schicksal wieder zum Guten, da ich ja meinen lieben Gott u. meine Religion nicht vergessen habe. Meine l. Eltern und Geschwister ebenso wenig“*. Sie definiert sich selbst offensichtlich über ihre Zugehörigkeit zum Judentum und aus zwei Stellen ihrer Briefe geht eine deutliche konfessionelle Abgrenzung hervor. *„Wie hier die armen Christen behandelt werden spottet jeder Beschreibung“*. An einer anderen Stelle schreibt sie im Zusammenhang mit ihrer Unterbringungssituation: *„Ich vergaß mich ja sofort u. konnte diesen christlichen Schwindel mit meinem zarten Gefühl u. Nerven nicht gut heißen“*.

75 Alexandra Ellern, geb. 5. 11. 1899; dokumentiert im Gedenkbuch.

76 Mit den Herbstfeiertagen ist das jüdische Laubhüttenfest gemeint.

Im Zusammenhang mit dem Bericht über eine Kindheitsepisode taucht einmal die Nennung von Krofdorf auf. Es bleibt aber bei dieser belanglosen singulären Erwähnung; zu weiteren Rückerinnerungen an ihre Krofdorfer Kindheit kommt es nicht.

Es bleibt diesen Teil abschließend die Frage, wieso sich diese korrekt adressierten Briefe überhaupt in den Akten befinden. Die Briefe selbst haben keine Briefmarken. An dieser Stelle werden die starken Einschränkungen in vielerlei Hinsicht erneut deutlich: kein Geld, kein Ausgang, keine Briefmarken. Strukturelle Bevormundungen wie diese mussten den Anstaltsalltag geprägt haben und die subjektiven Schilderungen und die Einschätzung von Gefängnis untermauern an Stellen wie diesen letztlich doch die Glaubwürdigkeit der geschilderten Zustände. Auch der Erhalt von Post schien eingeschränkt. In mehrfach wiederholten Briefpassagen klagte sie: „*keine Post befördert bekommen, alles unterschlagen*“. An anderer Stelle berichtete sie, dass sie das erste Mal nach ½ Jahr einen Bogen Schreibpapier bekommt. Reglementierte die Anstaltsleitung auf diesen Wegen den gesamten Schriftverkehr? Wie an Hand eines später noch geschilderten Beispiels aus anderer Quelle ersichtlich, übte die Anstaltsleitung offensichtlich eine Zensur aus und legte Briefe kritischen Inhalts zu den persönlichen Akten - zum Nachteil von B. S. zum Vorteil für die Nachwelt.

Briefe von Angehörigen:

Außer den persönlichen Briefen gab es noch Briefe von Angehörigen. Der Vater, Jakob Simon, erkundigte sich bei der Anstaltsleitung nach dem Wohlbefinden seiner Tochter, er schickte ihr auch Päckchen. Auffallend in den vom Vater abgeschickten Briefen ist das Fehlen jeglicher persönlicher Zeilen der Mutter und auch das Fehlen ihrer Erwähnungen oder die Ausrichtung von Grüßen seitens der Mutter, eigentlich der sog. Stiefmutter. Der Anstaltsdirektor sah sich am 10. September 1931 genötigt, eine Richtigstellung an die Adresse der Schwester Selma in Mainz zu verfassen, dass die anderweitig gemachten Angaben von B. S. durchaus nicht der Wahrheit entsprechen, dass die Kranke körperlich vollkommen gesund sei, nicht an Gewicht abgenommen habe und schließt: „*Auf die anderen Angaben einzugehen erübrigt sich bei der Einstellung Ihrer Schwester*“.

In einem Schreiben vom Mai 1932 an die Anstaltsleitung erklärte sich der Frankfurter Schwager Martin Weis, Ehemann der Halbschwester Emilie bereit, seine Schwägerin Bertha wieder in die häusliche Gemeinschaft aufzunehmen, was in einem Antwortbrief seitens der Anstaltsleitung aber abgelehnt wurde. Eine Aufnahme in den Haushalt sei nicht möglich und für die Patientin schädigend, sie habe zu Hause nicht die notwendige Betreuung bei der Schwere der psychischen Erkrankung.

Katzenelnbogen

Von Hadamar wurde B. S. am 12. Juli 1932 „*ungeheilt*“ in die Dr. Dr. Wolffsche Heilanstalt für Gemüts- und Nervenranke in Katzenelnbogen überführt. Gründe dafür konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. Anlässlich dieses

Ereignisses wurde erneut ihr eingeschränkter Rechtsstatus als Entmündigte mit einem gerichtlichen Einweisungsbeschluss deutlich. Seitens der Polizeiverwaltung Hadamar erfolgte eine sog. *Polizeiliche Abmeldung von Kranken*, hier von Hadamar nach Katzenelnbogen. Das Polizeipräsidium in Frankfurt und die Oberstaatsanwalt in Frankfurt bestätigten diesen Ab- und Ummeldungsvorgang in einem eigenen Schriftverkehr von Mitte Juli 1932.

Der Status *„ungeheilt“* ließ keine neuen therapeutischen Initiativen vermuten und klang eher nach sich selbst überlassen im Anstaltsalltag. Denn B. S. dürfte auch in der Wolfschen Heilanstalt der untersten Pflegeklasse III angehört haben.

Der Vater, Jakob Simon, fragte eine Woche nach der Überstellung in einem Brief an die Anstaltsleitung, ob die Verlegung eine Besserung oder eine Verschlechterung gebracht habe. Er selbst sei nicht in der Lage, seine Tochter zu besuchen. Die Anstaltsleitung antwortet: *„Sie lebt in Größenideen, will einmal 18 Häuser in Frankfurt haben, ein anderes Mal ist sie Vorsitzende des deutschen Ärztinnenbundes, usw.“*.

Mit dem Überweisungsbeschluss von Katzenelnbogen nach Alzey enden die Hadamaer Akten.

Die Akten der Landes-Heil- und Erziehungsanstalt Hadamar - und das sei abschließend gesagt - geben uns nicht nur Auskunft über den bedauernswerten psychischen Zustand von B. S. und die gefängnisartigen Beschränkungen einer Anstaltsunterbringung am Ende der Weimarer Republik. Gleichzeitig spiegeln die Krankenunterlagen das starke Zusammengehörigkeitsgefühl der ehemaligen Krofdorfer jüdischen Familie Jakob Simon und ebenso der erweiterten jüdischen Verwandtschaft. So wird B. S. bei der Aufnahme in die Frankfurter Klinik wiederholt von ihren Schwägern begleitet, der alte Vater schickt Päckchen und die Schwestern kümmern sich rührend um sie. Immer wieder sind die Familienangehörigen bereit, Bertha trotz ihrer massiven Probleme und im Wissen um die damit verbundenen Belastungen, dennoch in ihre jeweiligen Haushalte aufzunehmen.

Phase der Verfolgung

Alzey

Auf Antrag des städtischen Wohlfahrtsverbandes Mainz wurde B. S. am 3. Mai 1933 in die Hessische Landes-Heil- und Pflegeanstalt nach Alzey überführt. An der Bezeichnung ihres Status *ungeheilt* hatte sich nichts geändert. Die Anordnung der Überstellung ergab sich, wie gleich zu ersehen ist, aus der Verlegung ihres Wohnsitzes von Frankfurt nach Mainz. Zuvor hatte ein Briefwechsel zwischen der aufnehmenden Anstalt in Alzey und der abgebenden Heilanstalt in Katzenelnbogen stattgefunden, in dem die Frage der Unterbringungskosten geklärt wurde. Die Kostenliquidation sei bei dem städtischen Wohlfahrtsamt in Mainz einzureichen. Zum weiteren Verständnis diese Briefwechsels und der kommenden Ereignisse müssen hier einige wichtige Bemerkungen mit kurzem historischem Exkurs eingeschoben werden.

Das heute einheitlich erscheinende Staatsgebiet des Bundeslandes Hessen bestand, wie aus der verwaltungspolitischen Karte ersichtlich (Abb. 12), ab 1866 aus zwei unterschiedlichen Regionalgebilden.

Einerseits gab es das Großherzogtum Hessen-Darmstadt mit Darmstadt als Hauptstadt - auf der Gliederungskarte die dunkleren Gebietsteile - mit der räumlich abgetrennten Provinz Oberhessen und den beiden südlich gelegenen Provinzen Rhein-Hessen und Starkenburg. Nach Abschaffung der Monarchie 1919 wurde Hessen-Darmstadt auch Volksstaat Hessen genannt.

Andererseits gab es die preußische Provinz Hessen-Nassau mit Wiesbaden als Hauptstadt - die helleren Gebietsteile -. Aus den weiteren Merkwürdigkeiten der damaligen Verwaltungsgliederung ergab sich die Lage von B. S. Geburtsort *Crofdorf, Kreis Wetzlar*. Dieser Gebietsteil gehörte als preußische Exklave auf nassauischem Gebiet zur Rheinprovinz mit dem Verwaltungssitz Coblenz.

Die Organisation des Anstaltswesens lag in jeweils eigenen Zuständigkeiten der Länderadministrationen. Aus diesen Vorgaben folgten drei Konsequenzen, die auch für B. S. bestimmend sein sollten.

- Der Wohnort von B. S. lag ab 1907 in Frankfurt/Main und damit in der preußischen Provinz Hessen-Nassau. Im Falle einer angeordneten Anstaltsunterbringung erfolgte die Zuweisung in eine Hessen-Nassauische Heil- und Pflegeanstalt. Die preußische Provinz verfügte über 5 staatliche Heil- und Pflegeanstalten: Hadamar, Eichberg; Kalmenhof/Idstein, Weilburg und für Frankfurt Köppern/Friedrichsdorf. Dazu eine kirchliche Anstalt in Montabaur und eine private in Katzenelnbogen. Die Kostenzuständigkeiten für eine Anstaltsunterbringung ergaben sich dabei aus dem Ortsansässigkeitsprinzip. Die Übernahme der Pflegekosten oblag für die jeweiligen Anstalten dem Fürsorgeamt der Stadt Frankfurt.
- Wohl aus familiären Gründen wurde B. S. Hauptwohnsitz nach Mainz verlegt und damit wurden für sie die parallelen behördlichen Zuständigkeitsstrukturen des Volksstaates Hessen wirksam. Dieser verfügte über vier staatliche Anstalten: im Norden Gießen und im Süden Alzey, Goddelau und Heppenheim und als einzige nichtstaatliche Anstalt die Heime der Nieder-Ramstädter Diakonie. Alle vier dieser südhessischen Anstalten sollte B. S. kennenlernen. Die Zuständigkeit für die Übernahme der Pflegekosten lag jeweils bei dem Fürsorgeamt der Stadt Mainz.

Der Wechsel von einer Länderzuständigkeit in eine andere machte in solchen Fällen einen besonderen behördlichen Schriftverkehr in der Frage der Kostenträgerschaft notwendig. Daraus erklärt sich das Vorhandensein des oben erwähnten Katzenelnbogener Briefwechsels mit der Zusage der Kostenübernahme durch das städtische Mainzer Wohlfahrtsamt bei der Überstellung von B. S. in die Alzeyer Heil- und Pflegeanstalt.

- Als letzte Konsequenz folgte nach der späteren nationalsozialistischen Machtübernahme aus dem Wohnortwechsel auch die Abhängigkeit von der jeweiligen Anstaltspolitik, wie sie bei B. S. deutlich in Erscheinung treten wird.

Diese regional-politischen Zuständigkeiten für das Anstaltswesen erklären den Verbleib bzw. die Überstellungen von B. S. in einem relativ eng umgrenzten Raum.



Abb. 12: Anstaltsorte und Transportwege von Bertha Schmitt
(Flächenkarte Heinemeyer 1866, S. 593)

- Frankfurt-Niederrad, Städt. Universitätsklinik für Gemüts- und Nerven- kranke, Aufenthalte 1919, 1928, 1930, 1931

- (1) Hadamar 1931, Heil- und Pflegeanstalt
- (2) Katzenelnbogen 1932, Heil- und Pflegeanstalt
- (3) Alzey 1933, Heil- und Pflegeanstalt
- (4) Nieder-Ramstadt 1935, Heil- und Pflegeanstalt
- (5) Goddelau 1939, Heil- und Pflegeanstalt
- (6) Heppenheim 1941, Heil- und Pflegeanstalt, Sammelanstalt
- (7) Hadamar 1941.

Mit dem Anstaltswechsel von B. S. nach Alzey im Mai 1933 änderte sich auch die Art der Quellenlage. Gab es bisher Dokumente mit persönlichen Krankenakten, eigenen Briefen oder Briefen von Angehörigen, so lässt sich ab jetzt nur noch über anstaltsinterne Aufnahmebögen, Überweisungs- oder Transportlisten oder indirekt über öffentliche Verordnungen die Vita B. S. vermitteln.

Rosenau et al. beschreiben die damaligen Interna der Heil- und Pflegeanstalt Alzey. Die Betroffenen wurden in der Regel nicht freiwillig aufgenommen, sondern aufgrund von polizeilichen Einweisungen oder vormundschaftlichen Entscheidungen, wie auch bei B. S. Innerhalb der Aufnahmeregulative gab es im Rahmen der Kostenklärungen eine Einteilung in die verschiedenen Pflegekassen:

„In Alzey gab es wie in den anderen hessischen Anstalten eine herausgehobene Pensionsklasse sowie drei Pflegeklassen für die Selbstzahler und die auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Kranken“. (Rosenau, S. 54)

Die Angehörigen der oberen Pflegeklassen waren grundsätzlich von der Arbeit befreit und ihnen stand ein umfangreiches Beschäftigungsangebot zur Verfügung. Die Zuordnung von B. S. in die unterste Pflegeklasse wird auch ihren täglichen Anstaltsablauf mitgeprägt haben. Die Heil- und Pflegeanstalt verfügte über ein weit gefächertes Netz von Arbeitsmöglichkeiten. Für Frauen gab es Hausarbeiten wie z. B. Kartoffel schälen oder Geschirrspülen, Putzen, Bettenklopfen oder Näharbeiten in der Schneiderei mit dem Anbringen von Namensschildchen oder Ausbessern der Anstaltskleidung. Denn auch in Alzey gab es für die Männer und Frauen eine hauseigene Anstaltskleidung, an deren Tragen sich die Patienten/innen sich im Rahmen der Anstaltsordnung zu halten hatten.

Für die Unruhigen unter den Patienten, so berichten die o. g. Autoren, gab es zur Therapie die Dauerbadbehandlung, die sich stunden- bis tagelang hinziehen konnte oder alternativ Dauerbettruhe in Wachsälen unter ständiger Aufsicht der Pflegekräfte. Ob diese therapeutischen Maßnahmen auch bei B. S. - wie bereits vorher in Frankfurt - zum Einsatz kamen, kann aufgrund der fehlenden Quellenlage nicht gesagt werden.

Wahrscheinlich wird B. S. von Alzey aus Briefe geschrieben haben, versehen mit berechtigten oder phantasierten Anklagen, wie zuvor aus Hadamar. Zu dem Stichwort ‚briefliche Kontakte‘ schreiben die Autoren, dass die Briefe sehr oft auch Beschwerden oder Vorwürfe enthielten. *„Eher selten erreichten sie ihre Adressaten. In der Regel fielen sie der Zensur anheim - wurden vom Direktor gelesen und in der*

Patientenakte abgelegt“ (a. a. O., S. 57). Das bestätigt die eigene, vorher geäußerte Vermutung zu den in der Hadamaer Krankenakte vorhandenen Briefen von B. S.

In die Alzeyer Zeit fielen zwei wichtige Ereignisse. Vor dem Landgericht in Frankfurt wurde am 8. August 1934 im Namen des Volkes ihre am 2. Okt. 1914 geschlossene Ehe mit Karl Schmitt geschieden.⁷⁷ Er als Kläger verlangte die Scheidung und begründete seinen Antrag mit der Geisteskrankheit seiner Ehefrau.⁷⁸ Der fachärztliche Gutachter bestätigte diesen Sachverhalt und diagnostiziert *Dementia Paranoides*.⁷⁹ Die Interessen der entmündigten und nicht anwesenden B. S. nimmt eine Rechtsanwältin wahr. Da die Beklagte schuld an der Scheidung war, wurden ihr die Kosten des Rechtsstreits auferlegt. Ob in dieser Scheidungssache und der Kostenauflegung für eine mittellose Anstaltspatientin schon die ersten Vorboten des kommenden Unheils zu erkennen sind, kann nicht sicher gesagt werden.

Aber zuvor geriet B. S. durch ein anderes Gesetz in Gefahr. Am 14. Juli 1933 wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) verabschiedet. Unter Punkt 2 des infrage kommenden Krankheitenkatalogs wurde ausdrücklich Schizophrenie genannt. Es war naheliegend, der Frage nachzugehen, ob B. S. von diesem Gesetz betroffen sein könnte. Die Entscheidung über eine Zwangssterilisation konnte auf Antrag seitens der Anstaltsleitung oder eines beamteten Arztes über die neugeschaffenen Erbgesundheitsämter erfolgen; diese waren bei den Amts- bzw. Landgerichten angesiedelt. Der Eingriff selbst musste in einem Krankenhaus durchgeführt werden.

Erste Kontakte zu Mitarbeitern der vorher schon erwähnten Alzeyer Arbeitsgruppe ergaben keine Hinweise auf eine vorgenommene Zwangssterilisation von B. S. in den dortigen Unterlagen. Da damals auch die Kreisgesundheitsämter in eine Sterilisationsentscheidung eingebunden waren, wurde mit dem damals für Alzey zuständigen Kreisgesundheitsamt in Darmstadt Kontakt aufgenommen. Das Amt halte sich an die 10 jährige Aufbewahrungsfrist von Akten und insofern seien keine Akten aus der damaligen Zeit mehr vorhanden, war das Ergebnis einer telefonischen Rücksprache. Nach Auskunft des Staatsarchives Darmstadt war für Alzey das Erbgesundheitsgericht in Worms zuständig. Die Akten dieser Behörde seien teilweise den für den Wohnort (nicht dem Anstaltsort) zuständigen Staatlichen Gesundheitsämtern zugegangen, für B. S. also Mainz. Deren Bestände seien später unter der Signatur G 29 U beim Staatsarchiv

77 Hhsta Wi Sig. Nr.: Abt. 460 Nr. 1803.

78 Lt. Stadtarchiv Mannheim heiratet Karl Schmitt vor dem Standesamt Frankfurt 1938 zum dritten Mal. Diese Information kann die Vermutung bestätigen, dass von dieser Person keine weiteren Hilfen oder Beistand für B. S. zu erwarten sein werden.

79 Das ist die Terminologie des Heidelberger Ordinarius Emil Kräpelin, der um die Wende zum 20. Jahrhundert die diagnostischen Begriffe der damaligen Psychiater-Generation prägte. *Dementia paranoides* beginne meist um das 4. Lebensjahrzehnt mit leichter bis schwerer Depression und führe in Verbindung mit Wahnideen und Sinnestäuschungen zu unheilbarem Schwachsinn mit den entspr. Folgen für eine Behandlung: Verwahrung in einer Irrenanstalt.

Darmstadt gebündelt worden. Eine Hadis-Recherche unter der entsprechenden Signaturnummer blieb erfolglos. Auf Nachfragen erklärte der zuständige Archivar im Juli 2013 telefonisch: „Wenn sie dabei gewesen wäre, wäre sie hier geführt“. In einem Dokument aus dem Jahr 1939 (Aufnahmeformular Philipphospital Goddelau) gab das Krankenformblatt folgende Eintragungsmöglichkeit vor: *Nr. d. Erbkartei ... , Erbkrankheit ja ... nein ... , Unfruchtbarmachung am* vor. Hier ließ sich auf dem Krankenformblatt von B. S. kein Eintrag oder ein Datum identifizieren. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand dürfte sie also nicht von dem GzVeN betroffen gewesen sein.

In den Alzeier Akten findet sich ein weiteres Beispiel für Irrungen der nationalsozialistischen Rassenideologie. Vorhandenen ist die Sippentafel Nr. 560, die 1938 zu Studienzwecken für einen Gießener Hochschullehrer angefertigt werden sollte, als B. S. schon nicht mehr Patientin in Alzey war. Allerdings liegt die Sippentafel nur in fragmentarischer Form vor. Erhalten sind die Namen von drei Familienmitgliedern und dem Namen des Vaters von B. S., einem Simon Schmidt (real Jakob Simon) mit dem Geburtsjahr 1857, (real 1856) und der Mutter Henriette (real Sara) mit dem Geburtsjahr 1861 (real 1860) und dem gemeinsamen Wohnort Mainz, (real Groß-Gerau). Zu welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen ein solches falsches Machwerk überhaupt führen sollte, bleibt unklar.⁸⁰



Abb. 13: Mahnmal auf dem Gelände der heutigen Rhein-Hessen Klinik, Alzey

80 Der Zufallsfund belegt die Kooperation des Philipphospital mit dem Gießener *Institut für Erb- und Rassepflege*. Der auch in Goddelau tätige Mediziner Dr. Heinrich Wilhelm Kranz war 1938 zum Leiter des neu eingerichteten Instituts ernannt worden. Als Prof. Dr. Kranz bekleidete später das Amt des Rektors der Gießener Universität. Vgl. dazu Kaminer, 1996, S. 44 ff. und S. 305.

Da sich die Wettenberger-Initiative der Idee von Stolpersteinen für die Opfer von NS-Gewalt verpflichtet fühlte, war es ebenso naheliegend, mit der lokalen Alzeyer Initiativgruppe in Kontakt zu treten. Nein, so lautete von dort die Antwort, wir planen in Alzey nur Stolpersteine für gebürtige Alzeyer, die in der Stadt wohnten und nicht für die Bewohner der ehemaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt. Für diese sei ein eigenes Denkmal errichtet worden.

Das Mahnmal zum Gedenken an die von hier in den Tod abtransportierten Patienten dokumentiert die Namen von 400 Patienten. Der Name Bertha Schmitt ist nicht aufgeführt.

Nieder-Ramstadt

Nach 2½ jährigem Aufenthalt in der Alzeyer Heil- und Pflegeanstalt wurde B. S. am 30. Oktober 1935 in das etwa 30 km entfernte Nieder-Ramstadt verlegt. Von den Veränderungen ‚draußen‘ konnte B. S. kaum etwas mitbekommen. Da war die Welt geprägt von Massenaufmärschen, Hakenkreuzfahnen, Adolf-Hitler-Gruß, von Bildern von Uniformierten in den Zeitungen und Marschmusik im Volksempfänger. Innen, innerhalb der Verwaltung, zogen die Vorboten eines neuen Geistes herauf. Es begann die ideologische Formierung durch Austausch der Beamtenschaft an den politischen und administrativen Schaltstellen und, für das nachfolgende Geschehen von besonderer Bedeutung, die Besetzung der Leitstellen im lokalen Gesundheitswesens und der Bezirksfürsorgeämter und der Stadtverwaltungen mit NSDAP-Mitgliedern. Außen wie innen kursierten Begriffe wie lebensunwertes Leben, jüdische Volksschädlinge oder geistesranke Ballastexistenzen.

B. S. schien diesem drohenden Zugriff zunächst entzogen. Denn Nieder-Ramstadt war keine Institution in staatlicher Trägerschaft sondern eine Institution der Inneren Mission in der Hand der evangelischen Kirche. Dennoch zeigten sich auch hier die ersten Konsequenzen dieses neuen Geistes. Denn für die Verlegung von Alzey nach Nieder-Ramstadt dürften Kostenersparnisgründe von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein. In der Stadt Mainz hatten sich in Folge der Gleichschaltung die politischen Mehrheiten geändert und das für die Aufbringung der Pflegekosten von B. S. zuständige Sozialamt suchte durch Mittelkürzung für diese nun diskriminierte Personengruppe ihrer neuen Gesinnung entsprechenden Ausdruck zu verleihen. Wie von Sandner (2003, S. 214) dargestellt, lag der Tagespflegesatz in den staatlich getragenen Heimen bei RM 2,50, bei den Nieder-Ramstädter Anstalten dagegen bei RM 1,70.

Die jetzt 51 jährige zeigt sich in ihrer äußeren Erscheinung gegenüber dem Foto aus dem Jahre 1931 deutlich verändert. Das dunkle Haar ist nach wie vor mittig gescheitelt und wohl nach hinten gebunden. Die asymmetrische Gesichtsform scheint sich verstärkt zu haben. Das Gesicht selbst erscheint fülliger, runder, was dadurch etwas milder wirkt, im Gegensatz zu der Mimik auf der Fotografie vier Jahre zuvor mit dem leicht hoheitsvollen Ausdruck. Das weiße Kleid, fast ein Gewand, mit den breiten Kragen, das die Arme unbedeckt lässt, bestimmt den Kleidungsstil.



Abb. 14: Bertha Schmitt, Foto 1935⁸¹

Auffallend ist das Fehlen von ausdrucksbetonenden Accessoires, wie Weste, Jackett, Ansteckbroche oder Armreif. Dadurch kommt die Wirkung der langen schwarzen Perlenkette, an dessen Ende ein Kreuz zu erkennen ist, umso stärker zu Geltung. Das Buch mit dem dunklen Einband wiederholt den schwarz-weiß-Kontrast; über die Haltung mit beiden Händen in der Körpermitte werden Buch mit dem darüber hängenden Kreuz noch einmal besonders zur Geltung gebracht. Weißes Gewand, Kreuz und Buch rücken somit in den Vordergrund des fotografischen Interesses. Es spricht einiges dafür, dass das Foto möglicherweise anlässlich ihrer Taufe inszeniert wurde. (Selbst einschränkend muss allerdings gesagt werden, dass auf Berthas Aufnahmebogen von Goddelau aus dem Jahr 1939 zur Religion: *izr.* eingetragen ist).

81 Aus dem Archiv Nieder-Ramstadt. Frau Eisele sei Dank für die Überlassung der Kopie.

Die Nieder-Ramstädter Anstalten verfügten, wie Gunkel (1996) berichtet, ebenso über vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten: für Männer gab es die täglichen Arbeitsangebote in der Schuhmacherei, Schlosserei, in Korb- und Möbelflecht-Werkstätten und in den landwirtschaftlichen Betrieben, denen ein Schlachthaus abgeschlossen war. Die Frauen wurden in den hauswirtschaftlichen Einrichtungen des Hauses mit den üblichen Tätigkeiten beschäftigt. Das dürfte auch für B. S. gegolten haben. Gezielte Therapien oder besondere Heilmaßnahmen finden in dem Werk keine Erwähnung. Ob eine eigene Anstaltskleidung getragen wurde ließ sich nicht feststellen.

Kingreen (2003, S. 252 f.) macht auf einen bisher wenig beschriebenen Aspekt der Unterbringung von Juden in den Heil- und Pflegeanstalten aufmerksam. Hatten sie Möglichkeiten, koscheres Essen zu bekommen? Bestand die Möglichkeit zur Teilnahme an hohen jüdischen Feiertagen? Mussten sie am Sabbat arbeiten? Suchten Mitglieder von jüdischen Gemeinden oder der Rabbiner Kontakt zu jüdischen Anstaltspatienten?

Diese, auch schon für die anderen Heil- und Pflegeanstalten ebenso berechtigten Fragen, werden speziell in Nieder-Ramstadt umso interessanter, als es sich hier um eine Einrichtung in Trägerschaft der ev. Kirche handelt. Der einzige Chronist dieser Institution, Gunkel (a. a. O.), berichtet in seinem Buch vom Kapellenneubau mit Glocken, von Gottesdiensten, Konfirmandenunterricht, Weihnachtsbräuchen, wie Adventskränzen, Tannenbäumen und Krippen. Er widmet den jüdischen Menschen in dem Heim eine halbe Seite und erwähnt auf S. 172 drei Personen jüdischen Glaubens mit ihrem Namen. Eine B. S. ist nicht dabei. Diese Feststellung kann geeignet sein, die vorher geäußerte Vermutung über eine Konversion zu bestätigen, was durchaus in schützender Absicht erfolgt sein konnte. Sehr wahrscheinlich aber hat in Nieder-Ramstadt, und erst recht nicht in den staatlichen Heimen, ein spezifisches jüdisches religiöses Leben nicht stattgefunden.

Es sollte bei den Etatkürzungen im Anstaltsbereich nicht bleiben. In der Nachbarprovinz Hessen-Nassau wurde durch den zuständigen Sozialdezernenten Bernotat, einem überzeugten Anhänger der NS-Ideologie, eine besonders *„vorbildliche Anstaltspolitik“* betrieben. Diese wurde auch für die hessischen Anstalten von Bedeutung und für die Einrichtung der Nieder-Ramstädter Diakonie geriet diese braune Linie zu einer existentiellen Bedrohung. Es ging den neuen Machthabern um die Durchsetzung zweier fundamentaler Ziele ihrer nationalsozialistischen Ideenwelt: die Entkonfessionalisierung und die Durchsetzung des Führerprinzips.

Beide Ziele zusammen ließen sich nach der Vorstellung des genannten Sozialdezernenten recht gut durch die Unterstellung des Heimes unter die Leitung der Partei realisieren. *„Der erste Angriff erfolgte am 9. Nov. 1937 durch einen Landesrat Bernotat“* (Sandner, a. a. O., S. 211). So beschrieb der damalige leitende Arzt im Nachhinein den Auftakt des Gleichschaltungsversuchs, nämlich die Ersetzung des bisherigen Leiters, Pfarrer Otto Schneider, durch das NSDAP- und SS-Mitglied Fritz Bernotat. Das einwöchige Ultimatum verband er mit der Drohung,

die auf Kosten der Städte Worms, Darmstadt und Mainz untergebrachten Anstaltspatienten abzuholen. Das bedeutete für Nieder-Ramstadt den finanziellen Ruin. Da Pfarrer Schneider die Gleichschaltung verweigerte, wies der Reichsstatthalter Hessen, Jakob Sprenger, als oberster Gauleiter, die ihm unterstellten Fürsorgeverbände an, alle Pfleglinge aus den Nieder-Ramstädter Anstalten herauszunehmen, was ab Mai 1938 bis Anfang 1939 als Massenverlegung von über 549 Patienten geschah (Gunkel a. a. O., S. 165). Ganz legal kündigten die staatlichen Kostenträger (im Falle von B. S. die Stadt Mainz) die Pflegeverträge und die Patienten wurden auf die übrigen vier staatlichen Heil- und Pflegeanstalten verteilt.

An dieser Stelle sei noch einmal ein kurzer erweiternder Bezug auf das Stichwort „Stolpersteine“ genommen. Die so weit vorliegenden Aufnahmeformulare, so auch der Nieder-Ramstädter Anstalten und folgend auch des Philippshospitals in Goddelau, verzeichneten als Wohnort von B. S. immer Mainz. Ausgehend von dieser Wohnortangabe war es naheliegend, auch mit der Mainzer Stolperstein-Initiative Kontakt aufzunehmen. Der dafür zuständige Verein für Sozialgeschichte hatte in Mainz in einer ersten Phase für 16 jüdische Mitbürger und in einer zweiten Phase für weitere 50 Personen Stolpersteine verlegt. Eine Bertha Schmitt, auch in veränderter Schreibweise, war nicht darunter. Da der Verein über keine eigene Akten- oder sonstigen Dokumente verfüge, sei auch dieser auf die Unterlagen des Stadtarchivs angewiesen. Von dem Mainzer Stadtarchiv kam nach entsprechender Anfrage die Antwort, dass Meldeunterlagen der Stadt vor 1945 nicht erhalten seien. In der Datenbank „Mainzer Juden“ sei B. S. nicht enthalten.

Goddelau, die Jahre 1938 - 1939

Im Rahmen der vorher geschilderten Vergeltungs- und Verlegungsmaßnahmen wurde B. S. am 17. Januar 1939 zusammen mit 28 Frauen von Nieder-Ramstadt in das etwa 10 km entfernte Philippshospital Goddelau verlegt.

Bisher gab es in den Anstalten keine getrennte Unterbringung von jüdischen und nichtjüdischen Patienten. Als neuer Diskriminierungsakt wurde nun die getrennte Unterbringung von jüdischen Patienten in den Heil- und Pflegeanstalten verfügt, da ein weiteres Zusammenleben den arischen Patienten nicht zuzumuten sei. In der Praxis dürfte dieses aber aus Platzmangel nicht möglich gewesen sein.

Zunächst erwies sich die Herausnahme von Patienten aus dem Zuständigkeitsbereich der Nieder-Ramstädter Anstalten als ein Bumerang für die staatlichen Heil- und Pflegeanstalten. Bei der kirchlichen Anstalt hatte der tägliche Pflegesatz bei RM 1,70 gelegen, bei den staatlichen lag er aktuell bei RM 3,50, die von den Fürsorgeverbänden aufzubringen war. Um diesem selbstgeschaffenen Dilemma zu entgehen, wurde innerhalb der staatlichen Administration und den übergeordneten Dienststellen nach einem Ausweg gesucht. Unter der Regie des schon erwähnten zuständigen Landes-Anstaltsdezernenten Bernotat wurde der Pflegesatz auf RM 1,80 herabgesetzt, was in der Heil- und

Pflegeanstalt Philipppshospital in Goddelau zu einer massiven Verschlechterung der Anstaltssituation führte. Dazu wurden weitere einschneidende Maßnahmen verfügt, deren Ziele Sandner folgendermaßen zusammenfasst: (a. a. O., S. 287)

- Überbelegung. Das führte zu dicht gestellten Massenschlafsälen, Gedränge auf den Fluren und Essenssälen und allgemeiner Enge in den Aufenthaltsräumen.
- Verringerte personelle Ausstattung. Änderung des Pflegeschlüssels: ein Arzt war jetzt statt für 125 Patienten für 380 Patienten zuständig. Dazu kam die Streichung notwendiger Therapien, Einschränkung bei den Diensten der Reinigung und Wäscherei mit gravierenden Folgen für Sauberkeit in Räumen und Fluren und Kleiderhygiene.
- Nahrungsreduzierung. Die Ausgaben speziell für die Nahrungsmittel pro Person und Tag sanken bis auf unter 50 Pfennig. Magermilch statt Vollmilch, Fetteinsparungen mit der Folge extremer Gewichtsabnahmen. Die Patienten empfanden das Essen als *gemeines Fressen*.
- Einsparung von Sachmitteln. Strohsäcke an Stelle teurer Matratzen, Fußboden an Stelle von Betten, kein warmes Wasser, Einschränkungen bei Licht, Heizung, Körperpflegemitteln.

In dieser allgemeinen Verelendung, zusätzlich noch verschärft durch die vorher schon beklagten persönlichen Einschränkungen einer Zwangsunterbringung, hat man sich B. S. vorzustellen. Kontakte zur Außenwelt dürften keine mehr bestanden haben. Durch die ständige Verschärfung der allgemeinen Bedingungen und gezielte Verarmung auch für die außen lebenden Juden wird sie wahrscheinlich keine Besuche von ihren jüdischen Verwandten erhalten haben; Vater Jakob ist weit über achtzig Jahre. Selbst an Geld für Briefmarken dürfte es gefehlt haben.

Zwangsvorname Sara

In den vergangenen Jahren hatte es immer wieder einzelne Gesetze und Verordnungen zur Isolierung und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung gegeben. Aber ab 1938, nach der Reichspogromnacht, folgten die ausgrenzenden Gesetze in immer kürzeren Abständen und ließen auch in der Radikalisierung der Inhalte die zukünftige Richtung erkennen. Anfang August 1938 wurde die Verordnung über die Zwangsnamen Sara und Israel erlassen. Sie diente dem Ziel, deutsche jüdische Personen von deutschen nichtjüdischen Personen sichtbar zu trennen. Der Krofdorfer Standesbeamte tätigte folgenden Eintrag in Berthas Geburtsregister: „*Das Kind führt nach der Verordnung vom 17. August 1938 zusätzlich den Vornamen Sara. Krofdorf, den 10. 1. 1939. Der Standesbeamte*“: (s. Original Abb. 26)

Etwa zur gleichen Zeit wurden Juden verpflichtet, eine besondere Judenkennekarte zu führen, was auch ausdrücklich für jüdische Anstaltspatienten zu gelten hatte. Ob für B. S. eine Judenkennekarte existierte, konnte nicht sicher in Erfahrung gebracht werden. In dem Nieder-Ramstädter Archiv befindet sich ein Schreiben des Bezirksfürsorgeamtes Mainz vom 3.1.1939 an das Standesamt

Krofdorf mit der Bitte um Zusendung einer Geburtsbescheinigung zwecks Anlegung einer Kennkarte.

Herausnahme aus der staatlichen Fürsorge

Am 9. November 1938 kam es zu den bekannten öffentlichen antijüdischen Ausschreitungen, dem Niederbrennen von Synagogen und Verhaftungen. Drei Wochen nach der Reichspogromnacht wurde zu einem neuen Schlag speziell gegen die in Anstalten untergebrachten psychisch kranken und geistig behinderten Juden ausgeholt. Die Verordnung von Ende November 1938 verfügte den Ausschluss aller jüdischen Patienten aus der staatlichen Fürsorge. Diese Maßnahme vollzog sich jedoch eher in der Stille der inneren Verwaltung und ist deswegen im öffentlichen Bewusstsein weniger präsent. Die B. S. betreffende behördliche Umsetzung dieser Maßnahme ist als archivalischer Glücksfall in Form einer kompletten Akte erhalten und sei deswegen ausführlicher dargestellt,⁸² auch weil der mehrere Institutionen betreffende Schriftverkehr in dieser thematisch gebündelten Form in der einschlägigen Literatur so noch nicht beobachtet worden ist. Nur zwei Dokumente aus dem 23-seitigen Konvolut, hier wiedergegeben als Abbildung 15 und 16, die den Blick auf ein besonderes Problem richten, seien hier wiedergegeben.

Das Fürsorgeamt Mainz konnte als geldgebende öffentliche Institution den Zahlungsstopp der Pflegegelder für die in den Heil- und Pflegeanstalten Untergebrachten auf Grund der eigenen administrativen Zuständigkeit aus sich selbst heraus verfügen. Komplizierter war das jedoch mit den Ansprüchen von B. S. aus der Invalidenrente in Höhe von 29,50 RM. Dieser Betrag ging bisher zur teilweisen Deckung der Pflegeausgaben von der Landesversicherungsanstalt (LVA) in Kassel direkt an das Mainzer Fürsorgeamt. Nach dem Ausschluss aus der öffentlichen Fürsorge stand dem Mainzer Fürsorgeamt der Einbehalt von B. S. Invalidenrente nicht mehr zu. Andererseits aber hatte B. S. einen unkündbaren Anspruch auf die Invalidenrente. Wohin also mit dieser?

Der folgend dargestellte Schriftverkehr beschreibt, wie innerhalb des allgemeinen Ausschlusses ein spezielles Folgeproblem, nämlich die Übertragung der Ansprüche aus der Invalidenrente an eine neue Zuständigkeitsadresse, nämlich der Zentralwohlfahrtsstelle der israelitischen Kultusgemeinde Mainz, nach den Vorschriften des geltenden Rechts und der Wahrung der bestehenden Verwaltungsrechtsrichtlinien korrekt gelöst wurde.

Der Vorgang begann mit einer Mitteilung des Mainzer Fürsorgeamtes an die LVA in Kassel, B. S. sei aus der öffentlichen Fürsorge ausgeschieden. Daraufhin unterrichtete die LVA mit Schreiben vom 25. April 1939 die Zentralwohlfahrtsstelle der israelitischen Kultusgemeinde in Mainz, sie möge für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Änderung der Rentenüberweisung Sorge tragen, nämlich die Bestellung eines Pflegers für die entmündigte B. S. (Abb. 15 A). Wohl auf Veranlassung der israelitischen Kultusgemeinde hin erhielt am 15. Mai 1939

82 HHStAWi Abt. 474/5 Nr. 32.

der Frankfurter Konsulent Dr. Siegfried Israel Katzenstein eine Ladung zum Frankfurter Vormundschaftsgericht; es sei in Aussicht genommen, ihn zum Pfleger für B. Sara S. zu bestellen. Nach seiner Bestellung als Pfleger unterrichtete er am 25. Mai die Landes-Heil- u. Pflegeanstalt Goddelau von der Abtretung der Invalidenrente an die Zentralwohlfahrtsstelle der israelitischen Gemeinde in Mainz. Gleichzeitig bat er um Bekanntgabe der Nummer der Judenkenkarte von B. S., da diese evtl. für die weitere Bearbeitung von Bedeutung sein könnte. Goddelau antwortete am 31. Mai, dass es für B. S. keine Judenkenkarte gäbe

Mit Schreiben vom 26. Mai informierte der Leiter der israelitischen Kultusgemeinde, Bernhard Albert Israel Mayer, den neuen Pfleger Siegfried Israel Katzenstein vom weiteren Procedere: nämlich der Unterzeichnung der vorbereiteten Abtretungserklärung, deren Vorlage zur Genehmigung beim Versicherungsamt in Frankfurt und der anschließenden Zusendung an den Leiter der LVA zusammen mit der Bestallungsurkunde (Abb. 15 B). Am 30. Mai informierte er die Mainzer Zentral-Wohlfahrtsstelle von dem Entwurf der Abtretungsurkunde.

Am 5. Juni unterzeichnete der Pfleger Katzenstein die Abtretungserklärung der Ansprüche aus der Invalidenrente seiner Pflegebefohlenen B. S. in Höhe von RM 29,50 an die Zentrale Wohlfahrtsstelle der israelitischen Gemeinde Mainz mit Wirkung vom 1. Mai und legte diese Erklärung dem Frankfurter Vormundschaftsgericht zur Genehmigung vor. Gleichzeitig bat er wegen Mittellosigkeit des Mündels um die Übernahme der Verwaltungskosten durch die Gerichtskasse. Nach der Genehmigung der Abtretungserklärung durch das Vormundschaftsgericht am 7. Juni teilte Katzenstein mit Schreiben vom gleichen Tag der LVA Kassel unter Beifügung seiner Bestallungsurkunde den gerichtlich genehmigten Beschluss mit, und bat um Genehmigung der Abtretung gem. § 119, Abs. 2 der Reichsversicherungsverordnung (RVO) an die Zentralwohlfahrtsstelle israelitischen Gemeinde in Mainz.

Mit Schreiben vom 20. Juni '39 bestätigte der Leiter der LVA gegenüber der Zentral-Wohlfahrtsstelle den Vorgang. Er bemängelte aber den gem. einer Verordnung des Reichversicherungsamtes formal nicht korrekten Vorgang. Danach dürften Rentenansprüche nicht unpersönlich, an Vereine oder Verbände, ausbezahlt werden, sondern nur an konkret benannte juristische Einzelpersonen und nur solche könnten die Rente bei der Post in Empfang nehmen. Der Leiter der LVA Kassel bat ihn um Bekanntgabe dieser Person.

Nach vier Wochen, am 20. Juli, erinnerte Katzenstein noch einmal an diese Anweisung und der Vorsitzende der israelitischen Gemeinde bestätigte ihm mit Schreiben vom 24. Juli die erfolgte Benennung der abholberechtigten Person. Einen Tag später, am 25. Juli teilte der Pfleger dieses dem Vormundschaftsgericht mit und gleichzeitig bat Katzenstein das Gericht um die Aufhebung der Pflugschaft, da der Vorgang jetzt erfolgreich abgeschlossen sei. Mit Schreiben vom 26. Juli wurde die Pflugschaft für B. S. vom Gericht aufgehoben. Am 2. August schickte die LVA Kassel die dort hinterlegte Bestallungsurkunde an den Konsulenten Dr. Katzenstein zurück und dieser reichte sie weiter zurück an das

Vormundschaftsgericht in Frankfurt. Das Übertragungsproblem der Ansprüche von B. S. aus der LVA-Invalidenrente nun an die israelitische Kultusgemeinde Mainz, war damit korrekt gelöst.

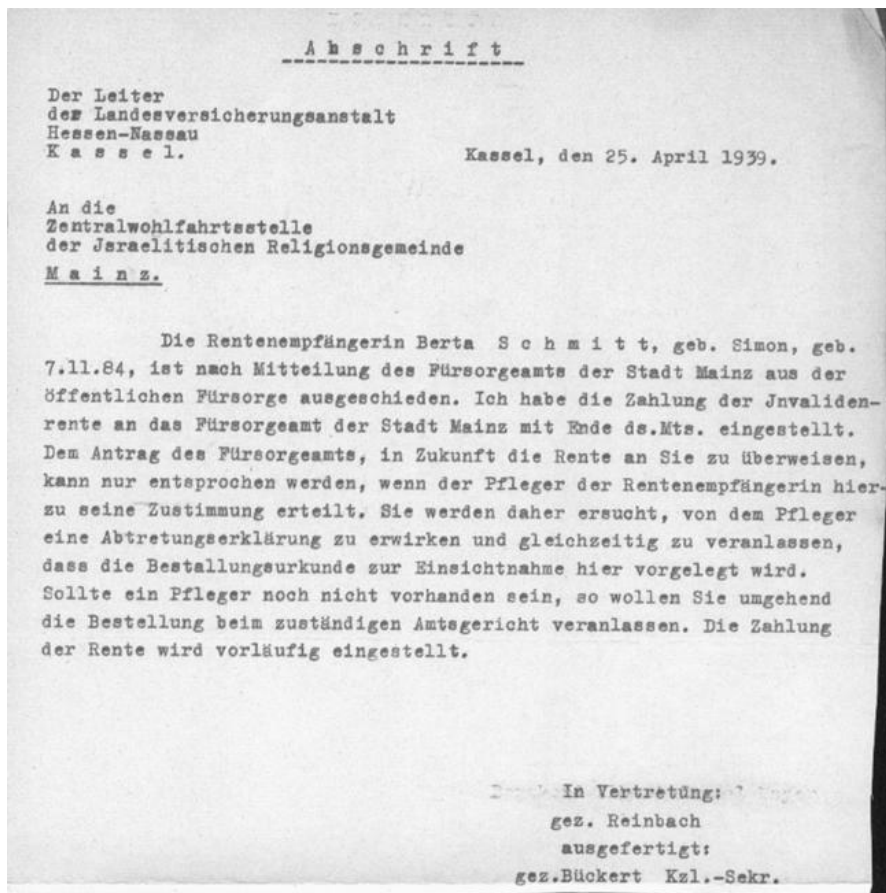


Abb. 15 A: Herausnahme aus der staatlichen Fürsorge: Bestellung eines Pflegers

Der Vorgang wurde auch deshalb etwas ausführlicher referiert, weil er zu einigen grundlegenden Reflexionen anregen kann.

- Die Situation der Verwaltung.
Die Dienststellen in der öffentlichen Verwaltung, vor allem am unteren Ende der Anweisungshierarchie befindlichen Ämter hatten die Aufgabe, die von ‚oben‘ kommenden Anweisungen vor Ort in eine Praxis umzusetzen. Die weisungsgebundenen Angestellten/Beamten hatten unter der Hintanstellung von persönlichen Richtigkeitsvorstellungen zu handeln. Das galt damals wie heute.

Zentral-Wohlfahrtsstelle
der
Israelitischen Religionsgemeinde

MAINZ, den 26. Mai 1939.

Geschäftsstelle:
Horst-Wessel-Strasse 2
Telefon 337.37

Herrn
Konsulent Dr. Siegfried Jsaerel Katzenstein

Frankfurt a/M.
Liebigstr. 27c

Betr.: Frau Berta Sara Schmitt geb. Simon,
geb. 7. 11. 84, zur Zeit in der Landes-
Heil- u. Pflegeanstalt "Philipps-
hospital" bei Goddelau.

Nachdem Sie von dem Amtsgericht Frankfurt a/M. zum Pfleger über die Genannte bestellt worden sind, bitten wir, die beiliegende Abtretungserklärung zu unterzeichnen und die Genehmigung zur Abtretung beim Versicherungsamt Frankfurt a/M. zu erwirken, wobei wir annehmen, dass dieses Versicherungsamt für die Erteilung der Genehmigung zuständig ist.

Die Abtretungserklärung bitten wir alsdann dem Leiter der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in Kassel zuzusenden und dabei Ihre Bestallungsurkunde zur Einsicht vorzulegen,

Auf das beiliegende Schreiben des Leiters dieser Anstalt, das wir ~~ix~~ abschriftlich anfügen, wird verwiesen.

Zentral-Wohlfahrtsstelle der
Israelitischen Religionsgemeinde Mainz

Bernhard A. Jsaerel Mayer
Bernhard Albert Jsaerel Mayer

Anlagen

Abb. 15 B: Herausnahme aus der staatlichen Fürsorge: Abtretungserklärung

Der Sachbearbeiter des öffentlichen Mainzer Fürsorgeamtes informierte im Rahmen des staatlichen Auftrages die weiteren betroffenen Dienststellen von der Herausnahme von B. S. aus der öffentlichen Fürsorge. Diese aktivierten den Schriftverkehr mit den neuen Zuständigkeiten, die dann wieder weiteres notwendiges veranlassten.

Der Vormundschaftsrichter in Frankfurt konnte eine Rentenabtretung einer entmündigten Person, nämlich der von B. S., nicht verfügen, dazu benötigte er das Rechtsinstitut des Pflegers als stellvertretend Handelnden. Er lud Katzenstein vor, unterzeichnete die Pflegschaftsurkunde und genehmigte die Abtretung.

Der Leiter der LVA in Kassel musste die notwendigen Unterlagen kontrollieren und musste die Verletzung der Ausführungsbestimmungen der Auszahlungsverordnung gemäß RVO monieren und dieses in einem Schreiben an die Zentralwohlfahrtsstelle zum Ausdruck bringen. Er ließ sich die Bestal-

lungsurkunde vorlegen und schickte diese nach Abschluss des Verfahrens, wie gefordert, an den Pfleger zurück.

Inhaltlich ist der Schriftverkehr charakterisiert durch Sachlichkeit und Bezügen auf den Vorgang. Es fehlen jedwede antisemitische Kommentierungen oder Elemente eines herablassenden Anweisungsstils mit Passagen, wie: „*Sie haben*“, „*ich weise Sie an*“ o. ä. Im Gegensatz zu der offiziellen rassistischen Rhetorik ist der Umgangston gekennzeichnet von allgemeinem Respekt und Höflichkeit. Der Leiter der LVA formuliert zwei Mal an die jüdische Wohlfahrtsstelle: „*Sie werden daber ersucht*.“ Das Amtsgericht formuliert an Katzenstein: „*Um Rückgabe der Bestallung wird ersucht*“.

Alle beteiligten Behörden arbeiteten innerhalb ihres gesetzlich zugewiesenen Auftrags schnell und zielführend. Sind die so auf dieser unteren Verwaltungsebene arbeitenden Personen also mitschuldig an der Entrechtung eines Teils der jüdischen Bevölkerung? Hätten sie Widerstand leisten sollen, den Schriftverkehr unbearbeitet lassen sollen die Akte vernichten sollen, sich krank melden sollen, bei Weigerung Disziplinarmaßnahmen und ihre Stellung und Existenz riskieren? Selbst wenn den einzelnen Verwaltungsangestellten auf der unteren Handlungsebene kein juristisch kodifizierbarer Schuldvorwurf treffen sollte, so ist er doch in das System verstrickt. Unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten hat er sich im altgriechischen Sinne schuldlos schuldig gemacht.

Ohne eine zuverlässig funktionierende Beamtenschaft wäre ein Wirksamwerden der antisemitischen Politik im Einzelnen nicht möglich gewesen und es verblüfft, wie glatt Unrecht unter strikter Einhaltung geltenden Rechts umgesetzt wurde. Generell blieben die begleitenden Rechtsstrukturen im NS-Staat intakt. Unrecht wurde eingebettet in Recht, über das es transportiert wurde.

Wie in Frankfurt funktionierten reichsweit hundertfach die scheinlegalen Anweisungsketten von vorgesetzter Behörde zu lokalen Gerichten, Polizeistationen, Ämtern, usw. und sorgten so hundertfach für die Umsetzung der NS-Ideologie.

- Die Situation des Konsulenten Dr. Siegfried Katzenstein⁸³ und des Vorsitzenden der Zentralstelle der israelitischen Religionsgemeinde Rabbiner Albert Mayer.⁸⁴

Zunächst zur Begriffsbestimmung „Konsulent“. 1933 und dann 1938 hatten die Nationalsozialisten allen „nichtarischen“ Rechtsanwälten reichsweit ihre Zulassung entzogen. Nur einige, in Frankfurt wahrscheinlich nur eine Handvoll, durften als sog. Konsulenten ausschließlich für die Vertretung jüdischer Mandanten in deren Angelegenheiten, wie z. B. Auswanderung oder Haus-

83 Dr. Siegfried Katzenstein, geb. 6. Juni 1877, † 1950 Colorado, USA. Materialien für eine weitere Beschäftigung mit seiner Person: Signatur der Devisenakte Katzenstein: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 519 / Nr. 20673. Sign. der Entschädigungsakte: 518/ 19292.

84 Bernhard Albert Mayer, geb. 16. 3. 1866, Mainz, Emigration 17.5.1941 Buenos Aires, Arg., † dort 1.1.1947. (Briefkontakt Monsignore Klaus Mayer, Mainz vom 30.1.2014).

verkäufe, tätig werden. Sie durften den Ort der Niederlassung nicht länger als eine Woche verlassen.

Konsulent Katzenstein hatte das pflegerische Mandat termingerecht übernommen. Er unterrichtete das zuständige Philipppshospital in Goddelau und wies im Rahmen der geltenden Bestimmungen zur Bearbeitung seines Auftrages vorsorglich noch auf die Vorlage der Judenkenkarte hin. Er unterschrieb für B. S. die Abtretungserklärung und tätigte den weiteren Schriftverkehr. Er verwies auf den notwendigen Paragraphen der RVO und beendete seinen Auftrag durch Rückgabe seiner Bestallungsurkunde an das Vormundschaftsgericht. Sein juristisches Wissen setzte er für B. S. ein, indem er um die Abwälzung des kostenpflichtigen Verfahrens an die Gerichtskasse bat. Er arbeitete so mit den Mitteln des Systems zum Vorteil seines jüdischen Mündels.

Der Leiter der Zentral-Wohlfahrtsstelle Mayer informierte Katzenstein über die notwendigen behördeninternen Abläufe; man konnte den Eindruck haben, er sei unerfahren in der sachgerechten Vorgehensweise. Mayer schlug dem Vormundschaftsgericht gegenüber Katzenstein als Pfleger vor und unterrichtete ihn später über die vorgeschriebenen Verfahrenswege: Einschaltung des Reichsversicherungsamtes und der LVA unter Beifügung von Bestallungsurkunde und Abtretungserklärung. Zum Schluss benannte er der LVA gegenüber die geforderte juristische Einzelperson. Mayer musste als Leiter der israelitischen Kultusgemeinde ein Interesse an einem Zufluss von Mitteln haben, war die Gemeinde doch ab jetzt zuständig für die Kosten der Anstaltsunterbringung von B. S.

Der Schriftverkehr von Mayer und Katzenstein untereinander ist von der gleichen Sachlichkeit und Höflichkeit bestimmt. Mayer *bittet* Katzenstein, Katzenstein andererseits formuliert Mayer gegenüber: „*Ich bitte um gefl. Mitteilung*“. Der LVA gegenüber *bittet* Katzenstein, er „*zeigt erg. an*“; er „*bittet um Rückgabe*“. Es fehlen Erwähnungen von Bedenken z. B. wegen Unerfahrenheit oder Hinweise auf Weigerungen wegen religiöser Loyalitätskonflikte. Auch Mayer und Katzenstein arbeiteten reibungslos im Dienst des in Gang gesetzten Auftrags und wurden Teil des effizient arbeitenden administrativen Entrechtungssystems. Wie zum Hohn, wurden sie letztlich als aktive Mitarbeiter in das System der Umsetzung antijüdischer Maßnahmen eingebaut.

Katzenstein und Mayer sind die tragischen Figuren zwischen Weigerung und Kooperation. Hätte Katzenstein sich krank melden sollen, den Schriftverkehr verzögern sollen, sein Mandat zurückgeben sollen und damit seine Zulassung als Konsulent riskieren sollen? Hätte Mayer mit Hinweis auf die unzumutbaren weiteren finanziellen Belastungen der israelitischen Gemeinde Protest anmelden sollen oder durch vorgetäuschte Desinformiertheit die Abläufe sabotieren sollen, von seinem Posten zurücktreten sollen? Letztlich sind auch Katzenstein und Mayer in dem altgriechischen Prinzip des schuldlos Schuldigen verfangen.

Die angeführten Fakten sind geeignet, die Problematik von Widerstand für beide Seiten, der Täter wie der Opfer zu diskutieren.

Das im Endeffekt kooperative Handeln von Katzenstein und Mayer im Kleinen wird sich später im Großen wiederholen in der Einrichtung sog. Judenräte. Diese standen im Dilemma zwischen Widerstand gegen die anti-jüdischen Maßnahmen der Nazis und Kollaboration, um Positives für die eigenen Leute bewirken zu können. Bei Abrisierungen von Wohnungen z. B. konnten die Judenräte die Verteilung von Einrichtungsgegenständen an andere jüdische Mitbürger organisieren. Im Endeffekt aber arbeiteten die Judenräte den eigenen Schergen in die Hände, wenn sie zur Zusammenstellung von Transportlisten eine Auswahl oder Ausnahmen von den zu deportierenden Juden festlegten.⁸⁵

Um weitere Informationen über die damalige Institution „*Zentral-Wohlfahrtsstelle der israelitischen Religionsgemeinde Mainz*“ und evtl. auch weitere Informationen über B. S. zu erhalten wurde diesem Recherche-Stichwort gezielt nachgegangen. Der erste telefonische Kontakt mit der heutigen jüdischen Gemeinde in Mainz verlief enttäuschend. Man habe leider keine Unterlagen und verwies mich an eine weitere Person, die aber auch keine Unterlagen hatte. Diese empfahl mich dem Leiter des Mainzer Stadtarchivs. Das Suchstichwort ‚*Zentral-Wohlfahrtsstelle der israelitischen Religionsgemeinde*‘ in den Archivalien des Mainzer Stadtarchivs konnte keinen Treffer bringen, denn die gesamten Bestände aus der Zeit des Dritten Reiches wurden bei Bombenangriffen auf die Stadt vollständig zerstört. Ich erhielt die Adresse des Enkels des damaligen Leiters der Zentralwohlfahrtsstelle, einem in Mainz bekannten Monsignore Klaus Mayer. Durch mich, also den Verfasser dieser Zeilen, habe er zum ersten Mal überhaupt von Zahlungen der damaligen Zentral-Wohlfahrtsstelle in Mainz erfahren. Weitere Unterlagen aus der damaligen Zeit seien nicht vorhanden.

Erst die Lektüre von Gruner (2002) brachte etwas Licht in diese Dunkelheit. Der Begriff Zentral-Wohlfahrtsstelle bezog sich nicht auf eine zentrale Zuständigkeit dieser Einrichtung für Mainz, sondern charakterisierte diese Institution als lokale Einrichtung der übergeordneten Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland mit Sitz in Berlin. Diese überwies den örtlichen jüdischen Wohlfahrtsstellen Gelder zur Finanzierung ihrer Aufgaben. In der Praxis aber waren weder der Zentrale, noch den örtlichen Einrichtungen die Aufbringung der ihr auferlegten Pflegegelder für die jüdischen Anstaltspatienten möglich, zumal diese noch mit der Unterstützung Arbeitsloser, Inhaftierter, Alter und Kranker beschäftigt war.

So mussten die gemeindlichen und die städtischen Fürsorgeämter entgegen den geplanten Einspareffekten notgedrungen wieder in ihre alten Leistungsverpflichtungen eintreten. Im Rahmen der allgemeinen antijüdischen Radikalisierung suchte man sich der jüdischen Anstaltspatienten generell durch die Schaffung einer zentralen Heil- und Pflegeanstalt in jüdischer Trägerschaft zu entledi-

85 Vgl. dazu Inge Deutschkron: Ab heute heißt du Sarah.

gen. Die einzige bereits existierende Einrichtung in Bendorf-Sayn bei Koblenz war jedoch hoffnungslos überfüllt und die Schaffung weiterer entsprechender Einrichtungen musste wegen Geldmangels scheitern. Die Vertreter des Deutschen Gemeindetages mit ihren NSDAP-Repräsentanten drängten über den Gauleiter beim Reichsinnenminister auf eine Lösung dieser, wie sie meinten, unerträglichen Probleme und schon bald sollten die Voraussetzungen dazu geschaffen werden.

Die Phase der Vernichtung

Die T4-Aktion

Das Kürzel T4 hat sich als Bezeichnung für eine Organisation etabliert, die in ihrem Wirken im Folgenden näher beschrieben wird. T4 steht dabei für Tiergarten 4, dem Sitz dieser Organisation in Berlin.

a) die allgemeine Aktion

Rückdatiert auf den 1. September 1939, dem Kriegsbeginn, verfügte Hitler die berüchtigte Aktion zur Gewährung des Gnadentodes für unheilbare Kranke, der Ursprung der sog. T4 Euthanasie-Aktion. Die Rückdatierung erlaubte die Anwendung des Kriegsrechts. Kriegsrecht setzte das zivile Recht außer Kraft und unter diesen Voraussetzungen bedurfte es zur Handlungsumsetzung in einzelnen Fällen keiner Verweise auf Gesetze oder Verordnungen. Für die Verschleierung und Durchführung der späteren illegalen Mordaktionen benötigte man das Mittel der Geheimhaltung, das das Kriegsrecht zur Verfügung stellte.

Ausgehend vom Führerprinzip und der damit gleichgeschalteten Verwaltung waren die administrativen Voraussetzungen zur effizienten Umsetzung der Gnadentod Aktion geschaffen.

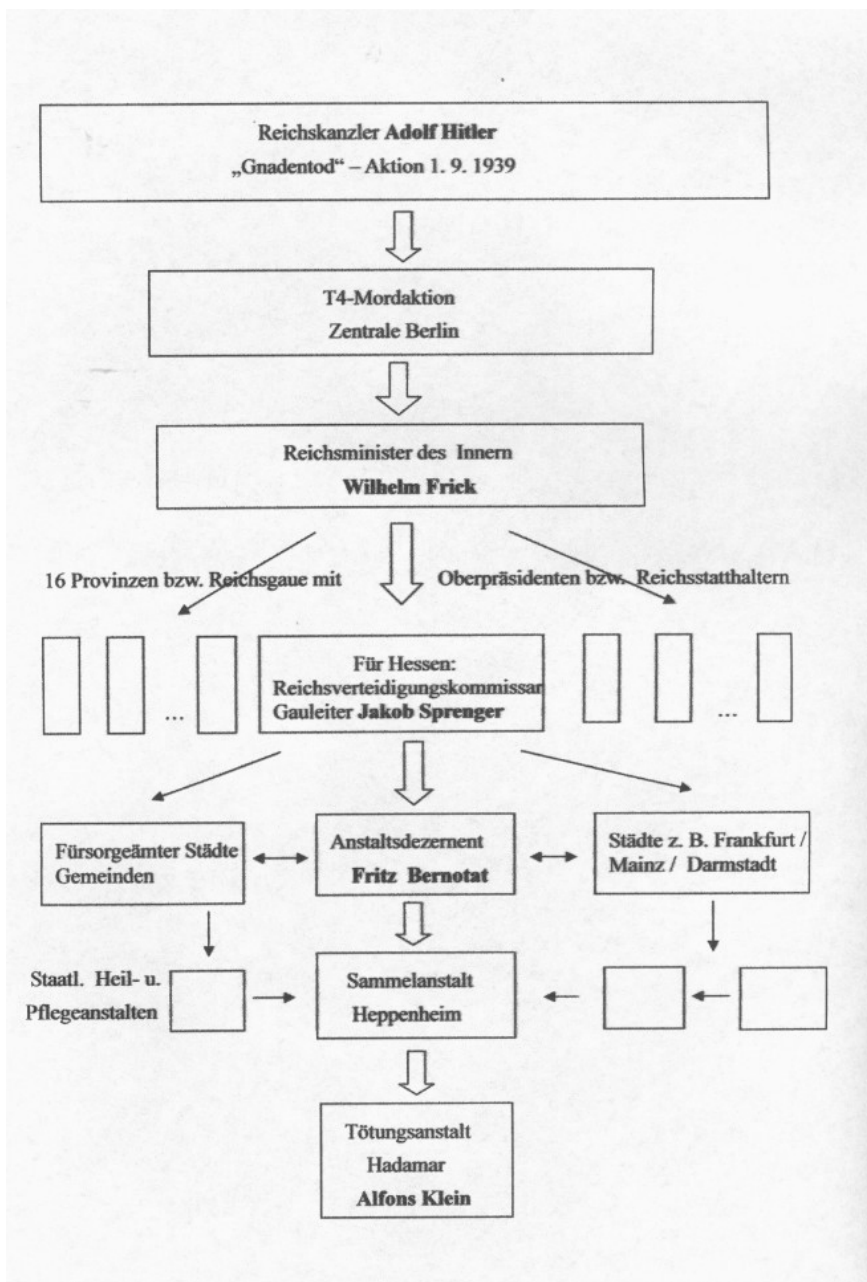
Durch den obersten Reichsführer A. Hitler legitimiert, wies die T4-Zentrale den zuständigen Reichsminister des Innern, das NSDAP-Mitglied Wilhelm Frick⁸⁶ an. Dessen Fachabteilungen formulierten die entsprechenden Verordnungen, die an die nächsten Gliederungen, die gleichgeschalteten Länderregierungen, weitergegeben wurden. Für Hessen, d. h. Hessen-Nassau und den Volksstaat Hessen saß an dieser Stelle als Gauleiter, Reichsverteidigungskommissar und Reichsstatthalter das NSDAP-Mitglied Jakob Sprenger,⁸⁷ der Ausführungsbestimmungen erließ. Er gab die Anordnungen innerhalb seiner Behörde weiter zu der nächsten Stufe der Anweisungskette, zu dem zuständigen hessisch-nassauischen Anstaltsdezernenten, dem NSDAP Mitglied und SS Obertruppführer, Fritz Bernotat.⁸⁸

86 Reichsinnenminister Frick wird später vor Gericht sagen: „*Der Anklage gegenüber habe ich ein reines Gewissen. Mein ganzes Leben war Dienst an Volk und Vaterland. Ihnen habe ich meine beste Kraft gewidmet. (...) Denn jede andere Handlungsweise wäre Bruch meines Treueides, Hoch- und Landesverrat gewesen*“. Frick wurde 1946 hingerichtet.

87 Jakob Sprenger: Suizid 7.5.1945 (nach Sandner a. a. O., S. 742).

88 Fritz Bernotat: 1945 für tot gehalten. Lebte unter dem Decknamen Otto Kollweit in Neuhof bei Fulda † 4.3.1951 (nach Sandner a. a. O., S. 726).

Innerhalb des NS-Machapparates waren die Hierarchien der an der T4-Mordaktion beteiligten Dienststellen folgendermaßen organisiert:



Der seinerseits passte deren Inhalte in Form von Terminen, Personalentscheidungen, mündlichen Anweisungen unter Berufung auf das Kriegsrecht und auf die Gesetze des Reichinnenministers etc. an die lokalen Erfordernisse an. In Hadamar sorgte der Anstaltsleiter, NSDAP-Mitglied Alfons Klein,⁸⁹ ein enger Vertrauter von Bernotat, für die letzte Umsetzung, der B. S. zum Opfer fallen sollte.

Den inneren Ablauf der T4-Aktion schildert Kaul (Kaul 1979, S. 70 ff.). Zentral von Berlin wurden über die Landeswohlfahrtsverbände und die medizinischen Nachgliederungen Meldebögen, wie auf der folgenden Seite wiedergegeben (Abbildung 18), an alle Heil- und Pflegeanstalten des Reiches versandt. Die in den Anstalten ausgefüllten Meldebögen gingen zurück zur T4-Zentrale nach Berlin. Dort befanden sich Mediziner, ausgebildete Psychiater mit den akademischen Titeln Prof. Dr. med., die in das freizulassende schwarz umrandete Kästchen am linken unteren Ende des Meldebogens zwei Arten von Informationen eintrugen: ein blaues - (minus) Zeichen: keine Tötung, ein rotes + (plus) Zeichen: Tötung. Die Ärzte hatten die zur Tötung freigegebenen Kranken nie persönlich zu Gesicht bekommen. Diese freiwillige Mitarbeit der Psychiater muss sich die deutsche Psychiatrie als eines ihrer dunkelsten Kapitel anlasten lassen.

Die mit rot + versehenen Meldebögen wurden 4fach kopiert und gingen an die GEKRAT (Gemeinnützige Kranken-Transport-Gesellschaft), einer eigens eingerichteten Transportgesellschaft, die die zur Tötung vorgesehenen Anstaltsinsassen mit eigenen Bussen abholte

b) die Sonderaktion

Innerhalb dieser T4-Aktion wurde nochmals durch den Reichinnenminister die Durchführung einer „Sonderaktion“ verfügt, deren Ziel es war, speziell die Gruppe der jüdischen geistig Behinderten und der jüdischen psychisch Kranken zu erfassen und zu vernichten. Das betraf ausdrücklich nur die ‚Volljuden‘, nicht die nach den Nürnberger Rassegesetzen aufgeschlüsselten ‚Halb- oder Vierteljuden‘.

Es ist an dieser Stelle wichtig, auch auf die später immer wieder deutlich werdenden Unterschiede in der Behandlung zwischen den nicht-jüdischen Anstaltspatienten und den jüdischen Anstaltspatienten hinzuweisen, obwohl beide Personenkreise in die gleiche T4-Vernichtungsmaschinerie gerieten. Das macht es nötig, auch den „normalen“ Ermordungsablauf der nicht-jüdischen Anstaltspatienten zu beschreiben, um vor diesem Hintergrund die nochmaligen besonderen Diskriminierungen der Vernichtung im Rahmen der Sonderaktion zu kontrastieren.

89 Alfons Klein: Todesurteil 15.10.1945 durch das US-Kriegsverbrechertribunal in Wiesbaden wg. Krankenmorde an ausländischen Zwangsarbeitern. Hinrichtung 14.3.1946 (nach Sandner a. a. O., S. 733).

Meldebogen 1

ist mit Schreibmaschine auszufüllen

Opde. Nr. _____

Name der Anstalt: _____

in: _____

Vor- und Suname des Patienten: _____ geborene: _____

Geburtsdatum: _____ Ort: _____ Kreis: _____

Beste Wohnort: _____ Kreis: _____

Relig., versch., verio. od. gesch.: _____ Konf.: _____ Rasse¹⁾ _____ Staatsang.: _____

Anschrift d. nächsten Angeh.: _____

Regelmäßig Besuch und von wem (Anschrift): _____

Vormund oder Pfleger (Name, Anschrift): _____

Kostenträger: _____ Seit wann in dortiger Anst.: _____

In anderen Anstalten gewesen, wo und wie lange: _____

Seit wann krank: _____ Woher und wann eingeliefert: _____

Erwilling ^{ja}/_{nein} _____ Größtekrankte Blutsverwandte: _____

Diagnose: _____

Hauptsymptome: _____

Vorwiegend bettlägerig? ^{ja}/_{nein} _____ sehr unruhig? ^{ja}/_{nein} _____ in festem Hauf? ^{ja}/_{nein} _____

Körperl. unteitb. Leiden: ^{ja}/_{nein} _____ Kriegssbeschäd.: ^{ja}/_{nein} _____

Bei Schizophrenie: Irtschfall _____ Endzustand _____ gut remittierend _____

Bei Schwachsinn. debil: _____ imbezill: _____ Idiot: _____

Bei Epilepsie: psych. verändert _____ durchschnittliche Häufigkeit der Anfälle _____

Bei senilen Erkrankungen: härter demorirt _____ unsauber _____

Therapie (Insulin, Cordiazol, Malaria, Salvarsan usw.): _____ Dauererfolg: ^{ja}/_{nein} _____

Eingewiesen auf Grund § 51, § 42b StrGB. usw. _____ durch: _____

Delikt: _____ Frühere Straftaten: _____

Art der Beschäftigung: (Genauere Beschreibung der Arbeit und der Arbeitsleistung, z. B. Feldarbeit, selbst nicht viel. — Schlofferrei, guter Handarbeiter. — Keine unbestimmten Angaben, wie Hausarbeit, sondern einseitige: Zimmerreinigung usw. Auch immer angeben, ob dauernd, häufig oder nur zeitweise beschäftigt.)

Ist mit Entlassung demnächst zu rechnen: _____

Bemerkungen: _____

Dieser Raum ist freizulassen.

[Empty rectangular box for notes]

Ort, Datum _____

(Unterschrift des ärztlichen Leiters oder eines Sachverständigen)

¹⁾ Deutschen oder osterrnandten Blutes (Deutschblütig), Jude, jüdischer Mischling I. oder II. Grades, Neger (Mischling), Siganer (Mischling) usw.

Abb. 16: T4-Meldebogen (Klee 1985, S. 176)

- Das oben dargestellte Meldebogensystem galt ausschließlich für die „arischen“ Geisteskranken. Über dieses Meldebogensystem waren immerhin noch psychiatrisch indizierte Ausnahmen möglich, sofern sie in Einzelfällen dem Kriterium der Arbeitsfähigkeit entsprachen.
- Die Sonderaktion zielte speziell auf die doppelt stigmatisierte Gruppe, jüdisch und geisteskrank. Hier galt allein das rassistische Kriterium; diese Gruppe war zur Vernichtung ohne jegliche Ausnahme bestimmt. Ihrer Erfassung dienten eigene Listensysteme. Diese enthielten prinzipiell keinen Verlegungsort.
- In der Art der Durchführung der Mordaktion gab es gravierende Unterschiede zwischen den Opfern der allgemeinen T4-Aktion und der Sonderaktion. Vor allem die Organisation der Sterbebeurkundungen unterlag völlig anderen Abläufen und Dokumentationsformen, wie später noch genauer herausgearbeitet wird.

Klee schreibt zu den Unterscheidungen: *„Im Gegensatz zu den arischen Geisteskranken ist es bei den jüdischen Geisteskranken unwichtig, ob sie arbeitsfähig sind oder nicht; Jude zu sein ist Grund genug, sie umzubringen“*. (Klee 2001, S. 259)

Dieser T4-Sonderaktion fällt als Volljüdin B. S. zum Opfer.

Beide Erfassungsarten, Meldebogensystem und Listensystem, liefen im Gebäude der Tiergartenstraße 4 zusammen und die GEKRAT erstellte in eigener Verantwortung die entsprechenden Transportlisten. Davon ging eine Kopie an die einzelnen Heil- und Pflegenanstalten. Die Listen mit den Namen der jüdischen Patienten enthielten getrennt Anweisungen zur Vorbereitung der Verlegung *in eine den Juden vorbehaltene Anstalt*.

Gleichzeitig wurden auf Weisung des Reichsinnenministers über das gesamte Reichsgebiet verteilt, im Rahmen der T4-Euthanasie-Aktion unter höchster Geheimhaltung 6 Tötungsanstalten eingerichtet.

Codebuchstabe:

(A) Grafeneck deckte den Bereich Süddeutschland ab. Nach deren Schließung übernahm Hadamar diese Funktion

(B) Brandenburg/Havel und später Berneburg war bestimmt für die Gebiete Brandenburg, Sachsen und Berlin,

(Be) Berneburg

(C) Hartheim/Linz, hatte seinen Einlieferungsbereich etwa in Österreich,

(D) Sonnenstein – Pirna/Sachsen, deckte die Gebiete Schlesien, Sachsen und Thüringen ab und

(E) Hadamar umfasste den Bereich für das nördliche Bayern, Württemberg, Baden und den Volksstaat Hessen.

Die ersten vier Tötungsanstalten nahmen ihren Betrieb im Juli 1940 auf. Hadamar als Nachfolgeanstalt für Grafeneck begann mit der Mordaktion erst Mitte Januar 1941.

Abbildung aus rechtlichen Gründen
in der Onlineausgabe entfernt.

*Abb. 17: Hadamar im Gesamtsystem der Gasmordanstalten*⁹⁰

Goddelau, die Jahre 1940 – 1941

Die Vorbereitungen zur geplanten T4-Sonderaktion während Berthas Goddelauer Zeit beschreibt Kingreen (2004, S. 212):

„Die zentrale Entscheidung zur Ermordung jüdischer Anstaltspatienten des Deutschen Reiches fiel im Frühjahr 1940. Diese war eine ‚Sonderaktion‘ im Rahmen der T 4 Mord-

⁹⁰ Erfasst, verfolgt, vernichtet. Begleitheft zur Ausstellung der deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde, 28. Jan. bis 28. Febr. 2014, Bundestag Berlin, Paul Löbe Haus. © Copyright Sophie Alex. Mit freundlicher Genehmigung von capito Berlin und der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde.

aktion. Am 15. April 1940 wies der Reichsinnenminister⁹¹ alle Reichsstatthalter an, die Zahl der jüdischen Patienten in den staatlichen Anstalten ... zu melden. Der bessische Reichsstatthalter wies seinerseits die bessischen Anstalten - so auch das Philippshospital am 26. April entsprechend an: ‚Betreffs Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten aller Art‘. ‚Ich ersuche um Bericht innerhalb acht Tagen, wie viele Juden (getrennt nach Männern und Frauen), die an Schwachsinn oder an einer Geisteskrankheit leiden, dort untergebracht sind.‘ ... Dr. Scriba teilte mit, daß sich in der hiesigen Anstalt zur Zeit 29 geisteskranke Juden befinden. Hiervon sind 15 männlichen und 14 weiblichen Geschlechts.“

363

Von der Heil- u. Pflegeanstalt Emmendingen:

15)	<u>Elias</u> , Betza Israel	Kassel	23.12.1905 in Kassel	1.2.1941 ✓
16)	<u>Schlossinger</u> , Gustav Isr.	Kenzingen	19.3.1900 Hechingen	1.2.1941 ✓
17)	<u>Seligmann</u> , Salomon	Freiburg i.B.	19.3.1861 Wangen	1.2.1941 ✓
18)	<u>Günzbürger</u> , Hilda Sara	Emmendingen	19.8.1895 Emmendingen	1.2.1941 ✓
19)	<u>Levi</u> , Fanny Sara	Freiburg i.B.	7.5.1899 Bräunach	1.2.1941 ✓

Von der Landes-Heil- und Pflegeanstalt "Philippshospital" bei Gießen:

2)	<u>Schmitt</u> , Bartha Sara	Krofdorf	7.11.84 Krofdorf	1.2.1941
21)	<u>Habsz</u> , Thekla Sara	Friedberg	18.4.60 Heuchelheim	1.2.1941
22)	<u>Nathan</u> , Rosa Sara	Mainz	14.3.1890 Mainz	1.2.1941
23)	<u>Meyer</u> , Jenni Sara	Mainz	27.11.1885 Odenbach	1.2.1941
24)	<u>Lehmann</u> , Mina Sara	Weiterstadt	21.9.1902 Weiterstadt	1.2.1941
25)	<u>Hirsch</u> , Erna Sara	Gross-Gerau	25.1.1910 Gross-Gerau	1.2.1941
26)	<u>Goldschmidt</u> , Annette Sara	Dieberg	8.5.1865 Königheim	1.2.1941
27)	<u>Cahn</u> , Stefanie Sara	Mainz	29.8.1895 Mainz	1.2.1941
28)	<u>Bodenheim</u> , Emma Sara	Worme	18.10.1882 Worme	1.2.1941
29)	<u>Abraham</u> , Johanne Sara	Ober-Olm	21.10.1883 Ober-Olm	1.2.1941
30)	<u>Paritz</u> , Mirjam Sara	München	28.6.1918 Berlin-Charlottenberg	1.2.1941
31)	<u>Schwan</u> , Rebecka Sara	Gross-Umstedt	5.10.1872 Gross-Umstedt	1.2.1941
32)	<u>Hirsch</u> , Lina Sara	Gross-Gerau	24.2.1890 Gross-Gerau	1.2.1941
33)	<u>Oppenheimer</u> , Ernst Israel	Darmstadt	20.8.1890 Darmstadt	1.2.1941 ✓

Abb. 18 A

91 Die treibende Kraft war jedoch der für die Heil- und Pflegeanstalten zuständige Ministerialdirigent im Reichsinnenministerium, Linden. Dr. med. Herbert Linden, NSDAP-Mitglied, T4-Obergutachter. Suizid 27.4.1945 (nach Sandner a. a. O., S. 735).

Die namentliche Liste der 14 Personen weiblichen Geschlechts teilte Dr. Scriba⁹² mit Schreiben vom 6. Mai 1940 der vorgesetzten Behörde mit. Der Name von B. S. erscheint gleich am Anfang der Liste. Kaminer hat diese Liste der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (Abb. 18 A). Es sind die gleichen Personen, die später, am 1. Februar 1941 von Goddelau nach Heppenheim überstellt werden.

Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim
 Philippshof Goddelau
 der am 1. Februar 1941 in die Landes-Heil- und
 Pflegeanstalt Heppenheim überführten jüdischen weiblichen Kranken.

Lfd. Nr.	Namen	Wohnort	Geboren am:	
1	[REDACTED]	[REDACTED]	21.10.1883	Dem. praecox
2 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	18.10.1882	Schizophrenie
3 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	29.10.1895	Schizophrenie
4	[REDACTED]	[REDACTED]	8.5.1865	Senile Demenz
5 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	24.2.1890	Man. depr. Irresein
6 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	25.1.1910	Angeb. Schwachsinn
7 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	21.9.1902	Schizophrenie
8	[REDACTED]	[REDACTED]	27.11.1887	Spätschizophrenie (Katatonie)
9 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	14.3.1890	Schizophrenie
10 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	18.4.1860	Senile Demenz
11 ✓	Schmitt Bertna Sara	Krofdorf	7.11.1884	Schizophrenie
12 ✓	[REDACTED]	[REDACTED]	5.10.1872	Dem. praecox
13	[REDACTED]	[REDACTED]	28.6.1918	Psychopathie (§42a)

Abb. 18 B

Abb. 18 A und 18 B: Namen der von Goddelau in die Sammelanstalt Heppenheim überwiesenen weiblichen Patienten. (Abb. 18 A Kaminer, a. a. O., S. 363, Abb. 18 B. Archiv Goddelau)

Mit Verfügung vom 10. Januar 1941 präzisierte das Reichsinnenministerium den Verlegungstermin aller Juden von Goddelau nach Heppenheim. Sie wurde mit Datum vom 18. Januar 1941 vom hessischen Reichsverteidigungskommissar und Gauleiter Jakob Sprenger mit folgendem Inhalt nach Goddelau weitergeleitet:

„(...) hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die in Ihrer Anstalt untergebrachten geisteskranken Juden in eine Sammelanstalt zu verlegen⁹³ sind. Ich beauftrage Sie

92 Dr. Karl Scriba, Medizinaldirektor, NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933, einen Aufruf vom 15.10.1938 unterzeichnet er mit „Führer, wir folgen dir. Heil Hitler, gez. Dr. Scriba (Kaminer a. a. O., S. 202)

93 Ab diesem Zeitpunkt, an dem es um die Konkretisierung der Mordpläne geht, wird der Begriff der „Verlegung“ eingeführt. Er wird im Folgenden, wo es um die die Zentrierung in Sammel- und Mordanstalten zu bezeichnen gilt, als Tarnbegriff Wiederholung finden. Als

daber, die in Ihrer Anstalt befindlichen Juden und Jüdinnen in der Zeit vom 1. bis 3. Februar 1941 in die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim abtransportieren zu lassen, die wegen des am 4. Februar 1941 erfolgenden Weitertransport das Erforderliche veranlasst“ (Kingreen, a. a. O., S. 213 f.)

Parallel dazu bekam das Philipppshospital am 14. Jan. 1941 ein Schreiben von der GEKRAT, Berlin:

„Gemäß Abs. 4 des obigen Erlasses sollen die in ihrer Anstalt untergebrachten jüdischen Geisteskranken bis zum 3. Februar 1941 in die Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim überstellt werden. Da meine Firma vom Reichsinnenministerium den Auftrag erhalten hat, die jüdischen Geisteskranken aus der Anstalt weiterzuverlegen, bitte ich um eine ordnungsgemäße Durchführung der Verlegung zu gewähren, die in der Anlage zugebenden Eigentumsnachweise ... gewissenhaft durchzuführen.“ (Kingreen, a. a. O., S. 214)

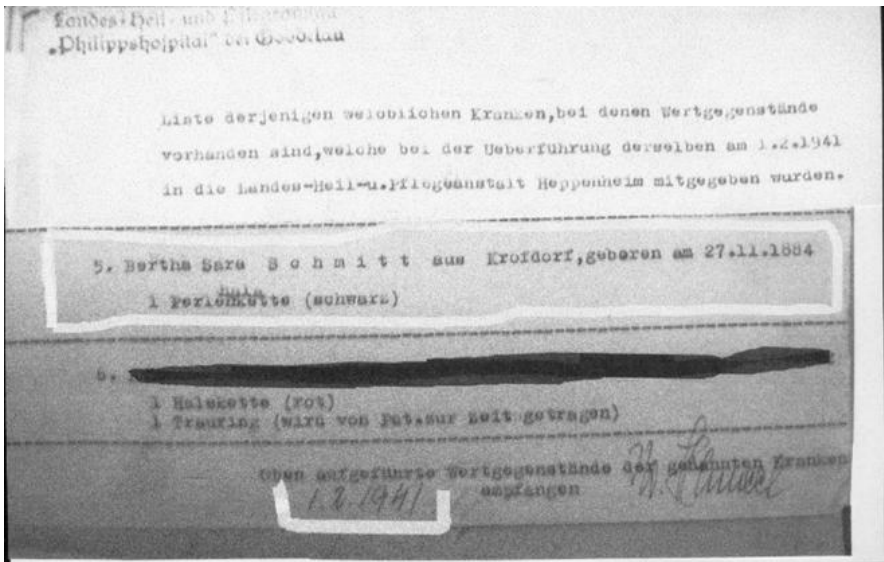


Abb. 19: Eigentumsnachweis Bertha Schmitt⁹⁴.

Bei den anderen weiblichen Anstaltspatienten waren als mitgegebene Wertgegenstände Schmuckstücke, wie Broschen, Armreifen, Armbanduhren, Ohr- ringe oder Sachgegenstände wie Füllfederhalter, Bleistifte, Briefmarken, einge- tragen. B. S. besaß an Sachgegenständen nichts und an Schmuckstücken nur die bereits auf dem Nieder-Ramstädter Bild ins Auge springende schwarze Perlen- halskette. (Die Pos. 5 mit Bertha Sara S c h m i t t ist aus Platzgründen ein- kopiert).

neutral klingender Begriff sollte er die Angehörigen beruhigen und angesichts der bald eintreffenden Todesbenachrichtigungen keinen Verdacht aufkommen zu lassen.

94 Archiv Philipppshospital Goddelau, Riedstadt.

Heppenheim

In einem Runderlass vom 30. August 1940 hatte der Reichsinnenminister Frick die Errichtung der Sammelanstalt in Heppenheim angeordnet, die dann ab Herbst 1940 erfolgte.

Am 1. Februar 1941 begann mit der Überstellung von B. S. in die von Goddelau etwa 25 km südlich gelegene Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim der erste Schritt zur geplanten Ermordung. Heppenheim fungierte dabei im Gesamtsystem der T4-Mordaktion von Anfang an als sog. „Zwischenanstalt“ oder „Sammelanstalt“, vor allem für Verlegungen aus den etwa 20 anderen Heil- und Pflegeanstalten des bis nach Konstanz reichenden südwestdeutschen Zulieferungsraums. Beide Begriffe, ‚Zwischenanstalt‘ oder ‚Sammelanstalt‘ bezeichnen den vorübergehenden, einem übergeordneten Zweck dienenden Charakter: gesammelt werden zum ... Die verfügbaren Verlegungen einer größeren Anzahl von Anstaltspatienten aus dem süddeutschen Raum im Rahmen der T4-Sonderaktion musste zu einem kaum kontrollierbaren Chaos in der ohnehin schon überfüllten Institution in Heppenheim führen. Deshalb war durch die Verlegung der „Altinsassen“ in andere benachbarte Anstalten kurzfristig Platz geschaffen worden. Die Zustände im Inneren der Gebäude dürften den von Kingreen (2003, S. 269) für die Sammelanstalt Gießen beschriebenen Zustände entsprechen haben: Große Räume mit Strohsäcken oder Strohaufschüttungen, überfüllt mit behinderten, schwachen, kranken und bettlägerigen Menschen, die auch auf die Flure ausweichen mussten. Müller (2001, S. 72) beschreibt die Situation in diesem Zusammenhang noch drastischer: *„In den Sammelanstalten wurden die Kranken ohne Rücksicht auf ihren Zustand - Erregte, Abgestumpfte, Sieche, Geistesschwache und intellektuell Normale - wie Vieh zusammengepfercht“*.

Die Funktion der Zwischen-/Sammelanstalten beschreibt Winter (1993, S. 88) mit einer rein wirtschaftlichen: *„Wer für die Aufrechterhaltung des Anstaltsbetriebes gebraucht werden konnte, wurde von der Anstaltsleitung zurückgestellt“*. Das passierte aber nur vereinzelt, wenn z. B. ein Personenirrtum vorlag. Für Sandner (a. a. O., S. 456) dienten die Zwischenanstalten der nochmaligen Überprüfung der T 4-Listen, um Verwechslungen zu vermeiden und um die korrekte Erfassung persönlicher Habe. In erster Linie aber dienten die Zwischenanstalten, und damit auch Heppenheim, der Ökonomisierung des Mordbetriebes. Die Gaskammer in Hadamar, 2,50 m x 4,50 m = 12 m², konnte max. 60 Personen aufnehmen. So wird es auch von Schmuhl (1987, S. 206) gesehen: *„In den Zwischenanstalten konnte eine große Zahl von Mordopfern in Bereitschaft gehalten werden, die auf Abruf in die Tötungsanstalten verlegt wurden, so daß in der Liquidationsmaschinerie kein Leerlauf entstand“*.

Hadamar

Auf der Suche nach geeigneten Orten für die Errichtung der Tötungsanstalten waren die übergeordneten Dienststellen auf die verlässliche Mitarbeit von Personen an den entsprechenden lokalen Schaltstellen angewiesen. Der Hessen-Nassauische Anstaltsdezernent Bernotat hatte sich in der Vergangenheit immer

wieder durch verschärfende antijüdische Maßnahmen hervorgerufen; von ihm war Kooperation zu erwarten. Er hatte sich bereits für die Auswahl des in der Provinz Hessen Nassau gelegenen Ortes Hadamar stark gemacht. Im Dezember 1940 nahm er den Mönchsberg in Hadamar in Augenschein. Der Ort lag günstig an der kurz vorher fertig gestellten Autobahn Wiesbaden-Limburg-Köln, die Anstalt hatte eine passende Größe. Er schloss einen Pachtvertrag im Namen des Bezirksverbandes mit der Heil- und Pflegeanstalt Mönchsberg und der T 4-Aktion ab. Das Mobiliar und die Einrichtungsgegenstände stellte er kostenfrei zur Verfügung. Die etwa 600 Patienten aus der überbelegten Anstalt wurden in andere Heil- und Pflegeanstalten überstellt, was dort zu noch katastrophaleren Überbelegungen führen musste. Das alte Personal wurde ausgetauscht. Die Akquirierung des neuen notwendigen, tötungsbereiten medizinischen und arbeitstechnischen Personals erfolgte im Winter 1940/41. Das Arbeitsamt in Frankfurt wählte dazu teilweise männliche und weibliche Arbeitslose aus, meist zuverlässige NSDAP-Mitglieder, um die geplante Geheimhaltung nicht zu gefährden. Von den ungefähr 100 Personen waren etwa 20 Personen für die Verwaltung zuständig, etwa 20 für den Wirtschaftsbereich und allein 7 Personen für den Transportbereich. Laut Klee (1983, S. 170) setzte sich der Personenkreis in Hadamar aus überwiegend jungen Menschen aus ehrbaren Berufen, wie z. B. Arzt, Krankenschwester, Handwerker, Angestellter, zusammen. Dem dienstverpflichteten Personal legte Bernotat unter schwersten Strafandrohungen strengstes Stillschweigen auf. Er hatte kasernierte Unterbringung angeordnet. Das bedeutete kein Stadtgang und wenn, dann nur mit Erlaubnis der Anstaltsleitung und keine Kontakte zu der heimischen Bevölkerung und selbstverständlich keine Besuche.

Unter der Inspektionsleitung von Gustav Adolf Kaufmann hatten Maurer in dem Keller des Hadamaer Gebäudes ab Dezember 1940 zwei Verbrennungsöfen mit Schornsteinanschluss montiert, und Techniker die Gasleitungsrohre in der Gaskammer installiert. Zur Täuschung der wahren Bestimmung hatten sie an der Decke der Gaskammer Attrappen von Duschköpfen angebracht. Ab Mitte Januar 1941 war die Anlage betriebsbereit.

Der störungsfreie Ablauf der gesamten Mordaktion der Erwachsenen-Euthanasie und der Ermordung der jüdischen Anstaltspatienten vor Ort in Hadamar war nur möglich durch ein groß angelegtes System von Geheimhaltungen und Täuschungen, in die eine Vielzahl von Personen mit eingebunden waren. Friedländer (1997, S. 163 f.) schreibt in diesem Zusammenhang:

„Die Einrichtung von Gaskammern stellte eine einzigartige ‚Errungenschaft‘ des NS-Deutschlands dar, doch die Methode, die entwickelt wurde, um die Opfer in die Kammern zu locken, sie in einem fabrikmäßigen Verfahren zu ermorden und ihre Leichen zu ‚verarbeiten‘, war von noch größerer Bedeutung.“

Das System der Täuschung vor, während und nach der Mordaktion.

Das Täuschungssystem vor der Mordaktion.

In das Täuschungssystem hatte die GEKRAT bereits die abgebenden Anstalten, in diesem Fall das Philipppshospital, eingebaut. Deren verantwortlicher Leiter, Dr. Scriba, bereitete die Familienangehörigen mit folgendem Text auf die geplanten Überstellungen nach Hadamar vor:

„Auf Grund eines Erlasses des zuständigen Reichsverteidigungs-kommissars (= NSDAP - Gauleiter Sprenger, B. G.) wurde ... am ... durch die GEKRAT in eine andere Anstalt verlegt, deren Namen und Anschrift mir nicht bekannt ist. Die aufnehmende Anstalt wird Ihnen eine entsprechende Nachricht zukommen lassen“. (Lilienthal, 2005, S. 152)

Der Erlass bezog sich auf „kriegswichtige Maßnahmen“, eine Formulierung, die einem selbstaufgestellten Freibrief für illegales Handeln gleichkam. Die Anstaltsleitung der abgebenden Anstalten war angewiesen, die Angehörigen oder die Kostenträger erst nach dem Abtransport über die Verlegung zu informieren (s. Abbildung 25) In einem Merkblatt hatte die GEKRAT die abgebenden Anstalten über die Transportvorbereitungen für die Patienten informiert:

„Die Geisteskranken sind mit einem Leukoplaststreifen zu versehen, auf dem der Name des betr. Kranken geschrieben steht und der auf dem Rücken zwischen den Schulterblättern befestigt wird“. (Kingreen 2004, S. 217)

Die GEKRAT hatte den Zeitpunkt für die Abholung zentral von der T4-Dienststelle in Berlin an die lokale Sammelanstalt Heppenheim angekündigt. Nach dreitägigem Aufenthalt in Heppenheim wurden am 4. Feb. 1941 in einem der dunkel angestrichenen GEKRAT-Busse mit verhangenen Fenstern die 29 jüdischen männlichen und weiblichen Anstaltspatienten von Heppenheim in das etwa 90 km nördlich gelegene Hadamar gebracht, unter ihnen B. S. Einspruch! Sie wurden nicht gebracht! Ab Hadamar als dem Ort der geplanten Vernichtung sollte sich die Umsetzung des Mordens über eine angemessene Veränderung des Darstellungsstils abbilden. Deshalb ist es angebracht, gezielt von den Passiv-Formulierungen als Verschleierungssprache zu Aktiv-Formulierungen zu wechseln. Hinter dem Steuer der GEKRAT-Busse saß einer der fest angestellten sieben Fahrer, z. B. Emil S.⁹⁵ Er transportierte das menschliche Elend von den jeweiligen Sammelanstalten stets mit voll besetztem Omnibus auf den hochgelegenen Mönchsberg nach Hadamar, um tags darauf mit einem leeren Omnibus von Hadamar erneut zu den wechselnden Abholorten loszufahren. Emil S. war Akteur.

Die ankommenden Busse und die aussteigenden Patienten konnten von außen nicht eingesehen werden. Um eine mögliche, nicht mehr kontrollierbare Massenfluchtsituation zu verhindern, waren die eigens angelegten Garagen mit großen verschließbaren Toren versehen worden. Erst wenn diese geschlossen waren, durften die Patienten aussteigen. Die heute denkmalgeschützten Garagen boten ausreichend Platz für gleichzeitig drei eintreffende Busse.

95 Emil S. Schlosser, Elektromeister, Betreuer des Fahrzeugparks, Fahrer in Hadamar.. Freispruch 1947. (Sandner a. a. O., S. 739).

Name	Vorname	Geburtsname	Geburtsdatum	Geburtsort	Wohnort
Abraham	Adolf		28.03.1889	Ehringshausen	Cießen
Abraham	Johanna		21.10.1883	Ober-Olm	Ober-Olm
Baum	Bruno		06.11.1883	Schornsheim	Schornsheim
Bodenheim	Emma		18.10.1882	Worms	Worms
Cahn	Stefanie		29.08.1895	Mainz	Mainz
Goldschmidt	Amalie	Marx	08.05.1865	Könghheim	Dieburg
Gutmann	Max		02.06.1899	Redwitz a.d. R.	Klein-Krotzenburg
Heller	Paul		02.01.1908	Offenbach	Offenbach
Hirsch	Erna		25.01.1910	Groß-Gerau	Groß-Gerau
Hirsch	Lina		24.02.1890	Groß-Gerau	Groß-Gerau
Kahn	Luitpold		09.04.1894	Zweibrücken	Zweibrücken
Kamm	Isaak		19.08.1881	Hettenhausen	Darmstadt
Kramer	Alfred		22.12.1898	Eickel	Offenbach
Lehmann	Minna		21.09.1902	Weiterstadt	Weiterstadt
Lorsch	Ferdinand		14.09.1909	Mainz	Mainz
Mansbacher	Otto		13.02.1895	Darmstadt	Darmstadt
Mayer	Jenny	Brück	27.11.1885	Ogenbach/ Glan	Mainz
Mendel	Isaak		07.02.1885	Griesheim	Griesheim
Nathan	Rosa		14.03.1890	Mainz	Mainz
Oppenheimer	Ernst		20.08.1890	Darmstadt	Darmstadt
Oppenheimer	Hugo		12.06.1891	Frankfurt	Offenbach
Peritz	Mirjam		28.06.1918	Berlin-Charlottenburg	München
Rabes	Thekla	Kuder	18.04.1860	Heuchelheim	Friedberg
Schmitt	Bertha	gesch. Simon	07.11.1884	Kroldorf	Kroldorf
Schwan	Rebecka	Lindheimer	05.10.1872	Gross-Umstadt	Gross-Umstadt
Sichel	Moritz		24.11.1887	Heldenbergen	Heldenbergen
Strauss	Isaak		04.06.1868	Bärstadt/ Schwalbach	Ockenheim
Sussmann	David		30.06.1889	Mainz	Mainz
Tannenbaum	Arnold		04.02.1928	Nieder-Florstadt	Nieder-Florstadt

Abb. 20: Namen der am 4. Februar 1941 in Hadamar ermordeten jüdischen Patienten (Kingreen 2004, S. 219)⁹⁶

B. S. erscheint alphabetisch geordnet an 24. Stelle.

Die Zwangsvornamen Sara und Israel tauchen auf dieser Liste nicht auf.

⁹⁶ Der Verfasserin sei für die Überlassung des Artikels gedankt.

Das Täuschungssystem während der Mordaktion.

Hier lassen wir noch einmal Lilienthal (a. a. O., S. 152) zu Wort kommen:

„In Hadamar verließen die Patienten die grauen Busse in einer hölzernen Busgarage, die im Hof der Anstalt errichtet worden war. Sie nahmen ihren Weg durch eine aus Brettern gezimmerten Schleuse in das Gebäude. Hier wurde ihnen ein ganz normaler Anstaltsbetrieb vorgetäuscht. In einem großen Bettensaal mußten sich die Angekommenen ausziehen und für eine angebliche Aufnahmeuntersuchung bereithalten. Zunächst wurde an Hand der mitgeschickten Akten eine Identitätskontrolle durchgeführt. Die anschließend einzeln vorgenommene Vorstellung beim Arzt diente dazu, aus einer in der T4-Zentrale zusammengestellte Liste eine Krankheitsursache herauszufinden, die nicht im Widerspruch zu den Befunden in der Krankenakte stand. In der Anfangsphase der Gasmordaktion war es nämlich vorgekommen, dass als Todesursache ein Blinddarmdurchbruch angegeben wurde, obwohl den Patienten schon vor vielen Jahren das Organ entfernt worden war. ... Die Patienten wurden von dem Pflegepersonal in den Keller geführt, in dem sich die Tötungsanlage befand. Die sog. Brenner nahmen sie in Empfang und geleiteten sie in die als Duschräume getarnte Gaskammer, dann ließ der Arzt das Kohlenmonoxydgas einströmen“.

Auch hier „wurde“ nicht durchgeführt, sondern einer der unten genannten Ärzte führte durch. Die Patienten „wurden“ nicht von Geisterhand in den Keller geführt, sondern es führten Pflegerinnen wie z. B. Lydia Thomas⁹⁷ oder Oberschwester Irmgard Huber⁹⁸ oder der Pfleger Benedikt Härtl⁹⁹ die Patienten in den Keller. Vorher mussten sich die Angekommenen in dem großen Bettensaal ihrer Kleider entledigen, genauer, Krankenschwester Pauline Kreissler¹⁰⁰ gab die Anweisungen dazu. Sie erlog die Begründungen für das Bad und half beim Auskleiden. Vielleicht war es der Leichenbrenner Paul Reuter,¹⁰¹ der die ahnungslose Bertha an der Kellertüre in Empfang nahm und in den Duschaum führte. Amerikanische (1945) und deutsche Gerichte (1947) verurteilten später Personen und nicht Passiv-Formulierungen.

Nach der Hitler'schen Verfügung waren nur *namentlich autorisierte Ärzte* zur Freisetzung des Gases berechtigt, denn das Ganze galt als ein medizinisches Verfahren. Die in Hadamar tätigen Tötungsärzte unterschrieben die Sterbeurkunden aber alle mit falschen Namen. Sterbeurkunden waren auch nach damaligem Recht amtliche Dokumente und der Arzt, der Sterbeurkunden fälschte,

97 Lydia Thomas: Beihilfe zum Mord, 1947. 5 Jahre Zuchthaus. (Zur Person s. Sandner, a. a. O., S. 743).

98 Irmgard Huber: Beihilfe zum Mord, 1947. 8 Jahre Zuchthaus. (Ausführliche Biographie in: Roer/Henkel 1996, S. 322).

99 Benedikt Härtl: Beihilfe zum Mord, 1947. 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus. (Zur Person s. Sandner a. a. O., S. 730).

100 Pauline Kreissler: Beihilfe zum Mord, 1947. 3 Jahre 4 Monate Zuchthaus. (Ausführliche Biographie in Roer/Henkel: a. a. O., S. 315).

101 Paul Reuter: Beihilfe zum Mord, 1947. 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus. (Zur Person s. Sandner, a. a. O., S. 739).

machte sich einer Straftat schuldig. Folgend die korrekten und gefälschten Ärztenamen (Friedlander, 1997, S. 163).

Korrechter Name: Dr. Baumhardt	Deckname: Dr. Jäger
Dr. Hennecke	Dr. Ott/Dr. Fleck
Dr. Berner	Dr. Barth
Dr. Gorgaß ¹⁰²	Dr. Kramer



Abb. 21: Der als Duschaum getarnte Vergasungsraum der Tötungsanstalt Hadamar

102 Die erstgenannten drei Ärzte verstarben noch vor 1945. Nur Dr. med. Hans Bodo Gorgaß wurde vor Gericht gestellt und vom Landgericht Frankfurt 1947 wegen Mordes in 1000 Fällen zum Tode verurteilt, später umgewandelt in lebenslängl. Zuchthausstrafe. Begnadigt 1958. Danach Mitarbeiter einer pharmazeutischen Firma. Quelle: Ernst Klee: Was sie taten, was sie wurden. Frankfurt 1987, S. 95.

Der Schriftverkehr und die Urteile mit ausführlichen Begründungen des Landgerichtsprozesses Frankfurt 1947 und die Revision vor dem Oberlandesgericht 1948 in Frankfurt können komplett nachgelesen werden in: De Mildt, Dick (Hrsg.) (2009): Tatkomplex NS-Euthanasie. Bd. 1 und 2. Amsterdam.

In gleicher Weise wie diese Ärzte ihre Personennamen fälschten, so fälschten sie auch die Todesursachen nach einem ausgeklügelten System. Dem Arzt in Hadamar lag, wie auch den in anderen Tötungsanstalten tätigen Ärzten, eine von der T4-Zentrale erstellte Liste mit Kurzgutachten vor. Aus dieser Liste trugen sie die für den einzelnen Patienten plausibelste Todesursache ein, wie z. B. ansteckende Krankheiten, Nieren- Herzversagen, Kreislaufschwäche, Sepsis, Furunkulose. Speziell zur letzteren hieß es:

„Diese Todesursache kann bei jedem Lebensalter und für jeden Patienten gewählt werden. Zweckmäßigerweise verwendet man sie jedoch nicht bei Patienten, die an sich peinlich sauber sind. Bevorzugt kann sie gewählt werden bei jungen, kräftigen Patienten, die leicht schmieren ...“ (Klee, 1983, S. 153)

Die sog. Brenner schleiften die Leichen nach Öffnung der Gaskammern zu den ebenfalls im Keller befindlichen Öfen, um meist 2 bis 5 Leichen zusammen zu verbrennen. Das Todesdatum ließen die Ärzte offen. Der Todestag von B. S. ergibt sich aus dem Abtransportdatum von Heppenheim nach Hadamar am 4. Februar 1941, denn das Mordpersonal vergaste die ankommenden Patienten noch am gleichen Tag. B. S. war zu diesem Zeitpunkt 57 Jahre alt.¹⁰³

Das Täuschungssystem nach der Mordaktion.

Hadamar

Die Anstaltsleitung hatte in Hadamar, ebenso wie in den anderen Tötungsstätten und Vernichtungslagern eigens ein Sonderstandesamt einrichten lassen. Das Sonderstandesamt Hadamar war jedoch nur zuständig für die Beurkundung der nichtjüdischen ermordeten Patienten der T4-Aktion. Für die in Hadamar im Rahmen der T4-Sonderaktion ermordeten jüdischen Anstaltspatienten war, wie wir später erneut sehen werden, ein eigener Ort mit einem eigenen Sonderstandesamt eingerichtet.

Vor dem Beginn der organisierten Vernichtung lag die Beurkundung der normalen Todesfälle in der Hadamaer Heil- und Pflegeanstalt in der Zuständigkeit des städtischen Standesamtes. Da aber die plötzliche Häufung von Sterbeurkunden auffallen musste und zudem der geplante Betrug nicht ohne Schwierigkeiten durchführbar war, galt es, ein eigenes manipulierbares Sonderamt mit einem dienstverpflichteten Standesbeamten zu errichten. Versehen mit dem damals vorgeschriebenen amtlichen Formblatt stellte das Sonderstandesamt die notwendigen Sterbeurkunden aus, wie sie im zivilen Leben für die Standesämter der Geburtsorte, Rentenversicherungsträger, Regelung von Erbangelegenheiten, usw. erforderlich waren. Die Formulierungen der amtlichen Dokumente entsprachen an mehreren Stellen nicht der Wirklichkeit:

- die Fälschung des Siegels. Das Sonderstandesamt war zur Führung eines standesamtlichen Siegels nicht berechtigt.
- die Fälschung der Todesursache. Für den Eintrag der Todesursache wurde die vorher festgelegte medizinische Diagnose übernommen.

¹⁰³ Der Name von B. S. ist in dem 2006 erschienenen anstaltseigenen Gedenkbuch vermerkt.

- die Fälschung des Todesdatums. Es war immer nach hinten verschoben, um auf diese Weise noch die Pflegegelder von den Wohlfahrtsämtern und die Rentenansprüche von den Reichsversicherungsträgern erschleichen zu können. Für die nicht-jüdischen Patienten waren dieses in der Regel 1 - 2 Wochen, für die jüdischen Anstaltspatienten jedoch mehrere Monate. (Rotzoll, 2010, S. 239)

Eine zivile Abteilung in dem Hadamaer Gebäude begleitete den organisierten Betrug. Diese war zuständig für das Versenden sog. Trostbriefe an die Angehörigen und regelte einen erwünschten Kleiderversand. Der erfolgte aber nur nach der Vorlage eines Erbberechtigungsscheins. Das entsprach den damals geltenden Rechtsgrundsätzen. An Stellen wie diesen wird erneut sichtbar, wie zur Aufrechterhaltung eines verbrecherischen Tuns Teile von korrektem Verwaltungshandeln in Anspruch genommen wurden.

Beim Urnenversand wiederholte sich das Phänomen, Unrecht in ein rechtlich nicht zu beanstandendes Deckmäntelchen zu packen. Nach den geltenden Bestimmungen stand den Angehörigen das Recht der Überlassung einer Urne mit der Asche eines eingäscherten Angehörigen zu. Auf Verlangen wurde den Angehörigen auf postalischem Weg von Hadamar eine Urne mit der Asche des Verstorbenen zugestellt. Die Asche selbst aber war nicht die des Verstorbenen. Um die großen Mengen an Leichen beseitigen zu können schoben die Brenner immer mehrere Leichen zeitgleich in die Verbrennungsöfen. Nach dem Verbrennen pulverisierten die Brenner die übrig gebliebenen Knochen in einer eigens dafür geschaffenen Knochenmühle. Von der dann zusammen geschütteten Asche füllten sie etwa 3 kg Asche eines beliebigen späteren Verbrennungsvorgangs in die jeweilige Urne. Dem Urnenversand war eine Rechnung für die Einäscherungskosten und die folgende Begründung für die Einäscherung beigelegt:

„Die zuständige Ortspolizeibehörde hat um den Ausbruch und die Übertragung ansteckender Krankheiten zu vermeiden, gem. § 22 der Verordnung ... die sofortige Einäscherung verfügt. Eine Erlaubnis der Angehörigen muss dazu nicht vorliegen.“ (Lilienthal, a. a. O., S. 153)

Noch eine andere Unbedachtsamkeit konnte die Geheimhaltung gefährden, wie Friedlander berichtet (Friedlander 1997, S. 183) (dto. de Mildt 2009, S. 645). Das gehäufte Auftreten gleichlautender oder ähnlicher Todesursachen innerhalb kurzer Zeiträume konnte in kleineren Orten oder Städten Verdacht erregen. Daher richteten die Mordzentren sog. „Absteckabteilungen“ ein, in der für jedes ermordete Opfer eine farbige Stecknadel in eine große Wandkarte gesteckt wurde. Häuften sich zu viele gleichfarbige Stecknadeln an einem Ort, änderte man Todesort, Todesdatum und Todesursache.

Die bis dahin korrekt geführten Krankenakten der vorherigen Heil- und Pflegeanstalten gingen alle an die T4-Zentrale nach Berlin und wurden dort ausnahmslos vernichtet. So existieren von den in Hadamar Ermordeten keine Krankenakten, auch von B. S. nicht, mit Ausnahme der bereits vor Beginn der

NS-Zeit geführten Krankenakten des ersten Aufenthaltes in Hadamar 1931/32.¹⁰⁴

Cholm

Irrenanstalt Cholm, Post Lublin

Sprechstunde und Besuche nur nach vorheriger Anmeldung

Gesch.-Z.: 248-1089 L. Cholm, den 7. Mai 1941.

(Ohne Angabe dieses Geschäftszeichens können
Zuschriften nicht beantwortet werden.) Post Lublin
Postschließfach 822

An die
St. Josefkongregation
Ursberg

Der jüdische Geisteskranke Josef Israel St., geb. 27. 4. 1923, befand sich seit dem 22. September 1940 in unserer Anstalt und ist am 22. Januar 1941 hier verstorben.

Wie uns die Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH., Berlin, mitteilt, haben Sie bisher die Pflegekosten einschließlich aller Nebenkosten getragen.

In unserer Anstalt sind entstanden:

Pflegekosten vom 22. 9. 40 - 22. 1. 41 = 123 Tage à RM 3.-	= RM 369.-
Einäscherungskosten	= RM 65.-
	insgesamt: <u>434.-</u>

Wir bitten, diesen Betrag möglichst bald unter Angabe unseres Geschäftszeichens auf unser Postscheckkonto Berlin Nr. 17050 zu überweisen.
Eine Abschrift der Sterbeurkunde liegt bei.

Abb. 22: Die Fiktion einer Institution: Die Irrenanstalt Cholm (Klee 1983, S. 260)

Wie vorher beschrieben, war im Gegensatz zu den nichtjüdischen Opfern, deren Vernichtungsverwaltung über Hadamar abgewickelt wurde, speziell für die Gruppe der jüdischen Opfer der T4-Sonderaktion ein eigener Ort geschaffen worden. Der dafür vorgesehene Ort Cholm (polnische Schreibweise Chelm) befand sich im damals besetzten Polen. Die Vernichtungsverwaltung über Cholm betraf nicht nur die jüdischen Opfer aus Hadamar, sondern auch die im Rahmen der Sonderaktion vergasteten Juden aus den anderen fünf Tötungsanstalten. Cholm lag nahe der ukrainischen Grenze und im weiteren Gebiet der Vernichtungslager Treblinka, Sobibor und Majdanek. Das ehemalige Krankenhaus war schon längst geschlossen, nachdem die Gestapo die 440 polnischen

¹⁰⁴ In der Ausstellung der Gedenkstätte Hadamar fehlt auf der Tafel des Mordkalenders der Heppenheimer Transport vom 4.2.1941. Die Gruppe der 326 jüdischen Gasmordopfer der T4-Sonderaktion findet keine Erwähnung

Kranken am 12. Januar 1940 ermordet hatte (Kaminer, 1969, S. 137). Jedoch gab es die Irrenanstalt Cholm ebenso wenig wie ein dazugehöriges Standesamt. Der gesamte Schriftverkehr der innerhalb der Sonderaktion ermordeten jüdischen Anstaltspatienten ging nicht von den einzelnen Vergasungsorten aus, sondern wurde reichsweit von der T4-Zentrale in Berlin aus organisiert.

Die oben wiedergegebene Abbildung 24 zeigt beispielhaft eine Kopie einer Todesbenachrichtigung aus Cholm, wie sie standardmäßig für die jüdischen Opfer versandt wurde. Eine nähere Betrachtung ist geeignet, die ganze Perfidie zu entlarven, mit der die Angehörigen getäuscht wurden.

- Eine Irrenanstalt ohne genauere Ortsangabe wie Straße, ohne Telefonangabe und das nur mit der Angabe eines Postschließfaches? Der Briefkopf der Anstalt in Hadamar verfügte noch über diese Angaben.
- Der erwähnte jüdische Geisteskranke Josef Israel St. befand sich nicht in „*unserer Anstalt*“, sie gab es nicht; er ist auch nicht „*hier*“ gestorben und mit Sicherheit auch nicht an dem angegebenen Datum vom 22. *Januar 1941*.
- Die Berechnung eines Pflegekostensatzes belegt einen weiteren Baustein in dem weitgesponnenen Betrugssystem. Der Pflegekostensatz in Hadamar lag 1939 bei 0, 41 RM pro Tag. Die Berechnung des Pflegekostensatzes, die „*in unserer Anstalt*“ entstanden sind - der fingierten Anstalt in Cholm (!) - mit 3 RM pro Tag und das über 123 *Tage* dokumentiert die Bereicherungspolitik der GEKRAT und damit der T4-Zentrale.
- Entlarvend ist dann am Ende des Schreibens die Angabe der Bankverbindung: Postscheckkonto Berlin. Warum sollte überhaupt die polnische Anstalt Cholm ihre Pflege- und Einäscherungskosten über ein deutsches Konto ablaufen lassen? Die Kontonummer 17050 ist die Bankverbindung der T4-Zentrale in Berlin! Hadamar unterhielt immerhin noch Bankverbindungen zu lokalen, namentlich erwähnten Institutionen.

Dieses Fälschungssystem musste mit einem beträchtlichen Aufwand betrieben werden. Von den Tötungsanstalten transportierte die GEKRAT, ebenso wie die Krankenakten der nichtjüdischen Gasmordopfer, die ausgefüllten Krankenakten der jüdischen Mordopfer in die T4-Zentrale nach Berlin. Diese erstellte dort unter Verwendung des Briefkopfes der Irrenanstalt Cholm und dem dazugehörigen Sonderstandesamt für die Angehörigen der ermordeten jüdischen Anstaltspatienten die manipulierten amtlichen Sterbeurkunden. Um seitens der GEKRAT die Pflegegelder erschleichen zu können, mussten notwendigerweise auch die Kostenträger, bzw. die Landesversicherungsanstalten eine Todesbenachrichtigung erhalten. Per Kurier gingen diese gefälschten amtlichen Dokumente in das etwa 800 km ostwärts gelegene Cholm. Dort erhielten die Briefe die notwendigen Briefmarken und gingen mit Poststempel Lublin zurück in die entsprechenden Heimatorte.

Konnten die Angehörigen der nichtjüdischen Mordopfer der T4-Aktion in Hadamar noch mit Trostbriefen oder dem Versand der Wertsachen, oder Urnen rechnen, so wurde den jüdischen Opfern der Sonderaktion auch noch dieser letzte Funken einer Gnadentods-Anstandsfassade versagt: keine Trostbriefe,

kein Wertsachenversand, kein Urnenversand. Zusammen mit der Vernichtung der Krankenakten in Berlin war damit der letzte Mosaikstein im Gesamtsystem der offiziellen antijüdischen Vernichtungspolitik gelegt. Jüdisches Leben war spurlos auszulöschen, das Mittel dazu, der Mord durch Vergasung, galt es vor den Angehörigen und damit der Öffentlichkeit geheim zu halten.

Wir wissen es nicht genau, aber wahrscheinlich wird B. S. Vater, Jakob Simon, Anfang 1941 über Cholm von dem Tod seiner Tochter informiert worden sein. Er war zu diesem Zeitpunkt 85 Jahre und lebte in einem jüdischen Altersheim in Frankfurt. Ob für B. S. zu diesem Zeitpunkt noch eine PflEGSCHAFT bestand, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, sonst wäre auch eine Benachrichtigung an den Pfleger erfolgt. Es spricht nichts gegen die Annahme, dass die GEKRAT auch für B. S. eine ähnliche Benachrichtigung mit einer ähnlichen Rechnung wie bei dem vorher genannten Beispiel, aufgestellte, adressiert an einen nicht mehr zu ermittelnden Kostenträger.

Wenn sich tatsächlich Angehörige mit der Bitte um nähere Informationen an die Adresse Post Lublin, Postschließfach wandten, bekamen sie ausweichende Antworten aus Berlin. Denn mit der Reichspost war eine automatische Weiterleitungsvereinbarung von Lublin nach Berlin, Tiergartenstr. 4 geschlossen worden. Bekannt geworden ist der Fall einer Mutter, die mit Schreiben an die Postfachadresse in Lublin auf dem Friedhof in Cholm einen Grabstein für ihren verstorbenen Sohn errichten lassen wollte. In der Antwort teilte die „Ortspolizeibehörde Cholm II“ mit, es gäbe vor Ort keine geeigneten Handwerker, der Transport eines Grabsteins sei nicht durchführbar und außerdem würde die Grabpflege von der Anstaltsleitung kostenlos durchgeführt. Der Mutter wurde geraten, bis zum Ende des Krieges zu warten - dann sei es vielleicht möglich, eine solche Tafel anzubringen.¹⁰⁵

Goddelau

Das folgende Dokument, Abb. 23, zeigt die Verstrickung der Heil- und Pflegeanstalt Goddelau in das Betrugssystem.

Abb. 23 zeigt das Schreiben des Leiters der Heil- und Pflegeanstalt Goddelau an die Zentralwohlfahrtsstelle der jüdischen Kultusgemeinde in Mainz, Horst Wessel Str. 8. Was auf den ersten Blick wie eine sachliche Information über eine Verlegung aussieht, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als gezielter Betrug.

105 Zitiert nach Internet, Suchstichwort Irrenanstalt Cholm. Original bei : Friedlander, 1997, S. 444.

6. Februar 1941.

40-6.2.41

Betreffend: Verlegung jüdischer Pfleglinge der Landes-Heil- und Pflege-
anstalt "Philippshospital" bei Goddelau.

Ich teile Ihnen mit, dass die nachstehend genannten Pfleglinge
auf Anordnung des Herrn Reichministers des Innern am 1. ds. Mts. in
eine Sammelanstalt und von dort am 4. ds. Mts. in eine Judenvorbehaltene
Anstalt verlegt worden sind.

Das Pflegegeld ist bis zum 4. Februar ds. Js. einschließlich an
meine Kasse zu entrichten.

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Schnitt, Bertha Sara von Krodorf

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

An die Zentralwohlfahrtsstelle der
Jüdischen Kultusgemeinde

In - 0 - 1 - 2
Haupt-Wasschstr. 2

Abb. 23: ... „in eine Juden vorbehaltene Anstalt“¹⁰⁶

- Korrekt war zunächst der Bezug auf den Ablauf der internen Finanzierungs-
verwaltung. Wenn B. S. in eine andere Anstalt verlegt wurde, dann waren
auch an diese neue Anstalt die Pflegegelder zu überweisen, die bis dahin der
Heil- und Pflegeanstalt Goddelau zustanden. Zugleich musste der Kosten-
träger informiert werden. Denn ein Teil des Pflegegeldes, das die jüdische

¹⁰⁶ Archiv Philippshospital Goddelau, Riedstadt

Kultusgemeinde in Mainz aufzubringen hatte, bestand in der Übertragung des unkündbaren Rentenanspruchs von B. S. in Höhe von RM 29,90 an die jeweilige Heil- und Pflegeanstalt.

- Auf diese korrekte Folie wurde das weitere Lügengebäude aufgetragen; das bekannte Prinzip der Herstellung von Scheinlegalität tritt erneut in Erscheinung. Weisungsgemäß brachte der Anstaltsleiter Dr. Scriba das Schreiben am 6. Februar, also 6 Tage nach Berthas Abtransport aus Goddelau auf den Weg. Durch die Überweisung des Pflegegeldes bis zum 4. 2. an die Amtskasse sollte eine Anwesenheit von B. S. bis zu diesem Zeitpunkt in Goddelau vorgetäuscht werden, obgleich sie sich vom 1. bis zum 4. Februar bereits in Heppenheim aufhielt. Das dabei erschlichene Pflegegeld von 4 Tagen war sicherlich nicht der Rede wert; von größerem Wert waren die gefälschten Anwesenheitszeiten in Goddelau und damit die Abwesenheitszeiten von Heppenheim. Und warum sollte die Zahlung gerade bis zum 4. Februar begrenzt sein, dem Zeitpunkt der Ermordung von B. S. in Hadamar?
- Die Formulierung der Verlegung „in eine Sammelanstalt“ verschweigt der jüdischen Kultusgemeinde gegenüber den Ortsnamen Heppenheim, der der Anstaltsleitung bekannt war. Ob ihr auch mit der weiteren unbestimmten Formulierung „in eine Juden vorbehaltene Anstalt“ der weitere Aufenthalts- und damit Vernichtungsort Hadamar bekannt war, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Anlage und Inhalt des Schreibens aber sollten bereits den Namen der Sammelanstalt Heppenheim erst gar nicht in Erscheinung treten lassen und damit Nachforschungen von Angehörigen oder Ämtern verunmöglichen. Dieses wird später noch einmal im Rahmen einer Anfrage der Landesversicherungsanstalt Kassel an die Leitung der Goddelauer Anstalt verdeutlicht, die in Kap. ‚Ungeklärt‘ Erwähnung finden wird.
- Hier findet letztmalig der Begriff *Verlegung* Verwendung

Krofdorf

Bis heute lässt sich in dem standesamtlichen Krofdorfer Geburtsregister die Praxis der betriebenen Vernichtungstarnung nachweisen.

Parallel und getrennt von den Benachrichtigungen an die Angehörigen und die Kostenträger erhielten, damals wie heute vorgeschrieben, die Geburtsstandesämter ein standesamtliches Sterbedokument. Bei dem Krofdorfer Standesamt muss demnach eine ordnungsgemäße Sterbeurkunde der Irrenanstalt Cholm, Post Lublin, für B. S. eingegangen sein, wie die Abb. 25 beweist. Die Art des Eintrags des Todesfalls entsprach im vorliegenden Fall nicht den verwaltungsrechtlichen Gepflogenheiten. Die beiden Vermerke am rechten Rand sind mit Eintragsdatum und Unterschrift des Standesbeamten versehen im Gegensatz zu dem Cholmer Eintrag. Bei Sterbevermerken war ab den 1930 Jahren die Todesursache anzugeben.

Nr. 139

Krofdorf am 10. November 18 54

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach _____, Er kannt,

Der Aufseher Jakob Simon,

wohnhaft zu Krofdorf in Haus Nr. 27
israelitische Religion, und zeigte an, daß von der Sara gebornen Rosenthal, seiner
Absfrau, israelitische Religion,

wohnhaft bei ihm _____

zu Krofdorf in seiner Wohnung,
 am (7) zweihen ten November des Jahres
 tausend acht hundert achtzig und zwei, Nachmittags 8
 um (4) zwei Uhr ein Kind weiblichen
 Geschlechts geboren worden sei, welches Im Vornamen
Reutha

erhalten habe _____

Vorgelesen, genehmigt und unterzeichnet
Jacob Simon

Der Standesbeamte.

Simon

H.) Gestorben Nr. 396 1941 St. A Cholm

Das Kind führt nach der
 Verordnung vom 17. August
 1930 zusätzlich den
 Vornamen Sara
 Krofdorf, am 10. 1. 1939
 Der Standesbeamte
Krauß

Krofdorf, den 14. August 1951
 Der Vorsitzende, Gard' im
 Hausbesitz vom 10. Januar 1939
 wird gelöscht
 Der Hausbesitzer
Krauß

Abb. 24: Geburtsregister Krofdorf mit gefälschtem Sterbeeintrag.
 Vermerk am rechten Rand des Dokuments: Das Kind führt nach der Verordnung vom 17. Sept. 1933 zusätzlich den Vornamen Sara. Krofdorf, den 10. 1. 1939.
 Zusatzvermerk am unteren Rand des Dokuments: H.) Gestorben Nr. 396 1941 St. A Cholm (St. A = Standesamt B. G.)

An B. S. Geburtsort wirken so die langen Schatten des organisierten Betrugs nach, eines Betrugs, dem 70 Jahre später auch die Verfasser dieser Arbeit zunächst erlegen waren, bis sich in mühevoller Kleinarbeit über die Beschäftigung mit B. S. das ganze Dunkel der Cholmer Lügen zu lichten begann. Aber auch Krofdorf selbst kann sich dem Vorwurf der Spurenbeseitigung nicht entziehen. Es lag nahe, im hiesigen Gemeindearchiv nach der Berlin-Cholmer Originalbenachrichtigung und damit der Sterbeurkunde von B. S. zu suchen. Diese Recherche führte zu der Erkenntnis, dass alle Dokumente aus dieser Zeit sowohl am Ende der Kriegszeit, als auch noch danach vernichtet wurden.

Damit über die Höhe der fortlaufenden Nummerierung der Sterbematrikel in den Sterbebüchern keine Rückschlüsse über die Anzahl der Getöteten gezogen werden konnten, wurden die Matrikelnummern beim Anlegen eines neuen Sterbebuches nicht, wie damals vorgeschrieben, weiter geführt, sondern sie fingen mit einem neuen Sterbebuch wieder bei 1 (eins) als fortlaufende Nummerierung an.

Die Sterbematrikelnummer 396 für B. S. im Krofdorfer Geburtsregister gibt Anlass zu einigen kritischen Überlegungen.

Die Tötungen jüdischer geistig Behinderter und psychisch Kranker im Rahmen der T4-Sonderaktion erfolgten in Hadamar alle in den ersten beiden Februarwochen des Jahres 1941 und zwar am 4., 5., 7., 11. und 14./15. Februar. B. S. gehörte zu der ersten Gruppe, die zusammen mit weiteren 67 jüdischen Patienten am 4. Februar ermordet wurde. Die Gesamtzahl der in Hadamar getöteten jüdischen Anstaltspatienten betrug 326, (Sandner a. a. O., S. 466, Fußnote 168) so dass hier schon bezogen auf die lokalen Verhältnisse, die Sterbenummer 396 nicht stimmen kann. Bezogen auf das reichsweite Vernichtungssystem der T4-Sonderaktion gilt es zu berücksichtigen, dass die fünf weiteren Tötungsanstalten bereits 6 Monate zuvor, im Spätsommer 1940, mit der Ermordung jüdischer Anstaltspatienten begonnen hatten. Deren numerische Dokumentation war ebenso zentral über das Standesamt Cholm erfolgt. Somit ist zum Zeitpunkt der Ermordung von B. S. am 4. Februar 1941 von wesentlich höheren Todeszahlen und damit von einer höheren Sterbebuchmatrikel als 396 auszugehen. Diese Überlegungen belegen die gezielte Manipulation der über Cholm erfolgten standesamtlichen Nummerierung. Das Täuschungsinstrument der neu angelegten Sterbebücher ließ keine hohen Sterbematrikeln entstehen.

Vorausgesetzt, der Nummerierung 396 liege innerhalb des Gesamtfälschungssystems eine interne Chronologie zu Grunde, so müsste über diese für B. S. eine ungefähre zeitliche Zuordnung zum eingetragenen manipulierten Todeszeitpunkt möglich sein. Kingreen (2003, S. 273) berichtet von den Sterbeurkundennummern 200 und 207 des Standesamtes Cholm und einem standesamtlichen Eintrag im Geburtsregister mit Sterbedatum vom 5. März 1941. In Wirklichkeit waren diese beiden Patientinnen, Geschwister, beide bereits am 1. Oktober 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg ermordet worden. In diesem Fall wurde etwa um 5 Monate gefälscht. An anderer Stelle (a. a. O., S. 221) zitiert die Autorin für einen zeitgleich mit B. S. am 4. Februar 1941 in Hadamar ermorde-

ten anderen jüdischen Patienten einen standesamtlichen Todeseintrag vom 27. Mai 1941 im Register des Geburtsortes. Leider fehlt bei diesem Eintrag die Cholmer Sterbeurkundennummer. In diesem Fall wurde um knapp 4 Monate betrogen. Diese Vorgaben können eine Bestätigung über die vorher dargestellte Verschiebung des Todeszeitpunktes speziell für die jüdischen Anstaltspatienten um mehrere Monate erlauben. Man könnte so, bei allen Schätzunsicherheiten, auf den Monat Mai/Juni 1941 als dem vom Sonderstandesamt Cholm eingetragenen, gefälschten Todeszeitpunkt für B. S. kommen. Falls dennoch ein Forschungsinteresse an dieser Nebenfrage bestehen sollte, wird angeregt, über die bekannten Geburtsdaten und Geburtsorte derjenigen 29 Patienten (s. Abb. 22), die zusammen mit B. S. vergast wurden, an den entsprechenden Geburtsstandesämtern zu recherchieren, um über Vergleiche der dort eingetragenen Cholmer Sterbenummern evtl. zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Ungeklärt

Abschließend noch zwei Vorgänge aus der Zeit nach der Ermordung von B. S. Kingreen (2004, S. 220) zitiert eine Anfrage der LVA Hessen Nassau, Kassel an die Anstaltsleitung des Philipphospitals in Goddelau:

„28. Februar: Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau aus Kassel fragte nach, wo sich die Rentempfängerin Berta Schmitt befinde“.

Diese Anfrage muss in den Zusammenhang mit dem bei Abb. 25 dargestellten Sachverhalt gestellt werden. Hier war die israelitische Kultusgemeinde in Mainz von der Überstellung der B. S. „in eine Juden vorbehaltenen Anstalt“ informiert worden. Die israelitische Gemeinde muss die LVA in Kassel darüber informiert haben, denn wie hätte diese sonst Kenntnis von dem Anstaltswechsel und dem letzten Anstaltsort, nämlich Goddelau, haben können? Um Klarheit zu erhalten wandte sich die LVA als die Zahlstelle der Invalidenrente von B. S. direkt an die Anstaltsleitung in Goddelau. Eine Antwort dieser Stelle ist nicht bekannt. Gezielte Recherchen zu der Quellenangabe (LWV-Archiv, Bestand 18) mit dem Ziel, ergänzende Antworten zu diesen Fragen zu erhalten, blieben leider ohne Ergebnis.

Unklar bleibt ebenso der Sinn eines Schreibens des Staatlichen Gesundheitsamtes in Mainz vom 16. Juli 1941.

Dem Staatlichen Gesundheitsamt in Mainz lag offensichtlich eine Liste mit Namen von Personen vor, deren Status als Patienten im Goddelauer Philipphospital bekannt war. Bei B. S. finden sich die korrekten Personenstandsdaten, einschließlich des korrekten Goddelauer Aufenthalts vom 17. Januar 1939 bis zum 1. Februar 1941.

Der zwischen Alzey und Goddelau liegende vierjährige Aufenthalt in Niederramstadt findet keine Erwähnung, ebenso wenig wie die Überstellung in die Zwischenanstalt Heppenheim. Es bleibt unbekannt, zu welchem Zweck das Staatliche Gesundheitsamt mit den genannten Personen befasst war und welche Institution dem Gesundheitsamt diese Namen übermittelt hat.



Abb. 25: Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Mainz¹⁰⁷

Die Liste war nach Auffassung des Gesundheitsamtes demnach unvollständig oder entsprach nicht den Verwaltungsvorschriften und die Staatliche Behörde bat um eine Ergänzung. Auch hier bleibt die Frage, zu welchem Zweck eine Ergänzung notwendig geworden wäre.

Nachdenklich muss die handschriftliche Eintragung unter Anlage: „*I Erbbiol. Abteilung*“ stimmen. Wer hat die handschriftlichen Vermerke zu *I* und *II* angebracht, das Gesundheitsamt in Mainz oder das Philipppshospital in Goddelau? Nach Meinung des Verfassers spricht mehr für eine vom Philipppshospital angefertigte verwaltungsinterne Ablageanweisung. Lässt dieser Vermerk dann doch die Vermutung einer Sterilisierung von B. S. zu, im Gegensatz zu den Erwägungen im Kap. Nieder-Ramstadt?

Nachlese

Es ist eine bis heute andauernde Folge der Aktenmanipulationen, dass sich in der einschlägigen Literatur keine Hinweise darüber finden, ob den Fälschungen der Sterbematrikel irgendeine Systematik zu Grunde lag und damit, wie viele Todesbenachrichtigungen die Berliner T4-Zentrale über Cholim verschickte.¹⁰⁸ Über die Anzahl der im Rahmen der reichsweiten Sonderaktion getöteten jüdischen Anstaltspatienten gibt es daher nur Schätzungen; und die fallen unterschiedlich aus.

- Friedlander (1987, S. 34) gibt ihre Anzahl mit 2000 bis 5000 an, wobei Angaben über die Grundlagen dieser Schätzung fehlen.
- Schmuhl (1987, S. 216) schätzt, dass die Zahl mit Sicherheit 1000 übersteigt, eine Größenordnung, die sich auch bei Müller (2001, S. 74) findet.
- Bei Hinz-Wessels (2010, S. 143) findet sich die Schätzung 1000 - 5000.

Lilienthal (2009) hat zu dieser Frage die solideste Arbeit vorgelegt. Die Vergasungen jüdischer Anstaltspatientinnen und -patienten fanden nur in den Tötungsanstalten Brandenburg, Hartheim und Hadamar statt. Auf Grund eigener intensiver Recherchen kommt er auf die Zahl von 1645 Mordopfern (S. 8). Jedoch müsse man weitere jüdische Opfer dazuzählen, die nicht im Rahmen der Sonderaktion ermordet wurden, sondern die Einzelnen oder in Gruppen anderen, größeren Transporten nichtjüdischer Patienten angeschlossen waren und kommt so auf die Zahl von 2040 schon jetzt namentlich bekannter ermordeter jüdischer Anstaltspatienten (a. a. O., S. 9).

Im Rahmen des neuen Forschungsansatzes der *kollektiven Biografik* versucht die Forschergruppe Fuchs et al. (2007) die T4-Opfer verschiedenen soziolo-

108 Neueste Funde konnten auch hier keine Aufhellungen bringen. 1990 wurden in einem Sonderarchiv des Staatsministeriums für Sicherheit (Stasi) 30 000 Akten und interne Schriftstücke der T4-Aktion aufgefunden. Sie werden jetzt als Bestand R 179 im Bundesarchiv in Berlin gelagert. „*Im Bestand R 179 sind ausschließlich Akten von jüdischen Patienten/innen erhalten, die nicht in der Sonderaktion für jüdische Patientinnen ermordet wurden. Die Akten aus der Sonderaktion wurden möglicherweise gesondert verwaltet und sind nicht erhalten*“. Richter, S. 239. In: Rotzoll, Maike et al. (2010): Die nationalsozialistische „Euthanasie-Aktion T4“ und ihre Opfer. Paderborn.

gischen Parametern zuzuordnen. So liege der Prozentsatz der weiblichen Opfer bei 54%, der der männlichen Opfer entsprechend bei 46%. Die Gruppe Ledige bzw. alleinstehende Geschiedene hatte mit 66% ein größeres Ermordungsrisiko als die Gruppe der in einem engen Familienzusammenhalt Lebenden. Zu den Konfessionen schreibt Fuchs (2007):

„Mehr als die Hälfte der ermordeten geisteskranken Insassinnen und Insassen der Heil- und Pflegeanstalten, 53,2% gehörte der evangelischen Konfession an, katholisch getauft waren 43,9%. Der Anteil der Patientinnen und Patienten jüdischen Glaubens lag mit 0,44% unter einem halben Prozent.“ (S. 58)

Die letzten Prozentangaben können für Hadamar keinesfalls bestätigt werden. Setzt man die Opferzahl von 326 ermordeten jüdischen Anstaltspatientinnen und -patienten in Beziehung zu der Gesamtzahl von 10 072 Hadamaer T4-Opfern, so kommt man auf eine Größenordnung von 3,2%. Bei der Ausweitung dieses Ansatzes auf eine reichsweite Basis müssen den (ausgehend von Lilienthal) 2040 jüdischen T4-Opfern die 70 273 (Klee (2001, S. 232) nicht-jüdischen T4-Opfern gegenüber gestellt werden, was zu einer Prozentgröße von 2,9% führt.

Trotz der strikten Geheimhaltungsbemühungen der T4-Aktion tauchten ab Herbst 1940 in der Öffentlichkeit Berichte von Angehörigen auf, die ihre Eltern, Kinder, Geschwister kurze Zeit vor den Todesbenachrichtigungen noch bei guter Gesundheit angetroffen hatten und erwarteten in teils höflichen, teils in aufgebrachtten Briefen von den entsprechenden Anstalten Auskunft. Die Hadamaer Bevölkerung erregte sich über die häufig auftauchenden dunklen *Mordkisten* mit den verhangenen Fenstern und der andauernde schwarze Rauch aus dem hohen Anstaltsschornstein bestätigte die Vermutungen ständiger Leichenverbrennungen. Die Bischöfe von Münster und Limburg, von Galen und Hilfrich, bezogen sich auf dieses Wissen und prangerten in ihren Sonntagspredigten in aller Deutlichkeit den Mord an den Behinderten an. Das gewaltige Echo veranlasste Hitler, die Gasmordaktion am 23. August 1941 zu stoppen.

In Hadamar hat sich für die Mordzeit vom Januar bis Ende August 1941 die Bezeichnung „erste Phase“ eingebürgert, um sie damit von der „zweiten Phase“ bis 1945 abzugrenzen. In dieser Zeit ging das Morden mit anderen Methoden weiter: Verweigerung von Pflege und medizinischer Unterstützung, tödliche Gaben von Tabletten, letale Injektionen an geistig behinderten Kindern und psychisch kranken polnischen und russischen Zwangsarbeitern/innen.

Die Tötungen der jüdischen Anstaltspatienten im Rahmen der T4-Sonderaktion in den Jahren 1940 und 1941 war „nur“ ein Auftakt in dem Gesamt der Vernichtung des europäischen Judentums, dem insgesamt 6 Millionen Juden zum Opfer fielen.

Schluss

Wie in dem Text mehrfach intendiert, wären diese millionenfachen Mordaktionen nicht ohne Hitlers willfährige Vollstrecker möglich gewesen; sie hatten alle einen Namen.

Hilberg (1982, S. 42/49) schreibt in diesem Zusammenhang:

„Letztlich war die Vernichtung der Juden nicht so sehr das Produkt von Gesetzen und Befehlen als vielmehr eine Angelegenheit der Gesinnung, des gegenseitigen Verstehens der Übereinstimmung und Synchronisation“. Um fortzufahren: „Die Beamtenschaft brachte ihre unbestechliche planerische und verwalterische Gründlichkeit ein. ... Für die Vernichtung der Juden (...) wurde weder eine Sonderbehörde noch ein Sonderbudget eingerichtet; bei der Abwicklung der Prozesse hatten sämtliche Organisationen ihren spezifischen Beitrag zu leisten und sich die Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgabe selbst zu verschaffen.“

Wir können der ermordeten Bertha Schmitt nicht das Leben wiedergeben, aber wir können ihr Andenken lebendig erhalten

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adorno, Th. W. (1970): Erziehung nach Auschwitz. In: Stichworte, Kritische Modelle 2. Frankfurt, 3. Aufl.
- Aly, Götz Aly (1987): Aktion T4. Berlin
- Assmann, Jan (2002): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in früheren Hochkulturen. München, 4. Aufl.
- De Mildt, Dick (Hrsg.) (2009): Tatkomplex NS-Euthanasie. Amsterdam
- Drummer, Heike/Zwilling, Jutta: Jüdisches Museum, Texte. Frankfurt 1996 - 2013
- Ebertz, Doris u. Walter (2010): Die jüdischen Familien in Wetzlar. Ein Gedenkbuch. Wetzlar
- Eller, Peter/Vanja, Christina (1993): Psychiatrie in Heppenheim 1866 – 1992. - Streifzüge durch die Geschichte eines hessischen Krankenhauses -. Kassel
- Friedlander, Henry (1997): Der Weg zum NS-Genozid. Berlin
- Friedlander, Henry (1987): Jüdische Anstaltspatienten im N-S Deutschland. In: Aly, G.: Aktion T 4. Berlin
- Fuchs, Petra(Hrsg.) (2007): „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“. Göttingen. Darin: Fuchs, Petra: Die Opfer als Gruppe, S. 53 - 72
- George, Uta et al. (2003): Psychiatrie in Gießen. Gießen
- Gruner, Wolf (2002): Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Oldenburg
- Gunkel, Hermann (1996): Geschichte der Nieder-Ramstädter Heime der Inneren Mission. Mühlthal/Darmstadt
- Hamm, Magret (2005): Lebensunwert zerstörte Leben. Zwangssterilisation und Euthanasie. Frankfurt
- Heinemeyer, Walter (Hrsg.) (1986): Das Werden Hessens, Reihe: Historische Kommission, Bd. 58. Marburg
- Hilberg, Raul (1982): Die Vernichtung der europäischen Juden. Berlin
- Hinz-Wessels, Annette (2010): Jüdische Opfer der Aktion T 4. In: Rotzoll, Maïke et al.: Die nationalsozialistische Euthanasie-Aktion T4 und ihre Opfer. Paderborn
- Kaul, Karl (1979): Die Psychiatrie im Strudel der Euthanasie. Frankfurt
- Kattago, Siobhan (2001): Nazi Past and German National Identity. London
- Kaminer, Isidor (1996): Psychiatrie im Nationalsozialismus: Das Philipppshospital in Riedstadt. Frankfurt
- Kingreen, Monika (2004): Jüdische Patienten im Philipppshospital und die Ermordung von 29 jüdischen Pflegelingen im Februar 1941. In: Sahmland, Irmtraud et al.: „Haltestation Philipppshospital“. Marburg

Kingreen, Monica (2003): Jüdische Patienten in der Gießener Anstalt und deren Funktion als „Sammelanstalt“ im September 1940. In: Uta George et al.: Psychiatrie in Gießen. Gießen

Kingreen, Monica (1999): Zuzug hessischer Landjuden und städtische antijüdische Politik. In: Kingreen, Monica (Hrsg.): Nach der Kristallnacht. Jüdisches Leben in Frankfurt 1938 – 1945. Frankfurt

Klee, Ernst (2001): Dokumente zur Euthanasie. Frankfurt 5. Aufl.

Klee, Ernst(1985): Euthanasie im NS-Staat. Frankfurt

Knigge-Tesche, Renate/Brüchert, Hedwig (Hrsg.) (2013): Der Neue jüdische Friedhof in Mainz. Mainz

Lilienthal, Georg (2009): Jüdische Patienten als Opfer der NS - „Euthanasie“ – Verbrechen. Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung. 5, S. 1 – 16.

Lilienthal, Georg (2005): Wie die T 4-Aktion organisiert wurde. In: Hamm, Magret: Lebensunwert zerstörte Leben. Frankfurt

Müller, Hanno (2012): Juden in Gießen 1788 – 1942. Gießen

Müller, Roland (2001): Krankenmord im Nationalsozialismus. Stuttgart-Hohenheim

Neuhaus, Gerd (2008/2009): Unsere Schwester Luise. Schriftenreihe des LWV, Kassel. Zwickau

Reinfeldler, Georg (2007): MS „St Louis“. Teetz

Roer, Dorothee/Henkel, Dieter (1996): Psychiatrie im Faschismus. Frankfurt S. 367

Rosenau, Renate, et al.: Festschrift 100 Jahre Rheinessen Fachklinik Alzey 1908 – 2008. www.rheinessen-fachklinik.de (letzter Zugriff 17.9.2014)

Rotzoll, Maike et al. (2010): Die nationalsozialistische Euthanasie-Aktion T 4 und ihre Opfer. Paderborn

Sandner, Peter (2003): Die Verwaltung des Krankenmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus. Gießen

Saalbach, Mario (2013): Leiden an der Vergangenheit. Bremen

Sahmland, Irmtraud et al.(2004): „Haltestation Philippsospital“. Marburg

Schmuhl, Hans Walter (1987): Rassehygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Göttingen 1

Vanja, Christiane s. Eller

Winter, Bettina (1993): Die Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim von 1914 - 1945. - Von der Krise in die Katastrophe -. In: Eller, Peter, Red.: Psychiatrie in Heppenheim 1866 - 1992. - Streifzüge durch die Geschichte eines hessischen Krankenhauses. Kassel

AGi.: Stadtarchiv Gießen

AGK-G.: Archiv der Grundschule Krofdorf-Gleiberg

AMh.: Stadtarchiv Mannheim

AWbg.: Gemeindecarchiv Wetztenberg

BA.: Bundesarchiv Berlin

GAGi.: Grundbuchamt Gießen

GAWz.: Grundbuchamt Wetzlar

HHStAWi.: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

IF/M.: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/Main

IntGG.: Internet: www.erninnerung.org (letzter Zugriff 17. 9. 2014) Juden in Groß-Gerau; Ehemalige jüdische Wohn- und Geschäftshäuser und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner

LAB.: Landesarchiv Berlin

StAK-G.: Standesamt Wetztenberg-Krofdorf-Gleiberg

StAMr.: Hessisches Staatsarchiv Marburg

Yad Vashem: Gedenkstätte Yad Vashem

Angenrod im Dritten Reich: Nonkonformismus und Zivilcourage

INGFRIED STAHL

Längst nicht alle Angenröder waren im Dritten Reich mit dem, was Hitler und Konsorten „unterm Hakenkreuz“ politisch, rassistisch und dann auch militärisch mit dem Großmachtwahnsinn auf den Weg brachten, einverstanden.

Angenrod, seit jeher ein Dorf mit überwiegend arbeitender Bevölkerung – von Dienstknechten und –mägden – einigen Gewerbetreibenden und damals ortsdominierenden und auch Arbeit gebenden bäuerlichen Betrieben, hatte bereits bei den ersten reichsweiten Wahlen nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein deutlich zurückhaltendes (distanziertes) Votum abgegeben.

Verglichen mit allen anderen Wahlergebnissen im Altkreis Alsfeld – er verfügte damals immerhin über 84 Einzelgemeinden¹ – verbuchte die NSDAP hier eines ihrer prozentual schlechtesten Ergebnisse. Nur 48,8 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am 5. März 1933 für die Nationalsozialisten, beachtliche 47,9 Prozent – 130 beziehungsweise 26 Stimmen – entfielen aber noch auf die Sozialdemokraten und die Kommunisten (Abb. 01).

Reichstagswahlen 5. März 1933

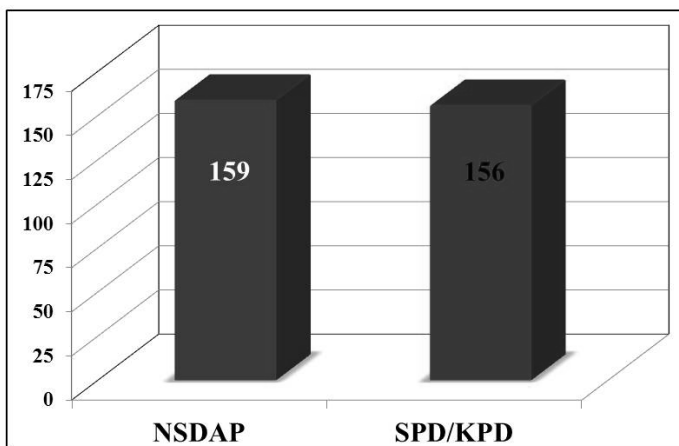


Abb. 1: Reichstagswahlen 5. März 1933 (OZ-Archiv: 05.03.1933; Diagramm: I. Stahl).

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Landkreis_Alsfeld (abgerufen am 16.11.2014).

Es war ein Ergebnis, das dem eher links von der Mitte angesiedelten politischen Spektrum Angenrods entsprach. Kaum andere Kreis-Gemeinden hatten prozentual so wenig NSDAP-Zustimmung akkumuliert. Manch andere Gemeinde, insbesondere den eindeutig bäuerlich strukturierten Dörfern zuzuordnen, wies damals schon bis zu 100 Prozent NSDAP-Stimmenanteil auf.

Aber gerade die sogenannten Katzenberg-Dörfer übten wahlpolitisch zunächst noch die ausgeprägteste Zurückhaltung. Ihre religiös fundierte politische Heimat war traditionsgemäß das „Zentrum“, so dass auch in diesen Dörfern die NSDAP mit Hitler vergleichsweise noch extrem schwach abschnitt: mit höchst bemerkenswerten nur 5,4 Prozent NSDAP-Stimmenanteil zum Beispiel in Ruhlkirchen, demgegenüber aber 93,4 Prozent Stimmenanteil für das „katholische“ Zentrum.

Das von den Nationalsozialisten dann aber – gegen die Stimmen der Sozialdemokraten – durchgesetzte Ermächtigungsgesetz und die Gleichschaltung auf allen Ebenen veränderte jedoch dann bei den nächsten reichsweiten Wahlen die politische Situation grundlegend. Hitlers NSDAP-Reichsregierung ließ am 12. November 1933 sowohl Reichstagswahlen (mit weißem Stimmzettel) als auch eine Volksabstimmung (mit grünem Stimmzettel) durchführen.

In der Volksabstimmung wurde der Wähler gefragt: „Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen?“ Der Wähler hatte dann die Möglichkeit, entweder mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen, also sein Kreuz in einen der beiden Kreise zu setzen. „Beide Stimmzettel werden in einem Umschlag abgegeben.“ Und die OZ verdeutlicht in aller Ausführlichkeit, wie zu wählen sei: „Der Wähler hat bei der Volksabstimmung auf den grünen Stimmzettel in den Kreis unter dem vorgedruckten ‚Ja‘ sein Kreuz einzusetzen.² Das ‚Nein‘ bleibt frei. Auf dem Stimmzettel für die Reichstagswahl wird in den Kreis hinter dem Namen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein Kreuz eingezeichnet.“ Zum Abschluss dieser Vorgaben ist noch fett gedruckt zu lesen: „So sehen die Stimmzettel aus, wenn Du richtig gewählt hast!“ Am 11.11.1933, also am Tag vor diesen „Wahlen“ in der gleichgeschalteten NS-Diktatur-Ära, wurde dieses Prozedere noch einmal repetiert (Abb. 02), unter anderem mit den unmissverständlichen Aufforderungen: „So wird gewählt!“ und „Hier gehört das Kreuz hinein!“, „Stimme zur Volksabstimmung mit ‚Ja‘!“, „Wähle zum Reichstag den Führer und seine Männer!“³

Das Wahlergebnis war dann im Dritten Reich erwartungsgemäß keine Überraschung: Fast durchweg wurden auch im Altkreis Alsfeld an die 100 Prozent Zustimmung sowohl für die NSDAP (Hitlerbewegung) als auch zur Politik der Reichsregierung (Volksbefragung) erreicht, jetzt auch in Angenrod (Abb. 03).

2 Archiv der Oberhessischen Zeitung Alsfeld (künftig: OZ-Archiv): 09.11.1933.

3 OZ-Archiv: 11.11.1933.



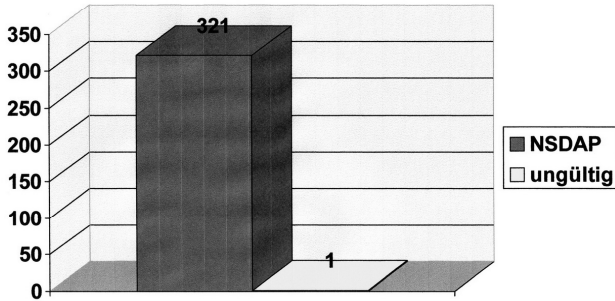
Abb. 2: „So wird gewählt“ (OZ-Archiv: 11.11.1933).

Von 328 in Angenrod bei der Volksabstimmung abgegebenen Stimmen war lediglich eine einzige eine Gegenstimme, bei den Reichstagswahlen stimmten jetzt 321 Angenröder für die NSDAP, eine Stimme war ungültig. Das bedeutete auch für Angenrod bei beiden Voten rund 99,7 Prozent Zustimmung. Alternative Möglichkeiten standen bei den Abstimmungen nicht zur Disposition. Aufgrund der Gleichschaltung gab es nur noch eine staatsbeherrschende Partei, nämlich die NSDAP mit Diktator Adolf Hitler an der Spitze.

Was die Anfangseuphorie pro Hitler und die Nazis in Angenrod anbelangt, gab es in den Folge-Dreißiger-Jahren nach der aufgezwungenen Egalisierung⁴ bis hin zum Weltkriegsausbruch kein wesentlich unterschiedliches Verhalten zu den anderen Dörfern und Gemeinden im Kreis.

4 <http://de.wikipedia.org/wiki/Gleichschaltung> (abgerufen am 16.11.2014).

Volksabstimmung und Reichstagswahlen 12. November 1933



*Abb. 3: Diagramm Volksabstimmung und Reichstagswahlen am 12. November 1933
(OZ-Archiv: 13.11.1933; Diagramm: I. Stahl)*

Das belegen auch zahlreiche Presseberichte zu Angenrod aus jener Zeit. Auch in Angenrod fanden typisch völkische Veranstaltungen statt, so auch die vermeintlich altgermanischen Sonnwendfeiern.⁵ Die Vereinsversammlungen und –veranstaltungen waren von ausladend-nationalsozialistischem Gepräge wie allerorten, und natürlich fanden auch hier Vereidigungen auf Adolf Hitler als den „Führer“ bei Eintritt in die NSDAP statt.⁶ Und auch der Geburtstag des „Führers“ wurde stets ausgiebig mit entsprechendem Rahmenprogramm gefeiert.

Selbst Feiern der Schule ordneten sich dem nationalsozialistischen Gedankengut vollständig unter. So ist in der OZ zum „Fest der deutschen Schule“ in Angenrod Folgendes zu lesen: „Am Sonntagabend hatten sich die Schulkinder und die ganze Gemeinde im Saale des Hch. Bambay (Bambey, d. Verf.) zusammengefunden, um den Tag der Deutschen Schule zu feiern. Nach einem gelungenen Chor des Gesangsvereins Harmonie sprach Lehrer Pfeiffer einige Begrüßungsworte. Hierauf folgte das Lied der Schulkinder ‚Die Hand zum Schwur erhoben‘. Nach mehreren Gedichten und Sprechchören wurde die Ansprache von Lehrer Pfeiffer über ‚Deutschtum im Ausland‘ gehalten. BDM und Gesangsverein wirkten mit und verschönten somit die Feier. Es wurden weiter noch Lieder und Sprechchöre von den Schulkindern vorgetragen, welche sehr gut zur

⁵ OZ-Archiv: 27.06.1935; <http://de.wikipedia.org/wiki/Sonnenwende> (abgerufen am 16.11.2014).

⁶ Detaillierte Zeitzeugenberichte.

heutigen Zeit paßten [sic]. Ein Sieg Heil auf den Führer und das gemeinsam gesungene Horst Wessellied beendeten den schönen Abend.⁴⁷

Worüber bezüglich Angenrod allerdings keine Berichte und auch keine Angaben der Zeitzeugen vorliegen, sind zum Beispiel Anpflanzungen von „Hitler-Linden oder -Eichen“ oder „Hindenburg-Linden“ wie in anderen Orten des Kreises praktiziert, darunter auch Ober-Gleen, Romrod und Leusel.⁸ Auch wurde in Angenrod, wie in einigen anderen Kreisorten passiert,⁹ keine schwarz-rot-goldene Fahne verbrannt. In Alsfeld wurde diese Fahnenverbrennung bereits Anfang März 1933 öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt: „Auf dem Marktplatz wurden gestern die aus den hiesigen öffentlichen Gebäuden von einer Abordnung der SA geholten schwarz-rot-goldenen Fahnen verbrannt. Landtagsvizepräsident Klostermann (Alfred Klostermann, 1900 – 1945, d. Verf.)¹⁰ hielt dabei eine kurze den symbolischen Vorgang beleuchtende Ansprache.“¹¹

Und auch die Ernennung Hitlers oder Hindenburgs zu Ehrenbürgern, wie in anderen Kreisorten¹² – zum Beispiel, in alphabetischer Reihung, Altenburg, Arnshain, Brauerschwend, Eudorf, Kestrich, Münch.Leusel, Nieder-Ofleiden,¹³ Ober-Breidenbach, Ober-Ohmen, Romrod, Strebendorf, Unter-Sorg und Windhausen – erfolgt,¹⁴ ist für Angenrod nicht tradiert oder dokumentiert, weder in der OZ noch in den offiziellen Protokollen des Gemeinderats Angenrod. Letztere sind allerdings ab dem April 1934 nicht mehr vorhanden. Die späteren Protokolle wurden aus dem Protokollbuch der Gemeinde durch Herausschneiden entfernt.¹⁵

Dem Gemeinderat Angenrods gehörten im Jahr 1935, wie somit lediglich im Archiv der OZ nachzulesen, folgende Mitglieder an: Bürgermeister Karl Hoffmann, 1. Beigeordneter Karl Höhler, 2. Beigeordneter Gustav Schlitt und die vier Gemeindevertreter Karl Michael (Michael Krämer, d. Verf.), Konrad Jung 6., Heinrich Jung 5. sowie Heinrich Tröller.¹⁶

Über die Etablierung der NSDAP-Ortsgruppe Angenrod liegen jedoch keine konkreten Belege vor, auch nicht im HStAD. Zum ersten Mal von einer

7 OZ-Archiv: 18.09.1934.

8 OZ-Archiv: 22.11.1933; OZ-Archiv: 12.09.1934; Decher, Klaus, Die Hitler-Diktatur und ihre Folgen für unseren Raum, in: Heimatbuch Romrod, Magistrat der Stadt Romrod (Herausg.), (1997), S. 166.

9 Zum Beispiel in Strebendorf, siehe OZ-Archiv: 16.03.1933.

10 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (künftig: HStAD), Best. S 1.

11 OZ-Archiv: 09.03.1933.

12 HStAD, Best. H 2 Alsfeld, Nr. 1666; in der Archivalie dokumentiert sind insgesamt 21 Gemeinden des Kreises Alsfeld. Die Ehrenbürgerschaften wurden dann in fast allen Fällen bereits 1945 und dann auch 1946 auf Basis der Verfügung Nr. Ia 1834 – 5083/46 des Regierungspräsidenten Darmstadt vom 05.06.1946 durch entsprechende Beschlüsse der Gemeinderäte wieder aberkannt.

13 OZ-Archiv: 11.03.1933.

14 HStAD, Best. Bibliothek, Nr. O 26/33; Jäkel, Herbert, Viele Gemeinden machten Hitler schon 1932 zum Ehrenbürger, in: Heimat-Chronik 6 (1999).

15 Stadtarchiv Alsfeld, Angenrod, Best. XV, Protokollbuch 1901 – 1934.

16 OZ-Archiv: 28.11.1935.

NSDAP-Gruppe in Angenrod ist dann erst am 22.06.1934 in einem Bericht in der OZ zu lesen: „eine öffentliche Versammlung der NSDAP“ „in dem Saale des Pg. Bambay“, „wazu sämtliche Organisationen und die ganze Einwohnerschaft eingeladen waren.“ Und auch der „Stützpunktleiter“, nämlich „Pg. Pfeifer“, der die Versammlung eröffnete, wurde in dem Bericht konkretisiert. Somit kann diese kurze Mitteilung als Primärbeleg für eine bereits gegründete NSDAP-Ortsgruppe gewertet werden.

In überwiegender Übereinstimmung mit den Zeitzeugenaussagen ließ sich jetzt auch durch Recherchen im HStAD anhand der Meldebögen 1939 der NSDAP ein Überblick über die tatsächliche Mitgliederzahl und die chronologischen Eintrittsaktivitäten in die NSDAP-Ortsgruppe Angenrod (Abb. 04) gewinnen.

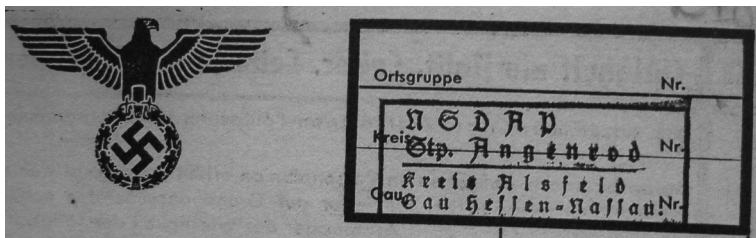


Abb. 4: NSDAP-Stützpunkt-Stempel Angenrod (HStAD, Best. N 1, Nr. 207, S. 278).

Wie auch im Rahmen der Spruchkammerakten – Schreiben des Alsfelder Rechtsanwalts im Oktober 1946 an die Spruchkammer Darmstadt-Lager als Legitimierter für einen Angenröder NS-Aktivisten – festgestellt wurde, habe es sich „bei der Ortsgruppe Angenrod um eine kleine Ortsgruppe (höchstens 30 Mann)“ gehandelt, „die lange Zeit nur ein Stützpunkt war.“¹⁷

Die Recherchen des Verfassers weisen anhand der HStAD-Archivalien nach, dass bis 1939 mindestens 19 Angenröder Männer und Frauen Mitglieder der NSDAP waren, einige davon auch zusätzlich der SA und ganz vereinzelt der SS oder der Waffen-SS. Die Parteieintritte erfolgten zumeist aus Anlass des sogenannten Führer-Geburtstags, also zu Anfang Mai des jeweiligen Jahres: in Angenrod am 1. Mai 1933 (5 Eintritte) und 1937 (7).

Nicht alle parteistatistischen Erhebungsbögen 1939 sind jedoch noch vorhanden, denn nicht alle konnten von der US-Militärbehörde nach Kriegsende bei der vormaligen NSDAP-Kreisleitung Alsfeld-Lauterbach sichergestellt werden.¹⁸

Während von der offiziellen Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Angenrod leider keine Belege überliefert sind, ist allerdings eine solche für den Nachbarort Leusel Anfang Juli 1935 ausführlich in der örtlichen Presse dokumentiert („Fahnenweihe der Ortsgruppe Leusel“).¹⁹

17 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Abt. 520, Nr. 512429.

18 Es fehlen die Unterlagen zu den Buchstaben I bis L: HStAD, Best. N 1, Nr. 203; HStAD, Best. N 1, Nr. 205; HStAD, Best. N 1, Nr. 206; HStAD, Best. N 1, Nr. 207.

19 OZ-Archiv: 01.07.1935.

Von einer Ortsgruppe Billertshausen-Angenrod ist dagegen schon am 10. November 1933 in einer Berichterstattung über eine „stark besuchte Wahlversammlung“ im „Saale des Gastwirts H. Bambej“ mit einem Pg. aus Frankfurt am Main die Rede.²⁰ Die Veranstaltung in Angenrod wurde damals von einer Gruppe des Bunds Deutscher Mädchen (B.D.M.) musikalisch umrahmt.

Zwei Wochen später fand dann ein „Deutscher Abend“ im gleichen Saal statt unter Beteiligung nun auch des Jungvolks: „Der Abend schloß mit einem Sieg Heil auf den Führer und je einer Strophe aus dem Deutschlandliede und dem Horst-Wessel-Lied.“²¹

In Angenrod gab es im Dritten Reich, gepaart auch mit einer der NS-Bewegung wohl eher ablehnend eingestellten, sich aber nach außen neutral verhaltenden israelitischen Bevölkerung²² einige unerschrockene Bürger, die trotz der zu erwartenden Repressalien in der Nazi-Zeit Zivilcourage offenbarten, vor allem bei NS-Aktionen, mit denen sie ganz und gar nicht einverstanden waren. Dieser Nonkonformismus in einer Zeit der Diktatur wird vor allem durch die Zeitzeugen kolportiert. Er ist, retrospektiv bewertet, ein kleiner Lichtblick in einer insgesamt leider höchst dunklen Ära des 550 Einwohner-Dorfes, vor allem auch mit Blick auf die unsagbare Leidensgeschichte der Angenröder Israeliten.²³

Dass die NS-Bewegung („Hitler-Bewegung“) auch in Angenrod Ende der Zwanziger Jahre bis Anfang der Dreißiger Jahre, beginnend mit zunächst einem dokumentierten Parteieintritt am 01.10.1929, NSDAP-Mitgliedsnummer 152789,²⁴ zunehmend Fuß fasste, ist in den fachlich zuständigen Hessischen Staatsarchiven und im Bundesarchiv Berlin klar belegt. Auch eine stramme SA-Gruppe mit gut über zwölf jungen Männern hatte sich schon noch vor der Machtergreifung Hitlers in Angenrod formiert und mit zahlreichen Umzügen im Dorf Präsenz gezeigt (Abb. 05). Da flog aber auch schon mal von politisch Andersdenkenden ein Stein hinterher.

Auch das Singen SA-typischer Kampflieder wie „wetzt die langen Messer an dem Kilometerstein, lasst die Messer flutschen in den Judenleib hinein, ja, wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht es noch einmal so gut“ wird kolportiert. Ein abgrundtief menschenverachtendes Lied, gesungen in dem kleinen Dorf mit jahrhundertealter bedeutender israelitischer Tradition, das sogar noch

20 OZ-Archiv: 10.11.1933.

21 OZ-Archiv: 22.11.1933.

22 Zeitzeugenüberlieferung.

23 Stahl, Ingfried: Opfer des NS-Regimes – Angenrods letzte Israeliten, in: MOHG 95. Band, Gießen (2010), S. 183 - 263; Stahl, Ingfried: Opfer der NS-Ideologie - Angenrods letzte Israeliten: die israelitische Religionsgemeinde Angenrod (1736 - 1942), selbstgestaltete erweiterte Dokumentation auf Basis des offiziellen Textbeitrags in den Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, 95. Band, Gießen 2010, S. 183 - 263. <http://d-nb.info/103298127X> (abgerufen am 15.11.2014).

24 Parteistatistische Erhebung der NSDAP-Kreisleitung Alsfeld-Lauterbach im Jahr 1939: HStAD, Best. N 1, Nr. 205.

die wenigen in Angenrod verbliebenen Angenröder Israeliten zu hören bekamen.²⁵



*Abb. 5: SA Angenrod bei einem Mai-Umzug um 1934 in Angenrod
(Bildersammlung I. Stahl).*

Und am Beginn der „Klagemauer“, der Basaltstein-Trockenmauer eingangs der Judengasse, stand im Dritten Reich zudem auch ein Bekanntmachungskasten mit dem jeweils neuesten Exemplar des antisemitischen Hetzblatts „Der Stürmer“. Heute befindet sich hier einer der drei öffentlichen Bekanntmachungskästen der örtlichen Gemeinde.

Zeitzeugen berichten mit Blick auf Protestler, dass bei einem dieser augenfälligen Umzüge, als SA-Leute Wahlpropaganda-Zettel an die Bevölkerung verteilen, ein junger Mann, dem linken Parteienspektrum zuzuordnen, diesen Zettel zwar entgegennahm, dann aber mit einer überdeutlichen Geste unerschrockenverächtlich zeigte, was er von Hitler und seinen Gefolgsleuten hielt.

Schon noch vor der Machtergreifung 1933, so wird weiter berichtet, sei auf dem prächtigen Kastanienbaum an der „Breiten Bach“ von der Angenröder SA ein großes und weithin sichtbares hölzernes Hakenkreuz befestigt worden (Abb. 06). Couragierte und demzufolge mit der NS-Bewegung nicht konform gehende, dem politisch linken Spektrum zuzuordnende Angenröder hätten dieses Symbol des Nationalsozialismus – in damaliger Zeit quasi als Sakrileg zu erachten – später von der Krone des Baumes wieder heruntergeholt, es also entfernt. Von Seiten von Zeitzeugen wird vermutet, dass diese Aktion junger Männer ein Affront gegenüber der sich damals zunehmend entwickelnden Angenröder SA gewesen sein sollte.

²⁵ http://en.wikipedia.org/wiki/Nazi_songs#Blut_muss_flie.C3.9Fen (abgerufen am 16.11.2014).



Abb. 6: Dorfimpression Angenrod: „Breite Bach“ mit Kastanienbaum (Edgar Fröblich).

Die Sturmabteilung, rekrutiert vom damaligen SA-Sturmführer und späteren Angenröder SA-Obersturmbannführer, hatte seinerzeit ihren Treffpunkt in einem Wohnhaus unweit des Kastanienbaums. Die SA-Führung im Kreis Alsfeld umfasste im Februar 1933, also um die Machtergreifung Hitlers, die Standarte 254 unter Standartenführer Münch (Alsfeld) sowie den Sturmbann I/254 unter einem Sturmbannführer in Merlau und den Sturmbann II/254, dem auch Angenrod angehörte.²⁶

Die Hakenkreuz-Entfernung von Angenrods Kastanienbaum war eine spektakuläre Aktion, die im Dorf für viel Aufsehen sorgte und im Bewusstsein der Zeitzeugen noch fest verankert ist und daher in der Zeitgeschichte Angenrods positiv fortgeschrieben wird. Die Protestler und mithin Gegner der NS-Bewegung blieben, im Gegensatz zu den Detailberichten der gut informierten Zeitzeugen, in weiten Kreisen der Bevölkerung unbekannt.

Es kam somit auch nicht zu offiziellen Ahndungen und Bestrafungen für diese „Freveltat“, wie man eine solche Aktion wohl seinerzeit genannt haben dürfte. Von Seiten einiger Zeitzeugen wird aber berichtet, dass die sogenannten Freveltäter, politisch links orientiert, auf das Übelste von SA-Leuten Angenrods verprügelt worden seien.²⁷

Aber nicht alle nonkonformistischen Verhaltensweisen von Bürgern, die dem NS-Regime ablehnend gegenüber eingestellt waren, blieben ungeahndet. Schon gleich in der Anfangszeit der NS-Diktatur wurden, wie sowohl via Zeitzeugen als auch durch Archivalien dokumentiert, drei Angenröder quasi im Sinne einer

²⁶ OZ-Archiv: 24.02.1933.

²⁷ Präzise Zeitzeugenmitteilungen.

Abschreckungs- und Umerziehungsmaßnahme in das erste Konzentrationslager auf reichsdeutschem Gebiet eingewiesen: Hermann Müller (1908 – 1944), August Decher (1900 – 1980) und Leopold Speier (1875 – 1944, Israelit, d. Verf.).

Grund für die Festnahme und Internierung der beiden Ersteren dürfte wohl deren politische, dem NS-Regime konträr gegenüberstehende Gesinnung gewesen sein. Von August Decher („Pirresch“) (Abb. 07) wird im Einzelnen berichtet, dass er an einer mit einer Sammelbüchse vorgenommenen NSDAP-Sammelungsaktion von Frauen der NS-Frauenschaft in Angenrod sich nicht beteiligte.²⁸ Vielmehr sagte er nur lapidar: „Sammelt erst mal für mich!“



Abb. 7: August Decher (Elise Schwarz).

Diese abweisende Haltung des Angenröders hatte dann wohl aufgrund Mitteilung der beiden Frauen bei der örtlichen Gendarmerie gravierende Folgen, denn eines Tages stand der örtliche Polizist vor der Haustür. Decher kam damals gerade von der Arbeit nach Hause und wurde von dem Ortsgendarm Wilhelm Wagner sofort ins Nebenzimmer gebeten. Er habe doch nichts verbochen oder jemandem etwas zuleide getan, wunderte sich August Decher über die polizeiliche Direktive.

Der Gendarm habe ihm dann von der ihm angezeigten Sammlungsverweigerung berichtet und August Decher aufgefordert, sich von ihm über den „Hohen Berg“, den Hausberg der Angenröder, abführen zu lassen. Schließlich sollte niemand im Dorf Kenntnis von dieser Festnahme erhalten. Doch August Decher beharrte unerschrocken-vehement darauf, seinen üblichen Weg durch das Dorf zu nehmen. Decher musste dann zunächst eine Nacht in Alsfeld verbringen.

²⁸ Präzise Zeitzeugenmitteilung aus der Familie.

Parallel zu dieser Aktion sei auch der politisch links orientierte Hermann Müller (1908 – 1944) festgenommen worden. Hierzu liegt im Rahmen des Spruchkammerverfahrens gegen den Nachkriegsbürgermeister Angenrods, Willi Müller (1916 – 1990),²⁹ dem Bruder Hermann Müllers, eine eidesstattliche Erklärung des öffentlichen Klägers der Alsfelder Spruchkammer vor: „Sein Bruder Hermann wurde denunziert, von der Gestapo verhaftet und wanderte ins Kz. Osthofen. Leider ist Hermann Müller im Felde gefallen.“³⁰

Rechtliche Grundlage für das Verfahren vor der Spruchkammer Alsfeld/Oberhessen bildete seinerzeit, wie auch andernorts, das Kontrollratsgesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946.³¹

Hermann Müller und August Decher wurden der Angenröder Zeitzeugenaussage zufolge dann am Morgen darauf mit einem LKW an der an der Hauptstraße gelegenen Gendarmerie-Station Angenrod abgeholt. Danach sei dann der Abtransport ins KZ Osthofen bei Worms erfolgt, wird berichtet.

August Decher musste sich in diesem ersten KZ auf dem Territorium des damaligen Volksstaats Hessen 1933 für insgesamt sechs Wochen im Rahmen der sogenannten Umerziehung dem strammen Reglement des Lagers unterwerfen. Allerdings, so berichtete August Decher später, habe er bei Osthofen lediglich in der Landwirtschaft mitarbeiten müssen, eine Tätigkeit, die ihm aber ohnehin recht gut lag. Frühmorgens hätte er beim Bauer sein müssen, und abends dann wieder im Lager.³²

Heute befindet sich in Osthofen eine KZ-Gedenkstätte. In den Gebäuden einer früheren Papierfabrik war das KZ direkt im Anschluss an die NS-Machtergreifung eingerichtet worden. Von Frühjahr 1933 bis Sommer 1934 waren dort Gegner des NS-Regimes, insbesondere Mitglieder der KPD, SPD und Gewerkschafter, aber auch Mitglieder des Zentrums, Israeliten, Sinti und Roma und weitere gefangen gehalten worden.³³

Der Angenröder NS-Gegner war dann während des Zweiten Weltkriegs auch in der Deutschen Wehrmacht als Soldat eingesetzt. Nach dem Krieg war Decher vor allem auch wieder in der Angenröder Landwirtschaft tätig.

Von Leopold Speier (1875 – 1944) (Abb. 08), einem Angenröder israelitischer Religionszugehörigkeit, ist dagegen die Internierung im KZ Osthofen archivalisch klar belegt.³⁴ Als Delikt wurde dem Angenröder Kaufmann und späteren Shoah-Opfer „Vergehen gegen die Verordnung zur Abwehr heimtücki-

29 Korell, Hans-Dieter, Kurzgefasste Dorfentwicklung Angenrods nach dem 2. Weltkrieg, in: Kultur in Angenrod, Ortsbeirat und die Vereine Angenrods sowie die Evangelische Kirchengemeinde Billertshausen (Herausg.). Red. Ingfried Stahl, (2006), S. 40; <http://dnb.info/985730641> (abgerufen am 15.11.2014).

30 HHStAW, Abt. 520 A, Nr. 3689/47b.

31 <http://de.wikipedia.org/wiki/Spruchkammerverfahren> (abgerufen am 16.11.2014).

32 Zeitzeugenmitteilung von Tochter Elise Schwarz.

33 <http://www.gedenkstaette-osthofen-rlp.de/> (abgerufen am 16.11.2014).

34 HStAD, Datenbank „Widerstand und Verfolgung“; HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Nr. T 93.

scher Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21.03.1933“ vorgeworfen.

Abbildung aus rechtlichen Gründen
in der Onlineausgabe entfernt.

Abb. 8: Leopold Speier (Yad Vashem: The Central Database of Shoah Victims' names, Internet Digital File: p220479).

Leopold Speier, so der in den Akten dokumentierte Sachverhalt, wurde wegen abfälliger Äußerungen über die Politik des Dritten Reichs im Frühjahr 1934 in sogenannte Schutzhaft genommen. So habe der unerschrockene Israelit unter anderem geäußert, dass Hitler das Volk „verkohle“ und belüge.

Speier wurde daher für vier Wochen in das Konzentrationslager Osthofen eingewiesen. In der gleichen Angelegenheit wurde Leopold Speier am 20. April 1934 vom Amtsgericht Alsfeld zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Ob er diese allerdings realiter verbüßen musste, ist jedoch nicht gesichert.

Leopold Speier wurde 1944 zusammen mit seinen Familienangehörigen Johanna geb. Weisenbach, seiner Ehefrau, und seinen beiden Kindern Alfred Speier und Liselotte Speier nach der Deportation am 7. September 1942 aus seinem Heimatort Angenrod zusammen mit vier weiteren Angenröder Israeliten Opfer der Shoah. Die vier Familienangehörigen Speier wurden am 28. Oktober im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet.³⁵

Auch Angenrods letzter israelitischer Gemeindevorsteher, Parnas Sally Wertheim (1888 – 1942) (Abb. 09), zählte zu den unerschrockenen NS-Widerständlern, wenngleich er in einem Gerichtsverfahren (Sondergericht bei dem Landgericht Darmstadt wegen „Vergehens gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933“, Vorwurf: politische Betätigung und „zwar gegen die hinter der heutigen Regierung stehende NSDAP“) keinen Hehl aus seiner grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber dem deutschnationalen Gedanken machte.



*Abb. 9: Sally Wertheim – Ausreiseantrag Juli 1940
(HStAD, Best. G 15 Alsfeld, Nr. Q 173, Aufn. 001179, Copyright).*

Dass der Angeklagte, „der Frontsoldat war, jederzeit national gedacht und gehandelt hat und niemals die deutschvölkische Bewegung bekämpft hat“, wurde damals von den von Wertheim beauftragten Rechtsanwälten unter Benennung zweier Angenröder Zeugen – Landwirt Ökonomierat Gustav Korell (Abb. 10) und kommissarischer Bürgermeister Karl Hoffmann (Abb. 11) – bekräftigt.³⁶ Wie auch weitere Angenröder Israeliten war Sally Wertheim nämlich Soldat im Ersten Weltkrieg. Sechs seiner Glaubensbrüder aus Angenrod starben allerdings

35 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html.de> (abgerufen am 16.11.2014).

36 HStAD, Best. G 27, Nr. 42, Justizaktz. SM 62/33.

damals den, wie es in den Gefallenen-Anzeigen zumeist hieß, „Heldentod fürs Vaterland“.



Abb. 10: Ökonomierat Gustav Korell (August Pfeffer).

Schon in den Jahren vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten, in der Zeit der sogenannten Hitler-Bewegung, muss in Angenrod in Kreisen der Bevölkerung die Propaganda der Nazis auf Resonanz gestoßen sein, wie ein in einer Archivalie des Staatsarchivs Darmstadt dokumentierter Fall in einer Gerichtsakte dokumentiert.³⁷

Der Angenröder Viehhändler Sally Wertheim wurde aufgrund von Zeugenaussagen von der Staatsanwaltschaft zu Darmstadt angeklagt, „am 2. April 1933 oder um diese Zeit zu Angenrod vorsätzlich eine unwahre Tatsache behauptet und verbreitet zu haben, die geeignet ist, das Ansehen der Reichsregierung oder das Ansehen der hinter der Regierung stehenden nationalsozialistischen Partei schwer zu beschädigen“, indem er äußerte: „In Straubing (Bayern) sei ein Jude misshandelt worden, demselben habe man den Geschlechtsteil abgeschnitten,

³⁷ HStAD, Best. G 27, Nr. 42, Justizaktenzeichen SM 62/63.

ihn dann erschossen und die Leiche auf einem Scheiterhaufen verbrannt oder so ähnlich.“



Abb. 11: Dienstausweis Bgm. Karl Hoffmann (HStAD, Best. R 4, Nr. 9017, Copyright).

Als Zeuge wurde ein Landwirt aus Zell aufgeführt, dem Wertheim – erfolgreicher Viehhändler und auch letzter Vorsteher der israelitischen Gemeinde in Angenrod – bei sich zu Hause erzählt hatte, von dieser Greuelthat von einem Viehhändler in Frankfurt erfahren zu haben.

Am 15. Mai 1933 erließ der Vorsitzende des Hessischen Sondergerichts (Darmstadt) Haftbefehl gegen Sally Wertheim. Es wurde ersucht, den Haftbefehl sofort zu vollstrecken und „den Wertheim“ in das Landgerichtstagegefängnis in Gießen einzuliefern. Vor der Einlieferung sei „der Wertheim dem Amtsgericht in Gießen zur Eröffnung des Haftbefehls vorzuführen.“

Bei der Vernehmung in Gießen (Hessisches Amtsgericht) erklärte Wertheim, Ende März 1933 sei er in Frankfurt M. auf dem Viehmarkt gewesen. Ein Albert Levi von Frankfurt a. M. habe ihm zugerufen, er solle doch einmal mitzuhören, was hier gesprochen würde über den Otto Selz.

Im Weiteren schildert Wertheim dann, vor etwa 15 Personen habe ein Xaver Solcher von Steinburg bei Straubing erzählt, dass fünf verummte Gestalten mit einem Auto bei Otto Selz vorgefahren seien. Dann seien sie in das Schlafzimmer des Otto Selz gegangen und hätten ihn nach einem Warnschuss mit in das Auto genommen, hätten ihn erschossen und hätten ihm den Geschlechtsteil abgeschnitten. 20 Kilometer von diesem Ort entfernt hätten sie die Leiche aus dem Auto geworfen, und es käme niemals heraus, wer es getan hätte.

Wertheim gibt im Vernehmungsprotokoll zu, zu Hause in seinem Stall einem Landwirt von Zell erzählt zu haben: „Ich habe mir aber nichts dabei gedacht, da auch dieser Vorfall in der Zeitung gestanden hat.“ Und Wertheim gibt abschließend einen Zeugen aus Alsfeld an, der bestätigen könne, dass Solcher dies alles in Frankfurt erzählt habe.

In der Strafsache wurde Wertheim nach dem Ergebnis der Ermittlungen auch vorgeworfen, schon seit langer Zeit im Kampfe gegen die deutschvölkische Bewegung stehen. Dieser Vorwurf der Kreisleitung der NSDAP in Alsfeld wurde dann, wie bereits erwähnt, von Wertheims Rechtsanwälten in ihrem Schreiben an das Hessische Sondergericht in Darmstadt entkräftet: „Das Gegenteil ist richtig.“

Am 27. Mai 1933 wurde Sally Wertheim mittags 12.55 Uhr aus dem Hessischen Landgerichtsgefängnis in Gießen „in Freiheit gesetzt.“ Die Verpflegungskostenabrechnung des Entlassungspapiers umfasst die Zeit vom 18.5.33 bis 27.5.33. Somit war Sally Wertheim insgesamt wegen „Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26.3.33“ neun Tage in Gießener Untersuchungshaft.



Abb. 12: Gendarmeriemeister Wilhelm Wagner (Ralf Härter).

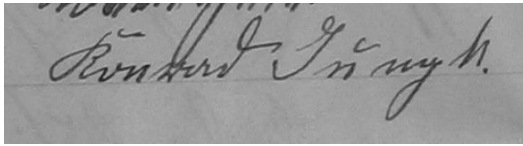
Mit Schreiben der Hessischen Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 12. Juni 1933 erhielt Viehhändler Wertheim die Ladung zur Hauptverhandlung am 16. Juni

1933 vor dem Sondergericht in Gießen. Unter den insgesamt vier geladenen Zeugen befand sich auch Angenrods Gendarmerie-Meister Wilhelm Wagner (Abb. 12).³⁸ Diese Verhandlung wurde allerdings abgesetzt. Und nach Einbindung auch der Staatsanwaltschaft Straubing fasste die Staatsanwaltschaft Darmstadt am 25. August 1933 den Beschluss: „das Verfahren wird eingestellt.“

In der Tat handelte es sich bei dem im März 1933 ermordeten Straubinger Vieh- und Güterhändler Otto Selz (1885 – 1933) um das erste jüdische Opfer der NS-Herrschaft in Deutschland.³⁹ An ihn erinnert heute ein Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Regensburg.⁴⁰

Als letztlich unhaltbar erwies sich auch im Zusammenhang mit der oben geschilderten Anklage eine von der Kreisleitung Alsfeld der NSDAP mit Schreiben vom 14. Juni 1933 vorgetragene Beschuldigung Wertheims für eine weit zurückliegende politische Aktion in Angenrod. Wertheim wurde beschuldigt, für die Entfernung der bereits im Jahre 1929 vom Haus einer traditionellen Angenröder Gastwirtschaft hängenden Hakenkreuzfahne verantwortlich zu sein.⁴¹

Vor besagter Fahnenentfernung soll sich laut Aussagen der Beteiligten der Angenröder Polizeidiener gehalten gesehen haben, die an der Gastwirtschaft herabhängende Hakenkreuzfahne wieder entfernen zu lassen. Damaliger Polizeidiener Angenrods war Konrad Jungk („Joste Konn“, d. Verf.)



*Abb. 13: Autograph Ortsdiener Konrad Jungk
(Stadtarchiv Alsfeld: Protokollbuch Angenrod, S. 76, Sitzung am 27.06.1920).*

Über seine Gießener Rechtsanwälte verwahrte sich Wertheim unter Benennung von mehreren – auch Angenröder – Zeugen gegen diese Beschuldigungen. Mit der Herunterholung der Hakenkreuzfahne habe er „nicht das geringste zu tun.“ Im August 1929 habe der Angeklagte mit einem Herrn Oppenheimer aus Angenrod vor besagter Wirtschaft gestanden, als der Polizeidiener gekommen sei und den Wirt aufgefordert habe, er möge die Fahne herunterholen, „sonst gäbe es den größten Streit.“

Daraufhin habe dann der Knecht des Gastwirts die Fahne heruntergeworfen. Der Angeklagte habe sie aufgehoben und dem Eigentümer behändigt. Als Zeuge wurde der Knecht persönlich angegeben.

Nach den Pogromereignissen vom November 1938 zählte Sally Wertheim auch zusammen mit den Angenrödern Leopold Speier, Moritz Schaumberger und Abraham Steinberger zu den sogenannten Aktionsjuden, die ins KZ Bu-

38 HStAD, Best. S 1.

39 <http://de.wikipedia.org/wiki/Straubing> (abgerufen am 16.11.2014).

40 <http://www.ipernity.com/doc/ruebenkraut/3497720> (abgerufen am 16.11.2014).

41 HStAD, Best. G 27, Nr. 42.

chenwald verbracht wurden und dort mehrwöchig inhaftiert waren. Dort wurde Wertheim kahlgeschoren und gedemütigt. Barhäuptig kehrte er drei Wochen später nach seiner Freilassung mit der Bahn nach Alsfeld zurück. Er hatte unter anderem starke Erfrierungen davongetragen.⁴²

Josef Schulte (*1905 in Westernkotten/Lippstadt), vorletzter Pächter des Hofguts Angenrod (Abb. 14), war katholischer Konfession und sicher aufgrund seiner religiösen Grundhaltung dem Nationalsozialismus gegenüber relativ reserviert eingestellt. Insbesondere pflegte Schulte auch gute Geschäftsbeziehungen zu Israeliten, sowohl von außerhalb als auch vor allem zu dem letzten in Angenrod verbliebenen Viehhändler Sally Wertheim. Dass er, Schulte, mit Wertheim Handel getrieben habe, indem er einige Stück Vieh an diesen verkaufte, bestätigte der Hofgutpächter auch bei seiner Vernehmung im Oktober 1936 als Beschuldigter durch die Hessische Staatspolizeistelle Gießen.

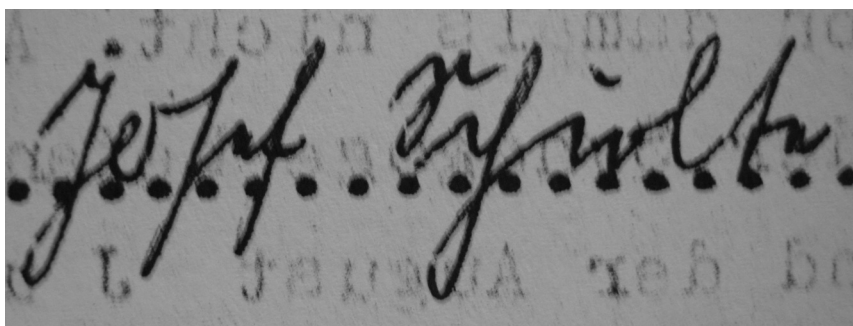


Abb. 14: Autograph Josef Schulte (HStAD, Best. H 13 Gießen, Nr. 510 1-2).

Zeitzeugenaussagen zufolge soll sich Sally Wertheim auch des Öfteren privat bei Schulte aufgehalten haben, wohl auch Indiz für die persönliche Verbundenheit des Hofgutpächters mit dem Israeliten.

1936 jedoch war es zu einem Ermittlungsverfahren von Polizei und der Anklagebehörde beim Sondergericht Darmstadt gegen Gutspächter Josef Schulte gekommen. Zur Last gelegt wurde Schulte, er habe sich des Vergehens gegen das „Heimtückegesetz“ schuldig gemacht. Konkret vorgeworfen wurden ihm „verächtlichmachende Äußerungen gegen Staat und NSDAP.“⁴³

Ausgangspunkt war die Anzeige eines bei Schulte in Stellung befindlichen Melkers, der dann seinen Dienst aufgab, den Hofgutpächter aber wegen „verächtlichmachender Äußerungen gegen Staat und Partei“ bei der Landesgendarmerie Alsfeld anzeigte.

Unter anderem wurde Pächter Schulte zitiert, „wenn man 1923 Adolf Hitler und seine Konsorten erschossen hätte so wäre es besser gewesen als eingesperrt,

42 Wertheim Stein, Mathilda: The way it was - The Jewish World of Rural Hesse, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia (2002), S. 110.

43 HStAD, Best. G 27 Darmstadt, Nr. 3696.

aber die damalige Regierung war zu feige dazu, wir hätten jetzt bessere Zustände wenn wir die Systemzeit noch hätten, wir würden dann mehr verdienen!“

Von dem Anzeige Erstattenden, selbst Mitglied der deutschen Arbeitsfront, wurden diese Äußerungen so interpretiert, „daß Schulte mit den Einrichtungen des III. Reiches nicht einverstanden ist und stellt diese zweifellos eine staatsfeindliche Äußerung dar.“

Schulte, so heißt es in der Anzeige weiter, habe sich auch schon des Öfteren gegen die Maßnahmen des Reichsnährstandes in herabfälliger Weise geäußert. Außerdem verkehrten bei Schulte „fast täglich die Angenröder Juden, auch solche von Neustadt.“

In seiner Vernehmung durch die Hessische Staatspolizeistelle Gießen am 19. Oktober 1936 gab der Beschuldigte, also Josef Schulte, dann zu Protokoll, er habe vor der Machtübernahme einer Partei nicht angehört und habe sich politisch noch nie betätigt: „Ich gehöre auch heute der NSDAP oder einer Nebenorganisation derselben nicht an.“

Zu den angeblich von ihm gemachten Äußerungen müsse er sagen, dass er sich „auf solche Worte und auf eine derartige Unterhaltung“ „nicht mehr entsinnen kann.“ Seine, Schultes, politische Einstellung, „die nach den getroffenen Maßnahmen der Regierung für die heutigen Zustände als bejahend sind“, müsse er sagen, „dass ich mich gegen unsern Führer in einer derartigen Form niemals auslassen würde.“

Er müsse also bestreiten, „solche Worte gebraucht zu haben.“ Richtig sei dagegen, „dass ich in kritisierender Weise mich schon über die Maßnahmen der bisher vorhandenen Fleischnapppheit und die diesbezüglichen Preise ausgelassen habe, indem ich angab, dass die Sache doch etwas behoben werden könnte, wenn die Schweinefleischpreise in dieser Knappheitszeit etwas anziehen würden.“

Weiter verwies Schulte darauf, dass er es nicht verstehen könne, „dass man in der arbeitsreichen Zeit in der Landwirtschaft noch nicht den Arbeitermangel beseitigt hätte.“ So fehle es in der Haupterntezeit „bei uns Landwirten immer noch an Arbeitskräften, die doch anderweitig sicherlich noch zur Verfügung sind.“

Schulte bewirtschaftete seinerzeit seinen eigenen Angaben zufolge Landwirtschaft in der Größe von 240 preußischen Morgen, verfügte über einen Viehbestand von sechs Arbeitspferden, circa 40 Stück Rindvieh, etwa 40 Schweinen und etwa 25 bis 30 Stück Kleinvieh.

Der Hofgutpächter bekundete aber mit Blick auf seine wirtschaftlich motivierte Kritik, er sei „deshalb aber kein Gegner des heutigen Staates und dessen Einrichtungen.“ Die Angelegenheit mit dem Melker betrachte er vielmehr als einen persönlich motivierten Racheakt desselben. Er, Schulte, sei nicht in einer Organisation, habe sich aber bei der Sammlung zum Winterhilfswerk „noch niemals ausgeschlossen.“

Im Bericht der Stapo Gießen wird dann festgestellt, die in Angenrod angestellten Ermittlungen über die Person des Schulte hätten ergeben, „dass er all-

gemein nicht beliebt ist.“ Als möglichen Grund hierfür wurde dessen katholische Konfession in einem ansonsten evangelischen Einwohnerumfeld in Angenrod angeführt. Er beteilige sich auch nicht an „politischen Versammlungen oder an sonstigen die Gemeinde betreffenden Veranstaltungen.“

Der Bürgermeister, der Ortsbauernführer, Stützpunktleiter und auch der in Angenrod stationierte Gendarmerie-Hauptwachtmeister Pichot (Emil Piechot, d. Verf.)⁴⁴ hätten über Schulte in politischer Hinsicht kein Urteil abgeben können, wird bilanziert. An Versammlungen beteilige sich der Hofgutpächter „trotz seiner großen und ertragreichen Landwirtschaft mit Viehzucht“ nur insofern, „dass er gibt, wozu er angehalten ist.“

Und die Staatspolizei kommt zu folgendem Resümee: „Dem ganzen Verhalten nach ist Schulte kein Freund der nationalen Bewegung, kann andererseits aber auch nicht als ein ausgesprochener Gegner des heutigen Staates angesehen werden.“

In den weiteren Ermittlungen wird festgehalten, dass die Glaubwürdigkeit des Anzeige erstattenden Melkers, bezogen auf vorausgegangene Meldungen beim Gendarm, nicht sicher sei. Allerdings könne Pichot [sic] nicht sagen, ob dies auch für den vorliegenden Fall zutrefte.

Das Ermittlungsverfahren gegen Schulte schloss dann am 9. November 1936 mit einer Vorladung des Gutspächters bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), Staatspolizeistelle Darmstadt, Außendienststelle Gießen.

Josef Schulte wurde „das Verwerfliche seines Verhaltens und seiner Handlungsweise am 9. November 1936 in Angenrod vorgehalten und ihm gleichzeitig eröffnet, dass er im Wiederholungsfalle strengere Maßnahmen und gegebenenfalls Schutzhaft zu erwarten“ habe.

Der Angenröder Gutspächter erklärte hierauf mit persönlicher Unterschrift: „Ich will diese Warnung beherzigen und verspreche, keinen Anlass zu einem nochmaligen Einschreiten gegen mich zu geben.“

Eine zunächst nicht so transparente, ja eigentlich eher widersprüchliche Rolle im Bereich der NS-Widerständler spielte aufgrund der vorliegenden Archivalien Angenrods Dr. jur. Sigfrid Graf Bernstorff (Abb. 15) (geb. 03.10.1888 in Hinrichshagen, gest. 06.06.1960 in Alsfeld).⁴⁵ Sehr merkwürdig mutete vor allem der erste Nachweis seiner Verflechtung mit dem NS-Regime an.

Georg Sigfrid Graf Bernstorff, Sohn des Eberhard Graf Bernstorff und seiner Ehegattin Elisabeth geb. Wangenheim, war nämlich seit April 1933 bis September 1939 förderndes Mitglied der SS,⁴⁶ das heißt er zahlte regelmäßig, wie auch sein Beitragsheft durchgängig nachweist, Förderbeiträge an die SS.⁴⁷

44 HStAD, Best. S 1.

45 Angaben auf dem Grabstein Graf Bernstorffs auf dem Friedhof auf dem Getürms.

46 HStAD, Best. H 12 Darmstadt, Nr. 10387.

47 <http://de.wikipedia.org/wiki/Schutzstaffel> (abgerufen am 16.11.2014).



Abb. 15: Sigfrid Graf Bernstorff (Hilde Almenröder).

Seinen ursprünglichen Förderbeitrag von monatlich 3 RM ließ der Graf dann allerdings ab 1. August 1934 auf monatlich eine Reichsmark ändern. Graf Bernstorff (Fördermitgliedsbuch Nr. 55475) wohnte damals in Berlin-Charlottenburg, Tegelerweg 10.

Allgemein bekannt ist, dass die SS in der Nazi-Ära das wohl brutalste Terror- und Repressionsorgan im Deutschen Reich war. Während des Krieges war sie an Planung und Ausübung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, vor allem im Bereich des Holocausts, massiv beteiligt. Folgerichtig wurde diese verbrecherische Organisation auch 1945 verboten.

Während des Krieges war Dr. jur. Dr. phil. Sigfrid Graf Bernstorff, zuvor seiner beruflichen Tätigkeit in Berlin nachkommend, seinen eigenen Lebensbeschreibungen zufolge in den Untergrund abgetaucht. Der junge Graf war in Berlin als Kunsthändler tätig und hatte hierbei auch intensive Handelskontakte mit israelitischen Kunstsammlern in der Reichshauptstadt. Seit Mitte 1934 war er nach Aufgabe seiner Stellung im „Deutschen Versicherungskonzern“ freier Makler für Kunstgegenstände und Juwelenkommissionsgeschäfte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg (1951 – 1955, 1956) bemühte sich der multilinguale Graf – er sprach fünf Sprachen fließend – auf Ebene der Justiz unbeirrt und mit großem Nachdruck um Entschädigung für erlittenen „Schaden an Körper und Gesundheit, an Freiheit, an wirtschaftlichem Fortkommen sowie an

Eigentum und Vermögen durch Leben in der Illegalität in Deutschland von 1943 bis 1945 aufgrund Gegnerschaft zum Nationalsozialismus.“⁴⁸

Sigfrid Graf Bernstorff hatte am 29.3.1950 aufgrund dieses Sachverhalts obige Ansprüche nach dem Entschädigungsgesetz angemeldet. Mit Bescheid vom 8.11.1951 lehnte die Fachbehörde jedoch die angemeldeten Ansprüche ab. Sie begründete dies in erster Linie mit der „Vorschubleistung des Antragstellers durch seine fördernde Mitgliedschaft bei der SS.“

Ein Teilbeschluss in dieser Entschädigungssache – Antragsteller: Dr. Georg Sigfrid Graf v. Bernstorff in Angenrod (Kreis Alsfeld), Hauptstraße 26; Antragsgegner: das Land Hessen, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt, als Fachbehörde – erging dann am 17. Oktober 1952, und zwar von der 2. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Darmstadt, Sitz Offenbach am Main, nach mündlicher Verhandlung vom 9. Oktober 1952.

Graf Bernstorffs Anspruch auf Schaden an Eigentum und Vermögen sei, soweit er sich auf die überhöhten Ausgaben an Lebenshaltungskosten während des illegalen Lebens vom 10. Juli 1943 bis 8. Mai 1945 beziehe, dem Grunde nach gerechtfertigt. Mit den weiteren Ansprüchen wegen Eigentums- und Vermögensschaden wurde der Antragsteller jedoch zurückgewiesen.⁴⁹

Als Gründe für die Zurückweisung der weiteren Ansprüche führte die o. a. 2. Wiedergutmachungskammer unter anderem an, dass der heute 70jährige Antragsteller am 1.1.1947 seinen rechtmäßigen Wohnsitz in Angenrod (Krs. Alsfeld) gehabt habe: „Sein Spruchkammerverfahren wurde durch Beschluss des öffentlichen Klägers der Spruchkammer Alsfeld vom 14.1.1947 gem. Art. 33 V. Befreiungsgesetz eingestellt, da der Antragsteller (Graf Sigfrid, d. Verf.) entlastet sei, obgleich er 1933 bis 39 der SS als förd. Mitglied angehört habe.“

Bis zum 1.6.1934 sei der Antragsteller beim Deutschen Versicherungskonzern Berlin-Wilmersdorf (Christl. Gewerkschaften) tätig gewesen. Diese Tätigkeit habe er dann aber aufgegeben, „weil er nicht in die Partei eintrat.“ Danach sei er als freier Makler in Berlin tätig gewesen.

„Seit der Verhaftung des Vettters des Antragstellers, des im April 1945 noch ermordeten ehem. Botschaftsrates Albrecht von Bernstorff, im Juli 1943 hielt sich der Antragsteller versteckt, nachdem er bereits mehrfach von der Gestapo verhört worden war und Haussuchungen bei ihm stattgefunden hatten.“

Er habe dann, so ist im Teilbeschluss weiter zu lesen, bis Anfang Mai 1945 illegal in verschiedenen Großstädten, insbesondere Hannover, München und Wien gelebt. Die Lebenshaltungskosten während dieses illegalen Lebens ohne Lebensmittelkarten und einhergehend mit häufigen Reisen und Hotelaufenthalten seien sehr hoch gewesen, befand die Wiedergutmachungskammer.

Der Graf habe, um dies zu finanzieren, sein von seiner Mutter (Gräfin Elisabeth, d. Verf.) ererbtes Vermögen nahezu vollständig aufgebraucht. Unter den verkauften Gegenständen habe sich auch ein Gemälde von Jan Steen befunden,

48 Justizaktenzeichen: 2 Wi KE 2098; 8 U 98/53.

49 Bei den nachfolgenden Originalzitatzen wurden vom Verfasser orthographische Korrekturen unter Zugrundelegung der heutigen Rechtschreibung vorgenommen.

jedoch habe der Antragsteller den „telegrafisch im März 1945 angewiesenen Erlös in Höhe von 77 687 RM“ nicht erhalten.

Im Teilbeschluss der Wiedergutmachungskammer ist dann weiter zu lesen, dass Graf Bernstorff die Grundbuchauszüge aus dem Grundbuch von Angerod Bd. VI. Bl. 287 und Billertshausen Bd. I Bl. 64 vorgelegt habe. Die Kammer habe auch die Spruchkammerakten des Antragstellers beigezogen, einen Rechtsanwalt und Notar in Großburgwedel als Zeugen vernehmen lassen mit Blick auf die Widerstandsleistungen, „insbesondere durch Hilfeleistung an Juden“, und die politische Überzeugung des Antragstellers.

Die Wiedergutmachungskammer kam zum Ergebnis, dass die Voraussetzungen des § 1 EG auf den Antragsteller zuträfen. Dies habe die Beweisaufnahme „eindeutig ergeben.“ Auf Basis von unter anderem auch glaubhaften eidesstattlichen Versicherungen von Zeugen ergebe sich „in Verbindung mit der damit voll übereinstimmenden Darstellung des Antragstellers, dass dieser ein überzeugter und erbitterter Gegner des Nationalsozialismus war.“

Im Einzelnen sehe das Gericht diesbezüglich Folgendes für erwiesen an: „Der Antragsteller stammt aus einer hannoverschen Adelsfamilie. Er wollte deshalb nicht in den Dienst des Staates, d. h. in die Dienste des Königs von Preussen und Deutschen Kaisers treten und wandte sich deshalb einem kaufmännischen Beruf zu, nachdem er den Dr. jur. Titel erlangt hatte, und stand zunächst in Diensten der Deutschen Bank.

Er führte hier hauptsächlich Verhandlungen mit ausländischen Höfen. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er nach dem Wegfall seines Wirkungsbereiches zunächst selbständig. Er gehörte damals der deutsch-hannoverschen Partei an, begründete den Demokratischen Klub in Berlin mit und war im Vorstand des Reichsbanners.

Er unterhielt enge Beziehungen mit Politikern der demokratischen Parteien und Reichstagsfraktionen. Von 1932 bis zur Auflösung war der Antragsteller Mitglied der Zentrumspartei. Im April 1932 nahm er eine Stellung bei dem Deutschen Versicherungskonzern an, der Versicherung der Christlichen Gewerkschaften.

Diese verlor er dann, weil er sich nicht bereit erklären konnte der NSDAP beizutreten. Er lebte dann in der Folge größtenteils von Unterstützungen, die ihm sein Vetter Albrecht, mit dem er eng befreundet war, gewährte.

Mit seinem Vetter und dem Leg. Rat. (Legationsrat, d. Verf.) Kuenzer, der ebenfalls von der SS ohne Verfahren getötet wurde, arbeitete der Antragsteller auch politisch zusammen. Der Kreis um die Genannten bemühte sich im Wesentlichen darum, vom Nationalsozialismus verfolgten Personen, insbesondere Juden, zur Flucht ins Ausland zu verhelfen und ihnen auch das Vermögen zu retten.

In dieser Weise hat sich auch der Antragsteller in vielen Fällen betätigt und zwar mit größtem Erfolg, wie auch im Fall des Herrn Wallach. Der Antragsteller war deshalb als Gegner in weiten Kreisen der damaligen Gesinnungsfreunde

bekannt. Er wurde von der Gestapo überwacht, oft vernommen, außerdem wurden Haussuchungen bei ihm durchgeführt.

Unter anderem wurde der Antragsteller von der Gestapo verdächtigt, dem jugoslawischen Militärattaché in Berlin Tag und Stunde des Luftangriffs auf Belgrad verraten zu haben. Als die Nachstellungen immer schärfer wurden, der Vetter des Antragstellers schließlich zusammen mit Kuenzer verhaftet wurde, gab der Antragsteller am 10.7.1943 seine Tätigkeit als freier Makler in Berlin ebenfalls auf und lebte illegal.

Von befreundeter Seite wurde ihm vertraulich mitgeteilt, dass seitens der Gestapo ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. So musste er sich bis zum 13.5.1945 versteckt halten, an welchem Tag er nach Angenrod zurückkehren konnte. Selbst bei einem Besuch in seiner Wohnung in Angenrod am 21./22.9.1944 musste der Antragsteller sich bei geschlossenen Fensterläden aufhalten, da er auch dort gesucht wurde.“

Die Wiedergutmachungskammer stellte aufgrund der Vita Sigfrid Graf Bernstorffs fest, es sei erwiesen, dass Bernstorff wegen seiner politischen Überzeugung im Sinne des § 1 EG verfolgt worden sei und er dadurch Schaden erlitten habe: „Wenn der Antragsteller 1933 der SS als förderndes Mitglied beitrug, um – wie verständlich ist – schon damals möglichen Verfolgungen zu entgehen, nachdem er von befreundeter Seite dahingehend beraten wurde und lange mit sich gekämpft habe, so liegt darin zwar eine gewisse verhältnismäßig leichte Vorschubleistung im Sinne des § 1 II.EG, die jedoch durch die nachgewiesenen erheblichen Widerstandshandlungen, insbesondere Hilfeleistungen an Verfolgte, ausgeglichen wird.“

Der Antragsteller habe daher auch einen Anspruch auf Wiedergutmachung des Schadens an Vermögen, den er im Zuge der Verfolgung seitens der Gestapo erlitten habe. Dies seien die überhöhten Ausgaben von ihm für Lebenshaltung während der Illegalität.

Das mütterliche Vermögen habe Graf Bernstorff im Laufe der nationalsozialistischen Zeit im Wesentlichen eingebüßt, stellte die Wiedergutmachungskammer fest. Die zugesprochene Entschädigung für die Zeit vom 10.7.1943 bis 8.5.1945 sei also gerechtfertigt.

Wegen der Frage des Freiheitsschadens durch illegales Leben wies die Kammer den Antragsteller aber bereits auf eine diesbezügliche Neuregelung in dem in Vorbereitung befindlichen Bundesgesetz hin. Nach dem Entschädigungsgesetz könne ihm hierfür eine Entschädigung nicht zugebilligt werden.

Zurückzuweisen sei der Antragsteller bezüglich Herleitung von auch Ansprüchen aus dem Verlust des Gemäldeerlöses (Gemälde von van Steen, nicht erhaltener Verkaufserlös von 77 687 Reichsmark im März 1945, d. Verf.). Es handele sich dabei um „keine unmittelbar durch die Verfolgung verursachte Vermögenseinbuße, wenngleich sie letztlich auf den durch die Notlage bedingten Verkauf des Bildes zurückgehe.

Nach herrschender Meinung würden derartige „mittelbare Schäden“ vom Entschädigungsgesetz nicht erfasst. Die Kammer verwies den Antragsteller dies-

bezüglich aber auf die mögliche Erfassung des Schadens und eventuelle neue Anmelde-möglichkeit nach dem zu erwartenden Gesetz.

Mit diesem Teilbeschluss war jedoch die Entschädigungssache Bernstorff versus Land Hessen noch längst nicht abgeschlossen. Das Land als Beklagte legte Rechtsbeschwerde gegen diesen Teilbeschluss ein. Nach mündlicher Verhandlung vom 6. Juli 1955 durch den Senatspräsidenten und zwei Oberlandesgerichtsräte verkündete der 8. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main das Urteil. Für Recht erkannt wurde: „Die Berufung des Beklagten gegen den Teilbeschluss der 2. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts in Darmstadt – Sitz Offenbach – wird zurückgewiesen. Die außergerichtlichen Kosten trägt der Beklagte“ und abschließend: „Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.“

Bei den Entscheidungsgründen folgte das OLG prinzipiell den Ausführungen beim Teilbeschluss der Kammer, hob aber noch einige wichtige Details in der Vita Sigfrid Graf Bernstorffs hervor.

Durch die Beweisaufnahme der 2. Instanz sei die Feststellung des Landgerichts bezüglich der Verfolgung des Klägers wegen seiner gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung „in vollem Umfang bestätigt worden.“ Der übereinstimmenden Bekundung aller Zeugen entsprechend sei der Kläger ein „ungewöhnlich erbitterter und unversöhnlicher Feind des Nationalsozialismus“ gewesen: „Dessen Weltanschauung und Ziele hat er vorbehaltlos und schroff abgelehnt und bekämpft, wie er dessen Herrschaftssystem und Methoden verurteilt hat.“

Wie auch sein Vetter Albrecht und der Geheimrat Dr. Kuenzer, die beide später als „Staatsfeinde“ hingerichtet worden seien, sowie der Jesuitenpater Georg von Sachen habe auch Sigfrid Graf Bernstorff es sich zur Hauptaufgabe gemacht, vom Nationalsozialismus verfolgten Personen, insbesondere Juden, jede nur mögliche Hilfe und Unterstützung zuteilwerden zu lassen.

So habe er persönlich große Vermögenswerte ausgewanderter Juden ins Ausland gebracht und ihnen dadurch die Bestreitung ihres Lebens und den Neuaufbau einer Existenz ermöglicht. Andere habe er vor der Verhaftung und Deportation bewahrt, indem er ihnen bei der Flucht ins Ausland, insbesondere durch Beschaffung falscher Pässe, behilflich gewesen sei oder aber sie im Ausland versteckt habe.

Im Krieg, als die Juden von der Lebensmittelzuteilung weitgehend ausgeschlossen gewesen seien, habe Sigfrid Graf Bernstorff zudem diese mit Lebensmitteln versorgt. Und dem Grafen wurde attestiert, alles in seinen Kräften stehende getan zu haben, „um Verfolgte vor den seitens des Nationalsozialismus drohenden Gefahren zu schützen.

„Durch seine ständig wiederholten Reisen ins Ausland, durch seinen offenen Umgang mit Juden und seine Beziehungen zu Staatsfeinden war die Gestapo auf ihn aufmerksam geworden. Seine politische Überzeugung ist ihr nicht verborgen geblieben. Die Folge davon war, dass er überwacht und seine Post heimlich kontrolliert wurde.

Sowohl in seiner Wohnung wie bei Bekannten wurden häufig Erkundigungen über ihn und sein Verhalten eingezogen. Der Zeuge H., der dem Kläger sein Büro zur Verfügung gestellt hatte, war von der Gestapo beauftragt worden, jede Aufenthaltsveränderung des Klägers sofort anzuzeigen. Das Vorgehen der Gestapo deutete darauf hin, dass sie vor allem an seinem Umgang mit Juden und Ausländern sowie mit seinem Vetter Albrecht Anstoß nahm. Der Kläger ist auch selbst von der Gestapo verhört worden, insgesamt etwa 17mal.

Einige Male hatte man ihn auch vorübergehend festgenommen. Als sein Vetter Albrecht und Dr. Kuenzer verhaftet worden waren, wandte sich der Kläger an den im Auswärtigen Amt beschäftigten Legationsrat P., mit dem er befreundet war, um zu ermitteln, welche Gründe für die Verhaftung maßgebend gewesen waren.

P. verriet ihm bei dieser Gelegenheit, dass auch seine, des Klägers, Verhaftung wegen Zusammenarbeit mit seinem Vetter und wegen seines sonstigen Verhaltens bereits angeordnet worden sei und unmittelbar bevorstehe. P. wusste dies aus den ihm zugänglichen amtlichen Unterlagen. Er drängt den Kläger, so schnell wie möglich aus Berlin zu verschwinden und sich künftig verborgen zu halten.

Das hat der Kläger auch getan. Er entfernte sich aus Berlin und wechselte von da an ständig seinen Aufenthalt, wobei er seinen Namen änderte und es unterließ, sich polizeilich anzumelden. Lebensmittelkarten konnte er unter diesen Umständen nicht beziehen. Er musste sich solche Karten oder die Nahrungsmittel zu wucherischen Schwarzmarktpreisen illegal verschaffen.

Die Besonderheit seines Zustandes brachte es zwangsläufig mit sich, dass sich auch die Ausgaben für die sonstige Lebenshaltung beträchtlich verteuerten und ihm Ausgaben erwuchsen, die er bei normalen Verhältnissen nicht gehabt hätte. Einer Erwerbstätigkeit konnte er naturgemäß in dieser Zeit nicht nachgehen.

Er war deshalb gezwungen, die ihm verbliebenen Vermögenswerte, insbesondere den von seiner Mutter ererbten Schmuck, zu verkaufen. Dabei musste er Unterpreise in Kauf nehmen. Die erheblichen Mehraufwendungen und andere Nachteile, die durch die Illegalität bedingt waren, sind Schäden, die dem Kläger durch die Verfolgung an seinem Vermögen entstanden sind. Es besteht kein Zweifel, dass dieser Schaden schwer war. Der Beklagte hat dem Kläger dafür gemäß § 23 BEG Entschädigung zu gewähren.“

Und bezüglich der fördernden Mitgliedschaft von Bernstorffs in der SS wurde festgestellt, dass diese Einrichtung im damaligen Staat und Parteisystem eine „untergeordnete Rolle“ gespielt habe. Hinsichtlich der Vorschubleistung für den NS-Staat durch diese Zugehörigkeit sei aber der Nutzen, den er dem System durch seine Mitgliedschaft gebracht habe, „völlig unbedeutend.“

Seine Mitgliedschaft sei im allgemeinen unbekannt geblieben und er habe nur einen Beitrag von 1 RM monatlich und auch diesen nur bis 1939 entrichtet. Im gleichen Passus der Urteilsbegründung wurde aber noch einmal betont, dass Sigfrid Graf Bernstorff demgegenüber „zahlreiche Juden vor der Vernichtung

errettet und erhebliche Vermögenswerte von Juden dem Deutschen Reich vor-
enthalten hat.“

Die Entschädigungssache Bernstorff/Land Hessen wurde dann endgültig mit
einem Vergleich abgeschlossen. Zunächst – am 3. August 1955 – hatten die
Darmstädter Rechtsanwälte Bernstorffs den Streitwertvorschlag von 25 000 DM
gemacht. Mit Schreiben vom 20. September 1955 des Hessischen Ministers des
Innern an das Oberlandesgericht – 8. Zivilsenat – Frankfurt am Main teilte
dieser dann mit, dass der Streitwert auf höchstens 5 000 DM festgesetzt werden
könne.

Am 21. Oktober erklärten sich die justiziarischen Vertreter Sigfrid Graf
Bernstorffs mit diesem Streitwert einverstanden, gefolgt vom Beschluss des 8.
Zivilsenats des OLG Frankfurt: „Der Streitwert des Berufungsverfahrens wird
auf 5 000 DM festgesetzt.“

Das ganze Verfahren dann endlich abschließend teilte der Regierungspräsi-
dent Darmstadt dem Landgericht Darmstadt – 2. Entschädigungskammer – mit,
„daß sich der Rechtsstreit durch außergerichtlichen Vergleich vom 13.12.1955
erledigt hat.“

Der Vergleich sah vor, dass das Land Hessen 4 000 DM zu zahlen habe, auch
die außergerichtlichen Kosten von 300 DM: „es ist daher nur noch über die
Gerichtskosten zu entscheiden.“

Und als letzte Stellungnahme in den Archivalien findet sich die Antwort der
mit der Entschädigungssache betrauten Rechtsanwälte aus Darmstadt, adressiert
an die Entschädigungskammer Darmstadt – Offenbach/Main: „Auf Ihre An-
frage vom 31.5.1956 nehme ich die Klage hiermit zurück.“

Bernstorff, letzter Angenröder Hofgutbesitzer (Abb. 16), konnte also zu
seiner Entlastung eine ganze Reihe von Zeugen und Kontaktpersonen aufbieten,
die ihm unisono mit schriftlichen und auch ganz detaillierten Erklärungen
Unterstützungen bei der Emigration jüdischer Bürger Berlins ins westliche Aus-
land, insbesondere in die U.S.A., bestätigten. Dabei habe er sich auch großer
persönlicher Gefahr ausgesetzt.



Abb. 16: Hofgut Angenrod um 1940 (Postkarte Angenrod 1940, Teilbild).

So schilderte ein in Friedberg wohnender Israelit in einer eidesstattlichen Erklärung, dass Bernstorff ihm bei seiner Auswanderung im Jahre 1936 „unschätzbare Dienste“ geleistet habe. In diesen Jahren seien alle Länder für Auswanderer gesperrt gewesen, oder man habe sich unerfüllbaren Bedingungen unterwerfen müssen. Beispielsweise habe das uruguayische Konsulat zwölf Zeugen gefordert, die beurkundeten, dass man sich „nie als Kommunist oder Anarchist betätigt habe.“

Und der Zeuge fuhr fort, er bestätige „gerne, dass es Graf Sigfried Bernstorff war, der, dadurch, dass er dem Herrn Gesandten von Uruguay in Berlin gegenüber, für mich schriftlich zu bürgen sich bereit erklärte, es allein erwirkte, dass ich die Genehmigung zur Einwanderung nach Uruguay, ausnahmsweise, ohne weitere Prüfung, sogleich erhielt.“

Auch – neben weiteren entlastenden Zeugen wie Eugen Prinz von Anhalt, Herzog von Sachsen – bestätigte im Mai 1954 ein dann in Haifa/Israel lebendes Ehepaar en détail in einem Brief an Graf Bernstorff, wie der Graf geholfen habe. So schrieb die Ehefrau, eine ehemalige Alsfelderin, es sei „bis heute ein Trost zu wissen, dass es Leute wie Sie gegeben hat, die den Mut und die Geradlinigkeit hatten, trotz aller damit verbundenen Gefahren ihren jüdischen Freunden treu zu bleiben und ihnen zu helfen, wo sie nur konnten.

Ich sehe Sie noch vor mir, wie Sie in unserem Biederzimmer im alten Lehnstuhl saßen, um uns zu beraten, und nie kann ich meine Leica in die Hand nehmen, ohne daran zu denken, dass Sie es waren, der sie mir unter eigener Gefahr nach London hinausbrachte.“ Durch diese „gute Tat“ sei es ihr dann, da sie in den ersten Monaten nach der Auswanderung keine Arbeit in ihrem Berufe gefunden habe, möglich gewesen, als Gehilfe in einer Photohandlung „mit der von Ihnen glücklich geretteten Leica“ in Arbeit zu gelangen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, als sich nach der US-Besatzung in Hessen allmählich die Verwaltung etablierte mit Ludwig Bergsträsser (1883 – 1960) als Regierungschef von Groß-Hessen und späterem (bis 1948) Regierungspräsident Darmstadt,⁵⁰ hatte der Graf sogleich intensiven Briefkontakt mit dem von der US-Militärregierung für den Verwaltungs-Neuaufbau beauftragten Politiker (Abb. 17).

Der Angenröder Gutsbesitzer bot 1945 sogar seine Unterstützung beim Aufbau der demokratischen Kommunalstrukturen in Hessen an.⁵¹ So ist im ersten seiner Briefe (27.08.1945) zu lesen: „Sehr verehrter Herr Präsident, aufrichtig habe ich es bedauert, Ihnen meine Aufwartung nicht machen zu können, als ich am Mittwoch der vergangenen Woche, dem 22. d. M., nach Darmstadt gefahren war, um dies zu thun.

⁵⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Bergstr%C3%A4sser (abgerufen am 16.11.2014).

⁵¹ HStAD, Best. O 21, Nr. 9/5.



Abb. 17: Ludwig Bergsträsser (HStAD, Best. R 4, Nr. 706 UF)^(

Ich hoffe aber, mich bei Ihnen melden zu dürfen, wenn Sie Ihr Weg, wie ich höre, in näherer Zeit nach Alsfeld führt.

Ist es nicht zu unbescheiden, so möchte ich Sie bitten, hier dann eine Mahlzeit zu nehmen, Angenrod ist 3 Autominuten nur von Alsfeld entfernt. Sie müssten aber sehr vorlieb nehmen, in meinem alten, sehr verfallenen Hause, mit einem mehr als einfachen Essen.

Wieviele Jahre, Jahre der Schmach und der Schande, des Wahnsinns und des Verbrechens, sind vergangen, seitdem ich Ihnen in Berlin zum letztenmal begegnete, und was ist nun von Deutschland übrig geblieben, das Preussischer Militaristischer Ungeist und kranker Nationalismus vernichtet haben.

Möchte Gott der Herr Ihnen jetzt viel Weisheit und Kraft schenken, das so über alle Massen verantwortliche Amt, das Sie auf sich genommen haben, zum besten Hessen's [sic] zu führen, aus dem Chaos des nichts und der Verwirrung ein neues, gutes aufzubauen.

In Verehrung und Hochschätzung,

bin ich, sehr verehrter Herr Präsident
Ihr
sehr ergebener
Dr. Graf Bernstorff“ (Autograph) (Abb. 18)

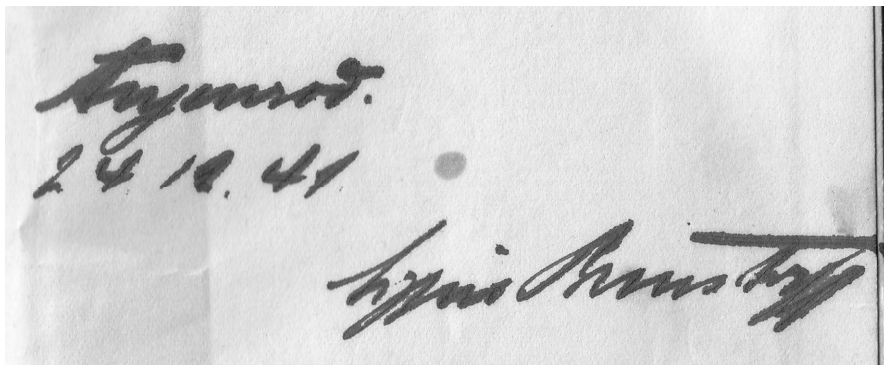
The image shows a handwritten note on a piece of paper. At the top left, the name 'Herrn Präsident' is written in a cursive hand. Below it, the date '24.10.45' is written. On the right side of the page, there is a large, stylized signature that reads 'Sigfrid Bernstorff'.

Abb. 18: Autograph Sigfrid Graf Bernstorff (Bildersammlung I. Stahl).

Knapp einen Monat später, am 21.09.1945, schrieb der Graf an Präsident Bergsträsser folgenden Brief aus Angenrod: „Sehr verehrter Herr Präsident, soeben erst höre ich, – da meines Radios Röhren von den amerikanischen Truppen, die hier im Haus lagen, zerstört sind und jetzt nicht ausgewechselt werden können, bin ich, zu meiner Verzweiflung, völlig von der Welt abgeschnitten, – dass gestern die Vereinigung des früheren Grossherzogtums Hessens mit der ehemaligen Provinz Hessen-Nassau vollzogen ist.

Zu diesem ersten grossen Erfolge ihrer Politik bitte auch ich meine herzlichsten, aufrichtigen Glückwünsche aussprechen zu dürfen, möchte Gottes Gnade mit ihm sein!

Sie können kaum denken, wie sehr mich dies wirklich historische Ereignis aufs tiefste bewegt und höchste erfreut, mich, den alten Hannoveraner, der seit seiner Kindheit für den Aufbau Deutschlands auf föderalistischer Grundlage mit allen Fasern seines Herzens gestritten und gelitten hat. Denn auf ihr allein kann ein gesundes, entwicklungsfähiges Deutschland entstehen, das fähig ist, seine eigentliche Aufgabe, Mittler zwischen dem Westen und Osten zu sein, die alten mit den jungen Völkern Europa's zu verbinden, zu erfüllen.

Wie glückselig wären mein Vater, meine Mutter, meine Grossväter Bernstorff und Wangenheim, die überzeugten Anhänger Konstantin Frantz'scher Ideen, die seit dem Unglücksjahr 1866 ihr ganzes Leben in deren Dienst gestellt und, um sie zu verwirklichen, kein Opfer gescheut hatten.

Gott der Herr segne diese wahrhaft bedeutende Tat, an dem nun endlich wieder eins seien den Hessen, darüber hinaus aber auch an ganz Deutschland, weil es nur so von dem undeutschen, preussischen geheilt, und aus dem universellen, ewigen Christlichen Geiste, dem griechischen und römischen Humanismus, zu echtem, neuen Leben geboren werden kann.

In dankbarer Verehrung
Bin ich, sehr verehrter Herr Präsident,
Ihr
ganz ergebener
Sigfrid Bernstorff“ (Autograph)

Und in einem weiteren Brief von Bernstorffs an Ludwig Bergsträsser (12.11.1945) gibt der Graf noch detaillierter Einblick in seine Gefühlswelt nach dem Krieg und die mit diesem verbundenen grauenhaften Ereignisse: „... wieder erlaube ich mir, Ihnen zu schreiben, und meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, dass Sie als erster Deutscher zum Amerikanischen Volke sprechen konnten.

Denn es ist doch von grosser Bedeutung, dass auch weitere Kreise Amerika's wie Englands aus berufenem Munde von der grossen Not, der weit grösseren inneren noch als äusseren, die in unserem Volke herrscht, Kenntnis erhalten.

Besonders aber begrüsst ich Ihre Ausführungen über unsere Kriegsgefangenen und die Nazis.

Wäre es denn wirklich nicht möglich, und überdies nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn Kriegsgefangene, die nie Nazis waren, die nur, weil sie ihre Pflicht als Soldat erfüllen, zu oft nur, entgegen all ihrem Willen und Wünschen in den Krieg ziehn mussten, endlich heimkehren dürften, um all ihre Kräfte und Können für Deutschlands wahren demokratischen Neubau zu verwenden, wenn man aber an ihrer Statt in die von Hitler und seinen Schergen so verbrecherisch, entgegen allem Völkerrecht und sinnlos zerstörten Länder die Nazis schickte, Männer wie Frauen, die nie etwas vom Kriege gespürt, nur solche Posten bekleideten, an denen sie sich drücken, durch Diebstahl und Raub sich an Juden – und anderem Eigentum bereichern konnten, die nichts andres taten, als unschuldige ihnen unbequeme Gegner ihrer Schreckensherrschaft anzuzeigen, zu erpressen, die sich mit Leib und Seele Hitler verschrieben hatten, nicht lau genug seine unseligen, falschen Lehren mit Gewalt und Drohungen verbreiteten?

Weite Kreise unseres Volkes, die, trotz allem, sich treu geblieben sind, würden dem, davon bin ich überzeugt, volles Verständnis entgegenbringen, ja ihm begeistert, erlöst zustimmen.

Und wäre es überdies nicht vielleicht klug, diese minderwertigen Elemente auszuschneiden, schlechte Menschen, die auch jetzt noch höchst gefährlich sind, durch ihre ständige Flüster-Propaganda, denen jedes Mittel eben recht ist, um den Wiederaufbau zu verhindern oder zum mindesten zu hemmen.

Hier im Kreise Alsfeld könnten die Steine davon reden.

Als ich neulich in Darmstadt zu meinem lebhaften Bedauern Sie nur einen Augenblick zu sehn die Ehre hatte, hab ich Nachmittags Herrn Oberregierungsrat Härting ebenfalls nur ganz kurz sprechen können:

Er stellte mir aber sehr freundlich in Aussicht, mich aufzusuchen, wenn er, wie beabsichtigt, am nächsten Dienstag, dem 30. Oktober, nach Alsfeld käme habe ihn aber, zu meinem lebhaften Bedauern dann vergeblich hier erwartet.

Auch von Ihrer Regierung, Abteilung 1, Allgemeine und Innere Verwaltung, habe ich nichts mehr gehört.

So bleibt mir nichts andres übrig, als Ihnen nochmals zu sagen, dass ich jederzeit bereit wäre, Ihnen zu dienen, wenn Sie annehmen sollten, dass ich Ihnen nützlich sein könnte.

Ich bin schliesslich so unbescheiden, zwei kurze Schreiben anzulegen. Verwendungen, die ich Sie, sehr verehrter Herr Präsident, sehr ergeben bitte, gütig den für sie zuständigen Stellen Ihrer Regierung zuleiten zu lassen.

In Verehrung und Hochschätzung,
bin ich, sehr verehrter Herr Präsident,

Ihr
sehr ergebener

Sigfried Bernstorff⁵² (Autograph)

Weitere Dokumente, inwieweit der Graf dann mit seinen wiederholten Bemühungen der Kontaktierung des Regierungspräsidenten dann auf die erhoffte Resonanz stieß, sind allerdings nicht überliefert.

Eine ganz entschiedene Position gegenüber dem von Atheismus geprägten NS-Regime im Deutschen Reich bezog insbesondere auch der Billertshäuser Pfarrvikar Heinz Karl Georg Spreng (1907 – 1942).⁵² Spreng (Abb. 19) wurde als Sohn des Redakteurs Jakob Spreng und seiner Mutter Emma Spreng geb. Olm in Langen/Hessen geboren. Verheiratet war der Seelsorger später mit Hilde Spreng geb. Schroer.

Seine Ausbildung an der Universität Tübingen mit dem Studienfach Theologie begann mit der Immatrikulation im Sommer-Semester 1930. Zwei weitere Semester studierte Spreng dann in Bonn, um dann ab Winter-Semester 1933/34 – wiederum für zwei Semester – das Studium an der Justus-Liebig-Universität Gießen fortzusetzen.

Seine 1. Theologische Dienstprüfung absolvierte Heinz Spreng im Februar 1936 in Tübingen, die 2. Theologische Dienstprüfung 1938 in Frankfurt. Das nochmalige 2. Examen bestand Spreng dann 1941 in Stuttgart.

Vom 15.09.1936 bis zum 08.12.1936 versah Spreng das Vikariat in Nagold im gleichnamigen Dekanat. Die Stellvertretung im Pfarramt von Meimsheim bekleidete Heinz Spreng in der Zeit vom 01.03.1939 bis zum 03.12.1940 und dann auch noch für gut einen Monat vom 15.03.1941 bis zum 20.04.1941.

Als biographische Besonderheit wird im landeskirchlichen Archiv Stuttgart noch Folgendes zu Heinz Spreng festgehalten: 1923, also als damals Sechzehnjähriger, sei er der „Organisation Consul“ beigetreten. Von 1927 bis 1930 habe er an der Technischen Hochschule Darmstadt studiert.

⁵² Landeskirchliches Archiv Baden Württemberg, Best. A 127, Bestellnummer 2181.



Abb. 19: Pfarrer Heinz Spreng (Landeskirchliches Archiv Baden Württemberg, Best. A 127, Bestellnummer 2181).

Auf der Basis kurzer Kontakte mit der Gruppierung „Deutsche Christen“ habe Spreng dann seinen Beitritt zur „Bekennenden Kirche“ vollzogen.⁵³ Die „Bekennende Kirche“ (BK) verstand sich als Oppositionsbewegung evangelischer Christen in der gleichgeschalteten NS-Ära. Sie nahm für sich seit ihrer Gründung im Mai 1934 in Anspruch, „die einzige rechtmäßige evangelische Kirche in Deutschland“ zu sein. Den Nationalsozialismus und auch die Lehren der „Deutschen Christen“ „verwarf“ sie als unchristliche Irrlehren. Gegen staatliche und innerchristliche Antastung der christlichen Glaubenslehre setzte sich die BK entschieden zur Wehr.

Mit einem kirchlichen „Notrecht“ etablierte sie eigene administrative und Verwaltungsstrukturen. Von den deutschchristlich geführten Landeskirchen grenzte sich die BK im sogenannten Kirchenkampf entschieden ab, wenngleich sie aber keine klar positionierte Opposition zum atheistischen NS-Regime bezog.

Heinz Spreng war den Akten zufolge vom 21.12.1935 bis zum 08.01.1936 Kandidat zur Aushilfe im württembergischen Tamm – heute rund 12 000 Einwohner – im Landkreis Ludwigsburg.

Wie sich aus den Archivalien erschließt ging der engagierte Geistliche und Widerständler der NS-Ideologie im Herbst 1936 zurück nach Hessen-Nassau. Heinz Spreng war dann noch vor Kriegsbeginn, also ab Herbst 1936 bis 1938, als Pfarrverwalter für das Kirchspiel Billertshausen und somit auch für Angenrod als Seelsorger zuständig. Der gutaussehende Geistliche (Abb. 20) führte, wie durch Fotos dokumentiert, auch den Jahrgang 1938 mit unter anderem auch

53 http://de.wikipedia.org/wiki/Bekennende_Kirche (abgerufen am 16.11.2014).

Herta Höhler („Hanklose“), Zeitzeugin Marie Jung verh. Roth („Dambusch“), Erich Jung („Sauerz“), Paula Jung, Walter Jung („Köhlesch“) und Gustav Tröller zur Konfirmation.



Abb. 20: Pfarrverwalter Heinz Spreng 1938 (Bildersammlung I.Stahl).

Von seinen Gottesdiensten auf dem Getürms, darunter auch Andachten, zu der er speziell die Gemeinde per Aushang abends eingeladen hatte, berichten die Zeitzeugen, Spreng habe es verstanden, seine deutliche Kritik am NS-Staat und Hitler in der Öffentlichkeit in seinen Predigten quasi auch „durch die Blume“ zu artikulieren. Von Klartext-Ansprachen wich er stets dann ab, wenn bei ihm während des Gottesdienstes NS-Beobachter, vor allem Polizisten in Uniform – auch von der Staatspolizei Gießen –, mit zugegen waren. Und dies war des Öfteren der Fall.

In einem Falle wird auch berichtet, dass Pfarrverwalter Heinz Spreng nach dem Gottesdienst auf seinem Weg ins 1,5 Kilometer entfernte Pfarrhaus Personenbegleitschutz aus Angenrod erhielt. Man fürchtete, dass der Pfarrer unterwegs festgenommen werden könnte.

Letzteres ist allerdings nicht passiert, konnte man doch den klugen Pfarrverwalter, der sich mit Herz und Seele ganz der christlichen Botschaft der Nächstenliebe verschrieb, nicht offiziell seiner NS-Gegnerschaft überführen.

Auf Verfügung der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) wurde der aufrechtbekenkende Geistliche letztlich aber doch 1938 aus dem Land Hessen ausgewiesen. Im Einverständnis mit dem hessischen Landesbrüdererrat wurde Spreng schließlich ab 01.03.1939 als unständiger Geistlicher in den Dienst der württembergischen Landeskirche übernommen.

Heinz Spreng wurde aber dann im Krieg aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche rigoros als Soldat eingezogen und an die Nordafrika-Front (Deutsches Afrikakorps unter Rommel) geschickt. Zeitzeugeninformationen zufolge war er dort auch Divisionspfarrer. Heinz Spreng, der im Afrikakorps noch eine leitende Position eingenommen haben soll,⁵⁴ fiel schließlich auf dem Felde in Afrika „für Führer, Volk und Vaterland“, wie Hunderttausende weitere deutsche Wehrmachtsangehörige. Sein Sterbedatum: 05.06.1942.

Weitere Angaben zur Vita Sprengs sind der neunbändigen Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, herausgegeben i. A. der EKHN, zu entnehmen.⁵⁵ Hier sind drei Fundstellen mit konkreter Erwähnung von Heinz Spreng nachgewiesen.

Mit Schreiben des LBR (Rumpf) vom 27. Oktober 1939 an die Gestapo in Berlin wurden die Ausweisungsaktivitäten der Gestapo statistisch dokumentiert.

So seien seit Weihnachten 1938 52 Pfarrverwalter und Vikare der BK aus Hessen und Nassau und aus kleineren Bezirken ausgewiesen worden. Als Grund ihrer Ausweisung teilte man ihnen mündlich mit, dass es sich dabei um rein kirchenpolitische Fragen handele.

Und weiter wurde festgehalten, dass sich alle Betroffenen staatspolitisch „nicht das Geringste“ hätten zuschulden kommen lassen. Ihrerseits hätten sie die kirchenpolitische Lage aber gar nicht ändern können. Ihre Legalisierung sei jedoch infolge der noch ungeklärten Verhältnisse in der Landeskirche bis dato „völlig unmöglich“ gewesen. Und es heißt dann weiter: „Durch die nunmehr von dem RMkA (Reichsministerium für kulturelle Angelegenheiten, d. Verf.) eingeleitete Bildung von Vertrauensräten in den LK_n (Landeskirchen, d. Verf.) wird der Weg zur Legalisierung für alle Betroffenen erstmalig frei.“

Da diese aber seitens der Gestapo ausgewiesen worden seien, hätten sie aber ihren Dienst in ihren Gemeinden nicht wieder aufnehmen können, wird konstatiert. Und es ergeht abschließend die Bitte des LBR an die Gestapo dahin, diesen Ausgewiesenen die Rückkehr nach Hessen wieder zu ermöglichen.

73 Pfarrer und Vikare der BK in NH stünden im Heeresdienst und befänden sich zum Teil an der Front. Unter diesen seien auch solche, die durch die Ausweisung betroffen worden seien. Die anderen Ausgewiesenen könnten täglich

54 Präzise Zeitzeugenangabe.

55 Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, hg. i. A. der EKHN von Hermann Otto Geißler, Karl-Heinz Engelhart, Hans-Joachim Wuttke, Darmstadt 1974-1996.

mit ihrer Einberufung rechnen und seien nicht weniger willig, „ihren Dienst für Volk und Führer mit ganzem Einsatz anzutreten.“

Es folgt dann ein ganz klares Bekenntnis des LBR für die Kriegserfordernisse im Dritten Reich: Niemand werde bestreiten können, dass alle von dieser Maßnahme betroffenen jungen Geistlichen „ihrer vaterländischen Pflicht in vollstem Umfange nachkommen.“ Sie erfüllten diese Pflicht mit der gleichen Einsatzbereitschaft und dem gleichen Verantwortungsbewusstsein, mit dem sie auch in Kirche ihren Dienst taten.

Ihre Ausweisung, heißt es weiter, stütze sich auf das Gesetz zum Schutze von Volk und Staat. „Sie, die sich berufen wissen, zum Schutze ihres Vaterlandes, wenn es sein muß, das Leben herzugeben, tragen den Makel einer Maßregelung unter Bezugnahme auf das Staatsschutzgesetz an sich. Wir bitten darum, unsere jungen Brüder aus dieser inneren Not zu befreien.“

Und in der Abschlusspassage werden auch noch die Gemeinden, in denen die Ausgewiesenen ihren Dienst ausübten, dem NS-Staat unterwürfig huldigend mit eingebunden. Die Aufhebung der Ausweisungen würde den Gemeinden „eine große innere Belastung abnehmen und im höchsten Sinne vaterländisch wirken. Ein solcher Schritt würde daher zweifellos der Gemeinschaft dienen, zu der der Führer aufgerufen hat, und zu der der RMkA durch die Bildung der Vertrauensräte in der Kirche den Weg gezeigt hat.“

Unter den Vikaren der BK NH, die ausgewiesen wurden, ist dann auch „Spreng/Billertshausen aus Hessen und Nassau“ mit aufgeführt. Insgesamt handelte es sich um 52 Ausweisungen – Pfarrverwalter und Vikare – der Bekennenden Kirche NH, die beanstandet wurden mit der Bitte um „baldige Entscheidung“ „um der besonderen Notlage willen.“

In der Stellungnahme der Gestapo – Stapostelle Darmstadt – vom 28. November zu den eingesandten Gesuchen wurde dann eine relativierende Antwort erteilt. Unter anderem erfolge die Ausweisung der Pfarrvikare nicht, „weil sie als Staatsfeinde angesehen werden, sondern lediglich deshalb, weil sie sich der ordnungsgemäßen Landeskirche nicht unterstellt haben und somit als illegale Pfarrvikare ohne Auftrag der LK tätig waren.“

Im gleichen Bericht der Gestapo vom 28. November – Stapostelle Darmstadt – an den Landesbruderrat (LBR) wurde dann zu Pfarrvikar Spreng mitgeteilt: „Neuerdings wurde auch die Ausweisung des Pfv Spreng aufgehoben, nachdem festgestellt worden war, daß er sich im Württembergischen Kirchendienst befindet.“

Spreng war später auch in einem weiteren Dokument vom 28. Juni 1939 – „Verzeichnis der von der Gestapo beim LBR beschlagnahmten Gegenstände“ – aktenmäßig mit aufgeführt. Unter den beschlagnahmten Gegenständen befanden sich unter anderem diverse Akten, Schreibmaschinen und auch ein Abzugsapparat. Das Bestreben der Gestapo richtete sich insbesondere darauf, gegen den LBR der BK wegen illegaler Weiterführung des verbotenen BK-Seminars ein Strafverfahren in Gang zu setzen.

Heinz Sprengs unerschrockenes Eintreten für die Ideale des Christentums und gegen Atheismus und Unmenschlichkeit in unserer Region wird in der Geschichte der Kirche auf dem Getürms für alle Zeiten als leuchtendes Vorbild für kommende Generationen fortgeschrieben werden. Spreng ist somit in einem Atemzug zu nennen wie auch weitere Angehörige der Bekennenden Kirche in Hessen und Nassau, darunter vor allem auch Dr. Martin Niemöller, später auch Kirchenpräsident.

Zweifellos kann im Bereich der Nonkonformisten und Menschen mit Zivilcourage auch pauschalisiert eine ganze Reihe weiterer Angenröder Frauen und Männer angeführt werden, die sich, zumeist versteckt und ohne öffentlich sichtbare Zeichen, dem Nazi-Regime gegenüber zumindest skeptisch, wenn nicht sogar strikt ablehnend verhielten. Keineswegs alle Angenröder reihten sich opportunistisch-stumpfsinnig in den Nazi-Mainstream ein.

So ist von einer damals jungen Mutter aus Angenrod zu berichten, dass sie die beachtliche Zivilcourage aufbrachte, der NS-Frauenschaft Angenrods den Rücken zu kehren.⁵⁶ Sie erklärte ihren Austritt aus der Vereinigung. Anlass ihre Abkehr war ihre Anprangerung während einer Versammlung der NS-Frauenschaft im „Weinstübchen“ der Gastwirtschaft Bambej (Abb. 21) durch die damalige NS-Frauenschaftsleiterin in Angenrod. H. S. hatte erklärt, unter den versammelten Frauen befinde sich auch eine, die es mit den Juden gut meine.



Abb. 21: Dorfzentrum Angenrod mit Blick auf die Gastwirtschaft Bambej im Hintergrund rechts, Bildausschnitt (Foto: Hans-Dieter Korell).

56 Authentische Zeitzeugenmitteilung.

Offensichtlich hatte die Frauenschaftsleiterin beobachtet, dass der Ehemann der Angenröderin zusammen mit einem Angenröder Bekannten einen bei Sally Wertheim regulär gekauften Herd über die Straße zu ihrer neu bezogenen Wohnung an der Hauptstraße transportierte.

Die gleiche aufrechte Angenröderin berichtete auch über unangekündigte Kontrollen der Frauenschaftsleiterin in ihrer Wohnung, weil diese wohl mit untergebrachte israelitische Kinder im Schlafzimmer ihrer Kleinen vermutete. Mit der couragierten Antwort, da schliefen jetzt ihre Kinder und die sollten nicht geweckt beziehungsweise gestört werden, wies die junge Mutter die Angenröder NS-Frauenschaftsvorsitzende unmissverständlich in die Schranken.

Natürlich ist bei den Angenröndern mit Sympathien für die einheimischen Israeliten auch Angenrods Landwirt Johannes Bernhard II. („Scholtesse“) (Abb. 22) zu nennen. Bernhard wäre eigentlich auch der regulär gewählte Angenröder Bürgermeister im März 1933 gewesen, schließlich hatte er drei Stimmen mehr als sein Gegenkandidat erhalten. Doch die NS-Administration verhinderte die Amtseinsetzung Bernhards. Vielmehr erkor sie den unterlegenen, aber der NS-Bewegung positiv gegenüber eingestellten Gegenkandidaten Karl Hoffmann (Abb. 11) zum Angenröder Bürgermeister im Dritten Reich.



Abb. 22: Johannes Bernhard II. (Richard Kehm).

Johannes Bernhard und seine Familie unterhielten stets gute Beziehungen zu den Angenröder Israeliten. Bernhard, und dies lässt sich auch durch Spruchkammerakten manifestieren, galt sogar in jener Zeit als sogenannter Judenfreund. Dies war eine in der NS-Zeit geläufige stigmatisierende Bezeichnung für von der grundsätzlichen NS-Rassenhaltung abweichende Einstellung.

Nach den Geschehnissen der Pogromnacht im November 1938 in der Angenröder Judengasse waren Bernhard von den Angenröder Nazis sogar Kultusgegenstände der Angenröder Synagoge (Abb. 23) auf seine Haustreppe gestellt worden, darunter zum Beispiel auch die Menorah, der siebenarmige Leuchter. Johannes Bernhard übergab diese jüdischen Heiligtümer dann auch wieder an Leopold Speier, der sie anschließend wieder in das israelitische Gotteshaus, die 1797 erbaute Angenröder Synagoge, zurückbrachte.



Abb. 23: Synagoge Angenrod (Schularchiv Romrod).

In einem tradierten Einzelfall wäre Johannes Bernhard II., denunziert vom NS-Stützpunktleiter des Nachbarorts, sogar möglicherweise in Haft genommen worden. Der NS-Ortsgruppenleiter, zugleich auch Bürgermeister, hatte Bernhard in der Angenröder Gemarkung, und zwar „Auf dem Stück“ auf der Leuseler

Höhe, bei einem Zwiegespräch mit Angenrods Israeliten Leopold Speier beobachtet und dies umgehend der NS-Kreisleitung (Alfred Zürtz, 1884 – 1957, d. Verf.) (Abb. 24) gemeldet. Intervention von Propagandaleiter Schmoll (Elpenrod) verhinderte jedoch, dass gegen Johannes Bernhard II. NS-justiziarisch vorgegangen wurde.



Abb. 24: NSDAP-Kreisleiter Alfred Zürtz (OZ-Archiv: 04.07.1940).

Die Familie um Johannes Bernhard II. unterstützte übrigens auch des Öfteren in der Zeit, als jegliche Kontakte mit Juden verboten waren, die Angenröder Israeliten durch versteckte Auslegung von Lebensmitteln. Dies wird auch von einigen weiteren Angenröndern berichtet. Stets waren diese Aktionen mit einem hohen Maß an Eigenrisiko verbunden, stand doch permanent die Gefahr von Denunziationen im Raum.

Johannes Bernhard II., obwohl als Nachfahre der traditionsreichen Angenröder Großherzoglichen Bürgermeister der „Scholtesse“ intellektuell und zwischenmenschlich bestens für das Bürgermeisteramt in Angenrod prädestiniert, hat jedenfalls in der Nazi-Ära kein offizielles kommunales Amt bekleidet. Er hat daher auch nicht an den menschenverachtenden NS-Beschlüssen des Angenröder Gemeinderats mitgewirkt.⁵⁷

Von einem damals strafbaren Vorgang, nämlich dem „Rundfunkverbrechen“ eines gebürtigen Angenröders, wird in einem weiteren Fall in den Akten des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt berichtet.⁵⁸

57 Stadtarchiv Alsfeld, Abt. XV, Abschn. 2 - Angenrod , Gemeinderatsbeschluss vom 15.08.1935; OZ-Archiv: 17.08.1935.

58 HStAD, Best. G 21 B, Nr. 3040.

Gegen Konrad Bernhard (*1893) aus Angenrod, in den Kriegsjahren 1943/1944 Hilfsaufseher bei der Strafanstalt Butzbach, wurde in diesen Jahren vom Generalstaatsanwalt Darmstadt in der Strafsache wegen Rundfunkverbrechens ermittelt. Aus der Aktenauswertung geht hervor, dass Bernhard, von Beruf Hilfsarbeiter und damals in Butzbach wohnhaft, mit Urteil vom Sondergericht Darmstadt vom 31.05.1944 wegen des Delikts „Rundfunkverbrechen“ vom 30.05.1944 bis 29.06.1944 in Haft genommen wurde. Danach war Konrad Bernhard dann im Gefangenenlager Rodgau (Dieburg) inhaftiert.⁵⁹

Bernhard selbst erklärte in seinem Meldebogen der Haftanstalt Darmstadt, Abteilung S 2, mit Datum vom 18.06.1944, er sei seit dem 31. Mai zu 13 Monaten Zuchthaus verurteilt, und er bat, „mich in Außenarbeit beschäftigen zu wollen.“ Mit Datum vom 1. Juni 1944 hieß es in einer Stellungnahme der Haftanstalt Darmstadt bei der Frage, ob der Untersuchungsgefangene Bernhard, Konrad mit Papierarbeiten für's Haus etc. beschäftigt werden könne: „Der Gefangene ist gesund.“

Und mit Datum vom 15. Mai 1944 hieß es in der „Strafsache gegen den Hilfsaufseher Konrad Bernhard in Butzbach wegen Rundfunkverbrechens“, es werde ersucht, den „vom Lg.-Gefängnis Gießen kommenden Obengenannten als Untersuchungsgefangenen aufzunehmen und Mittwoch, den 31. Mai 1944, 10 ½ Uhr dem Sondergericht in Darmstadt, Mathildenplatz 13, Altes Gerichtsgebäude, Zimmer 21 dahier vorführen zu wollen.“ Unterschrieben ist der Antrag vom damaligen Vorsitzenden des Sondergerichts, Dr. Trieb.⁶⁰

Weitere persönliche Äußerungen Bernhards finden sich in einer Eingabe desselben während seiner Untersuchungshaft: „bitte meinen eigenen Rasierapparat benutzen zu dürfen.“ Dem Anliegen wurde entsprochen. Mit Schreiben vom 19. Juni 1944 des Oberstaatsanwalts beim Landgericht in Darmstadt an die Haftanstalt Darmstadt wurde diese ersucht, Bernhard „mit dem nächsten Schub in das Gefangenenlager Rodgau bei Dieburg überführen zu lassen.“

Den Akten zufolge war Konrad Bernhard am 30. Mai 1944, 11 Uhr, von der Polizei in die Haftanstalt Darmstadt eingeliefert worden. Konkrete Details im Vorfeld seiner Festnahme sind jedoch nicht weiter bekannt, zum Beispiel, ob der Festnahme, wie häufig der Fall, eine Denunziation vorausging. Konrad Bernhard war verheiratet.

„Rundfunkverbrechen“ bezogen sich grundsätzlich gegen das per Verordnung vom 7. September 1939 im Reichsgesetzblatt verkündete „absichtliche Abhören feindlicher Sender“.⁶¹ Bei Zuwiderhandlung drohte Zuchthausstrafe, deren Dauer nicht fixiert war. In weniger gravierenden Fällen gab es nur Gefängnisstrafen, das Empfangsgerät, also das Radio – damals der „Volksempfänger“ – wurde konfisziert.

59 HStAD, Best. G 20 Darmstadt, Nr. 153.

60 Aktenzeichen: (4) 1 Sls. 40/44.

61 RGBL.1939 I, Seite 1683 / Hensle, Michael P: Rundfunkverbrechen. Das Hören von Feindsendern im Nationalsozialismus, Berlin (2003), S. 36 f.

Fasst man den Maßstab der Zuordnung von Angenrödern als vermutlich Gegner des NS-Regimes und Sympathisanten der Israeliten etwas großzügiger, so kann man jetzt auf Basis von Archivalien, insbesondere Stellungnahmen im Rahmen der Spruchkammerfahren, noch weitere Angenröder anführen, die sich nach dem Zusammenbruch als stets Gegner der Nazis und Freunde und Unterstützer der Israeliten ausgaben.

Diese Einstufung ist allerdings, wie auch die Erfahrungen bei anderen zeit-historischen Aufarbeitungen lehren, mit großer Vorsicht zu genießen. War es doch so, dass, wie auch Zeitzeugen berichten, schon direkt nach dem Zusammenbruch und der Besetzung durch die US-Amerikaner sich Bürger an den damaligen Ersten Beigeordneten Karl Höhler („Stimmjes“) (Abb. 25) wandten und diesen um Bestätigung baten, sie seien doch immer gegen Hitler gewesen. Inwieweit hierbei Heuchelei und Opportunismus im Vordergrund standen, lässt sich allerdings für den Verfasser nicht konkret belegen. Mutmaßungen sind jedoch für den Autor sakrosankt.



Abb. 25: Karl Höhler (Erna Höhler).

Zu den Petitionierenden zählte allerdings auch eine Familie mit heftigem NS-Aktivistenhintergrund, wobei das Familienoberhaupt auch Mitglied der SA Angenrods war.

Den Aussagen im Rahmen der Spruchkammerverfahren zufolge, belegt durch die Archivalien der Hessischen Staatsarchive, könnte man weit und sehr großzügig gefasst zu den Hitler-Gegnern unter anderem auch Angenrods ehemaligen NS-Stützpunktleiter und Lehrer Karl Pfeiffer (Abb. 26) zählen.

Seinen eigenen Angaben 1946 gegenüber der Militäradministration zufolge war Karl Pfeiffer am 01.03.1933 in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 1 766 940). In der Zeit vom 15.02.1934 bis zum 01.06.1938 versah er das Amt des Stützpunktleiter-Anwärters ohne Dienstrang in Angenrod.⁶² Dieser Angabe Pfeiffers entsprechend dürfte somit die NSDAP-Ortsgruppe in Angenrod am

62 HHStAW, Best. 520 Fri, Nr. 6815.

15.02.1934 gegründet worden sein. Pfeiffer war auch als Soldat im Ersten Weltkrieg (30.04.1916 bis 24.10.1916) eingesetzt, und zwar in Frankreich. Dort geriet er auch vom 24.10.1916 bis 30.01.1920 in Kriegsgefangenschaft.

Pfeiffer, der ab Juni 1907 bis 1938 als Volksschullehrer in Angenrod wirkte und später nach Friedberg versetzt wurde, erklärte in einem Schreiben an die Spruchkammer Friedberg, er habe nach Heimkehr aus der Gefangenschaft durch die Inflation sein gesamtes Vermögen verloren.



Abb. 26: Karl Pfeiffer (Hans-Dieter Korell).

Als sein ältester Sohn (Adolf, d. Verf.) 1929 die TH in Darmstadt habe besuchen wollen, habe er, Pfeiffer, um seine Versetzung gebeten, „um bessere Möglichkeiten für die Ausbildung meiner beiden Söhne zu haben.“ Diese seine Bemühungen seien jedoch erfolglos geblieben.

1933 sei ihm allerdings die Unterstützung der Kreisleitung der NSDAP zugesagt worden, vorausgesetzt, er trete der Partei bei. Nach seiner bisherigen politischen Einstellung habe ihm dieser Beitritt zunächst unmöglich erschienen, er habe sich dann doch sagen müssen, dass er auf andere Weise nicht mehr dazu kommen könne, die Ausbildung seiner Söhne zu ermöglichen.

Auf Basis seiner Landstelle sei ihm dies nicht möglich gewesen. Er habe sich daher im Interesse seiner Söhne, „deren Zukunft mir über alles ging“, sich, „wenn auch schweren Herzens“, zum Eintritt in die Partei entschließen müssen.

Wegen seiner demokratischen Gesinnung und seines Verkehrs mit den Juden seines früheren Wirkungsorts (Angenrod, d. Verf.) sei er, Karl Pfeiffer, vor 1933 häufig von alten SA-Männern angefeindet worden: „Als diese Ende Januar 1933 ins Schulhaus eindrangen und die Hakenkreuzfahne hissten, kam es zwischen ihnen und mir zu einer heftigen Auseinandersetzung.“

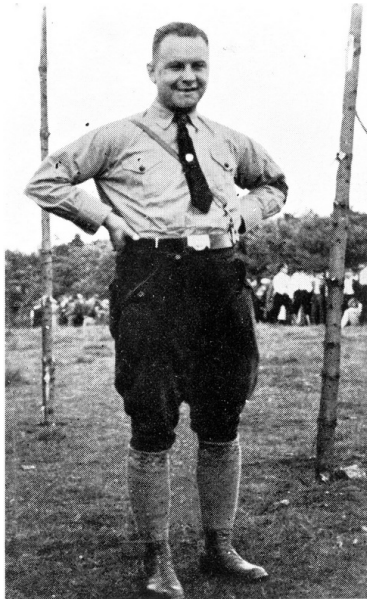


Abb. 27: Alfred Klostermann (HStAD, Best. R 4, Nr. 02137).

Er sei daraufhin dem Kreisleiter gemeldet worden und habe von diesem eine Verwarnung erhalten: „Es war dies der berüchtigte Propagandist Klostermann (Alfred Klostermann, d. Verf.) (Abb. 27), der im Nachbarort (Vockenrod, d. Verf.) als Lehrer tätig gewesen sei und schon jahrelang „durch alle möglichen Versprechungen versucht hatte, mich zum Eintritt in die Partei zu bewegen.“

Er, Pfeiffer, habe sich jedoch nicht beeinflussen lassen. 1934 sei er dann gezwungen worden, die Geschäfte des neugegründeten kleinen Stützpunktes (Angenrod, d. Verf.) zu führen: „Eine Ablehnung dieses Auftrages war für mich unmöglich.“

Seine Arbeit in der Geschäftsführung dieses Stützpunktes habe jedoch nicht die Zufriedenheit der Partei gefunden. Nachweislich laut Mitgliederbuch habe er keinen Dienstrang erhalten. Seine Arbeiten habe er nach Ansicht der Partei „oft nur mangelhaft“ erledigt. Mehrmaligen Aufforderungen zum Austritt aus der Kirche habe er keine Folge geleistet.

Und Pfeiffer hob weiter hervor, seine politischen Ansichten wie auch seine Stellung in der Judenfrage seien „dieselben geblieben.“ Letzteres gehe auch dadurch hervor, dass jüdische Eltern, die nach 1933 auswanderten, „sich ihre Kinder von mir verabschieden ließen und mir aus Amerika Grüße sandten.“

Auch habe er nicht verhindert, dass wegziehende jüdische Familien ihr Möbel und sonstigen Gegenstände hätten verkaufen können. Die Teilnahme an einem Schulungslehrgang für politische Leiter habe er „jedemal abgelehnt.“ Er habe nur auf den Tag gewartet, „an dem mir der Stützpunkt abgenommen werden würde.“

Aus diesen Gründen habe auch die Partei seine Versetzung auf eine für ihn günstigere Stelle nicht unterstützt. Immer wieder seien ihm jüngere Bewerber vorgezogen worden, die sich zur Mitarbeit in der SA und HJ bereit erklärt hätten.

Und erst im Jahre 1938 sei er endlich durch Unterstützung außerhalb der Partei stehender Schulräte nach Friedberg versetzt worden. Und dann folgen im Schreiben Pfeiffers noch detaillierte Angaben zu seinen schwierigen finanziellen Verhältnissen und sein Ersuchen an die Spruchkammer, seine „besonderen Verhältnisse sowohl zur Zeit seines Eintritts in die Partei als auch bis heute zu berücksichtigen.“

Eine Gegnerschaft zur NSDAP und ein Sympathisieren mit der SPD attestierte Pfeiffer auch 1948 ein Angenröder Lehrerkollege. Er könne bestätigen, „dass Pfeiffer ein Judenfreund und kein Judenfeind war.“ Er habe oft beobachtet, dass Pfeiffer bei in der Nachbarschaft wohnenden Judenfamilien Besuche gemacht habe.

In ähnlichem Sinne artikulierte sich auch Angenrods NS-Bürgermeister Karl Hoffmann (1879 – 1951) (Abb. 11) vor der Spruchkammer Alsfeld (Oberhessen).⁶³

Hoffmann, der sich seinen eigenen Aussagen zufolge 1933 zur Partei angemeldet habe, der NSDAP aber erst ab 01.04.1934 als Mitglied angehörte, wurde 1933 trotz um drei Stimmen geringerer Wählerzustimmung von der NS-Administration zum Angenröder Bürgermeister im Dritten Reich ernannt. Er wurde nach dem Krieg in die Gruppe 2 der Belasteten eingereiht.

Zur Last wurde ihm gelegt, „seine Stellung als Bürgermeister zu Maßnahmen, Gewalttätigkeiten und Drohungen gegen politisch Andersdenkende und Juden ausgenutzt zu haben.“ Die Bürgermeisterwahl, so ist der Klageschrift der Spruchkammer zu entnehmen, soll von Hoffmann mit der Begründung angefochten worden sein, dass der Bürgermeisterwahlgewinner (Johannes Bernhard II., d. Verf.) „ja von den Juden und Marxisten gewählt worden sei.“ Die Wahl sei daraufhin „tatsächlich für ungültig erklärt“ worden.

Diese Beschuldigungen wurden dann aber vom Rechtsanwalt Hoffmanns korrigiert. Karl Hoffmann habe „von sich aus nichts getan, um diese Wahl ungültig zu machen.“ Wenn Parteigenossen von Angenrod ihrerseits die Wahl ungültig machten, so sei dafür der Betroffene nicht zur Rechenschaft zu ziehen, hieß es weiter.

Hoffmann habe nichts daran gelegen, „Bürgermeister zu werden“. Wohl sei Hoffmann anfänglich von dem Nationalsozialismus überzeugt gewesen, „aber schon bald setzte Kritik ein, die in der Folgezeit sich immer mehr verstärkte.“

Es sei einzig und allein das Verdienst des Bürgermeisters, „dass im Jahre 1938 das Abbrennen der Synagoge verhindert wurde.“ Auch sei es „einzig sein Verdienst, dass im Jahre 1938 Ausschreitungen gegen die Juden vermieden wurden.“

63 HHStAW, Best. 520/A, Nr. 3689-47a.

Und Hoffmann konnte im Spruchkammerverfahren am 3. März 1948 auch auf eine eidesstattliche Erklärung von Anna Jost verweisen. Hier sei es ebenfalls der Betroffene gewesen, „der der Frau Jost Trost zusprach und ihr aufgab, die Lebensmittel für die Juden bei Nacht zu bringen.“

In seiner Klageerwiderung hob Hoffmann hervor, er habe „wiederholt Auseinandersetzungen mit dem Kreisleiter Zürtz wegen kirchlicher Angelegenheiten“ gehabt: „Dabei nahm er mir das Parteibuch ab.“ Das müsse um 1938 gewesen sein.

Sein Amt, führte Hoffmann aus, habe er „vom rein menschlichen Standpunkt aus vertreten.“ Dass er die Gewaltmaßnahmen der Partei abgelehnt habe, gehe schon daraus hervor, „daß ich im Jahre 1938 den Synagogenbrand in Angenrod verhindert habe.“

Hoffmann hatte damals, also im November 1938, gemeinsam mit Gendarm Adam Stadtmüller, der Befehl von der Behörde dazu gehabt habe – „das kann unter keinen Umständen geschehen“ – von 13 Uhr bis 1 Uhr nachts und dann unter gegenseitigem Wärmen bis 3 Uhr morgens in der Judengasse Wache gestanden.⁶⁴ Um 3 Uhr morgens sei dann Stadtmüller heimgegangen.

Direkt angrenzend an die Synagoge, das wird auch übereinstimmend von den Zeitzeugen kolportiert, habe aber auch das Wohnhaus eines damaligen Angenröder SA-Obersturmbannführers gestanden. Er war der höchstrangige NS-Repräsentant der Gemeinde überhaupt.

Hoffmann schilderte auch noch einen Zwischenfall mit dem ehemaligen Kreisleiter Kirchner. Dieser habe ihm 1936/37 angeboten, er solle die Kirche schließen und den Pfarrer (Heinz Spreng, d. Verf.) verhaften lassen. Seit dieser Zeit habe er, Hoffmann, „nie mehr etwas von Kirchner gehört.“

Zu seiner Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus erklärte Hoffmann vor der Spruchkammer: „Ich habe an die Sache geglaubt, aber später bin ich enttäuscht worden. Ich dachte, dem Bauer und Arbeiter werde es nun besser gehen.“

Die vernommenen Zeugen aus Angenrod erklärten im Wesentlichen übereinstimmend, Hoffmann habe sein Amt als Bürgermeister so geführt, „wie es ihm von den Behörden vorgeschrieben wurde.“ Als Bürgermeister habe er „sich nicht hervorgetan, keine Propaganda entfaltet und hat auch keine Reden gehalten.“ Von einer Aktivität sei den Zeugen nichts bekannt.

Die Spruchkammer Alsfeld gelangte dann zum Spruch, dass das Verfahren gegen Karl Hoffmann aufgrund der Weihnachtsamnestie-Verordnung vom 05.02.1947 eingestellt werde.

In der Spruchbegründung wurde unter anderem auch auf den die Israeliten Angenrods krass ausgrenzenden Gemeinderatsbeschluss vom 13.08.1935 Bezug genommen. Den Ermittlungen zufolge habe laut Hoffmann dieser „wohl auf Befehl und nach Vorschrift einer höheren Dienststelle abgefasst werden“ müssen, sei „aber niemals zur tatsächlichen Durchführung gelangt.“

64 HHStaW, Best. 520/A, Nr. 3689-47a.

Ferner wurde auch festgestellt, dass dieser Beschluss auch von mehreren Nicht-PGs unterschrieben worden sei. Als Beweis für seine judenfreundliche Einstellung habe der Betroffene die eidesstattliche Erklärung von Elise Jost angeführt. Die Zeugin bestätigte hiermit, es sei ganz wesentlich dem Betroffenen zuzuschreiben, „wenn im Jahre 1938 die Synagoge in Angenrod nicht angesteckt wurde.“

Er, Hoffmann, habe auch zu Frau Jost, die ein Lebensmittelgeschäft betreibe, gesagt, sie möge in ihren Verkäufen an Juden „nicht so ängstlich sein und ihnen die Sachen eventuell bei Nacht ausfolgen.“ Von mehreren Zeugen wurde auch bestätigt, dass der Betroffene „niemals eine judenfeindliche Haltung eingenommen hat und dass Einzelne noch bis zum Jahre 1942 in Angenrod verblieben sind, was nicht möglich gewesen wäre, wenn sich der Betroffene im nationalsozialistischen Sinne gegen sie benommen hätte.“ Auch habe Hoffmann sich für politisch Verfolgte eingesetzt, wurde konstatiert.

Das in Hoffmann gesetzte Vertrauen als kommissarischer Bürgermeister Angenrods unterstreicht auch seine Benennung als Zeuge in einer Strafsache gegen den Israeliten Sally Wertheim im Mai 1933. Wertheim benannte ihn neben auch Ökonomierat Gustav Korell in einer Strafsache gegen ihn vor dem Hessischen Sondergericht Darmstadt.

Sally Wertheim war nach dem Ergebnis der Ermittlungen vorgeworfen worden, schon seit langer Zeit im Kampfe gegen die deutschvölkische Bewegung zu stehen. Zum Beweis dafür, dass er, der Frontsoldat gewesen sei, „jederzeit national gedacht und gehandelt hat und niemals die deutschvölkische Bewegung bekämpft hat“, schenkte Wertheim Hoffmann mit Blick auf wahrheitsgetreue Zeugenaussage sein Vertrauen.

Das Verbleiben der letzten acht Angenröder Israeliten bis September 1942 in Angenrod ist allerdings mit einem nachfolgenden grausamen Schicksal der vier Familienangehörigen Speier, von Bertha Oppenheimer, Frieda Abt sowie dem Ehepaar Sally und Minna Wertheim verknüpft: der Deportation aus Angenrod letztlich in die Vernichtungslager im Osten.

Kein einziger der in Angenrod Verbliebenen überlebte das Dritte Reich. Fünf von ihnen (Familie Speier und Frieda Abt) wurden in Auschwitz, drei (Eheleute Sally Wertheim und Bertha Oppenheimer) im Generalgouvernement im Osten, vermutlich in Treblinka, ermordet.

Selbst der Nachfolger Pfeiffers als Ortsgruppenleiter der NSDAP, Karl Nagel (1899 – 1983) (Abb. 28), verdeutlichte in seinen Aussagen vor der Spruchkammer Darmstadt-Lager, er habe, so gut es ging, die Angenröder Israeliten beschützt. Auch habe er, und dies wird unabhängig von diversen Zeitzeugen tradiert, die Angenröder Juden auf die bevorstehenden Gefahren aufmerksam gemacht und sie zur Emigration aufgefordert.

Nagel, gebürtiger Nieder-Gemündener und später Steinbruchbesitzer in Birlertshausen, war am 01.12.1929 in die NSDAP eingetreten.⁶⁵ Er war vom 01.08.1938 bis 30.12.1941 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Angenrod. Der

65 HHStAW, Best. 520 Dz, Nr. 512429.

allgemeinen SS trat er, wie der Klageschrift der Spruchkammer zu entnehmen ist, 1932 bei. Er, Nagel, bezeichne sich als Unterscharführer. Im amerikanischen Fragebogen habe er sich als SA-Mitglied vom Jahr 1930 an bezeichnet.

Für seine Parteidienste sei ihm das 10- und 15-jährige Ehrenzeichen verliehen worden. Trotz eines Offenbarungseids sei er 1938 in Angenrod Stützpunktbeziehungsweise Ortsgruppenleiter der NSDAP geworden. Folglich müsse er sich um die Nazibewegung „doch verdient gemacht haben“, wurde in der Klageschrift abgeleitet. Sein früher Beitritt zur Partei, SA und SS und die Übertragung der Parteiämter ließen mit Berechtigung den Schluss zu, den Betroffenen als „Aktivisten“ einzureihen.



Abb. 28: Karl Nagel (HHSStAW, Abt. 520 DZ, Nr. 512429).

Bei der Auskunfteinholung im September 1946 zu Nagel wurde unter anderem konstatiert, dass er sich „als aktivster Nationalsozialist der ganzen Gemeinde“ gezeigt habe.

Vor der Spruchkammer Darmstadt-Lager sagte Karl Nagel dann aus, er sei anfangs überzeugt gewesen, „dass es jetzt besser werden würde.“ Bei der Stellenbesetzung habe er aber schon gesehen, „dass das nicht der Fall war.“ Er habe aber noch immer geglaubt, dass dieses sich ändern würde: „Es geschah aber nichts dergleichen.“

Bei der Führung des Stützpunktes Angenrod habe er während dieser Zeit versucht, jedem gerecht zu werden. Er habe auch eine Lohnerhöhung der Steinbrucharbeiter durchführen wollen. Deswegen sei er auch von der Arbeitsfront mit Vorwürfen überschüttet worden. Seinen Eintritt in die SS habe er nur des-

halb vollzogen, weil er immer im Musikzug gewesen sei, und es hätte damals ein SS-Musikzug aufgestellt werden sollen.

Aus der Arbeitsfront sei er 1941 wegen Zerwürfnis ausgetreten. An Versammlungen habe er stets in Zivil teilgenommen. Deswegen seien ihm vom Ortsgruppenleiter Vorhaltungen gemacht worden: „Gegen Juden habe ich mich auch in jeder Weise anständig und gerecht benommen. Es ist zu keinen Ausschreitungen und Plünderungen in Judenhäusern gekommen. Auch ist der Synagoge und dem Judenfriedhof nichts passiert.“

Er habe ob dieser Haltung auch Vorwürfe des NS-Kreisleiters einstecken müssen. Es sei dies wohl auch ein Grund gewesen, ihn, Nagel, seines Amts als Stützpunktleiter zu entheben. Dies sei im August 1943 bestätigt worden: „Aktivistisch habe ich mich für die NSDAP nicht eingesetzt.“

Mit dem Kreisleiter habe er sich schon damals überworfen gehabt, „dass er mir einmal ein Bierglas an den Kopf geworfen hat.“ Unter anderem habe er es auch abgelehnt, die Maschinen im Steinbruchwerk auszubauen. Sie hätten nach Lemberg kommen sollen. Trotz seines Kirchenaustritts 1936 habe er aber niemals gegen die Kirche gearbeitet, so Nagel vor der Spruchkammer.

Nach seiner Dienstverpflichtung als Gendarm habe er sich auch niemals an Ausschreitungen gegen Ausländer beteiligt. Dennoch gelangte die Spruchkammer am 21.11.1946 nach der Anhörung weiterer Zeugen 1946 zum Spruch, Karl Nagel nach Art.7 Abs. 1/1 in die Gruppe II der Aktivisten einzureichen. Er habe, neben der Abführung von Vermögensanteilen und auch des Verlusts des Wahlrechts, der Wählbarkeit und weiterer Rechte, Sonderarbeiten auf die Dauer von 3 Jahren, wöchentlich drei Tage, für die Allgemeinheit zu verrichten.

Sicher ebenfalls nicht auf Seiten der Nazis gestanden, wohl aber pro Israeliten eingestellt gewesen sein dürfte auch Angenrods weithin bekannter Händler Ludwig Jost I. („Mehllud“) (Abb. 29) (geb. 18.04.1874, gest. 19.11.1962).

Ludwig Jost, seinerzeit Mahlbursch der Oberen Mühle und von Storndorf über Alsfeld (Sandmühle) nach Angenrod gekommen, führte später zusammen mit seiner Frau Elise Jost geb. Geisel, geb. 1876 in Angenrod, in der Judengasse ein Lebensmittelgeschäft. Elise Jost war Tochter des Tagelöhners Heinrich Geisel II. und später auch verdiente Handarbeitslehrerin.

Die Familie Jost wohnte somit in enger Nachbarschaft zu den Angenröder Israeliten wie Sally Abt („Schafsjud“ und Benscher) und auch dem Mehlhändler Salomon Schaumberger („Salme“). Direkt angrenzend an sein Eckhaus in der Judengasse wohnte zum einen die Familie Peter und Anna Ermel, daneben die Familien Israel Oppenheimer („Bules“) und Simon Wertheim („Vogels“).

Ludwig Jost, übrigens seinerzeit ein sehr guter Radrennfahrer im Alsfelder Radfahrverein „Brabant“ – er gehörte auch zu dessen Gründungsmitgliedern – verlegte sich schon recht früh selbst auf das Handelswesen. Primär bot er Pferde zum Verkauf an.⁶⁶

66 OZ-Archiv: 08.08.1914; OZ-Archiv: 05.04.1916.



Abb. 29: Ludwig Jost I. (Gernbold Diebel).

So finden sich bereits 1914 und in den Jahren danach diverse Annoncen in der OZ, in denen Jost gemeinsam mit zum einen Sally Abt und zum anderen auch mit Salomon Schaumberger – beide Angenröder Israeliten – als Händler für seine Produkte warb. Angeboten wurden zum Beispiel auch „Sächsische Zwiebeln“.⁶⁷

In der NS-Zeit sei einer eidesstattlichen Erklärung zufolge⁶⁸ Ludwig Jost von Karl Pfeiffer, dem damaligen Volksschullehrer und immerhin NS-Stützpunktleiter in Angenrod, in Schutz genommen worden, indem er, Pfeiffer, bei der NS-Kreisleitung für Ludwig Jost eingetreten sei, weil dieser nach 1933 „noch mit Juden Pferdehandel getrieben hatte.“

Nach dem Ersten Weltkrieg trat Ludwig Jost dann vielfach als Pferdehändler mit Inseraten an die Öffentlichkeit. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts war Jost, der im Rahmen der Arisierung der NS-Zeit 1936 das Anwesen der Levi („Lejbjes“) erwarb⁶⁹ und dort via seiner Schwiegertochter Anna Jost geb. Reuber einen gut gehenden Kolonialwarenladen führte, in der Angenröder Bevölkerung und weit darüber hinaus als durchaus witziges Dorforiginal bekannt. So manch heitere Anekdote, die insbesondere auch nicht des jiddischen Humors entbehrt, ist von ihm tradiert. Jost wurde 88 Jahre alt.

Anna Jost geb. Reuber (1902 – 1980), die Schwiegertochter Ludwig Josts, war gebürtige Zellerin. Sie hatte den Sohn Ludwig Josts I., Ludwig Jost II. (1901 –

67 OZ-Archiv: 09.09.1916.

68 HHStAW, Best. 520 Fri, Nr. 6815.

69 HHStAW, Best. 519/A, Nr. Gi 26325.

1977), geheiratet und schon in den 30er Jahren den Kolonialwarenladen an der Hauptstraße, in der Nachkriegszeit verknüpft mit der „Gastwirtschaft Jost“, in ansprechender Weise geführt. Die Angenröder Bevölkerung kaufte gerne bei „Joste“ ein, auch, als dies noch möglich war, die Angenröder Israeliten.

Dass Anna Jost speziell zur jüdischen Bevölkerung Angenrods einen guten Draht hatte, geht auch aus den offiziellen Dokumenten der Staatsarchive hervor. Selbst in den Wochen und Monaten vor dem schrecklichen Deportationsgeschehen im kleinen Vogelsbergdorf, als jegliche Kontakte mit der übrigen Bevölkerung untersagt waren, war es Anna Jost, die den Israeliten der Nachbarschaft noch regelmäßig Lebensmittel verkaufte.

Es war Indiz der warmherzigen Grundhaltung Anna Josts, die von den ausgegrenzten Angenröder Israeliten wie insbesondere von Sally Wertheim, dem letzten israelitischen Gemeindevorsteher Angenrods, dankbar anerkannt wurde.⁷⁰

Nicht fehlen in dieser Aneinanderreihung von Angenrödern mit aufrechter Gesinnung, insbesondere gegenüber der einheimischen Israeliten, darf natürlich auch nicht Anna Ermel geb. Martin (1874 – 1962) (Abb. 30). Die Alt-Angenröderin pflegte, zusammen mit noch weiteren Nachbarn in der eng bebauten Judengasse – dem früheren „Klein-Jerusalem“ – stets gute Beziehungen zu den israelitischen Anwohnern.



Abb. 30: Anna Ermel (Gerda Schneider).

70 Zuverlässige Zeitzeugenüberlieferung.

Sie würdigte auch ausdrücklich die traditionellen religiösen Rituale der orthodoxen Angenröder Israeliten, insbesondere beim Einhalten der Sabbat-Pflichten. Wie zahlreiche weitere Angenröder Frauen erledigte Anna Ermel auch Hilfsdienste für die Israeliten wie zum Beispiel Anzünden von Feuer am Schabbes, was ja für Juden an besagtem Tag tabu ist. Die Israeliten dankten diese kleineren Arbeiten ihren christlichen Mitbewohnern stets mit Bezahlung, und dies in finanziell überaus kargen Zeiten im kleinen Vogelsbergdorf. Und auch den schmackhaften ungesäuerten Matzen gab es in den entsprechenden Jahreszeiten des Öfteren zum Essen.

Als in der Nachkriegszeit, etwa um 1960, ihre zu Besuch weilende Enkeltochter Hannelore Kraus (verh. Weller, jetzt Darmstadt) beim Spielen mit der Angenröder Freundin Adelheid Fink (verh. König) in der Synagoge dort an deren Ostseite die Thora fand und ihr brachte, ermahnte sie die Enkelin sofort, die für die Israeliten heiligen Schriftrollen sofort wieder in das Gotteshaus zurückzubringen.⁷¹ Seit Abriss der Synagoge in 1962 sind die Angenröder Thorarollen allerdings spurlos verschwunden.

Aber auch Elise Ermel verh. Kraus (1914 – 2010), die Tochter Anna Ermels, setzte die Tradition der guten Beziehungen zu den Angenröder Israeliten auch in der ausgrenzenden NS-Zeit fort. Trotz Gefahr, jederzeit entdeckt und angezeigt zu werden, unterstützte sie die noch vor 1936 in Angenrod lebende Familie um Hermann Levi („Lejbjes“), indem sie mitten in der Nacht den orthodoxen Israeliten das Haus reinigte. Unbeobachtet ging sie dann hinter den Häusern der Judengasse wieder zur Wohnung ihrer Familie, die sich in der hinteren Häuserzeile der Judengasse befand.

Die Levis, die dann in die USA emigrierten – Elise Ermel hatte von ihnen unter anderem ein schönes Teeservice geschenkt erhalten –, dankten es dann später weiter den Angenröder Familien um Anna Ermel in der Judengasse, dass sie auch in schweren Zeiten stets zu ihnen standen, durch regelmäßige Geschenkpakete und Briefsendungen aus Übersee. Nette Zeilen der Briefschreiber erinnerten dann an noch harmonisch verbrachte Zeiten in Alt-Angenrod.

Nimmt man, wenn auch rein formal, also ohne tiefere Bewertung, auch noch diejenigen Angenröder mit ins Boot, bei denen Israeliten, vor allem der umtriebige Parnas Sally Wertheim, trotz Umgangsuntersagung im Dritten Reich noch des Öfteren präsent, also in den Familien, war, so kann man auch die Familie um Heinrich Möller („Finkebauesch“) dazu zählen. Hier wird auch berichtet, dass Sally, als Denunziationsgefahr anstand, von den Familienangehörigen ins Hinterzimmer geschickt wurde. Es sollte in jedem Fall einer Festnahme Vorbeuge geleistet werden.

Auch die Großmutter des Verfassers, Katharina Fink geb. Meier (1877 – 1965), in eben jener ausgrenzenden Zeit in ihrem Garten an der Hauptstraße vom vorübergehenden Israeliten Leopold Speier um etwas Obst aus dem Garten gebeten, gab dem Angenröder selbstverständlich, ohne dabei beobachtet zu

71 Detaillierte Überlieferung von Hannelore Weller (Darmstadt).

werden, einige Früchte ihres Gartens in die Hand. Eingewickelt hatte sie die Beeren in ein großes Rhabarberblatt.⁷²

Und auch eine ganze Reihe weiterer Detailerzählungen unterstreicht die zumindest nicht ablehnende Haltung zahlreicher weiterer Angenröder gegenüber den eigenen Israeliten, darunter natürlich auch jene, die der Sozialdemokratischen Partei und dem linken politischen Spektrum nahestanden.

Hierzu zählte auch übereinstimmenden Zeitzeugenberichten zufolge in überaus engagierter Weise Robert Wilhelm Merle (1906 – 1937) („Merze“) (Abb. 31).



Abb. 31: Robert Merle (Gernhold Diebel).

Robert Merle war auch Angenrods Mitgründer und Gründungsvorsitzender des Fußballsportvereins 1927. Er verstarb leider allzu früh im Alter von erst 31 Jahren.

Bezüglich Kontaktaufrechterhaltung gegenüber den heimischen Israeliten wird unter anderem auch berichtet, dass sich einmal, als Entdeckungsgefahr bestand, Sally Wertheim bei der Familie von Heinrich Meier und in deren Beisein und mit deren Zustimmung im Garten auf dem Hohen Berg versteckte.⁷³

Auch findet sich eine Tradierung, nach der ein Angenröder Israelit an der „Breiten Bach“, angesprochen von einem christlichen Mitbewohner, seiner Verwunderung über die Kontaktierung Ausdruck verlieh: „Ihr dürft doch gar nicht mit uns sprechen.“

Und auch die Eheleute Marie und Ludwig Diebel hatten in Angenrod durchgehend sehr gute Kontakte auch zu den Israeliten. Sie arbeiteten als allseits geschätzte Schneider sowohl für die christlichen als auch die israelitischen Bewohner Angenrods (Abb. 32).

72 Zeitzeugenbericht aus der Familie des Verfassers.

73 Zeitzeugentradierung der Familie.



Abb. 32: Ludwig Diebel (Gernhold Diebel).

Wie dem Verfasser erst vor kurzem von Seiten der Nachfahren und auch eines Zeitzeugen bekannt wurde, ist ohne Zweifel auf ähnlicher Ebene Angenrods letzter „Unterer Müller“, Heinrich Tröller II. (1896 – 1973) und dessen Familie mit ins Boot derer zu nehmen, die durchwegs, auch in schwierigen NS-Zeiten, den Angenröder Israeliten freundschaftlich verbunden waren.

Tröller II. war auch langjähriges Gemeinderatsmitglied Angenrods im Dritten Reich (Abb. 33). Dessen ungeachtet pflegte aber der ausgesprochen gebildete Angenröder Müller, so die Überlieferungen, aufrichtig-nachbarschaftliche und herzliche Beziehungen zu Angenrods Israeliten. Das wurde auch später von den emigrierten Angenröder Israeliten dankbar anerkannt.



Abb. 33: Heinrich Tröller II. (Robert Teichmann).

So arbeiteten auf seinem Mühlenhof, als bereits jeglicher Kontakt mit Israeliten bei Strafe untersagt war, Sally Wertheim und, was bei orthodoxen Israeliten eher eine Ausnahme ist, auch dessen Frau Minna Wertheim geb. Löwenthal unterstützend mit. Sie halfen unter anderem beim Einbringen des Getreides und dem Abladen in der Scheune.⁷⁴

74 Konkrete Zeitzeugenüberlieferung.

Wie Tröllers Nichte Renate Schäfer (Schwabenrod) aus dessen Erzählungen weiter zu tradieren weiß, hatte Heinrich Tröller II., wohl infolge innerörtlicher Denunziation, auf seinem Mühlenbetrieb der Gestapo Rede und Antwort zu stehen.

Sally Wertheim, letzter Angenröder Gemeindevorsteher der Israeliten, und Frau Minna zählten dann nach ihrer Deportation 1942 aus Angenrod zu den vielen Angenröder Shoah-Opfern. Noch zuvor hatten sie sich durch Schenkungen an ihnen wohlgesonnene Angenröder, darunter auch die Familie des „Unteren Müllers“, dankbar erkenntlich gezeigt.

In der Nachkriegszeit erhielt der Müller sogar freundschaftliche Briefe ehemaliger Angenröder Israeliten von Übersee. Als dann die überlebende Tochter Sally Wertheims, Margot Meyer, ihrem Geburtsort Angenrod einmal einen Besuch abstattete, schloss sie die Familie Tröller II. natürlich mit ein.

Tochter Margot, mit ihren Geschwistern noch rechtzeitig in die USA emigriert, war damals vor allem auch am Schicksal ihrer Eltern interessiert. Dass diese letztlich in Minsk (Weißrussland) grausam ermordet wurden, war damals noch nicht bekannt.

Die Empathie gegenüber den Angenröder Israeliten blieb jedenfalls bei den Vorgenannten in der Autokratie-Ära des Hitler-Nationalsozialismus in bemerkenswerter Weise erhalten, wie sie, so gut es eben ging, durch eine ganze Reihe von Unterstützungen und Hilfen dokumentierten.

Es waren – wenn auch nur kleine – Zeichen der inneren Verbundenheit von Christen und Israeliten in dem traditionsreichen, von insbesondere israelitischer Geschichte geprägten Dorf am Nordhang des Vogelsbergs.

Sehnsuchtsort Gießen? – Zur Geschichte des Notaufnahmelandes nach dem Mauerbau

JEANNETTE VAN LAAK

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung und die herzliche Vorstellung.

Der Bitte der Oberbürgermeisterin, zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung über mein Forschungsprojekt zu berichten, komme ich gern nach, ist die Geschichte des Gießener Notaufnahmelandes doch eng mit der deutsch-deutschen Geschichte verbunden. Und dies nicht erst, als der Ansturm ausreisewilliger DDR-Bürger im Sommer 1989 gemeinsam mit der Stadt zu bewältigen war. Ich komme dieser Bitte auch deshalb gern nach, weil ich ein Kind der DDR bin. Dass ich eingeladen wurde, heute die Festrede zum 3. Oktober zu halten, zeigt einmal mehr, wie sehr dieses Deutschland zusammengewachsen ist.

Der folgende Vortrag wird der Frage nachgehen, für wen Gießen wann zu einem Sehnsuchtsort avancierte. Dabei wird deutlich werden, dass diese Assoziation eng mit dem Notaufnahmeland zusammenhing, das sich seit 1949 vor den Toren der Stadt befand. Deshalb gilt es zunächst die Frage zu beantworten, ob Lager Sehnsuchtsorte werden können?

Das Lager als Sehnsuchtsort?

Mit Lagern werden gemeinhin enge Massenunterkünfte, schlechtes Essen, schmutzige Latrinen, begrenzte Waschmöglichkeiten, Enge und damit der Verlust von Privatsphäre verbunden. Können Lager also Sehnsuchtsorte sein? - Wenn wir an die Lager der NS-Zeit denken, werden wir das verneinen. Es sind jene menschenverachtenden Verhältnisse aus den Jahren zwischen 1939 und 1945, die, nachdem die Verbrechen der Nationalsozialisten bekannt geworden waren, unser Bild von Lagern bis heute prägen.¹ Zwar gab es in Gießen zwischen 1939 und 1945 kein großes Konzentrationslager, doch am Gießener Stadtrand hatte es eine Vielzahl kleinerer Arbeitslager gegeben, die ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene verwahrten. Breitbach und Prillwitz führen mindestens 23 solcher Lager auf, die seit Anfang der 1940er Jahre in Gießen entstanden waren. Im Jahr 1944 waren etwa 1560 Zwangsarbeiter in Gießen beschäftigt, zwei Drittel von ihnen wurden in Lagern untergebracht.²

Mit Bekanntwerden der Schrecken und der Gräuel in den NS-Lagern nach Kriegsende hätte man meinen können, dass sich das Lager als solches überlebt

1 Vgl. hierzu stellvertretend Ulrike Weckel: Beschämende Bilder. Deutsche Reaktionen auf alliierte Dokumentarfilme über befreite Konzentrationslager, Stuttgart 2012.

2 Michael Breitbach, Günther Prillwitz: Die Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager in Gießen. Eine Bestandsaufnahme. In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins MOHG – NF, Bd. 77/1992, S. 65-92.

hätte. Stattdessen erfuhr ein Teil von ihnen in der chaotischen Nachkriegszeit eine Umwidmung: So wurden ehemalige Konzentrations- und Zwangsarbeiterlager, aber auch Lager des Reichsarbeitsdienstes zu Internierungslagern, DP-Lagern, zu Flüchtlingslagern für die Vertriebenen, zu Heimkehrerlagern für entlassene Kriegsgefangene.³ In Gießen wurden – nach gegenwärtigem Forschungsstand – nicht nur einstige Kriegsgefangenenlager, sondern auch ehemalige Wehrmachtskasernen zu DP-Lagern umgewidmet.⁴

Das Notaufnahmelager ist aus einem Regierungsdurchgangslager hervorgegangen. Und dieses wiederum aus dem Flüchtlingslager für Vertriebene, das 1946 neu gegründet worden war. Es kam nach dem Zweiten Weltkrieg also auch zu Lagerneugründungen, ein weiterer Beleg dafür, dass diese Organisationsform nach Kriegsende weiterhin genutzt wurde. Wie zweckmäßig diese Organisations- und Unterbringungsform war, kann man daran ablesen, dass sie bis Ende 1949/50 und länger Bestand hatte. Doch um die Entstehungsgeschichte wird es uns heute nicht gehen.⁵ Vielmehr wollen wir im Folgenden nach der Entwicklung des Notaufnahmelagers nach dem Mauerbau fragen.

Das Lager und der Mauerbau

Der Mauerbau im August 1961 kam für das Land Hessen und das Notaufnahmelager zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Es wurde nämlich im Auftrag des Hessischen Innenministeriums gerade umgebaut und modernisiert. Der Umbau war 1954/55 beschlossen worden, weil die einstigen Baracken des Reichsarbeitsdienstes nach knapp zwanzigjähriger Nutzung stark abgenutzt waren. Zwischen 1955 und 1956 lag die erste Bauphase, ihr folgte zwischen 1958 und 1959 eine weitere. Anschließend wurde eine dritte Bauphase geplant.⁶ Diese wurden auch nach dem 13. August 1961 nicht zurückgestellt, der den Flüchtlingsstrom aus der DDR abrupt beendete. Vielmehr wurde im September 1961 der Bau eines neuen Saals, einer neuen Pforte und einer Krankenstation beschlossen. Hierfür machte sich der zuständige Beauftragte für das Flüchtlingswesen im Hessischen Innenministerium, der Sozialdemokrat Georg Sippel, stark. Er erklärte, dass das Land Hessen am weiteren Ausbau des Lagers festhalte, schließlich könne man sich nicht an den politischen Verhältnissen in der DDR

3 Holger Köhn: Die Lage der Lager. Displaced Persons-Lager in der amerikanischen Besatzungszone, Essen 2012; Herbert Diercks: Zwischenräume. Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern, Hrsg. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bremen 2011.

4 Nazarii Gutsul, Sebastian Müller: Ukrainische Displaced Persons in Deutschland. Selbsthilfe als Mittel im Kampf um die Anerkennung als eigene Nationalität. In: Deutschland Archiv, 30.6.2014, <http://www.bpb.de/187210>.

5 Vgl. hierzu Jeannette van Laak: Zwischen Bewältigung der Kriegsfolgen und Einübung demokratischer Prozesse – Das Notaufnahmelager Gießen in den 1950er Jahren. In: Henrik Bispinck, Katharina Hochmuth (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014, S. 142-163.

6 Zum Umbau des Notaufnahmelagers siehe HHStAW Abt. 506 Nr. 1939, Nr. 1940, Nr. 1941, Nr. 1942, Nr. 1943.

orientieren.⁷ Die Neubauten im Notaufnahmelaager Gießen seien notwendig, weil die Baracken abgewirtschaftet und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter des Lagers, des Bundesnotaufnahmeverfahrens sowie der Hilfsorganisationen miserabel waren. Sollte es einmal zur Wiedervereinigung kommen, dann sollten die Gebäude der Stadt bzw. ortsansässigen Firmen zugeführt werden. Soweit die Argumentation des Hessischen Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen.⁸

Das Gießener Lager war zu diesem Zeitpunkt das kleinste Notaufnahmelaager in der Bundesrepublik, es konnte etwa 750 Personen aufnehmen. Uelzen-Bohl-damm und Berlin-Marienfelde verfügten über Aufnahmekapazitäten von 1000 bis 1200 Flüchtlingen, Zuwanderern und Übersiedlern. Bereits im November 1961 zeigte sich, dass die Flüchtlingszahlen rasant abgenommen hatten und die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland tatsächlich abgeriegelt war. Eine erste Reaktion auf den Mauerbau war deshalb die Stilllegung der Außenlager, also der Jugendlager für männliche und weibliche Jugendliche. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden das Jugendlager Krofdorf und das Haus „Elisabeth“ geschlossen. Fortan betreuten die dort tätigen Sozialarbeiter die alleinstehenden Jugendlichen bis zum 24. Lebensjahr in den Räumlichkeiten des Notaufnahmelaagers.

Wie sollte es aber mit dem Bundesnotaufnahmeverfahren und mit den entsprechenden Aufnahmeeinrichtungen weitergehen? Wurden sie überhaupt noch gebraucht? Die wenigen Flüchtlinge, die noch kamen, hätten auch über andere Einrichtungen in die bundesdeutsche Gesellschaft, etwa über das Grenzdurchgangslager Friedland oder das Lager Zirndorf, aufgenommen werden können.

Mit dem Mauerbau und der Unterbindung der Abwanderung durch die SED-Regierung erfuhren das Notaufnahmeverfahren und damit die gleichnamigen Lager in der Folge eine symbolische Umwidmung. An ihnen festzuhalten, stand nun sinnbildlich für das Festhalten am Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands.⁹ Das hatten sich damals alle bundesdeutschen Parteien in ihre Programme geschrieben. Das Bundesnotaufnahmeverfahren abzuschaffen und damit die Notaufnahmelaager aufzulösen, wäre also einer Absage an die Wiedervereinigung gleichgekommen und hätte nicht zuletzt Wählerstimmen gekostet.

Deshalb diskutierte der Flüchtlingsausschuss des Bundes im September 1962, wie es mit den Bundesnotaufnahmelaagern weitergehen sollte. Das Land Hessen bot an, dass das Notaufnahmelaager in Gießen für das ganze Bundesgebiet tätig

7 „Flüchtlingslager mit wenig Flüchtlingen. Gießen wird zentrales Notaufnahmelaager für das Bundesgebiet.“ In: FAZ vom 20.10.1962, S. 17.

8 Jeannette van Laak: Das Notaufnahmelaager Gießen. Ein Seismograph der deutsch-deutschen Beziehungen? In: Detlev Brunner u.a. (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013, S. 97-114.

9 Schriftverkehr des Bundesinnenministeriums aus den Jahren 1972 und 1973. In: BA Koblenz, B 106 Nr. 97553.

werden könnte.¹⁰ Das war nicht uneigennützig, rechtfertigte es doch einmal mehr den Ausbau und die weiterhin verhältnismäßig niedrige Aufnahmequote für das Land Hessen. Dem kommissarisch amtierenden Bundesvertriebenenminister Peter-Paul Nahm, der sich in den Nachkriegsjahren als hessischer Staatskommissar für das Flüchtlingswesen seine Sporen verdient hatte, und auch dem Land Niedersachsen kam dieser Vorschlag entgegen. Letzteres konnte das Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm Ende März 1963 schließen, dessen Gebäude ohnehin in einem sehr schlechten Zustand waren. Das Lager Berlin-Marienfelde wurde verkleinert, indem ein Teil der Neubauten dem sozialen Wohnungsmarkt zugeführt wurden. Somit wurde das Lager Gießen zum 1. April 1963 zum einzigen Bundesnotaufnahmelager in der Bundesrepublik. Nicht zuletzt weil es die kleinste Einrichtung seiner Art gewesen war. Darüber hinaus war es zum damaligen Zeitpunkt infrastrukturell bestmöglich ausgerüstet. Es gab Massivbauten mit Duschen und Toiletten auf den Fluren, mit Waschküchen und Trockenkammern in den Kelleretagen, es gab eine moderne Großküche mit Kipp- und Schwenkbratpfannen und modernen Spülmaschinen. Außerdem war eine für damalige Verhältnisse moderne Telefonanlage mit 80 Anschlüssen installiert worden.¹¹ Mit Abschluss des Umbaus vor Ort und der Umstrukturierung der Notaufnahmelager auf Bundesebene hatten sich nicht nur die Arbeitsbedingungen für die Lagermitarbeiter und die Mitarbeiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens wesentlich verbessert, mussten sie doch nun nicht mehr in zugigen Büros arbeiten. Auch die Flüchtlinge und Zuwanderer kamen in den Genuss der Modernisierung: ihre Unterbringung erfolgte fortan in Vierbettzimmern. Familien konnten mit einer gemeinsamen Unterbringung rechnen.

1963/64 erfuhr die Einrichtung einen weiteren Bedeutungsgewinn, der für die deutsch-deutschen Beziehungen nicht unwichtig war. Die Lagerverwaltung und die Leitung des Bundesnotaufnahmeverfahrens wurden in die Abwicklung des Häftlingsfreikaufs eingebunden, der seit Weihnachten 1962 praktiziert wurde.¹² Zwar war sich die Bundesregierung darüber bewusst, dass sie damit das andere politische System unterstützte, doch sie wollte den Freikauf hauptsächlich als humanitäre Hilfe verstanden wissen. Trotzdem teilte die Bundesregierung die Sorge der bundesdeutschen Bevölkerung, die fürchtete, dass sich die SED-Führung damit vor allem ihrer Kriminellen entledigen würde. Deshalb legte die Bundesregierung der SED-Führung Listen von verfolgten und zu Unrecht eingesperrten DDR-Bürgern vor, deren Ankunft sie erwartete. Bis zum Herbst 1989 gelangten über diesen Freikauf jährlich durchschnittlich 1500 Menschen über das Lager Gießen in den Westen.

10 HStAW Abt. 508 Nr. 3314: Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgefangene an den Herrn Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltung, Ministerialdirektor Dr. Meyer-König am 20. September 1962.

11 „Notaufnahmelager verändert sich. Im Frühjahr wird noch ein festes Haus für 300 Flüchtlinge gebaut“, in: Gießener Freie Presse vom 5. Januar 1956, S. 4.

12 Vgl. hierzu Jan Phillipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2013.

Wege in den Westen

Kamen vor dem Mauerbau jährlich bis zu 200.000 Flüchtlinge, 1961 waren es im ersten Halbjahr bereits so viele, so erschwerte die Errichtung der Grenzanlagen die Abwanderung massiv. Bis zum Mauerbau war der Weg in den Westen für die ausreisewilligen DDR-Bürger verhältnismäßig einfach gewesen. Bis dahin führte der Weg in die Bundesrepublik in aller Regel über Westberlin oder – sofern es noch möglich war – über die *grüne Grenze*. Da vor allem letztere zunehmend von den DDR-Grenztruppen bewacht wurden, wählten viele ausreisewillige DDR-Bürger den Weg über Westberlin und suchten das Notaufnahmelager in Marienfelde auf. Diese Einrichtung war in jenen Jahren stets überfüllt. Deshalb ließ die Bundesrepublik diejenigen ins Bundesgebiet ausfliegen, die hier eine Anlaufstation hatten, sei es, dass sie bei Verwandten unterkommen konnten, sei es, dass sie bereits eine Arbeit hatten, sei es, weil sie die nötigen Flugkosten auch selbst übernahmen.

Mit dem Mauerbau wurde die Übersiedlung über Nacht unmöglich. Nicht jeder konnte sich mit einem Sprung über den Maschendrahtzaun in den Westen retten, nicht jeder befand sich auf einer Urlaubsreise in der Bundesrepublik und blieb. Unmittelbar mit dem Mauerbau begann das Fluchthilfegeschäft.¹³

Die DDR selbst gestattete es zunächst nur den Rentnerinnen und Rentnern, straffrei in die Bundesrepublik überzusiedeln, sparte ihr das doch vor allem Renten und Pensionen. Sogenannte Ausreiseanträge konnten ab Mitte der 1970er Jahre gestellt werden, nachdem die DDR-Führung 1975 die KSZE-Akte von Helsinki unterzeichnet und sich damit offiziell zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet hatte. Doch bei der Bewilligung dieser war sie lange Jahre sehr rigide. Erst nach der Biermann-Ausbürgerung, in deren Folge viele Künstler und Intellektuelle ihre Anträge auf ständige Ausreise aus der DDR stellten, kam Bewegung in diese Form der Abwanderung. Heute sind zwei große Ausreisewellen bezüglich der Ausreiseanträge bekannt: einmal 1984, als etwa 30.000 Menschen innerhalb eines Vierteljahres in den Westen übersiedelten, und dann noch einmal 1988, im Gegenzug zu den Milliardenkrediten aus dem Westen.

Seit dem Mauerbau versuchten Bewohner der DDR immer wieder auch die Grenze illegal zu passieren, wobei sie aufgrund der Selbstschussanlagen nicht selten ihr Leben riskierten; andere ließen sich einsperren und von der Bundesrepublik als politische Häftlinge freikaufen.

In den 1980er Jahren war die Praxis des Häftlingsfreikaufs in der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Davon legt die Tragikomödie „Der Mann auf der Mauer“ aus dem Jahr 1982 ein beredetes Zeugnis ab.¹⁴ Marius Müller-Westernhagen spielt einen jungen Mann, der nicht länger in der DDR leben will. Um

13 Burghart Veigel: Wege durch die Mauer. Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West. Bremen 2011; Klaus-Michael von Keussler, Peter Schulenburg: Fluchthelfer. Die Gruppe um Wolfgang Fuchs, Berlin 2011.

14 Der Mann auf der Mauer. Reinhard Hauff, D 1982.

seine Übersiedlung zu erreichen stellt er nicht etwa einen Ausreiseantrag. Er begibt sich vielmehr an einen der Berliner Grenzübergänge und verlangt seine Verhaftung, weil er in den Westen wolle. Die Grenzbeamten wollen den jungen Mann nach Hause schicken, verhaften ihn dann aber doch, weil er weiter auf den Schlagbaum, der Ost und West voneinander trennte, zugeht. Der Film zeigt weitere Stationen des Protagonisten auf seinem Weg in den Westen auf: Psychiatrie, Gefängnis. Schließlich sieht man den jungen Mann zusammen mit anderen Häftlingen in einem Bus sitzen, der sie aus dem DDR-Gefängnis direkt nach Gießen bringen wird. Im Bus spekulieren die Freigekauften dann über die Beträge, die die bundesdeutsche Regierung für sie gezahlt habe. Der Film lässt keinen Zweifel daran, dass der Protagonist stärker als das politische System ist. Erfahrungsgeschichtlich haben wir jedoch oft andere Befunde: Die Inhaftierung war für viele der Betroffenen sehr leidvoll.¹⁵ So wissen wir, dass DDR-Bürger auch eingesperrt wurden, weil sie einen Ausreiseantrag gestellt oder Verbindung zu bundesdeutschen Behörden aufgenommen hatten. Sie wurden dann als *Politische* der Bundesregierung gegen Devisen angeboten.¹⁶ Und es war gerade diese Gruppe der politischen Häftlinge, die das Bild vom Sehnsuchtsort Gießen mit prägten, während sie zwischen ein und eineinhalb Jahren im Gefängnis auf ihren Freikauf und damit auf ihre Überführung in die Bundesrepublik warteten.

Denn es sprach sich auch in der DDR bald herum, dass der Häftlingsfreikauf über das Lager Gießen abgewickelt wurde, dass das Notaufnahmelager die erste Anlaufstation in der Bundesrepublik war.

Auch unter Ausreiseantragstellern war bekannt, dass ihr erster Weg im Westen sie nach Gießen in ein Lager führen würde. Diejenigen, die einen Antrag auf ständige Ausreise in die Bundesrepublik gestellt hatten, saßen meist zwei bis drei Jahre auf gepackten Koffern und fieberten der Übersiedlung entgegen.¹⁷ Ihr Haus, ihre Wohnungseinrichtung, das Auto – alles wurde verkauft, sofern sie wichtige Gegenstände nicht bei Freunden und Bekannten einlagerten, um sie später nachzuholen. Über die Inhalte der Koffer mussten Listen in dreifacher Ausfertigung geführt werden.¹⁸ Hierbei handelte es sich um letzte Schikanemaßnahmen der DDR-Funktionäre und ihrer Gewährsleute in den Kommunen bzw. in den Abfertigungseinrichtungen des Zolls.

Der Abschied war emotional hoch aufgeladen: Viele Übersiedler gingen davon aus, dass sie ihre Familien – wenn überhaupt – erst nach Jahren wiedersehen würden: zum einen, weil sie annahmen, dass die DDR-Behörden sie nicht wieder einreisen lassen würden. Zum Anderen fürchteten sie, dass sie zwar ein-, aber nicht wieder ausreisen könnten.

15 Stellvertretend hierfür das Interview mit Familie L. am 12. November 2013.

16 Ebenda.

17 Hierzu und im Folgenden stellvertretend Renate Hürtgen: Ausreise per Antrag. Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, Göttingen 2014.

18 Dieter Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, Göttingen 2005.

Die lange Wartezeit auf den Freikauf, aber auch auf die Genehmigung der Ausreise wirkten zermürbend. Da war es der Gedanke an Gießen, der mit Freiheit, mit *frei sein* verbunden wurde, der die Menschen aufrecht hielt, der ihnen täglich neue Kraft gab, die unwirtlichen Verhältnisse auszuhalten.

Der Sehnsuchtsort Gießen zeigte sich auch in Witzen, die in der DDR kursierten:

Warum hat Erich Honecker seine Butler so oft gewechselt? Er entließ sie, wenn sie beim Essen fragten: „Darf ich nachgießen?“ oder Im Sommer 1989 ließ Honecker alle Blumen in Wandlitz entfernen. Er konnte das Wort „gießen“ nicht mehr hören.

Ein Ehepaar aus Gießen erzählte mir, dass sie kurz vor der Friedlichen Revolution mit der Gewerkschaft nach Dresden gereist waren. Als die Dresdner gewahr wurden, dass der Bus aus Gießen kam, fragten sie: „Schicken sie jetzt schon Busse?“

Meine Damen und Herren, beide Witze und die Anekdote verdeutlichen einmal mehr die angespannte Situation für die Menschen. Sie werden mir sicher zustimmen, dass es weniger das Lager an sich war, das zu einem Symbol der Freiheit geworden war. Vielmehr war es *das Lager in* der Stadt Gießen. In der Wahrnehmung der DDR-Bürger, die nicht länger eingesperrt sein wollten, verdichteten sich das Notaufnahmelager und die Stadt Gießen zu einer Idee von Freiheit, zu einem Symbol der Einhaltung der Menschenrechte. Wenn es zu solchen Verdichtungen kommt, wenn wir sie wahrnehmen und erkennen, fragen wir oft weiter. Etwa danach, was die DDR-Bürger vom Westen wussten und nach den ersten Eindrücken? Erfüllten sich ihre Erwartungen?

Ausreise- und Ankunftserfahrungen

Die Übersiedler hatten sich so gut es ging auf den Westen vorbereitet: über das West-Fernsehen und über die Mund-zu-Mund-Propaganda. Jeder, der ab Mitte der 1960er Jahre ausreisen wollte, wusste, dass Gießen eine der ersten Stationen im anderen Deutschland sein würde.

Ganz egal, mit welchen Personengruppen man heute über ihre Ausreise- oder Übersiedlungserfahrung spricht, die Anspannung jener Zeit bricht sich noch immer Bahn. Sie ist verbunden mit einer ständigen Ungewissheit, wann es endlich losgeht, aber auch mit Ängsten, ob und wie man sich im Westen zu-rechtfinden wird. Es ist das Lager in Gießen und das in ihm tätige Personal, das es den Betroffenen trotz der relativ ungewissen Zukunft erlaubte, ein erstes Mal durchzuatmen. Überhaupt ist ein Befund aus den bisher geführten Interviews, dass diejenigen, die sich zwischen zwei Tagen und einer Woche in den 1970er und 1980er Jahren im Notaufnahmelager aufhielten, verhältnismäßig gute, d.h. positive Erinnerungen an diese Zeit haben. Auch der Aktenordner mit den Dank-Schreiben an die Lagerleitung, der im Gießener Stadtarchiv steht, bezeugt, dass die Übersiedelten die Vorzüge dieser Einrichtung schätzten.¹⁹

19 Siehe StA Gießen 7/3 004.

Ich sage deshalb „verhältnismäßig“, weil die Unterbringung in Massenunterkünften in aller Regel nicht als positiv, sondern als Einschränkung der Privatsphäre gilt.²⁰ Dennoch bliebe an dieser Stelle zu fragen, ob die Unterbringung auf Jugendherbergsniveau, also in Vierbettzimmern, mit Dusche und WC auf dem Flur und mit Gemeinschaftsverpflegung, nicht an Erfahrungen der vom Kollektiv geprägten DDR-Alltagswelt anschloss und somit die Intensität des Wechsels von Ost nach West in den Anfangstagen milderte?

Zu den ersten Ankunftserfahrungen gehören die Berichte über die Ausflüge in die westliche Konsumwelt, die die Übersiedler oft irritierten, waren sie doch weder das Warenangebot noch das Lichtermeer der Reklame gewöhnt.²¹ Besonders überfordert fühlten sich hierbei die Freigekauften, die zwölf Monate und länger nur das beschränkte Angebot des Gefängniskioskes gesehen hatten. Immer wieder erzählen die Übersiedler, dass sie davon so überfordert waren, dass sie möglichst ungesehen das Kaufhaus wieder verließen bzw. die freundliche Nachfrage der Verkäufer kopfschüttelnd abwehrten.²²

Die leistungsbezogenen Werte des Westens unterschieden sich kaum von denen der DDR. Aber das Gespenst der drohenden Arbeitslosigkeit und damit verbunden der Obdachlosigkeit geisterte durch viele Köpfe.²³

Und so betonten viele Übersiedler, dass sie verhältnismäßig rasch Arbeit und Wohnung fanden.²⁴ Dies gestaltete sich bei einem Bäckermeister einfacher als bei einem Chemielaboranten oder Fotografen. Ganz ungeachtet der Berufe und des sozialen Milieus: Eine erneute Abhängigkeit, etwa die von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, konnte und wollte man sich nicht vorstellen. Was nicht heißen soll, dass die Eingliederung in jenen Jahren vollkommen reibungslos verlief, zumal ein bis dahin verlässlicher *Widerpart*, verschiedenste Vertreter des SED-Regimes, mit der Übersiedlung wegfiel. Waren einige der Interviewten erleichtert darüber, dass diese Widerpart keine weiteren Energien band, die damit für den neuen Lebensabschnitt eingesetzt werden konnte, taten sich andere mit dieser Form der *Befreiung* schwer. Auch für freigekaufte politische Häftlinge konnte sich die Übersiedlung schwierig gestalten, nicht zuletzt deshalb, weil im Westen kaum einer etwas von den Haft Erfahrungen wissen wollte.²⁵ So setzte sich beispielsweise das Wissen um Haftfolgeschäden, mit denen viele Freigekauften zu kämpfen hatten, erst seit den 1990er Jahren durch.²⁶

20 „Zusammenrücken – ja wo denn? DDR-Aussteiger im Westen: sozial unverträglich, aber beruflich pffiffig und begehrt.“ In: Der Spiegel, Nr. 33/1989, S. 27-32.

21 Interview mit Herrn W. am 7. Februar 2012.

22 Interview mit Herrn Wo., durchgeführt von Meike Großmann am 24. Januar 2010.

23 Barbara Grunert-Bronnen: Ich bin Bürger der DDR und lebe in der Bundesrepublik, München 1973.

24 Interview mit Herrn St. am 18. Mai 2014 sowie Volker Ronge: von hüben nach drüben: DDR-Bürger im Westen, Wuppertal 1985.

25 Interview mit Herrn M. am 15. Juni 2012.

26 Stefan Trobisch-Lütge: Das späte Gift. Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung, Gießen 2004.

In den 1980er Jahren zeigte sich auch, dass die Alltagserfahrungen in Ost und West seit der doppelten Staatsgründung doch sehr verschiedene Wege genommen hatten. Und es waren vor allem diejenigen, die nach 1949 geboren waren, bei denen sich Eingliederungs- und Anpassungsschwierigkeiten zeigten. Diese äußerten sich etwa darin, dass sich einige Übersiedler im Anschluss an die Zahlung des Arbeitslosengeldes unter Angabe psychischer Probleme längerfristig krankschreiben ließen.²⁷

Noch ein Befund ist wichtig: Viele DDR-Übersiedler hatten oftmals sehr idealistische Vorstellungen von denjenigen Lebensaspekten, die sie in der DDR besonders kritisiert hatten. So monierte so mancher Übersiedler, dass etwa die Zeitungen so viel Umfang der Rubrik *Klatsch und Tratsch* widmen würden, statt effektiv als Erziehungsinstrument zu fungieren. Auch das allgemeine Desinteresse der Westdeutschen an Politik schien vielen unverständlich.²⁸ Und noch irritierter waren einige der Übersiedler, als sie feststellen mussten, dass viele Bundesbürger eigentlich kein großes Interesse mehr an den *Brüdern und Schwestern* in der DDR hatten: Manchen fehlte die Verwandtschaft, für manche war Amerika schillernder und faszinierender als der Osten in seinem 50er-Jahre-Charme.²⁹

Die Stadt und das Lager

Als ich das Forschungsprojekt begann, wusste ich, dass ich nicht nur eine Lagergeschichte erzählen will und kann, und auch nicht nur eine Erfahrungsgeschichte, wie ich sie hier kurz skizzierte. Ich selbst bin in der Nähe von Weimar und damit mit der Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald und des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 aufgewachsen. Daher weiß ich um die besonderen Gemengelagen, die sich aus solchen Nachbarschaften ergeben.³⁰ Deshalb interessierte es mich, wie die Stadt Gießen und die Menschen, die in der Stadt leben, mit dieser Geschichte umgegangen sind und umgehen. Als ich vor einigen Jahren begann, die Gießener nach dem Lager zu befragen, war ihre erste Reaktion zum Lager: „Das war eine Einrichtung des Bundes. Das hatte mit uns, mit der Stadt nichts zu tun.“ Beide Aussagen sind formal richtig: Denn das Lager wurde vom Land und vom Bund finanziert.

Bei meinen Recherchen bin ich auf zahlreiche Hinweise gestoßen, die belegen, wie eng das Verhältnis zwischen Stadt und Lager gerade in den 1960er und 1970er Jahren gewesen war. Einige Beispiele hierfür seien aufgeführt: So vermietete das Lager bis Mitte der 1960er Jahre ganze Etagen an die Justus-Liebig-Universität, um ausländischen Studenten eine Herberge zu geben. Auch ledige

27 „Ein Päckchen Tabak und das Grundgesetz“. In: Der Spiegel vom 5. März 1985.

28 Grunert-Bronnen: Bürger der DDR, (Anm. 20).

29 Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

30 Jens Schley: Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937-1945, Köln, Weimar, Wien 1999.

Krankenschwestern konnten hier ein Zimmer anmieten.³¹ Zudem bezog die Polizei etliche Büros im Lager, bis ihr Verwaltungsgebäude in der Schiffenberger Straße bezugsfertig war.³² Die Großküche des Lagers versorgte nicht nur die Lagermitarbeiter und die Zuwanderer und Aussiedler mit Mittagessen. Auch der Magistrat der Stadt Gießen und die Arbeiterwohlfahrt wurden bis in die 1970er Jahre hinein über die Lagerküche versorgt.³³ Hatte das kommunale Sportamt Sportler unterzubringen, die zu nationalen und internationalen Wettkämpfen anreisten, fragte es zuerst bei Herrn Dörr, dem Lagerleiter, nach, der sich dabei stets kooperativ zeigte.³⁴ Eine Zeitlang wurden in den Gebäuden Räume für Schulungen und Weiterbildungen vermietet.³⁵

Es kann deshalb gefragt werden, ob das Lager in jenen ruhigeren Jahren der Stadt und seinen Einwohnern damit nicht etwas zurückgab? Und vielleicht, so kann man den Gedanken weiterführen, konnte mit diesen vielfältigen Kooperationen so etwas wie *solidarisches* Kapital erwirtschaftet werden, das im Herbst 1989 nur zum Teil aufgebraucht wurde. Die engen Verbindungen zwischen Lager und Stadt äußern sich etwa auch darin, dass die Stadt Gießen die heutige Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber des Landes Hessen bei Unterbringung und Versorgung der aus den gegenwärtigen Kriegs- und Krisengebieten kommenden Flüchtlinge unterstützt. Zugute kommen dabei die Erfahrungen, die man in Gießen in den vergangenen 60 Jahren gesammelt hat. Wie können sie beschrieben werden? Welche Qualitäten haben sich herausbilden können? Sie lassen sich wohl beschreiben als Aufgeschlossenheit, Gelassenheit, Hilfsbereitschaft und Toleranz.

Dass das Lager etwas mit der Stadt zu tun hat, zeigt sich auch darin, dass es zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit wieder eine Ausstellung zur Geschichte des Notaufnahmelandes gibt.

Bereits zum 20. Jahrestag, vor fünf Jahren, hatten Auszubildende der Stadt mit ihren Ausbildern eine Wanderausstellung zum Herbst 1989 angefertigt, die damals in hessischen Schulen gezeigt wurde. Beide Ausstellungen wurden mit viel Elan und Eifer erstellt. Damals wie zur Eröffnung der Ausstellung „Grenzfahrt“ spürte man etwas von dem Erstaunen darüber, wie viel Geschichte und – damit verbunden – wie viel Potential in dieser Stadt steckt.

Dies alles zeigt, wie eng die Geschichte des Notaufnahmelandes mit der Geschichte der Stadt Gießen seit 1946 verbunden ist. Sich dessen bewusst zu werden und sich dies im Alltag hin und wieder zu vergegenwärtigen, gibt uns vielleicht die Kraft für die Herausforderungen, vor denen wir mit der Aufnahme der Flüchtlinge weiterhin gestellt sein werden. - Vielen Dank!

31 HHStAW Abt. 560, Nr. 85 sowie HStAD H 1 Nr. 23598.

32 HHStAW Abt. 506 Nr. 1941.

33 HStAD H 5 Nr. 26.

34 StA Gießen 7/3 012.

35 HStAD H 5 Nr. 20/7.

Vom Erstaufnahmelaager zur Erstaufnahmeeinrichtung

Zur zentralen Rolle Gießens in der Bewältigung neuer Herausforderungen der Migrationspolitik*

LARS WITTECK

Einleitung

Die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) in Gießen, die dem Regierungspräsidium Gießen zugeordnet ist, hat eine bedeutende Rolle in der Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik in Hessen.

Seit ihrer Gründung in den 50er Jahren hat sie eine bewegende und für Deutschland prägende Funktion - vier Jahrzehnte lang hatte die Einrichtung eine zentrale bundesweite Aufgabe und auch davor eine bedeutende Stellung im regionalen und überregionalen Bereich der Flüchtlingsverwaltung inne. Während der Zeit bis 1990 leistete sie einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Bewältigung eines schwierigen Kapitels der deutschen Nachkriegsgeschichte, eine Zeit, die von Vertreibung, Flucht und Teilung geprägt ist. Gleichzeitig war sie Tor und Zufluchtsstätte für über 900.000 Deutsche aus der DDR und den Vertreibungsgebieten. Ab 1993 fungiert das Lager als Hessische Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, die im Rahmen des Asylverfahrens nach Hessen kommen und aufgrund der aktuellen Flüchtlingszahlen, stellt sie auch im 21. Jahrhundert eine bedeutsame Einrichtung für Deutschland und insbesondere für Hessen dar.

Die Geschichte der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gießen geht bis ins Jahr 1946 zurück, als an gleicher Stelle eine Barackenunterkunft für Heimatvertriebene aus den Ostgebieten für den Bereich des Flüchtlingskommissariats Gießen errichtet wurde. Daraus entstanden 1947 das Regierungsdurchgangslager des Landes Hessen sowie 1949 das Zonendurchgangslager der US-Zone, ehe es 1950 in Notaufnahmelaager und schließlich in „Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen“ umbenannt wurde, das für die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen, Übersiedlern und sonstigen Personen aus der DDR und dem sowjetischen Sektor von Berlin zur Durchführung des Aufnahmeverfahrens diente.

Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Vergegenwärtigen wir uns die Zeit nach Kriegsende 1945: Die Kriegsereignisse und der totale Zusammenbruch hatten in Stadt und Kreis Gießen sichtbare Spuren hinterlassen.¹ Die Lebensverhältnisse für die ca. 31.000 Einwohner waren in

* Der Text gibt den Vortrag des Regierungspräsidenten Dr. Lars Witteck, gehalten am 28.04.2014 vor der Gießener Geographischen Gesellschaft wieder, ergänzt um die Anmerkungen.

1 Heinz Dörr, Vom Flüchtlingskommissariat zur Zentralen Aufnahmestelle-Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager in Gießen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins

dieser Zeit sehr schwierig. Lediglich der Bahnhof und ein Großteil der Wehrmachtskasernen blieben nach der nahezu vollständigen Zerstörung Gießens funktionsfähig erhalten.² Viele Gießener wurden in die umliegenden Gemeinden evakuiert oder hausten in den Kellern der zerstörten Stadt, als die amerikanischen Besatzungstruppen in Gießen Quartier bezogen.³ Ordentlicher Wohnraum in und um Gießen stand kaum mehr zur Verfügung. Dennoch mussten die vielen evakuierten Menschen in die Stadt zurückkehren und es entstanden erhebliche Probleme, die noch durch die aus Krieg bzw. Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten gesteigert wurden. Zu der ohnehin vorherrschenden allgemeinen Notlage im Versorgungs-, Ernährungs- und Wohnungsbereich kam, dass sich die kommunale und staatliche Verwaltung erst noch im Aufbau befand und ihre Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorgegebenen Gesetze und Verordnungen der amerikanischen Militärregierung erheblich eingeschränkt waren.

Zwischenzeitlich wurde bereits im Frühjahr 1945 eine Sozial- und Flüchtlingsverwaltung in Gießen gegründet, die den Heimatlosen und Durchwanderern vorübergehend Unterbringung und Versorgungsangebot und auch die möglichst rasche Weiterreise organisierte.⁴ Das Sozialamt zog sodann zum 01. Juli 1945 in das notdürftig instandgesetzte Hotel Lenz gegenüber dem Bahnhof ein.⁵ Im Laufe der ersten Nachkriegsmonate stieg die Zahl der Flüchtlinge aus dem deutschen Osten kontinuierlich an, womit auch die zwischenzeitlich eingerichtete Sozial- und Flüchtlingsverwaltung arbeitsmäßig überfordert war.⁶

Um die Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge bewältigen zu können, wurden Barackenunterkünfte geschaffen und sogenannte Flüchtlingsausschüsse für Stadt und Kreis Gießen gebildet, an deren Spitze Flüchtlingskommissare standen.⁷ Die Betreuung und Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidern oblag allerdings in erster Linie den karitativen Verbänden, privaten Vereinen und einzelnen engagierten Privatpersonen.⁸

(MOHG), NF 81/1996, S. 49-68. Die Angaben im Folgenden stützen sich weithin auf diese wie auch die Arbeit von Jeanette van Laak, Die Geschichte des Notaufnahmelagers in Gießen zwischen 1946 und 1961, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins (MOHG), Band 97 (2012), S 305-343.

2 Bundeszentrale für politische Bildung, Aufsatz von Jeanette van Laak, Das Notaufnahmelager Gießen. In: Deutschland Archiv Online, 27.03.2013, Link: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/vanlaak20130331>

3 Bundeszentrale für politische Bildung, Aufsatz von Jeanette van Laak, vgl. Anm. 2.

4 Oberbürgermeister der Stadt Gießen an den Regierungspräsidenten, zu Händen OR Elsässer am 12.12.1945, Hess. Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), H 1, Nr. 3568.

5 Bericht des Stadtbauamts am 20.09.1945, Stadtarchiv Gießen, N 5348, sowie Mietvertrag zwischen Stadt Gießen und dem Hotelbesitzer Schulte, Hotel Lenz (Abschrift vom 30.10.1945), Stadtarchiv Gießen, Nr. 5348.

6 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

7 Zur allgemeinen Arbeit und Zuständigkeit der Flüchtlingskommissariate vgl. Rolf Messerschmidt, Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945 - 1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung, Wiesbaden 1994, S. 248 f.

8 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

Ende Oktober 1945 informierte die amerikanische Militärregierung die damalige hessische Landesregierung über eine bevorstehende Aufnahme von Deutschen aus der Tschechoslowakei und Südosteuropa.⁹ In dieser Mitteilung wurde angekündigt, dass Hessen ab 1946 bis zu 600.000 ausgewiesene Personen aufnehmen sollte. Als Reaktion auf diese Bekanntmachung und zur Vorsorge für die anstehende Aufnahme der Volksdeutschen, wurden in den drei hessischen Regierungsbezirken Auffangbahnhöfe und Auffanglager eingerichtet.

Die provisorischen Flüchtlingslager in Gießen waren das Hotel Lenz am Bahnhof (für 100 Personen), das Otto-Eger-Heim (für rund 600 Personen) und zwei Baracken (für zusammen 100 Personen), die von der Stadt Gießen mit Unterstützung der karitativen Verbände auf dem ehemaligen Gelände des Viehmarktes an der Hammstraße, dem späteren Standort des Lagers eingerichtet worden waren. Die Flüchtlingslager des Landkreises befanden sich in Lich (350 Personen), am Flugplatz Ettingshausen (150 Personen) und in Freienseen (100 Personen).¹⁰ Am 11. Februar 1946 trafen dann die ersten rund 1.200 Heimatvertriebenen aus dem ehemaligen Sudetenland in Gießen ein. Bis Ende September 1946 sind fast 26.000 Heimatvertriebene aus der Tschechoslowakei nach Gießen gekommen.¹¹

Anfang 1947 wurden dem Flüchtlingskommissariat des Landkreises die Aufgaben eines Regierungsdurchgangslagers („Redulag“) für das Land Hessen übertragen.¹²

Diese Anordnung führte dazu, dass zu der Aufnahme von Flüchtlingen aus der russischen Besatzungszone das Lager noch sogenannte Dänemarktransporte mit Flüchtlingen, die in den letzten Kriegsmonaten und -wochen mit Schiffen aus den deutschen Ostgebieten über die Ostsee nach Dänemark geflüchtet waren, abwickeln musste. Bis 1950 wickelte das Lager zusätzliche Transporte mit Flüchtlingen aus den so genannten Vertreibungsgebieten, Dänemark, Schleswig-Holstein, Österreich, Shanghai, Jugoslawien und Rumänien ab.¹³

Erst in den sogenannten „Segeberger Beschlüssen“ von 1947 wurden dann erstmals verbindliche Aufnahmekriterien, wie z.B. politische Fluchtgründe und Gründe der Familienzusammenführung, festgelegt.¹⁴ Diese Kriterien ermöglichten erstmals den Ankömmlingen, aus bestimmten Gründen nicht wieder in die Herkunftszonen rückverwiesen zu werden.

9 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

10 Großhessisches Staatsministerium, Der Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Staatskommissar für das Flüchtlingswesen am 21.08.1946, Aufteilung des Flüchtlingsdienstes in Großhessen, S. 2, Hess. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 502, Nr. 4965.

11 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

12 Regierungspräsidium Hessen an den Minister für Arbeit und Wohlfahrt am 6.12.1946. HStAD, H 1, Nr. 3568.

13 Bericht „Entstehung des Lagers“, Stadtarchiv Gießen, 7/3 0016, S. 6.

14 Artikel von R.S in DIE ZEIT, 31.07.1947, Nr. 31; Link: <http://www.zeit.de/1947/31/die-fluechtlingskonferenz>

Nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 boten nunmehr auch immer mehr wirtschaftliche Gründe einen zusätzlichen Anreiz zum Zonenwechsel, sodass sich die täglichen Zugangszahlen ständig nach oben entwickelten. Verstärkt wurde dieser ständige Anstieg durch die zwischenzeitlich durchgeführten und noch laufenden Zwangsenteignungen, die politischen Verfolgungen, die Verpflichtungen junger Männer zur Kasernierten Volkspolizei und die Relegation von Oberschülern wegen ihrer bürgerlichen Herkunft oder aufgrund fehlender systemkonformer Einstellung. Im Sommer 1948 meldeten sich erstmals Personen, die von den sowjetischen Behörden zum Uranbergbau zwangsverpflichtet worden waren oder werden sollten. Dies führte dazu, dass die Länder des zwischenzeitlich Vereinigten Wirtschaftsgebietes der amerikanischen und britischen Besatzungszonen weitaus strengere Aufnahmekriterien vereinbarten, nämlich die sogenannten „Uelzener Entschließungen“, die im Juli 1949 die „Segeberger Beschlüsse“ ablösten.¹⁵

Gleichzeitig war damit die Bildung zweier Zentrallager verbunden, eines für die amerikanische Zone in Gießen und eines für die britische in Uelzen. So übernahm das bisherige Regierungsdurchgangslager Gießen am 01. September 1949 die Funktion eines Zentrallagers für die US-Zone unter gleichzeitiger Umbenennung in „Zonenlager Gießen“. Als erste Anlauf- und Aufnahmestelle im Westen wurden im Jahr 1948 rund 81.500 Menschen und ca. 58.500 im Jahr 1949 aufgenommen.¹⁶

Zur Konsolidierungsphase ab 1950 und dem Aufstieg zu einer Einrichtung mit bundesweiter Aufgabe

Durch ständige Erweiterungen und Ausbauten war das Lager ab Sommer 1950 ein für damalige Verhältnisse voll funktionsfähiges Flüchtlingslager mit eigener Gemeinschaftsküche, Speisesaal, Aufenthaltsraum, Krankenrevier und ärztlicher Untersuchungsstelle, sanitären Einrichtungen, Kantinen und allen Büroräumen für das gesamte Lagerpersonal, so auch für die bis dahin im Hotel Lenz untergebrachten Bediensteten.¹⁷

Die anhaltend starken Zugänge aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone veranlassten die Alliierten Hochkommissare, die ihnen laut Besatzungsstatus vorbehaltenen Kontrollangelegenheiten in deutsche Zuständigkeit zu übertragen und den Zuzug bzw. die Aufnahme eines jeden deutschen Flüchtlings aus der sowjetischen Besatzungszone zu erfassen und zu überprüfen. Die Betonung lag dabei auf dem Wort „jeden“. Dazu war eine gesetzliche Regelung erforderlich, die eine Einschränkung des Art. 11 GG, der ja die Freizügigkeit aller Deutschen, auch der im anderen Teil des geteilten Deutschlands Lebenden,

15 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

16 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

17 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

beinhaltete. So kam es zur Verkündung des am 22.08.1950 in Kraft getretenen „Notaufnahmegesetzes“.¹⁸

Ab 01. September 1950 führte dann das Lager die aus dem Notaufnahmegesetz abgeleitete Bezeichnung „Notaufnahmelager Gießen“, was den Wechsel von einer bis dahin regionalen bzw. überregionalen Einrichtung in Hessen zu einer solchen mit bundesweiter Aufgabenstellung beinhaltete. Während die reine Abwicklung des Notaufnahmeverfahrens in der Zuständigkeit des Bundes lag, war das Land Hessen für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung sowie die soziale, materielle und medizinische Betreuung während des Lageraufenthaltes zuständig. Dem Land oblag auch die Weiterleitung der Flüchtlinge in die einzelnen Aufnahmeländer nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens. Bis zum 31. März 1969 wurden die dem Land Hessen anfallenden Kosten durch den Bund im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe durch Pauschalbeträge erstattet, die sich jährlich reduzierten. Ab 01. April 1969 bis zum Ende des Aufnahmeverfahrens für DDR-Übersiedler am 30. Juni 1990 wurden die Kosten für den Lagerbetrieb ausschließlich vom Land Hessen getragen.¹⁹

Weiterhin war das Lager in dieser Zeit mit innerdeutschen Umsiedlungen außerhalb des Notaufnahmeverfahrens befasst. Es handelte sich dabei um ehemalige Heimatvertriebene, die innerhalb der einzelnen Bundesländer umgesiedelt wurden und die es im Jahr 1950 zu einer Jahresdurchlaufzahl von fast 52.000 Menschen brachte. 1952 trafen die ersten Transporte mit geflüchteten Bewohnern aus der sogenannten 5-km Sperrzone ein, die in das Innere der sowjetischen Besatzungszone umgesiedelt werden sollten. Im Bereich der Flüchtlinge bewegten sich die jährlichen Zugänge ab 1952 langsam aber stetig nach oben von 13.500 auf 35.000 im Jahr 1961.²⁰

Im Zuge der Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention vom 06.01.1953 wurde die Asylverordnung erlassen.²¹ Die Zahl der nach Westberlin Geflüchteten verstärkte sich darauf und stieg dann ab den Ereignissen des 17. Juni 1953 bis Anfang der 60er Jahre kontinuierlich an, sodass das Lager stetig ausgebaut und erweitert werden musste. In seinem Endausbau umfasste das bis 1955 bestehende Barackenlager insgesamt 16 Unterkunfts- und Bürobaracken sowie Massivanbauten für die Lagerverwaltung und die Pforte. Die Gesamtkosten für die Erstellung des Barackenlagers einschließlich der Befestigung der Lagerstraßen und Umfriedungen beliefen sich auf rund 550.000 DM. Im Jahr 1955 erwarb dann das Land Hessen das Gelände zu einem Kaufpreis von rund 6,8 Millionen DM.²²

18 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

19 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

20 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

21 60 Jahre Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF); Link: <http://www.60-jahre-bamf.de/B60/DE/Wandel/Geschichte/geschichte-node.html>

22 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1. / Schriftverkehr zwischen Hess. Ministerium des Inneren und dem Hess. Ministerium der Finanzen über den Ausbau des Lagers, HHStAW, Abt. 506, Nr 1942.

Zu Reaktionen der Bürgerschaft Gießens

Die Errichtung des Lagers stieß in der damaligen Zeit auf wenig Gegenliebe bei den Verantwortlichen von Stadt, Kreis und auch innerhalb der einheimischen Bevölkerung. Schon Mitte 1948 hatte man versucht, in Verhandlungen mit dem Land Hessen eine Verlegung des Lagers zu erreichen, da die vorhandene Massierung der Flüchtlinge in Gießen letztendlich auch mit Belastungen im sozialen und finanziellen Bereich, vor allem für Gießen, verbunden war. Hinzu kam, dass viele im Aufnahmeverfahren abgelehnte Personen in Gießen und Umland verblieben sind und auch Stadt und Kreis entsprechende Einrichtungen ebenfalls vorhalten mussten. Der damalige Oberbürgermeister Dr. Engler ging in einem Schreiben sogar so weit, zu behaupten, dass der weitaus größte Teil der Flüchtlinge aus Abenteurern und Kriminellen bestehen würde, was keinesfalls zu beweisen war. Zu solch überzogenen Aussagen trug leider auch die polemische Berichterstattung der örtlichen Presse bei. Nichts desto trotz willigte die Stadt dann letztendlich in den vom Land vorgesehenen Beginn zum Ausbau des Lagers in Festbauweise ein.²³

Die Entwicklung des Notaufnahmehagers seit 1955

Der längste geschichtliche Abschnitt derjenigen 40 Jahre, die das Lager mit seiner Bezeichnung als „Notaufnahmehager“ und in seiner letzten Phase als Zentrale Aufnahmestelle prägte und nicht nur in der Bundesrepublik, sondern vor allem in der ehemaligen DDR ein fester Begriff war, mit dem ganz bestimmte Vorstellungen verbunden waren, begann im Jahr 1955.

Im März 1955 kaufte das Land Hessen in Gießen das Lagergelände und bald darauf begann ein für eine ursprünglich temporär angelegte Einrichtung untypischer Umbau: Die Baracken wurden abgerissen und verkauft. An ihre Stelle rückten neue massive Häuser mit mehreren Etagen, zuerst ein Wirtschaftsbaus mit Küche, Speisesaal und Kantine. Ihm folgten je ein dreigeschossiges Verwaltungs- und zwei Unterkunftsgebäude. In der Anordnung der Gebäude entstand ein Hof, der als Versammlungs- und Feierplatz, später auch als Parkplatz genutzt wurde.²⁴ Das Barackenlager wurde somit von 1955 bis Anfang der 60er Jahre Stück für Stück durch Massivbauten ersetzt, die entsprechenden Bau- und Einrichtungskosten lagen bei rund 7 Millionen DM. Die Unterkunftsgebäude wurden in den Jahren 1975/76 und 1984 bis 1986 für weitere 4 Millionen DM saniert und modernisiert.

Im Bereich der Flüchtlinge bewegten sich die jährlichen Zugänge ab 1952 langsam aber stetig nach oben, nämlich von 13.500 auf 35.000 im Jahr 1961. Gründe dafür lagen in der damaligen schwierigen Ernährungslage in Ostdeutschland, in der Enteignung von Klein- und Mittelbetrieben, in der Überführung von selbständigen Handwerksbetrieben in sogenannte Produktionsgenossenschaften Handwerk sowie im einschneidenden Einwirken des Staates auf

23 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

24 Bundeszentrale für politische Bildung, Aufsatz von Jeanette van Laak, vgl. Anm. 2.

den beruflichen und privaten Bereich. Natürlich spielte auch das vorhandene Wirtschafts- und Wohlstandsgefälle eine nicht zu unterschätzende Rolle. Bis zum Mauerbau konnte die Flucht oder der Zuzug in den Westen auch noch relativ problemlos erfolgen.

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 änderte sich diese Situation, da die durchgeführten Sperrmaßnahmen eine Flucht praktisch unmöglich machten. Dies wirkte sich auch auf die Zugangszahlen des Lagers aus. So bewegten sich die jährlichen Zugangszahlen in den Jahren nach dem Mauerbau bis Anfang der 80 Jahre zwischen 2.500 und 5.000 Personen, die unmittelbar im Lager Aufnahme fanden. Allerdings muss man dabei berücksichtigen, dass es bis 1972 überwiegend solche im Rentenalter waren, die legal übersiedeln konnten oder nach einer Besuchsreise in der Bundesrepublik blieben. Sie machten vor allem von der Möglichkeit Gebrauch, das Notaufnahmeverfahren auf schriftlichem Weg in Gießen durchzuführen. Unter Einschluss dieser Personen (die nur auf schriftlichem Weg in der Einrichtung „aktenkundig“ wurden, persönlich dort aber nicht unterkamen), bewegten sich die Zugänge während dieser Zeit jährlich auf 12.000 bis 15.000 Menschen.²⁵

Der Rückgang der Flüchtlingszahlen nach dem Mauerbau führte im Jahr 1963 zur Schließung des Lagers Uelzen.²⁶ Gießen war sodann ab dem 01. April 1963 alleiniges Aufnahmelager für Flüchtlinge und Übersiedler aus dem anderen Teil Deutschlands in der Bundesrepublik. Ab diesem Zeitpunkt (01.04.1963) wurde auch die hessische Landeseinweisungsstelle von Hanau nach Gießen verlegt und in das Lager eingegliedert. Sie war danach bis Juni 1990 ausschließlich für die Zu- und Einweisung aller DDR-Übersiedler, aller Aussiedler und aller ausländischen Flüchtlinge nach Hessen und in die hessischen Gebietskörperschaften zuständig.²⁷

Die Entwicklung seit Abschluss des so genannten Grundlagenvertrages 1972

Mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags vom Dezember 1972²⁸ änderte sich die Struktur der Zugänge: Neben den Rentnern erhielten jetzt auch jüngere Leute, zwar nach langer Antrags- und Genehmigungsprozedur, im Rahmen der „Familienzusammenführung“ die Erlaubnis zur Ausreise aus der DDR. Neben vielen Flüchtlingen und Bewohnern aus grenznahen Gebieten waren es vor allem Angehörige der Grenztruppen vom einfachen Soldaten bis zum Offizier. Vom November 1972 bis Februar 1973 trafen etwa 2.300 Häftlinge überraschend im Lager ein. Zu erwähnen ist auch, dass 1973/74 eine größere Anzahl

25 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

26 Das Notaufnahmelager Uelzen schließt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.1963, S. 6.

27 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

28 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik [„Grundlagenvertrag“] vom 21. Dezember 1972; abgerufen unter <http://www.documentarchiv.de/brd/grundlvertr.html>

chilenischer Flüchtlinge (Anhänger des gestürzten Präsidenten Allende) im Lager Aufnahme fanden, die in der BRD bzw. in Hessen Asyl erhalten hatten.²⁹

Infolge der geringeren Auslastung waren Teilbereiche des Lagers in den 60er bis Anfang der 80er Jahre auch anderweitig genutzt worden, so zum Beispiel in den 60er und 70er Jahren als Wohnheim, für Lehrgänge und Bürozwecke.³⁰ Daneben wurde 1972 eine staatliche Förderschule für jugendliche Spätaussiedler mit Internatcharakter im Lager eingerichtet und der Jugendabteilung des Lagers zugeordnet. Ein Schwerpunkt im Aufgabenbereich der Lagerverwaltung in den Jahren von Anfang 1971 bis März 1983 lag vor allem in der Aufnahme und Betreuung von Spätaussiedlerfamilien, die nach Hessen eingewiesen worden waren.

Die Entwicklung seit den 80er Jahren bis zur Wende

Ab Ende 1983 stieg die Zahl der Übersiedler wieder merklich an. Darunter befanden sich auch erstmals solche aus der Friedensbewegung in der DDR, die ausgebürgert und abgeschoben worden waren. Das Jahr 1984 (ab Februar) brachte dann die erste große Ausreisewelle. Als Gründe kann angenommen werden, dass die DDR vor der am 06. Mai anstehenden Kommunalwahl unbenutzte Bürger und so genannte potenzielle Unruhestifter loswerden wollte – gleichzeitig glaubte sie, damit einen seit Jahren bestehenden Antragsstau auf Ausreise abbauen und zum Abschluss bringen zu können und damit indirekt einen Abbau der Überbeschäftigung zu erreichen – und letztendlich einen besonders im Großraum Dresden vorhandenen Versorgungsengpass überwinden zu können. Ein Trugschluss, wie sich später herausstellte.³¹

Für das Lager waren damit enorme organisatorische bzw. logistische Aufgaben verbunden, wie zum Beispiel die Auslagerung und der tägliche Transfer von Übersiedlern in Flüchtlingswohnheime im Rhein-Main Gebiet, in die Außenstellen - die ehemalige Kurklinik des Landesversorgungsamtes in Bad Nauheim; ehemaliges Sigalumnat des Laubach-Kollegs oder des Ferienparks am Niddastaensee - sowie in das Kreisflüchtlingswohnheim Falkweg. Eine weitere Herausforderung war die Schaffung von Notquartieren in Turnhallen und im Lager selbst. Alles Maßnahmen, wie sie bei den späteren Ausreise- und Fluchtwellen 1988 und dann 1989/90 noch in weit größerem Ausmaß erforderlich waren.

Insgesamt kamen 1984 25.000 Personen – zusammen mit dem schriftlichen Verfahren etwa 35.000 – direkt in das Lager, davon alleine im März und April rund 18.000. 1985 durchliefen immerhin noch fast 17.000 und 1986 16.000 Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR das Lager (einschließlich schriftlicher Verfahren waren es sogar 22.000 bzw. 21.500). Januar bis November 1987 ging

29 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

30 Bundeszentrale für politische Bildung, Aufsatz von Jeanette van Laak, vgl. Anm. 2. Siehe auch Minister des Inneren an Herrn Regierungspräsidenten Darmstadt am 17. Mai 1963, HStAD, H 1, Nr. 7759.

31 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

die Zahl der Übersiedler drastisch zurück, da die DDR die Übersiedlungsgenehmigungen erheblich einschränkte, gleichzeitig aber verstärkt Besuchsreisen in die Bundesrepublik genehmigte.³²

Inzwischen war in 1986 das Aufnahmeverfahren weiter vereinfacht und das bisherige Notaufnahmegesetz in „Aufnahmegesetz“ geändert worden. Gleichzeitig wurde das Notaufnahmelager Gießen ab Mai 1986 in „Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen“ umbenannt.

Ab Dezember 1987 stiegen die Zugänge bis zur Wiedervereinigung 1989/90 aus der DDR deutlich an. Trotz der Lockerungen im Ausreiseverfahren begehrten immer mehr DDR-Bürger eine Übersiedlungsgenehmigung und suchten darüber hinaus auf unterschiedliche Weise die Ausreise zu erzwingen. So kam es im August 1989 zu der bekannten Massenflucht von DDR-Urlaubern aus Ungarn über die dortige Grenze nach Österreich. Selbst Ungarn musste Auffanglager für die in den Westen Ausreisewilligen einrichten. Mit Auto und Sonderzügen reisten diese Personen mit Genehmigung der ungarischen Behörden über Österreich in die Bundesrepublik nach Gießen weiter.

Binnen kurzer Zeit war das Lager überbelegt und mit einer durchschnittlichen Tagesbelegung von 2.300 Menschen am Rande seiner Aufnahmemöglichkeiten angelangt. Zur Behebung dieses Notstandes mussten daher die Seltersbergklinik und die Steubenkaserne für Unterkunftszwecke genutzt werden.

Da der Bekanntheitsgrad des Lagers Gießen innerhalb der DDR-Bevölkerung so groß war, reisten die meisten Flüchtlinge aus den Drittstaaten direkt nach Gießen. Im Oktober und November trafen dann die letzten Sonderzüge mit Flüchtlingen aus Prag und Warschau mit insgesamt rund 1.600 Personen ein. Damit ging auch die Zeit der Flucht- und Ausreisewellen über Drittländer zu Ende. Nach der Grenzöffnung am 09.11.1989 setzte nochmals ein Massenansturm von Ausreisenden aus der DDR ein, der im November dem Lager die höchste monatliche Zugangszahl seit 1949 mit rund 23.000 Personen bescherte. Insgesamt brachte das Jahr 1989 dem Lager Gießen den höchsten Zugang und Durchgang seiner Geschichte als Aufnahmelager für Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR mit insgesamt 120.000 Personen.

Das Jahr 1990 ließ die Zugangszahlen - mit insgesamt rund 22.200 Personen im Januar auf einen ähnlichen Spitzenwert wie im November 1989 - steigen. Danach gingen die Zugänge merklich zurück: Februar = 14.800 Personen, März = 10.500 Ankommende.

Zwischenzeitlich hatte man in Bonn beschlossen, das Aufnahmeverfahren ab 01. Juli 1990 abzuschaffen.

Mit dem Ende des Aufnahmeverfahrens verlor das Lager Gießen auch seine zentrale bundesweite Aufgabe, die es vier Jahrzehnte und davor auch im regionalen und überregionalen Bereich der Flüchtlingsverwaltung innehatte.

32 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

Das Lager blieb dann bis 31. März 1993 als eigenständige Dienststelle bestehen und war zunächst mit Spätaussiedlern, danach mit Spätaussiedlern und Asylbewerbern und ab November 1991 nur noch mit Asylbewerbern oder ausländischen Flüchtlingen belegt.³³

Entwicklung als hessische Erstaufnahmeeinrichtung seit 1993

Seit dem 01. April 1993 fungiert es als „Hessische Erstaufnahmeeinrichtung“ für Flüchtlinge. Hessen und Gießen, das „Tor zum Westen“ für ehemals fast 1 Millionen Menschen, nahm in der Folgezeit (ab 1993) mal mehr und mal weniger asylsuchende Menschen auf. Freilich ist daran zu erinnern: während der Zeit des Nationalsozialismus nahmen mehr als 80 Staaten weltweit rund eine halbe Millionen Flüchtlinge aus Deutschland auf.³⁴

Die Antragsstellerzahlen hatten 1992 mit 438.191 Anträgen ihren Höhepunkt erreicht.³⁵ Hinzu kamen fremdenfeindliche Verbrechen, die sich vor allem gegen Asylbewerberunterkünfte und deren Bewohner richteten, wie die gravierenden Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen oder der Mordanschlag von Mölln. Auch die Ämter und Kommunen mussten lange Verfahren und erhöhte Kosten für Unterbringung und Versorgung tragen. Aus dieser Erfahrung heraus hat der Parlamentarische Rat in (damals) Art. 16 Grundgesetz ein uneingeschränktes Grundrecht auf Asyl aufgenommen. Dort hieß es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.

Im Juni 1993 trat dann die über den Asylkompromiss erzielte Asylrechtsreform in Kraft. Durch den Asylkompromiss wurde der Zugang zu politischem Asyl in Deutschland stark eingeschränkt. Der Kompromiss ruht auf mehreren Säulen:³⁶

- Prinzip der sicheren Drittstaaten: Wer aus einem als sicherer Drittstaat klassifizierten Land nach Deutschland einreist, kann sich nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen, wobei alle Deutschland unmittelbar umgebenden Länder unter diese Klassifizierung fallen. Bei einem Aufgriff an der Staatsgrenze oder in Grenznähe kann die Person sofort zurückgeschickt werden.
- Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten: Stammt eine Person aus einem sicheren Herkunftsstaat, erfolgt in der Regel die Ablehnung des Asylantrages. Die sicheren Herkunftsstaaten werden durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgelegt.

33 Heinz Dörr, vgl. Anm. 1.

34 Klaus J. Bade, Jochen Oltmer: Deutschland. In: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Schöningh, Paderborn u. a. 2007, S. 141–170, hier S. 155.

35 http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2013-asyl.pdf?__blob=publicationFile

36 „Inhalt des Asylkompromisses“ in Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Asylkompromiss#cite_note-BadeOltmer2007.2C164f-2

- Flughafenregelung: Eine Einwanderung mit Asylberechtigung ist somit faktisch nur per Flugzeug möglich, da sonst immer über einen sicheren Drittstaat eingewandert wird. Hierbei werden Schnellverfahren im Transitbereich zum Beispiel des Frankfurter Flughafens mit eingeschränkter materieller Prüfung durchgeführt.
- Einführung eines eigenständigen Leistungsgesetzes für Asylbewerber: Leistungsgewährung außerhalb der Sozialhilfe, deutliche Leistungsabsenkung, Sachleistungsprinzip, Einweisung in Gemeinschaftsunterkünfte (Asylbewerberleistungsgesetz - in Kraft seit November 1993).
- Schaffung eines eigenständigen Kriegsflüchtlingsstatus, um zu verhindern, dass Kriegsflüchtlinge in das für sie aussichtslose Asylverfahren gedrängt werden (Aufenthaltsbefugnis nach § 32a Ausländergesetz). Dieser Status wurde später in der Praxis allerdings kaum angewandt, die Betroffenen erhielten im Regelfall nur Duldungen.

Zur Umsetzung des Asylkompromisses wurde zum 1. Juli 1993 Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) ersetzt durch den neuen Art. 16a GG. Dieser ergänzte den zitierten Satz um die genannten Einschränkungen.

Weiterhin wurde zum 1. Juli 1993 das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) ergänzt, eine Verordnung über die sicheren Drittstaaten erlassen, das Ausländergesetz geändert und zum 1. November 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt.

Die Anzahl neuer Asylanträge stieg Anfang der 1990er Jahre bis auf 438.190 im Jahr 1992 an, wovon fast drei Viertel aus Europa stammten.³⁷

Auch wenn Deutschland das Hauptaufnahmeland für Flüchtlinge in der EU war, entwickelten sich die Asylbewerberzahlen nicht als deutsches, sondern als europäisches Phänomen.³⁸ Die Asylbewerber waren Anfang der 1990er Jahre vor allem aus dem in Bürgerkriegen zerbrechenden Jugoslawien gekommen. Neben diesen Asylbewerbern erfolgte eine zusätzliche Zuwanderung durch Familiennachzug der Gastarbeiter und (ab 1989) durch Deutsche aus dem ehemaligen Ostblock, vor allem Russlanddeutsche.

Nach dem Asylkompromiss 1992 nahm der Flüchtlingsstrom erst steil, dann langsam und stetig ab und erreichte 2007 mit rund 19.000 asylsuchenden Menschen den niedrigsten Stand.³⁹

1980: 107.818	1990: 93.063	2000: 78.565	2010: 41.332
1981: 49.391	1991: 256.112	2001: 88.285	2011: 45.741
1982: 37.423	1992: 438.190	2002: 71.125	2012: 64.539
1983: 19.737	1993: 322.599	2003: 50.565	2013: 109.580

37 Statistiken siehe BAMF und EUROSTAT (Link: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>)

38 Asylrecht und Flüchtlingszahlen in: http://de.wikipedia.org/wiki/Asylkompromiss#cite_note-5

39 Statistiken siehe BAMF und EUROSTAT (Link: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>)

1984: 35.278	1994: 127.210	2004: 35.605
1985: 73.832	1995: 127.937	2005: 28.915
1986: 99.650	1996: 116.367	2006: 21.030
1987: 57.379	1997: 104.353	2007: 19.165
1988: 103.076	1998: 98.645	2008: 22.085
1989: 121.318	1999: 94.775	2009: 27.649

Auch Hessen stand unter immens hohen Zugangszahlen der Asylbewerber in den 80er und 90er Jahren. Vor allem bedingt durch den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien und den Zusammenbruch der vormaligen UdSSR beziehungsweise deren jeweilige Auflösung in viele Nachfolgestaaten strömten zahlreiche Flüchtlinge nach Deutschland.

Zur jüngeren Entwicklung

Hatte einerseits die Anzahl der Asylbewerber in Hessen 1988 mehr als 25.000 betragen und erreichte 1992 den Höchststand von 33.540 asylsuchenden Menschen, während andererseits im Jahr 1993 noch rund 25.500 asylsuchende Menschen kamen, waren es ab 1994 mit rund 10.000 weniger als die Hälfte. Hessen und damit die Einrichtung in Gießen nahm in der Folgezeit (ab 1993) mal mehr und mal weniger asylsuchende Menschen auf. Ab 2008 steigen die Asylbewerberzahlen wieder kontinuierlich an.

1980: 9.274	1990: 25.496	2000: 5.600	2010: 2.927
1981: 5.129	1991: 30.021	2001: 6.362	2011: 3.193
1982: 3.640	1992: 33.540	2002: 5.160	2012: 5.004
1983: 2.823	1993: 25.441	2003: 3.607	2013: 8.688
1984: 5.062	1994: 10.256	2004: 2.428	
1985: 9.398	1995: 9.569	2005: 1.707	
1986: 12.895	1996: 8.523	2006: 1.428	
1987: 14.857	1997: 7.535	2007: 1.284	
1988: 25.274	1998: 6.902	2008: 1.522	
1989: 27.071	1999: 6.707	2009: 1.929	

Seit dem Jahr 2012 hat sich der Zugang an Asylsuchenden dramatisch erhöht. Bundesweit wurden im Juli 2013 10.892 Asylanträge und im Monat August 11.180 Asylanträge gestellt. Die derzeitigen Zahlen wirken historisch gesehen nicht weiter beunruhigend, denn jährliche Asylbewerberzugänge von 3.200 wie im Jahr 2011 hatten wir in Hessen schon vor Jahren, zum Beispiel 1982/1983 oder 2003/2004, gehabt. Dennoch wird die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung vor vielfältige Herausforderungen gestellt – Warum ist das so?

Zum Einen wurden große Außenstellen, wie die damaligen Rivers Baracks in Gießen und die Gebäude in Schwalbach am Taunus wegen rückgehender Antragsstellerzahlen in den vergangenen 20 Jahren nach und nach aufgelöst, da schlichtweg durch die sinkenden Asylbewerberzahlen keine Notwendigkeit mehr bestand, diese Unterkünfte weiter zu betreiben.

Auf der anderen Seite aber hat sich der Zugang an Asylsuchenden in Hessen seit September 2012 so gravierend erhöht, dass es sich bereits nach kurzer Zeit abzeichnete, dass die Normalbelegbarkeit bei steigenden Flüchtlingszahlen

dauerhaft so überschritten werden würde, dass die Kapazitätsgrenzen erreicht würden.

Die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung (im Gießener Meisenbornweg) kann bei absoluter Höchstauslastung 572 Menschen aufnehmen. Die Normalbelegbarkeit wurde erstmals im Oktober 2012 überschritten. Die Zugangszahlen im Jahr 2013 sind mit 17.800 Personen mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr (2012 = 9.966 Personen). Die aktuelle Belegung ging so weit, dass diese sowohl im Juli wie auch August 2012 nur an drei Tagen unter 1.000 Personen lagen.

Im Oktober 2013 lag der bisherige Spitzenwert bei 2.099 Menschen, die untergebracht werden müssen, wobei auch in den folgenden Jahren mit einer weiteren Zunahme der Asylsuchenden zu rechnen ist.

Um der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufnahme bei weiterhin steigenden Asylanträgen in der Zukunft gerecht werden zu können, vor allem aber um eine angemessene und menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zu gewährleisten und eine Überschreitung der Kapazitätsgrenzen der Erstaufnahmeeinrichtung abzuwenden, waren von Seiten der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Zusammenarbeit mit der Fachaufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidium, große Anstrengungen erforderlich.

Der Fokus richtete sich hier zunächst primär auf die Suche nach geeigneten Unterkünften, um eine jederzeitige Aufnahme der asylsuchenden Menschen zu gewährleisten. Hessenweit wurde versucht, mögliche Unterkünfte wie Hotels, Pensionen, Ferienparks und ähnliches zu akquirieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch persönlich vor Ort ein Bild gemacht, ob diese potenziellen Unterkünfte für die Unterbringung der Flüchtlinge geeignet sind. Mit Unterstützung des THW wurde kurzfristig ein Zeltlager auf einer Liegenschaft des Regierungspräsidiums Gießen in Wetzlar errichtet, welches ab Anfang Oktober 2012 zur Belegung bereit stand. Glücklicherweise mussten die Zelte nur für zwei Nächte genutzt werden. Die Vermeidung einer längeren Zeltunterbringung - wie sie z.B. in anderen Bundesländern (Bayern) erfolgte - stand in Hessen von Beginn an im Vordergrund.

Nachdem die Flüchtlingszuströme weiterhin hoch geblieben sind, wurde im Oktober/November 2012 in Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) ein Mietvertrag für die zwei ehemaligen Mannschaftsunterkünfte auf dem Gelände des ehemaligen US-Depots abgeschlossen.

Die Inbetriebnahme des US-Depots setzte einige Instandsetzungsmaßnahmen voraus. So war u.a. ein Zaun um das angemietete Gelände zu errichten, um ein Eindringen unbefugter Personen zu verhindern und Sicherheit für die asylsuchenden Menschen zu schaffen. Es waren brandschutzrechtliche Umbaumaßnahmen erforderlich und die Wasserversorgung war wiederzubeleben (der Raum für die Essenausgabe war zu fliesen, teilweise Sanitärinstallationen vorzunehmen u.a.).

Eines der beiden Häuser konnte sehr zügig fertig gestellt werden und steht bereits seit Dezember 2012 für die Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung. Ein zweites Gebäude steht sodann seit Ende September 2013 zur Ver-

fügung und hat die Zahl der Unterbringungsplätze im ehemaligen US-Depot verdoppelt. Das gesamte Gebäude war nach aufwändigen Renovierungen und Sanierungen Ende Oktober 2013 bezugsfertig.

Die großzügig angelegten, im Jahr 1989/90 von den Amerikanern erbauten Gebäude (Nummer 140 und 141) sind zur Unterbringung der Asylbewerber in besonderer Weise geeignet. In den Gebäuden 140 und 141 des US-Depots ist eine Regelbelegung von 1.400 Betten möglich, die durch die Belegung von Gemeinschaftsräumen noch gesteigert werden kann. Hinzu kommen die vorhandenen (572) Unterbringungsplätze in der Liegenschaft im Meisenbornweg, so dass insgesamt 1.972 Plätze dauerhaft zur Verfügung stehen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass aufgrund sozialer Bindungen (Familie) oder Geschlechtszugehörigkeit regelmäßig nur 75 % der Plätze genutzt werden können. Real stehen somit 1.479 Plätze zur Verfügung.

Zu Folgerungen und politischen Konsequenzen

Der geradezu sprunghafte Anstieg der Anzahl Asylsuchender zeigt, dass die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung jederzeit ausreichende Unterbringungs Kapazitäten vorhalten muss, um den gesetzlichen Auftrag einer menschenwürdigen Erstunterbringung Asylsuchender gerecht zu werden. Um die Vermeidung von Obdachlosigkeit gewährleisten zu können, ist bei dieser „Vorratshaltung“ von Räumlichkeiten immer von einem Worst-Case-Szenario auszugehen. Mithin müssen die höchsten Flüchtlingszahlen zugrunde gelegt werden, da eine zu niedrige Kalkulation die Aufnahmepflicht des Landes gefährden kann und somit Obdachlosigkeit droht. Die somit zwingend erforderliche Planungssicherheit konnte nur durch die dauerhafte Nutzung der Gebäude des US-Depots erreicht werden. Die dauerhafte Nutzungsmöglichkeit kann wiederum nur durch einen Ankauf oder eine dauerhafte Anmietung der angemieteten Liegenschaft sichergestellt werden.

In unmittelbarer Nähe der angemieteten Gebäude befinden sich weitere Mannschaftsunterkünfte, die ebenfalls für die Unterbringung von Asylsuchenden geeignet wären und vor Ort die Möglichkeit bieten, auf einen weiteren über die bisherigen Prognosezahlen hinausgehenden Anstieg der Zugänge kurzfristig reagieren zu können.

Mit den zusätzlichen Räumen des US-Depots wurde sichergestellt, dass die Menschen, die unter schwersten Bedingungen nach Deutschland kommen, die aus Not und Elend in unserem Land nach Asyl suchen, ein anständiges Dach über dem Kopf haben.

Mit dem US-Depot wurde in Gießen eine adäquate Lösung gefunden, damit diejenigen Menschen, die alles verloren haben, in Deutschland aufgenommen werden können und hier Asyl erhalten und vor allem mit guten Voraussetzungen in die Landkreise weiter ziehen können. In den beiden Gebäuden sind Gemeinschaftsräume, Räume für medizinische Betreuung und Räume für die Sozialbetreuung, große Freiflächen im Außenbereich und als Spielfläche für Kinder geeignet. Auch die örtliche Nähe zur Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung

Gießen im Meisenbornweg und zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)- Außenstelle Gießen- stellt einen großen Vorteil dar.

Somit bietet die hessische Erstaufnahmeanrichtung nicht nur die Unterbringung, die Verpflegung und medizinische Versorgung der Flüchtlinge, sondern auch soziale Dienste wie Kinderbetreuung, Dolmetscher zur Verständigung, an. Es werden Barleistungen gewährt wie z.B. Taschengeld und die Flüchtlinge werden mit Kleidung, medizinischen Hilfsmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln versorgt. Über allem ist ein elementarer Bestandteil eines menschenwürdigen Lebens für Flüchtlinge die Unterbringung ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Kriege, Bürgerkriege, Flucht und Vertreibung, Verfolgung von Minderheiten, religiöse und ideologische Intoleranzen, Hungersnöte und Naturkatastrophen werden die Menschen immer wieder dazu veranlassen, in einem reichen und friedlichen Land wie Deutschland Asyl zu suchen. Da die Flüchtlingsströme niemals abreißen werden, steht fest, dass die anhaltenden Bevölkerungsbewegungen eine der großen Herausforderungen in der Zukunft sind.

Fußball in Gießen – die Anfänge

Für Erwin Knauß, der auch begeisterter Fußballer war

JÜRGEN DAUERNHEIM

I. Fußball – anfangs ein Sport von Gymnasiasten

Wer sich für die Anfänge des Fußballspielens in Gießen interessiert,¹ stößt auf den Namen Hermann Schiller: „Die Einbürgerung des Associationsspieles² verdankt die Stadt dem Schulmann und Historiker Hermann Schiller; dieser, geboren am 7.11.1839 in Wertheim, hatte seine letzte Ausbildung in England an der Eton-Schule genossen und dort das Spiel ohne Aufnehmen des Balles kennen und schätzen gelernt. Als er um 1873 nach Gießen an das Gymnasium kam, machte er seine Schüler der mittleren und oberen Klassen mit den Spielregeln der Association bekannt und bildete klassenweise Mannschaften von 11 Schülern, die dann gegeneinander spielten. Bald entstanden auch an den anderen höheren Schulen solche Mannschaften und es gab nun Wettkämpfe zwischen den Schulen.“³

Die vorhandenen Unterlagen im Schularchiv des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums (LLG) lassen es nicht zu, diese Angaben Hübeners (Verein für Bewegungsspiele) zu bestätigen oder zu falsifizieren, zumindest soweit es die 1870er und 1880er Jahre betrifft. Für das ehemalige Realgymnasium (heute: Herder-Schule) fehlen Unterlagen aus jener Zeit, einiges lässt sich aber den LLG-Dokumenten und Vereinsunterlagen entnehmen; andere Schulen mit gymnasialer Oberstufe gab es damals in Gießen nicht.

Hübener schreibt weiter: „Schiller hat es damals leider versäumt, aus den besten Spielern einen richtigen Verein zu bilden, sonst wäre Gießen wahrscheinlich die deutsche Stadt geworden, die den ersten Fußballverein in Deutschland beherbergte. So aber fiel diese Ehre nach Braunschweig, wo am 29.9.1874 der ‚Fußballverein des Gymnasiums Martino-Catharineum‘ gegründet wurde, der schon 1875 über Satzungen und aus dem Englischen übersetzte Spielregeln, über Anweisungen zur Durchführung von Spielen, über hygienische Vorschriften usw. verfügte.“

1 Über die Geschichte des Fußballs in Gießen von den Anfängen des Vereinsfußball bis in die frühen 1980er Jahre und darüber hinaus bis zur Gegenwart gibt detailliert Auskunft das 2014 erschienene, 335 Seiten umfassende Werk des Christian von Berg: „Damals auf dem Waldsportplatz...“ - Der VfB 1900 und der Fußball in Gießen, Göttingen 2014. Der vorliegende Beitrag versteht sich nicht als Gegenentwurf, sondern als Ergänzung der Recherchen von Bergs.

2 Begriff stammt aus dem Englischen: Football Association.

3 Hübener, auch Rotté/Peeck und Bötz erwähnen die Schlüsselrolle H. Schillers.

Hier irrt Hübener: Gießen hätte Braunschweig diese Ehre nicht nehmen können, denn Hermann Schiller amtierte erst seit dem 10.4.1876 als Schulleiter am Großherzoglichen Gymnasium zu Gießen, davor war er Schulleiter am Gymnasium in Konstanz gewesen. Im Großherzogtum Hessen avancierte er zum Geheimen Oberschulrat und Mitglied des Großherzoglich Hessischen Ministeriums des Inneren, das damals für die Schulen zuständig war. „Er galt als einer der bedeutendsten Schulpädagogen Deutschlands. Auch gehörte er zu den Pionieren der Seminarpädagogik für junge Lehrer.“⁴ Seiner Schule und dem angeschlossenen Pädagogischen (Studien-)Seminar verhalf er zu einem weltweiten Bekanntheitsgrad in der pädagogischen Welt. Was jedoch nichts mit Fußball zu tun hatte.⁵

Zurück zu Hübener: „Als Direktor des Gymnasiums (1876-1900) hatte Schiller natürlich die beste Gelegenheit, den Sportbetrieb weiterhin zu hegen und zu pflegen.“ In der Tat, Schiller machte sich um den Schulsport an Gymnasien verdient. Nach seinem Amtsantritt in Gießen erhöhte er die Wochenstundenzahl des Turnunterrichts auf zwei Stunden gegenüber vorher nur einer, und er sorgte dafür, dass in dem von ihm gegründeten pädagogischen Seminar in Deutschland, einem der ersten im damaligen Deutsche Reich, die angehenden Gymnasiallehrer auf den Turnunterricht vorbereitet wurden.

„Alle Referendare turnten selbst und waren verpflichtet, selbst Turnunterricht zu geben.“⁶ Das gab es vorher nirgends. Hierzu hatte Schiller 1878 eine schuleigene moderne Turnhalle errichten lassen.⁷ Überdies führte er ab dem Schuljahr 1883/84 für die beiden untersten Klassen (5 und 6) je zwei Spielstunden ein als Ausgleich für die Anstrengungen des Unterrichts.⁸ Fußball allerdings wurde in diesem Turnunterricht nicht geübt.⁹

Auch Albert Bötzt (jun.)¹⁰ sieht in Hermann Schiller den Initiator des Fußballspiels in Gießen. Er hält 1884 für das entscheidende Datum, allerdings ohne nähere Erläuterung. Diese Jahreszahl dürfte so nicht haltbar sein, wenn die nachfolgend genannten Fakten stimmen sollten.

4 Aus Wikipedia-Enzyklopädie, Stichwort: Hermann Schiller.

5 Siehe Collard, S. 2f, Glöckner, S. 40ff und Otterbein, Heinrich: Der Anteil des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums und seiner Vorgänger an der Lehrerausbildung der Universität Gießen bis zur Universitätsreform 1972, (Referat anlässlich des Symposiums im Rahmen der Universitätspartnerschaft Gießen-Lodz 1988, gehalten am 6.9.1988, abgedruckt in: Epistula 58, 1989, S. 13 - 17 und Epistula 59, 1990, S. 24 - 30.

6 Siehe Glöckner, S. 42.

7 Siehe LLG-Jahresbericht 1879, S. 23 – und sogar aus den Einsparungen beim Neubau des Gymnasiums erwirtschaftet! Wo gäbe es so etwas heute noch?

8 Siehe LLG-Jahresbericht v. 1883, S. 7.

9 Siehe Glöckner, S. 42.

10 In: Festschrift des VfB 1900 Gießen e. V. zur akademischen Feier am 26.3.2000 – 100 Jahre VfB Gießen 1900 - äußert sich Albert Bötzt zur Geschichte des Vereins auf den Seiten 4/5: „Das Ballspiel mit dem Fuß geht auf das Jahr 1884 zurück u. wurde durch Gymnasialdirektor Schiller vermittelt...“

Im Schuljahr 1896/97 rief der Oberprimaner Kurt Matthiesen, im späteren Leben Journalist, den Fußballclub (FC) am Gymnasium ins Leben, einen Schulclub also. Matthiesen legte zugleich eine Chronik für diese Fußballmannschaft an, deren genauer Titel „Fremdenbuch und Chronik der Fußballmannschaft des Gymnasiums zu Gießen“ lautet und deren erste Eintragung vom Juli 1896 stammt. Der Oberprimaner handelte dabei, wie der damals beteiligte Dr. Wilhelm Wetz 1957 erinnert, „völlig selbständig“.¹¹

Von Schuldirektor Schiller ging also die Anregung aus, einen Verein zu gründen, wie nachstehende Eintragung in der Chronik belegt.

„Am 2. IX. wurde von Herrn Direktor Schiller bekannt gemacht: Die lose Vereinigung zur Pflege des Fußballspiels soll zu einem festen Verein mit Vorstand, Statuten usw. umgeändert werden (Jahresbeitrag 1896/75 Pfennige, Monatsbeitrag 1906/7 25 Pfennige).

2. Oktober 1896: Durch Bestimmung des Herrn Gymnasialdirektors wurde festgesetzt:

1. Matches (Wettspiele/Verbandsrunde, J.D.) dürfen von nun an nicht mehr stattfinden.

2. Übungsspiele dürfen wöchentlich nicht mehr als zweimal stattfinden.

Durch die erstere Bestimmung sah sich die Seniorenmannschaft genötigt, Friedberg, mit dem am 4. Oktober das Retour-Spiel gespielt werden sollte, abzuschreiben.

Wettspiele, die außerhalb von Gießen ausgefochten werden, müssen vorher vom Direktor gebilligt werden; ein Lehrer begleitet hierbei die Spieler in die Stadt, mit deren Spielern das Wettspiel ausgefochten werden soll. Es sind zunächst 8 Leute zu wählen, welche die Statuten aufstellen und einer Lehrer-Conferenz vorlegen.“

Die Begleitung durch einen Lehrer erschien nötig angesichts des teilweise großen Durstes der Spieler nach beendeten Matches, was öfters Anlass zu Strafmaßnahmen seitens der Schulen gab. Sofern die Gelage ruchbar wurden. Das Lehrerrats-Protokollbuch weist am 30. Oktober 1896 als einzigen Tagesordnungspunkt aus: „der Fußballsport.“ Dazu heißt es:

„Von Herrn cand. phil. Bensemänn in Marburg ist ein Schreiben eingegangen, in dem er bittet, den Gymnasiasten die Teilnahme an einem Fußballwettkampf mit dem Marburger Fußballverein¹² zu gestatten. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass der sportsmäßige Betrieb des Fußballspiels die Leistungen einer großen Anzahl von Ober- und Unterprimanern beeinträchtigt,¹³ und es wird deshalb Herrn Bensemänn mitgeteilt werden, dass auf sein Gesuch vorläufig nicht eingegangen wird. Die ganze Angelegenheit soll in 14 Tagen einer

11 Siehe Epistula Nr. 14 v. 4.2.1957, S. 5 – 9.

12 Gemeint ist hier vermutlich eine Mannschaft des „Akademischen Turnvereins Marburg“.

13 Der Einwand scheint berechtigt, wenn man in der „Chronik“ liest, dass Spiele am 4. Juli 1896 (2 Stunden), 11.7 (1 Std.), 15.7. (1,5 Std.), 18.7. (30 Minuten), 24.7., 25.7., 1.8. (80 Minuten), 3. 8. (90 Minuten) stattfanden und weiter am 5., 7., 10., 13., 15., 17., 20., 22., 24., 27., 29. und 30. August usf.

eingehenden Besprechung und generellen Regelung unterzogen werden aufgrund der Referate, die bis dahin die beiden Turnlehrer der Klassen, H. Dr. Schmitt und H. Dr. Nessling erstatten werden. In diesen wären u. a. folgende Punkte zu erörtern:

1. ob es sich empfiehlt, dass die Leitung dieser Wettspiele von einem Gymnasiallehrer in die Hand genommen werden;

2. ob und wie die Zahl der Wettkämpfe beschränkt werden soll (indem man sie etwa von der Genehmigung des Direktors abhängig macht und sie ein gewisses Maximum nicht überschreiten lässt.);

3. Ausschluss aller Zeitungen

H. Prof. Noack empfiehlt Meldezwang für diejenigen, die an der Schülervereinigung zur Pflege des Fußballspiels teilnehmen wollen. Weil aber diese Vereinigung bis jetzt keinen geschlossenen Verein bildet, sondern die Teilnahme jedem Gymnasiasten freisteht, so gibt H. Geheimrat Schiller zu erwägen, ob man nicht die Schüler nötigen solle, einen förmlichen Verein mit Statuten zu bilden, an den man sich nötigenfalls halten könne. Auch diese Frage soll in 14 Tagen weiter behandelt werden.“

Das Statut des Schul-Vereins ist nicht mehr in der Chronik enthalten. Doch findet es sich im Protokollbuch des „Lehrerrates“ mit Datum vom 13. November 1896. Es sah vor, eine jährliche Generalversammlung, die Wahl eines Vorstandes (1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender Spielwart, 3. Vorsitzender Gerätewart, 4. Vorsitzender Kassierer), die Festlegung der Höhe des monatlichen Beitrags, anfangs 20 Pfennige.

Ein Ehemaliger, der damals dabei war, fragt 1954: „Erinnert sich Herr Klose noch seiner Tätigkeit als Kassierer, von der ‚Generalversammlung‘ in den ‚Vereinsvorstand‘ gewählt? Und immer wieder dieselben Namen: Klose, Lind, Melior, Philippi, Fuß, Nordmann, Mylius, Thun ...“.¹⁴

Nach einem anderen Gewährsmann (NN) beschaffte Schiller seinen Schülern sogar „Bälle und Fußballstiefel und förderte das Spiel durch reiche Geldzuwendungen“.

Diese Aussage lässt sich nur teilweise belegen, erst für 1907, und damals war bereits Dr. Wilhelm Hensell Direktor der Schule. Im 300-jährigen Jubiläumsjahr 1907 „schenkte uns die Direktion des Gymnasiums einen Ball.“, so die Chronik. Es war damals nicht einfach, solche „Fuß-Bälle“ zu bekommen, es gab sie nur „bei dem damalig wohl einzigen Sportartikelgeschäft in Deutschland, Steidel/Berlin.“¹⁵

Festzuhalten ist, dass offensichtlich schon Jahre vor der offiziellen Vereinsgründung von den Schülern Fußball gespielt und Wettspiele gegen auswärtige Mannschaften, z. B. Friedberg, ausgetragen wurden, also das Fußballspiel in Gießen und den umliegenden Städten bereits gepflegt wurde.¹⁶ Insbesondere in

14 Siehe Epistula Nr. 8, Februar 1954, S. 17.

15 Siehe Fischer, S. 10.

16 Siehe erster Satz der Chronik im Abschnitt: „Unser Spiel“.

Marburg hatten englische Studenten, die dort wohnten und ihren Sport ausüben wollten, „maßgeblichen Einfluss auf die Ausbreitung des Fußballsportes“.¹⁷

Manche schienen im Spieleifer ihre Schulaufgaben vernachlässigt zu haben, so dass sich die Schule zum Eingreifen gezwungen sah. Dies führte zur Vereinsgründung im Rahmen der Schule, was sowohl am Gymnasium wie am Realgymnasium geschehen sein muss. Beide Vereine trugen den Namen FC Gymnasium bzw. FC Realgymnasium.

Das erste Spielfeld des FC Gymnasium von 1896 war „die hinter dem Universitätsgebäude gelegene Wiese“ (heute: Ludwigstrasse 23). Als 1906/07 ein weiteres Universitätsgebäude errichtet wurde (Aula und Institut an der Goethestrasse/Stephanstraße), wichen die Spieler aus auf den Trieb aus und spielten dort, wo sich heute die Volkshalle/ Millerhall und der Sportplatz befinden.¹⁸

Zu jener Zeit war das Gelände oberhalb des Philosophenwaldes noch weitgehend eine „herrliche Heidelandschaft“, in der sich auch Hünengräber befanden. Der Trieb diente als Exerzierplatz der benachbarten Kasernen. Ein für monatlich 4 Mark gemietetes Zimmer im zweiten Stock der Gaststätte „Germania“¹⁹ auf der Liebigshöhe diente als Kleiderablage und zur Aufbewahrung der nötigen Geräte, etwa die beiden für 18 Mark erstandenen Tore. Oft bestanden die Tore allerdings nur „aus 2 Bäumen, zwischen denen ein Seil gespannt wurde“.

Wetz berichtet weiter: „Sportkleidung war mangelhaft, einige hatten, z. B. ich, kurze derbe blauleinene Hose und Schildkappe. Bei einem Übungsspiel in Friedberg haben wir elend gefroren. Im Winter wurde nicht gespielt. (...) Direktor Schiller duldet es schweigend. Bei Übungsspielen auf dem Trieb besuchte er einmal die Liebigshöhe. Es hieß, es sei dort von uns getrunken worden, was aber nicht stimmte. Geäußert hat er (Schiller) nie etwas.“

Vermutlich hatten die Fußballer bei ihrem Schulleiter Schiller sogar einen Stein im Brett, denn es passierte nichts, obwohl sie sich nach einem Spiel in Friedberg Bier getrunken hatten und eine Anzeige seitens der Augustinerschule bekamen. „Früher kostete (...) ein Glas Bier, im Wirtshaus getrunken, 2 Stunden Karzer“.²⁰

Wenn Bötz meint, Schiller habe die erste Fußballmannschaft in Gießen ins Leben gerufen, dann vergisst er den Oberprimaner Matthiesen, der Initiator und Organisator war.

17 Siehe Fischer, S. 9.

18 Auf dem Trieb hatten schon 1815 die „Gießener Schwarzen“ mit ihrem Führer Karl Follen erwirkt, dass auf dem Gelände der heutigen Volkshalle (Miller-Hall) ein Turnplatz eingerichtet wurde, s. C. R.: 125 Jahre MTV 1846, in: Gießener Allgemeine Zeitung v. 25. 6.1971, S. 17.

19 Auch die „Ludwigshöhe“ und das „Schützenhaus“ dienten zeitweise als Spielerlokal, was diesem nicht nur die Raummiete einbrachte, sondern mehr: Nach dem Spiel pflegten sich die gegnerischen Mannschaften gerne noch „zu einem Glas Bier“ zusammenzusetzen.

20 Siehe Glöckner, S. 54.



Abb. 1

Schiller sorgte dafür, dass dieser Schulklub eine Satzung bekam und im Namen der / für die Schule spielen durfte. Dadurch, dass zu auswärtigen Matches immer ein Lehrer mitfahren musste, wurden diese zu offiziellen Schulveranstaltungen. Die Spieler bedanken sich in der Chronik immer wieder für die Begleitung durch Lehrkräfte.

Um das Engagement Schillers für den Fußballsport angemessen würdigen zu können, muss mitbedacht werden, dass Fußballspielen in Deutschland bis zur Jahrhundertwende im Bürgertum und der Arbeiterbewegung abgelehnt und bekämpft wurde.



*Abb. 1 und 2: „Malstangen und Sportkleidung 1896“
(Archiv des Landgraf-Ludwigs-Gymnasium Gießen, LLG)*

Insbesondere Vertreter der etablierten Turnbewegung waren Gegner dieser „Engländerei“, sie kamen zumeist aus dem Lager der Jahn-Turner oder/und waren Sprachpuristen wie der Stuttgarter Turnlehrer Karl Planck. In einer Schmähchrift äußerten sie sich wider die „Fußlümmelei“ und bezeichneten

Fußball als „die englische Krankheit.“²¹ Fußball sei undeutsch, gefährlich, roh und die niedrigsten Instinkte weckend. Auch Eltern, Lehrer und Vorgesetzte lehnten es ab.²²

Die Situation änderte sich gravierend nach Schillers erzwungenem Abgang,²³ wie Hübener schreibt: „Sein Nachfolger, Direktor Schädel, hatte nicht viel für Fußball übrig; er duldet zwar das Spielen, aber auswärtige Wettkämpfe verbot er ganz; als trotzdem einmal eine Mannschaft in Begleitung eines Lehrers nach Marburg fuhr und mit den dortigen Gymnasiasten auf dem Kämpfrasen ein Spiel austrug, erhielten die Sünder je 4 Stunden Karzer und der Lehrer eine Verwarnung. *Tempi passati!*“

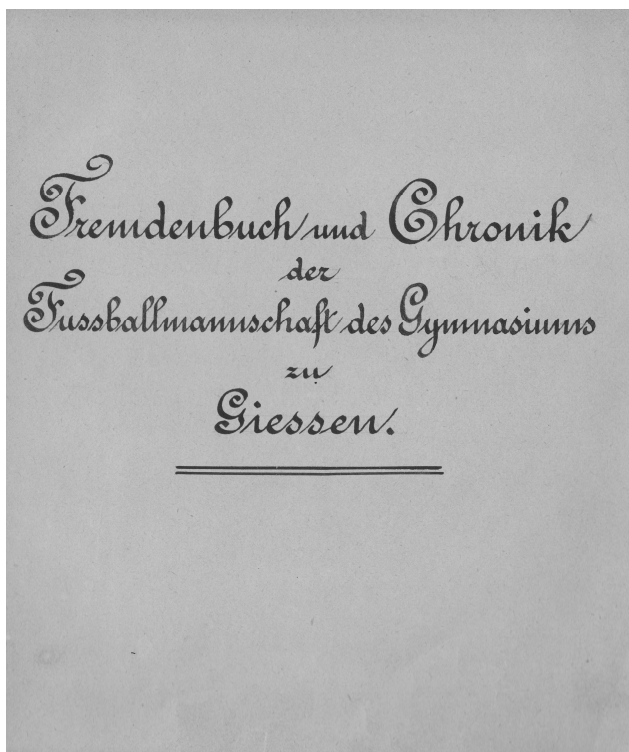


Abb. 3: „Titelblatt der Chronik des Fußballvereins des Gymnasiums“, (Archiv des LLG)

21 Siehe Giesler, MOHG, NF, Bd. 81, 1996, S. 111f.

22 Siehe u. a. Fischer, S. 9.

23 „Vom 11. –13. Juli 1899 veröffentlichte Schiller in der Frankfurter Zeitung 3 Artikel, in denen er das höhere Schulwesen im Großherzogtum Hessen einer scharfen Kritik unterzog. Daraufhin wurde er... vom Dienst suspendiert und sofort als Direktor und Ordinarius an der Universität zwangspensioniert.“ (Glöckner, S. 49 f. und Wikipedia-Enzyklopädie, Stichwort: H. Schiller).

Der Initiator des ersten Fußballklubs am Gymnasium, Kurt Matthiesen, stiftete im Juli 1896 seiner Mannschaft eine „Fußballchronik des Gymnasiums zu Gießen“, deren Inhalt sich in drei Teile gliedert: „1. Unsere Gäste, 2. Unsere Spieler, 3. Unsere Spiele“. Darin haben die Schulfußballer über zehn Jahre sorgfältig nicht nur die absolvierten Spiele, die Spieler, die jeweilige gegnerische Mannschaft samt Austragungsort, die genaue Spieldauer und das Ergebnis vermerkt, sondern oft auch die Gäste, also die Zuschauer und –innen registriert, die sich in diesem Büchlein zuweilen mit launigen Eintragungen, oft gereimter Art, verewigten. So schreibt der stud. theol. Ernst Schütz am 5.7.1896: „Schön ist es den Sport zu hegen, und hernach des Trunks zu pflegen.“ Besonders informativ und anrührend sind die eingeklebten Fotografien aus jener Zeit.

Für das Gründungsjahr 1896 sind folgende Spieler verzeichnet, aus der Oberprima 1: W. Wehner, W. Wetz, E. Lindhorst, F. Curschmann, Gustav Scharff, W. Wimmenauer; aus der Unterprima 1: Müller, Sandmann, Weimer, L. Ruhl, Goldenberg, W. Elsoffer, Buderus, Walther, Heintze, Siebeck und Gaethgens; aus Oberprima II: A. Wilker, H. Leister, H. Schaaf, F. Loch, Zinßer, G. Drescher, H. Müller, G. Krause, J. Fassbender, H. Gräf, W. Boeck, H. Docter, und G. Böckner.



*Abb. 4: „Gründermannschaft des Fußball-Klubs Gymnasium Gießen“
(Archiv des LLG) Gießen.*

Fußball wurde in Gießen und in Städten der Umgebung also schon vor 1896 von Schülern und Studenten (zumindest in Marburg) gespielt, doch oft ohne genauere Kenntnis der seit 1863 geltenden Regeln der „English Football Association“. Diese waren in Marburg beim Akademischen Turnverein jedenfalls früher bekannt als in Gießen, was wiederum aus der Chronik des Gießener Gymnasiums hervorgeht. Die Assoziationsregeln gelangten erst 1896 durch *Walther Bensemann* von Marburg nach Gießen, als dieser der Verhandlungspartner für das erste Spiel des FC Gymnasium Gießen gegen Marburg 1896 war.²⁴

Die FC-Chronik hält Folgendes über „Unser Spiel“ für das Schuljahr 1896 fest: „Schon lange hatten die Schüler des großherzoglichen Gymnasiums zu Gießen sich dem Fußballspiel hingegeben, doch stets das Spiel ohne bestimmte Regel und Ordnung getrieben.“ Offenbar nach der Devise: „Zehn Männer mussten oft erst fallen, bis Mann und Ball ins Tor reinknallen!“²⁵

„Erst dieses Jahr gelang es vereinten Bemühungen, sich in den Besitz feststehender Regeln zu setzen und sie unter den Spielern zur Verteilung zu bringen.“²⁶ Bensemann hatte für das Wettspiel zur Bedingung gemacht, dass der FC nach den Assoziations-Regeln spiele. Die Bedingungen konnten von den Gießenern zunächst nicht erfüllt werden.

„Am 4. Juli (1896) spielten wir zum ersten Mal nach den Assoziations-Regeln und mit vorschriftsmäßigen Malstangen (= Torpfosten), die uns der Stifter dieses Buches in liebenswürdiger Weise zum Geschenk machte. Spieldauer: 2 Stunden, Zahl der Spieler: 24. Resultat: 0:0.

(..) Am 24. Juli forderten wir die Marburger Mannschaft zum Wettspiel am 1. August in Gießen auf. (...) Nach einer Besprechung des Herrn Matthiesen mit der Marburger Mannschaft am 26. Juli, kam am 29. Juli Herr Bensemann nach Gießen zur Besichtigung des Spielplatzes usw.“

Das erste Wettspiel zwischen Gießen und Marburg fand schließlich am 1. August 1896 auf dem Trieb statt. Die Chronik beschreibt dies und dokumentiert zugleich, dass die internationalen Regeln des Fußballspiels auf Englisch waren und die englischen Begriffe genutzt wurden.

„Der Regen, der etwa seit 3.30 Uhr in heftigen Strömen fiel, dauerte fast bis half-time. Bei half-time hatte Marburg, das mehrere Engländer unter seinen Spielern hatte, in rascher Aufeinanderfolge 5 goals gemacht, da Gießen sehr unter dem glatten Boden litt. Die ersten 25 Minuten nach half-time hielt sich Gießen wacker, bis es noch zwei weitere goals an Marburg verlor, so dass das Endresultat war: Marburg 7 g(oals) - Gießen 0 g(oals). (...)“

Nach Beendigung des Wettspiels wurden den Gießener Spielern von den anwesenden Damen rot-weiße Schleifen überreicht und dabei ermahnt, diese Farben in Ehren zu halten und manchen Sieg für sie zu gewinnen.“

24 Vermutlich handelte es sich um die Mannschaft des „Akademischen Turnvereins“.

25 Siehe Fischer, S. 9 (der Unterschied zwischen Fußball und Rugby war damals noch nicht bekannt).

26 Unterstreichung von mir, J. D.

Zu den begeisterten weiblichen Fans gehörten damals Frau Dr. Ploch, Frau Cullmann, Fräulein Hoffmann, G. Siebeck und Theodore Sybille Ploch, die ins Buch schrieb: „Fußballmannschaft hoch!“, Anni Mangold aus Berlin, Auguste Mayer, Olga Clöhsner und Anna Cullmann, die folgenden Vierzeiler schrieb: „Wir sitzen so fröhlich beisammen / Und haben einander so lieb, / Heut haben die Marburger gewonnen, / ach, wenn es nicht immer so blieb.“

Immerhin ging das nächste Wettspiel des FC gegen Marburg am 29. Mai 1897 schon 11:11 aus, Halbzeitstand 0:0. Es dauerte noch lange bis der erste Sieg über die Marburger gelang, die als „die Mannschaft des Herrn Gideon zu Marburg“ festgehalten ist. Vermutlich handelte es sich hierbei um die „Akademische Spielvereinigung“ bzw. der „Akademische Turnverein“ von Walter Bensemam.

Es ist kaum anzunehmen, dass die fußballbegeisterten Realgymnasiasten schon nach den internationalen Regeln spielten oder diese auch nur kannten. Laut Carl Demuth, der mit 13 Jahren im (Real-)Gymnasium gespielt hat, waren die „ersten 9 Spieler“ dort: „Demuth, Förtsch, Albert Bötz, Schmall, Duill, Schelper, Hohmeier, Seipp, Stremmel, Willi Schwan, Seyfferth, Fach war im Tor, später Seyfferth.“²⁷ Die Schüler der benachbarten Schulen spielten damals oft zusammen auf dem Platz hinter dem Uni-Hauptgebäude. Vermutlich wurde das reguläre Assoziationsspiel auch von den Schülern des Realgymnasiums erst ab 1896 betrieben. Und: „Dem Gießener Beispiel folgten die Schulen in Laubach, Lauterbach, Schotten und Friedberg. Aus den Schülermannschaften sind auch die ersten Mitglieder des Gießener Fußballklubs hervorgegangen.“²⁸

Wer war Walter Bensemam?

Die Romanbiographie über Bensemam trägt den Titel „Der Mann, der den Fußball nach Deutschland brachte.“ Was vielleicht übertrieben, aber nicht falsch ist.

Walter Bensemam, geboren am 13.1.1873 in Berlin, verstorben im Exil in Montreux (CH) am 12.11.1934, war „einer der wichtigsten Pioniere des Fußballs in Deutschland“. Ab 1889 war er „Mitbegründer von mehreren Fußballvereinen im Süden des Kaiserreichs, organisierte im Dezember 1898 die ersten internationalen Begegnungen deutscher Auswahlmannschaften, die sogenannten ‚Ur-Länderspiele‘, war im Jahre 1900 als Vertreter mehrerer Klubs an der Gründung des Deutschen Fußball Bundes beteiligt und hob 1920 das Fußballmagazin ‚Kicker‘ aus der Taufe“, dessen Chefredakteur er bis 1933 blieb. „Bensemam, der jüdischer Abstammung war, emigrierte Ende März 1933 in die Schweiz und verstarb dort im Jahr darauf. Bensemam war als Schüler an einer englischen Privatschule in der Schweiz mit der auf dem Kontinent noch vergleichsweise unbekannt und im deutschen Reich als ‚englische Modetorheit‘ und ‚Fußlümmelei‘ verpönten und verspotteten Sportart in Kontakt gekommen und be-

27 Siehe „1900.“, o. N., 2 Seiten, maschinenschriftlich, 2. Seite, Stadtarchiv Gießen, Stichwort: VfB 1900.

28 Siehe Kostorz (vermutlich), S. 1.

gann im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts eine Missionsarbeit, die den Fußball als eine pazifistische Idee und als Mittel zur Völkerverständigung sah.“



*Abb. 5: „Walter Bensemann 1896“;
(Stadtarchiv Karlsruhe 8/SpA/1302)*

In den 1890er Jahren kam er zum Studium auch nach Marburg (1895/96) und war „an vielen Fußballvereinsgründungen beteiligt“, so u. a. in Frankfurt, Gießen, Marburg und am FC Bayern München.²⁹ Inwiefern er in Gießen über die Vermittlung der Regeln hinausgehend gewirkt haben könnte, etwa bei Vereinsgründungen, das bliebe noch zu klären.

Zurück zum FC des Gymnasiums von 1896. Gespielt wurde zeitweise im Rahmen des Verbandes der (humanistischen) Gymnasien, also gegen Friedberg, Büdingen, Laubach, Wetzlar, Weilburg und Marburg. Die Regeln innerhalb dieses Verbandes waren streng, so wurde ein von den Gießenern gegen Laubach gewonnenes Spiel nachträglich für ungültig erklärt „wegen Beteiligung eines Realschülers (Niclaus)“!

Außerhalb dieser Verbandsrunde spielte die erste Mannschaft des LLG auch gegen die erste Mannschaft des Realgymnasiums/Herderschule, so am 14.9.1896. Das LLG gewann mit 3:0.

²⁹ Informationen über W. B aus: Wikipedia-Enzyklopädie; genauer: Von 1893 bis 1898 war W. B. Mitgründer bzw. Initiator in Karlsruhe 1889, in Straßburg 1893, Baden-Baden, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Heidelberg, Mannheim, Marburg, München und Saarburg“, so Beyer, S. 569 , für Straßburg S. 238.

Beide Schulen verfügten über eine erste und eine zweite Mannschaft, die den gleichen Spielplatz hinter dem Uni-Hauptgebäude benützten.

Dass keine Schüler der Oberrealschule (Liebig-Schule) dabei waren, erklärt sich daraus, dass erst 1902 die Realschule zu einer 9-klassigen Oberrealschule ausgebaut wurde (5.-13. Klasse). Erst dann gab es eine Oberstufe, aus der sich die Spieler rekrutierten.

In der Chronik werden für das Schuljahr 1899 folgende Realgymnasiasten genannt: Förtsch, Hoffmann I, Kühn, Fayet, Duill, Schäfer, Moll und Demuth. Im Folgejahr sind es außerdem noch Moel(?), Stieber, Schlüter, Geißel und Hoffmann II. 1904 sind es Oscar Heimer und P. Fischer, für 1906 werden Hans Noll, August Schmall und Walter Goldschmidt erwähnt.

Ein für November 1906 vorgesehenes Spiel beider Mannschaften musste ausfallen, da sich der Fußballclub des Realgymnasiums aufgelöst hatte. In der Generalversammlung vom 12.12.1906 beschlossen daraufhin die LLG-Spieler einstimmig, „dass nun auch Realgymnasiasten in unsere Mannschaft aufgenommen werden dürfen.“

Möglicherweise hing die Auflösung des Schulelubs mit der Gründung des ersten allgemeinen Gießener Fußballclubs am 5.8.1900 zusammen, an dessen Konstituierung Schüler und Ehemalige des Realgymnasiums maßgeblich beteiligt waren (s. u.).

Fazit: Fußballspielen war in Deutschland, wie auch in England und anderswo, anfangs zunächst eine Sache junger bürgerlicher Kreise, nämlich von höheren Schülern und Studenten. In manchen Universitätsstädten (Marburg) scheinen englische Austauschstudenten eine nicht unerhebliche Rolle bei der Einführung gespielt zu haben. Am Anfang des fußballerischen Lebens in Gießen bzw. im heutigen Mittelhessen standen die Clubs der höheren Schulen.

Es wurde bereits vor der offiziellen Gründung von Schulmannschaften geklickt, wenn auch ohne genaue Kenntnis der Spielregeln der Football-Association. Ab wann die ersten Bälle in Gießen und Umgebung gespielt wurden und ob sie dem Gießener Beispiel folgten, wie Herbert Kostorz in seine Publikation behauptet, müsste erst noch erforscht werden. In der zweiten Hälfte der 1890er Jahre gab es bereits Fußball-Schulmannschaften in Marburg, Wetzlar, Dillenburg, Friedberg, Laubach, Lauterbach, Schotten und Büdingen, die nach den Regeln der Fußball-Assoziation spielten.

Aus ehemaligen und noch aktiven Schülern/Gymnasiasten und Studenten rekrutierten sich dann die ersten Fußballvereine unabhängig von den Schulen.

Exkurs: Zur Sprache des Fußball

Hier sei zunächst noch auf ein interessantes Phänomen aufmerksam gemacht, das sich bei Einführung des Fußballs in Deutschland ergab. Es gab zunächst keine deutschen Ausdrücke für das aus England importierte Spiel, die Sprache des Fußballs musste sich allmählich entwickeln, wofür die LLG-Chronik interessante Beispiele bietet. Die Schüler humanistischer Gymnasien hatten im Unterschied zu Realgymnasiasten Schwierigkeiten mit der englischen Sprache, daher die teilweise fehlerhaften Schreibweise wie „goalkipper“ statt goalkeeper.

Am 20. September 1896 heißt es:

„Wettspiel mit einer Mannschaft des Fußballklub ‚Sport‘ Friedberg. Für Gießen spielten: als Goalkeeper Wehner, als baks Curschmann, Gaethkens, als half-baks Scharff, Matthiessen, Scheel und als forwards Siebeck, Ploch, Müller, Heintze, Wetz. Zeit. 1,5 Stunden excl. 5 Minuten Pause bei half-time (4,15-5,50). Friedberg trat nur mit 8 Spielern an, lehnte aber das Anerbieten Gießens, ebenfalls nur mit 8 Spielern sich zu beteiligen, ab. Gießen siegte mit 3:0, ein viertes Goal für Gießen blieb unentschieden.“

1906/7 finden sich schon einzelne deutsche Termini, das Tor wurde „Mal“ genannt, der Tormann „Malwärter“ und die Torpfosten „Malstangen“. Der Spielausgang hieß dann etwa „Ein Sieg von 7:0 Malen“. Bei den Positionsbeschreibungen heißt es: Praetorius, „Hinterspiel“ (= Verteidigung); Kömpf u. Möller, „Mittelspiel“ (= Läuferreihe).

Interessant ist auch, dass die deutsche Fußballsprache bei ihrer Herausbildung einen stark militärischen, ja aggressiven Zug annimmt, wenn sie von Stürmern, Verteidigern, Angriffsspiel, Verteidigung, Tore schießen, Mauer bilden usw. spricht. Hängt dies möglicherweise zusammen mit der positiven Einschätzung, die das Spiel durch die deutsche Militärführung im 1. Weltkrieg erfuhr?



Abb. 6: „Gründungsvorstand des Gießener Fußball-Klubs von 1900“,
(Archiv des VfB 1900 Gießen)

II. Die Gründung unabhängiger Fußballvereine in Gießen³⁰ durch Jugendliche aus bürgerlichen Mittelschichten

Die Jahrhundertwende war entscheidend für den Gießener wie für den deutschen Fußball.

So wurde zunächst am 28.1.1900 der „Deutsche-Fußball-Bund“ (DFB) in Leipzig auf dem „Ersten allgemeinen Fußballtag“ als oberste nationale Instanz gegründet. Walther Bensemann war auch hierbei einer der Initiatoren. Die bestehenden und die neu entstehenden Vereine schlossen sich fast alle dem DFB an, mit Ausnahme der Arbeitersportvereine. Daraus gingen die einzelnen Landesverbände hervor.

Für die Gießener Entwicklung hält Hübener fest:

„Wenn Schiller auch 1900 wegen massiver öffentlicher Kritik an der großherzoglichen Schulpolitik sein Amt aufgeben musste und wegen einer Professur nach Leipzig verzogen war, erlebte (er) aber noch die Freude, dass in Gießen am 5.8.1900 von seinen ehemaligen Schülern der FC von 1900 ins Leben gerufen wurde.“³¹ Dies war der erste schul-unabhängige Fußballklub auf Stadtebene in Gießen und zugleich der „älteste Rasensportverein des Lahngbietes.“³²

„Als Gründungsdatum gilt der 5. August 1900, an welchem Tage fußballbegeisterte Gießener Gymnasiasten bzw. junge Leute, die noch nicht lange die höhere Schule verlassen hatten, den ‚Gießener Fußball-Klub von 1900‘ aus der Taufe hoben.“³³

„In dieser Mannschaft spielten die Schüler Carl Demuth und Albert Bötze (Vater) auch dann noch, als sie die höhere Schule verlassen hatten und Jungkaufleute waren. Dies war Ausgangspunkt zur Gründung einer eigenen Mannschaft. So wurde am 5.8.1900 in der Gaststätte Brauerei Förtsch, hinter der Stadtkirche, mit Freunden der Verein FC gegründet, mit der Maßnahme, dass jeder zum Ankauf eines Balles 1,- Mark (dafür gab es 10 Bier) opfern musste. Zu Demuth und Bötze kamen Willi Förtsch, Schmall, Daniel Schelper, Hohmeier, Stremmel, Plank, Schwan und Vogt.“

Auch der neue FC 1900 hatte Probleme mit der Beschaffung von Spielutensilien: Der Ball wurde bei Dols & Helle in Braunschweig gekauft, erinnert sich Demuth. Und Bötze fährt fort:

„Als dann der erste Ball kam, der zunächst in die Hand einer Mutter durch den Briefträger Krause gelangte – die Mutter hatte von einem solchen Ball keine Ahnung –, stellte man fest, dass der geforderte Beitrag nicht ausreichte, und man musste schnell sammeln, um den Ball bei der Post abholen zu können.“

30 Auch hier sei verwiesen auf von Bergs umfangreiche Darstellung: „Damals auf dem Waldsportplatz ...“

31 Siehe Hübener, S. 3.

32 Siehe Rotté/Peeck, S. 1 (Wenn man den „Akademischen Turnverein“ von Marburg nicht zählen kann oder will, der eine eigene Fußballmannschaft hatte.)

33 Siehe Rotté/Peeck, S. 1.

„Köhlingers Vater hatte eine Schlosserei, der die Spitzen (für die Malstangen, J.D.) herstellte, während Duills Vater, der eine Schreinerei hatte, die Hölzer anfertigte.“³⁴ „Zwischenzeitlich kamen die Freunde Bie(h)ler und Fach hinzu, so dass man mit einer Mannschaft spielen konnte. (...) Mit den ersten Spielversuchen wurde auf dem Trieb gestartet. Die Tore standen in der Gaststätte Germania. Sie mussten immer auf- und abgebaut werden.

Zuerst wurde nur in der schönen Jahreszeit gespielt. Willi Schwan (Sporthaus, J.D.), der in Wiesbaden und Berlin den Spielbetrieb kennen gelernt hatte, stellte fest, dass das Spielen sich auch für den Winter eignete. Bei den ersten Spielen zeigte es sich, dass das Spielen mit bloßen Beinen öffentliches Ärgernis erweckte und verboten werden sollte, obwohl nur etwa eine Handbreit Bein sichtbar war. Jedenfalls wurde den bürgerlichen Töchtern verboten zuzusehen; es war sittenwidrig und unzüchtig.“³⁵

„Das ‚Hinterherlaufen hinter dem runden Leder‘ galt als eine höchst überflüssige Kraftverschwendung und wurde als Verstoß gegen die guten Sitten angesehen. Als Bekleidung waren lange Hosen vorgeschrieben, so dass gewöhnlich Unterhosen verwendet wurden. Die Polizei wachte streng darüber, dass keine bloßen Körperteile sichtbar wurden. Als in anderen Städten schon der knie- und ärmelfreie Dress eingebürgert war und die Gießener sich dieser Neuerung bemächtigt hatten, entstand ein großes Aufsehen infolge einer Beschwerde eines Beamten, der mit seinen Töchtern bei einem Spaziergang über den Trieb dieser Sittenverderbnis ansichtig wurde. Auf seine Anzeige wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses kam in der Stadt eine fast feindselige Stimmung gegen die demoralisierte Sportjugend auf.“³⁶

Nicht selten kam es in der Anfangszeit zu Änderungen des Vereinsnamens, so führte etwa der Umstand, dass viele der Fußballer zugleich Anhänger der Leichtathletik waren zur Umbenennung in „Gießener Sportverein von 1900“.³⁷ Aktive und ehemalige höhere Schüler gründeten in der Folgezeit weitere Vereine, sofern es deren Freizeit erlaubte. In Gießen waren dies der BC 1904, VfB 1908, SV Merkur 1910 und andere, wobei der VfB 1908 am bedeutsamsten wurde.

„In den unteren Mannschaften des FC von 1900 und des BC 1904³⁸ wirkten eine Anzahl Jugendlicher mit, die dem Schülerverein des Realgymnasiums Gießen angehörten. Eines Tages tauchte bei ihnen der Gedanke auf, einen

34 Siehe „50 Jahre Spielvereinigung 1900“, aus einer der Gießener Zeitungen ohne Datum und ohne Namen, 1950 und in „50 Jahre Spielvereinigung 1900 e. V. Gießen.“ Ohne Namen, vermutlich H. Kostorz, maschinenschriftlich 1900, im Stadtarchiv Gießen unter 83/947, S. 2.

35 Siehe Albert Bötz in: Festschrift ... 2000, S. 4.

36 Zitiert in: „1900“, S. 4 f.

37 Siehe Rotté/Peeck, S. 1.

38 Über den **Ballspiel Club 1904** ließ sich leider bislang nur finden, dass er in der Spielvereinigung 1900 aufgegangen sei, so Ernst Paulus, Wetzlar in: Spiel und Sport in Gießens Geschichte, Jubiläumsausgabe des Gießener Anzeigers, S. 77, 1925.

neuen Verein zu gründen, in dem sie alle gemeinsam spielen wollten; das Projekt ... wurde schließlich in die Tat umgesetzt: Samstag, d. 19. September 1908 nachmittags kam man im Restaurant Duill (obere Kaiserallee/Grünberger Straße) zusammen, um die Sache zu besprechen; dazu hatten sich auch verschiedene mit ihnen bekannte Studenten und sogar einige ältere Interessenten eingefunden. (...) Man wählte ‚Verein für Bewegungsspiele‘, wobei man den Begriff Bewegungsspiele möglichst weitgehend aufgefasst wissen wollte. Zu Vereinsfarben bestimmte man schwarz-weiß-grün, als Sportplatz wurde der vordere Trieb (einst Kirschenwäldchen) ausersehen, bis man was Besseres gefunden hätte; das Vereinslokal blieb Duill. Es wurde gleich eine Liste ausgelegt, in die sich jeder eintragen sollte, der sofort dem VfB angehören wollte; soviel überliefert ist, waren es etwa 15 Mann, die den Eintrag leisteten. Die Liste ging als Gründungsurkunde in die Hände des damals zum 1. Vorsitzenden gewählten Montage-Inspektors der AEG (und späteren Ingenieurs, J.D.) Heinz Ims über.“

Mit dessen Weggang aus Gießen verschwand diese Liste; daher sei es nicht möglich gewesen, mit Bestimmtheit die Namen der eigentlichen Gründer zu benennen, so Ims. „Da es sich jedoch bei den meisten gleichzeitig um die ersten Spieler des Vereins handelt und deren Namen aus verschiedenen Mannschaftsaufstellungen bekannt sind, so ist es wohl am praktischsten, diese Namen zusammenzustellen, dann werden sich gewiss die Gründer darunter befinden (Kursiv sind im Folgenden die vermutlichen Gründer, J. D.): Bierau, *Bock*, *Duill*, *Frank*, *Geiger*, Geißler, Haase, *F. Hambach*, *G. Hambach*, Heck, Hefter, *Herdt*, Alois Hofmann, *A. Holschub*, *R. Holschub*, *Heinz Ims*, *Jäger*, Kann, Kaus, *Karl Kerber*, Krämer, *Kreiling*, *E. Müller*, *K. Müller*, Pause, Pfaff, Planck, Reuß, Ruckelshausen, Rühl, Schomber, *Schott*, Sievers, Sommer, *Spitznagel*, Widerstein, Wigold.

Das Amt eines Trainers und Spielführers erhielt (Dr. med. vet.) Wilhelm Herdt, der schon im FC Realgymnasium und dann beim FC 1900 eine große Rolle gespielt hatte. Er brachte seinen Spielern das Können bei, durch das sie bald überraschten.

Mit Heinz Ims hatte der Verein eine gute Kraft gewonnen, die bald den Namen „Vater Ims“ erhielt, als Finanzmann des VfB merkte er immer gleich, wenn bei seinen Schülern oder Studenten Ebbe im Geldbeutel vorherrschte, so dass sie nicht wussten, wovon sie die Spielreise oder den Verzehr bezahlen sollten. Er half ihnen finanziell, auch sonst hat brachte Ims manches Opfer für seinen Verein.

Es zeigte sich bald, dass der VfB eine große Anziehungskraft auf die Sportfreunde in der Stadt ausübte. Nach kaum einem halben Jahr hatte er schon annähernd 100 Mitglieder und konnte aus dem reichhaltigen Spielerreservoir eine erste und zwei zweite Mannschaften aufstellen, alle mit den nötigen Ersatzleuten.

Vermutlich trug der junge Verein schon 8 Tage nach der Gründung am 27.9.1908 sein erstes Spiel bei einem Pokalturnier des FC Wetzlar aus. Gegner waren die Fußballclubs von Wetzlar, Dillenburg und Marburg. „Bald darauf kreuzte der Verein in stärkster Aufstellung die Klingen mit dem FC 05 Wetzlar,

Meister der (höchsten) A-Klasse, auf dem Trieb und gewann 8:0. Daraufhin beantragte der erste Vorsitzende gleich beim Westdeutschen Spiel-Verband (WSV) die Zuteilung des VfB zur A-Klasse³⁹, die damals höchste Stufe. Zuvor wurde noch das Qualifikationsspiel gegen den Tabellenzweiten, den FC Dillenburg in Wetzlar ausgetragen und mit 8:0 gewonnen. „Nun bewilligte der Verband den Antrag und der VfB kam in die Klasse A.“ 1912 wurde er Meister.

Laut Hübener spielte Gießen damals „in dem am 23.10.1898 im Hotel Gießen zu Düsseldorf gegründeten ‚Rheinischen Spielverband‘, der im Jahre 1900 in ‚Rheinisch-Westfälischer‘ und am 26.7.1906 endgültig in ‚Westdeutscher Spielverband‘ (WSV) umgetauft wurde. Er umfasste seit 1902 drei Bezirke, die aus den Bereichen von je drei Städten bestanden. Im ersten Bezirk, zu dem Gießen gehörte, waren es Köln, Bonn und Siegen; man spielte in drei Klassen (A, B und C) um die Kreismeisterschaft. Nachdem im Frühjahr 1903 die Verbandsmeisterschaft eingeführt war, bildete man 1909 eine Ligaklasse und teilte die inzwischen auf Neun angewachsenen Bezirke - 1905 waren die Kasseler Vereine, die bis dahin zur Norddeutschland gehörten, als 6. Bezirk hinzugekommen – im Jahre 1911 in vier und 1913 in fünf Kreise, gleichzeitig wurden fünf Kreisligen geschaffen. Gießen kam nun zum ‚Hessischen Kreis‘, wo die Gaue Gießen, Wetzlar, Marburg und Biedenkopf den Bezirk Lahn bildeten. Der VfB Gießen trug also seine Verbandsspiele zunächst gegen die Lahnvereine und Gegner aus dem Siegerland aus (...), sodann gegen die Kasseler Vereine. Einen regen Verkehr in Privatspielen pflegte er mit süddeutschen Vereinen, allerdings nicht lange. (...) Auch in den Gesellschaftsspielen bewies er seine Stärke, z. B. gegen Spvg. Hamm und Köln-Sülz, VfB Leipzig, Würzburger Kickers und andere. Im Jahre 1912 wurde er Landkreismeister und nach einem 4:1 Sieg über den Hessenkreismeister FC Kassel Teilnehmer an der Runde um die Verbandsmeisterschaft, bei der er gegen die Borussia Mönchen-Gladbach unterlag. Um diese Zeit legte sich der Verein einen eigenen Sportplatz an der Schwarzlach auf dem Gelände des Ökonomierates Gottmann an. Aber am 9.3.1914 ging er mit dem FC von 1900 eine Interessengemeinschaft unter dem Namen ‚Verein für Rasenspiele‘, gegründet 1914, ein, die bis 1919 dauerte.“⁴⁰

„Im Herbst 1913 begannen erste Fusionsverhandlungen zwischen VfB und ‚1900‘, Hauptinitiator war Dr. Schütz, erster Vorsitzender von ‚1900‘. Das erste Treffen am 13.12.1913 im Metropol scheiterte, woraufhin Dr. Schütz verärgert zurückgetreten sei. Sein Nachfolger Willi Schwan führte die Verhandlungen weiter und erreichte schließlich in einer Delegierten-Sitzung im Hotel Einhorn am 9.3.1914 die Vereinigung.

„Sie erhielt den Namen ‚Verein für Rasenspiele, gegründet 1900‘ mit den Farben Schwarz-Weiß-Blau und hatte 250 Mitglieder, darunter 80 Jugendliche. Als Sportplatz wurde die Wiese an der Ecke Rodheimer Straße/Hardtallee benutzt, die ‚1900‘ gepachtet und zu einem Sportplatz hergestellt hatte, der aber

39 Siehe Hübener, Freie Presse, S. 6.

40 Siehe Hübener, Freie Presse, S. 6.

durch seine tiefe Lage durchaus kein Ideal war. Auch das vom VfB in der Schwarzlach auf den sogenannten Gottmannswiesen erworbene Gelände, das er zu einem Sportplatz gestaltet hatte, lag zu tief und war daher, besonders im Winter, oft nicht bespielbar.

Für die Ostertage 12./13.4.1914 lud der neue VfR als Spielgegner den VfR Mannheim und die Offenbacher Kickers ein, die beide von den Kombinierten mit 4:0 geschlagen wurden, ein verheißungsvoller Anfang, dem aber infolge des Krieges 1914-18 keine Fortsetzung beschieden war.⁴¹ „Damit endet der erste entscheidende Abschnitt der Vereinsgeschichte.“⁴² Die Fusion von VfB 1908 und dem zwischenzeitlich in „Gießener Sportverein von 1900“ umbenannten Fußballklub zum „Verein für Rasenspiele 1900“ im Jahre 1914 hielt nur ein Jahr nach dem Kriege. Danach trennten sie sich wieder in „VfB“ und „Gießener Sport-Klub von 1900“ (GSC 1900).⁴³ Der FC 1900 erreichte dann, so die Chronik, 1925 einen Höhepunkt.⁴⁴

Durch den Krieg war der übliche Sportbetrieb zum Erliegen gekommen. Bensemans Hoffnung, dass Fußballwettkämpfe vielleicht einst Kriege ersetzen könnten, erfüllte sich nicht. Die meisten Vereinsmitglieder pflegten jetzt das Fußballspiel als Soldaten in den Ruhequartieren hinter der Front oder in der Etappe, legten dort auch manchen Sportplatz an, „der sich auch in der Heimat hätte sehen lassen können.“⁴⁵

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Spielvereinigung 1900 führte Gerichtsreferendar Guyot aus, dass von den 110 Mitgliedern im Jahre 1914 „80 ins Feld zogen“, von denen „63 leider den Heldentod fanden, eine außerordentlich hohe Zahl, die man wohl selten im Rahmen eines Vereines antreffen wird.“⁴⁶

In der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg kam es zu weiteren Vereinsgründungen, die bedeutendste Rolle spielte der „Verein für Bewegungsspiele 1908“/„VfB“. Die Spieler dieser Teams wiesen eine hohe soziale Homogenität aus: „In den Kinderjahren des Fußballsportes, wo sich nur wenige immer zusammenfanden und auf irgendeinem Rasenplatze dem Fußballspiele mit wirklichem Idealismus huldigten, war es natürlich, dass sich nur diejenige Jugend zusammenfand, die sich beruflich und gesellschaftlich am nächsten stand.“

Mit anderen Worten: „Die Fußballbewegung in Deutschland rekrutierte sich in ihren Anfängen hauptsächlich aus dem Bürgertum.“⁴⁷ Dies gilt auch für die ersten von den Schulen unabhängigen Klubs in der Region des heutigen Mittelhessen.

41 Siehe Hübener, Freie Presse, S. 7.

42 Siehe Hübener, Freie Presse, S. 6.

43 Siehe Rotté/Peeck, 75 Jahre ..., S. 1.

44 Siehe Bötzt, Festschrift ..., 2000, S. 5.

45 Siehe Hübener, Freie Presse, S. 8.

46 Siehe „30 Jahre Spielverein 1900 Gießen“, o. N., maschinenschriftlich, 2 Seiten, S. 1; Anwalt Dr. Guyot war später zweimal Vorsitzender des Vereins, einmal in den dreißiger Jahren und einmal 1949.

47 Siehe A. Heinrich, S. 26.

Über die Spielplätze in Gießen weiß Bötz zu berichten: „Erst spielte man auf dem Trieb, danach spielte man auf den Weiden an der Hardt. Der Platz wurde später dann mit Einzäunung und Laufbahn ausgebaut, die erste Aschenbahn für Gießen.“⁴⁸

Fazit: Die Gründung außerschulischer Vereine auf lokaler Basis führte über kurz oder lang zum Ende der Schul-Fußballclubs, aber nicht zum Ende des Fußballspiels der Schüler. Vielmehr gewann diese Sportart beispielsweise durch die Klubs und die Schaffung von Sportanlagen durch Vereine oder/und Kommunen immer mehr Anhänger und entwickelte sich allmählich zu Deutschlands beliebtester und verbreitetster Sportart.

Die Vielzahl der Vereine, die teilweise zur gleichen Zeit neben- und gegeneinander existierte, verringerte sich im Laufe der Zeit, weniger weil die Zahl der Spielbegeisterten abnahm, sondern weil die Anforderungen zu Fusionen zwangen (Sportanlagen, Platzwartung, Umkleidekabinen, Trainer, Trikots, Bälle, Verbreiterung des Angebots an Sportarten usw.)

Interessant ist, dass die schon länger bestehenden Turnvereine, wie der MTV in Gießen, nicht daran dachten, ihrem Verein eine Fußballsparte anzugliedern. Dies war bei der fast schon traditionellen Gegnerschaft zwischen Turnern und Sportlern nicht denkbar.⁴⁹

Der Erste Weltkrieg bereitete den Durchbruch des Fußballs zum Volkssport vor, obwohl zunächst der Ausbruch des Krieges abrupt den bisherigen sportlichen Alltag in der Heimat beendete. Die meisten Soldaten gehörten zu jenen Jahrgängen, die gerne Sport trieben. Nicht nur Studenten und Oberschüler, sondern gerade auch „viele junge Sportler und Turner meldeten sich kriegsfreiwillig, ganze Fußballmannschaften zogen gemeinsam in den Krieg (...) Neben dem harten Kriegseinsatz an der Front haben sich die Soldaten in der Etappe auch schrecklich gelangweilt. Was taten sie? Sie organisierten Fußballspiele (...) Entlang der Westfront nahm 1915/1916/1917 der Sportbetrieb deutlich zu. Dort haben sich sogar Vereine gegründet. Im Fußball entstand entlang der Front ein regelrechter Liga-Betrieb (...) Der Fußball hat ja gegenüber fast allen anderen Sportarten einen Vorteil: Der Untergrund kann ein Acker, mit Löchern oder ein asphaltierter Schulhof sein. Und auch als Ball kann man fast alles verwenden, was man irgendwie mit dem Fuß schießen kann. Die jungen Männer haben aus Helmen ein Tor gebildet und aus Lumpen einen Ball gebastelt. So multiplizierte sich die Sportbegeisterung, die der Spieler und die der Zuschauer. (...) Beim Fußball verschwand beispielsweise hier und da die ansonsten gesetzte Grenze zwischen Mannschaftsdienstgraden und Offizieren.“⁵⁰

48 Siehe Bötz, Festschrift ..., S. 2.

49 Siehe Heinrich, S. 20 f.

50 Siehe „Tore aus Stahlhelmen“, aus dem Gespräch, das Michael Reinsch mit dem Historiker und Generalsekretär der CDU Peter Tauber führte, der mit einer Arbeit über den Ersten Weltkrieg und die Sportentwicklung promovierte, in FAZ v.2.8.2014, auch Hübener weist auf die Relevanz des Weltkrieges für Gießen hin, S. 8.

Übrigens spielten nicht nur deutsche und englische Soldaten in der Etappe Fußball, auch Kriegsgefangene anderer Nationen vertrieben sich die Zeit mit dem Ball, wie eine Zeichnung aus dem Kriegsgefangenenlager in Giessen auf dem Trieb belegt. So scheint es auch in Giessen während des Ersten Weltkrieges zu veritablen Länderspielen zwischen Engländern und Franzosen und/oder Belgiern gekommen zu sein.

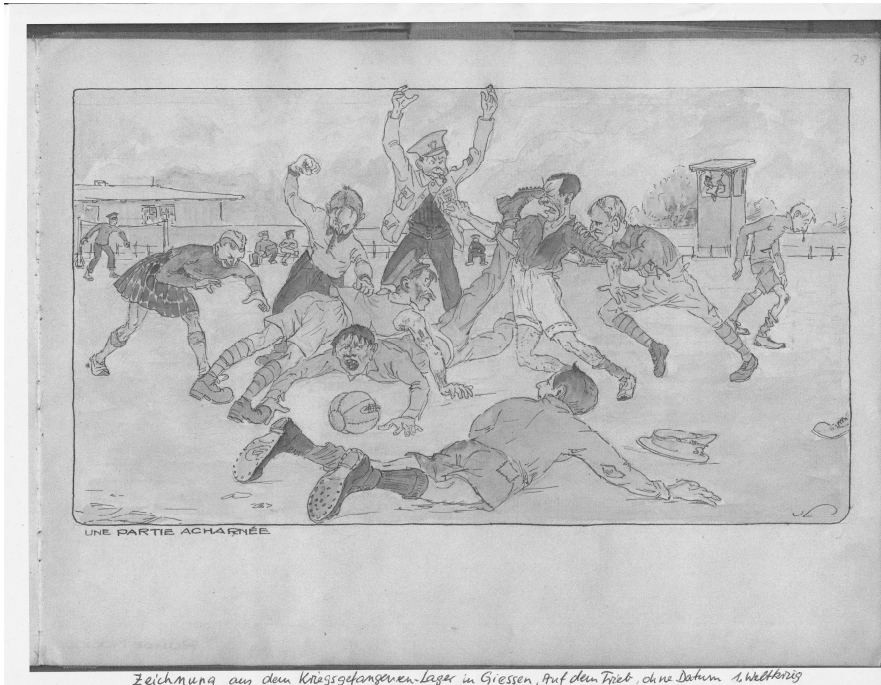


Abb. 7: „Fußballspielende Kriegsgefangene aus dem Giessen Lager während des 1. Weltkriegs“
(Zeichnung eines französischen Kriegsgefangenen, Stadtarchiv Giessen)

Auch unter der deutschen Lagerbesatzung befanden sich „zahlreiche Mitglieder und Anhänger des VfB.“ Sie spielten unter der Führung des Adjutanten des Lagerkommandanten, Leutnant Schäfer Fußball (...). Mit diesen Leuten zog Schäfer fast täglich nach Dienstschluss zum provisorischen Spielplatz hinter dem Kriegsgefangenenlager (später Artilleriekaserne) und trainierte mit ihnen, dadurch den Bestand einer eingespielten Mannschaft des VfB erhaltend ...“ Hübener bescheinigt ihm „große Verdienste um den Wiederaufbau des VfB nach dem verlorenen Kriege.“⁵¹

Nachdem oben so oft auf die „bürgerliche Herkunft“ des Fußballs hingewiesen wurde, mag sich manche(r) fragen, ob Fußball früher nicht als „proletarische Sportart“ gegolten habe, man denke nur an die berühmten Vereine und Spieler

51 Hübener, S. 12.

aus dem Ruhrgebiet. Wie verhielt es sich damit in Oberhessen, das Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts kein Zentrum der Industrialisierung war, aber industrielle Inseln, Arbeiter und Arbeiterinnen sowie eine organisierte Arbeiterbewegung hatte?

Horst Giesler merkt dazu an: „Noch keine Bedeutung erlangte in der Vorkriegsphase die Spielbewegung unter den oberhessischen Arbeitersportlern. Sportarten wie Handball und Fußball hatten sich noch nicht durchsetzen können. Dies sollte sich erst, vor allem, was das Fußballspiel betrifft, während der Weimarer Republik schlagartig ändern.“⁵²

Im Übrigen dominierte in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung und den ihr angeschlossenen Turnvereinen, den Freien Turnerschaften, ganz überwiegend das Turnen. „Die Aufnahme des Fußballs in das Repertoire des von Turnern dominierten Arbeiter-Turnerbundes war längst nicht selbstverständlich. Ähnlich der Deutschen Turnerschaft (DT), die jahrzehntelang gegen das Fußballspiel polemisierte, gab es auch in den Reihen der Arbeiterturner erhebliche Bedenken gegen den Fußballsport.“

Die Kritiker des ATB verurteilten Fußball in der „Arbeiter-Turnzeitung“ vom 1.7.1911 als „brutal, unzivilisiert, entsittlichend, roh, gefühllos, tierische Instinkte weckend sowie verrohend und demoralisierend für den Geist.“ Zudem wurde er als „gesundheitsschädigend angesehen“.

„Auch von der politisch-ideologischen Seite musste sich der Fußball Vorwürfe gefallen lassen. Danach verbreitete das Fußballspielen ‚fundamentale Prinzipien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in der Arbeiterklasse‘. Der Wettkampfcharakter und der körperliche Einsatz im Spiel wurde als Vorbote eines kompromisslosen Konkurrenzdenkens und Egoismus gewertet ...“⁵³

Doch all diese Kritik konnte nicht verhindern, dass der Fußball immer mehr Anhänger gewann und sich auch in Gießen und den angrenzenden Dörfern in den 20er Jahren durchsetzte. „Da es den Vereinen des ATSB nicht gestattet war gegen Mannschaften des DFB zu spielen, organisierte man einen eigenen Spielbetrieb mit Punktspielen (...) Sportliche Aushängeschilder des heimischen Arbeitersports waren die Mannschaften aus Gießen, Heuchelheim, Wieseck und Naunheim, die in der höchsten Klasse spielten.“ Das absolute Top-Team war der Naunheimer Verein, der 1932 Hessenmeister gegen Frankfurt wurde.⁵⁴

Blickt man zurück auf die Entwicklung, die die einstige „Fußblümmelei“ genommen hat, lässt sich sagen, dass sie letztlich alle gesellschaftlichen Schranken, die sie anfangs zu einer klassen- und schichtspezifischen Veranstaltung auch in Gießen gemacht hatte, überwunden hat.

Leider galt dies nicht für die jüdische Fußballspieler, die von Anfang an mit dabei waren, sowohl in den Schulmannschaften als auch später in den Vereinen. Siegfried Kann (VfB 08), ehemals Schüler und später Studienrat am LLG, sei

52 Siehe Giesler, Bd. 79, S. 300.

53 Siehe Giesler, Bd. 81, S. 111 f.

54 Siehe Giesler, Bd. 81, S. 112 f.

hier stellvertretend für Gießen erwähnt. Er wurde ermordet in Theresienstadt. Walther Bensemann sei stellvertretend für die anderen jüdischen Fußballer und ihre große Bedeutung für den deutschen Fußball genannt.⁵⁵

Die Nazi-Barbarei beendete abrupt die integrierende Kraft der „schönsten Nebensache der Welt“. Es gelang nicht, was sich viele, darunter auch Walter Bensemann, von ihr erhofft hatten, nämlich völkerverbindend, völkerverständigend und damit Kriege verhindernd zu wirken.

Nachwort: Viele Unterlagen zu dieser Darstellung hat noch Prof. Dr. Erwin Knauß zusammen getragen, der verstorbene Ehrenvorsitzende des OHG und Stadtarchivar, der selbst begeisterter Fußballer war. Die Arbeit ist ihm gewidmet.

Verwendete Literatur

- Beyer, Bernd-M.: Der Mann, der den Fußball nach Deutschland brachte, Das Leben des Walther Bensemann, Ein biographischer Roman, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2003, 472 Seiten (zitiert: Beyer).
- Bötzt, Albert: Festschrift zu 100 Jahre VfB, 2000, Hrsg.: Petrick/Wagner (zitiert: Bötzt).
- Collard, F.: La Pédagogie de Gießen, Louvain/Löwen, 1893 (zitiert: Collard).
- Epistula, Zeitschrift der Vereinigung der Ehemaligen und Freunde des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums Gießen, (zitiert: Epistula).
- Fischer, Heinz: „Wie schön ist doch das Fußballspiel ...“, Fußball in Marburg 1905–1980, Marburger Stadtschriften Bd. 9, 1980 (zitiert: Fischer).
- Fußballchronik des Gymnasiums zu Gießen, 1896–1907, begonnen von Kurt Matthiesen, Archiv des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums, Gießen (zitiert: Chronik).
- Glöckner, Karl: Charisteria, Festgabe zum 350. Jubiläum des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums Gießen, Selbstverlag des Gymnasiums, Gießen 1955, S. 40 ff. (zitiert: Glöckner).
- Giesler, Horst: Zwischen Traditionalität und sozialistischem Selbstverständnis, Entwicklungslinien der Arbeitersportbewegung vor dem 1. Weltkrieg in Oberhessen, in: MOHG (NF) Bd. 79, 1994, S. 293 ff. (zitiert: Giesler).
- Ders.: Sportpolitik und Alltagserfahrung, Die oberhessische Arbeitersportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik, in: MOHG (NF) Bd. 81, 1996, S. 109 ff. (zitiert: Giesler).
- Heinrich, Arthur: Der deutsche Fußballbund – eine politische Geschichte, Köln, 2000 (zitiert: Heinrich).
- Hübener, Paul: Geschichte des „Vereins für Bewegungsspiele Gießen“ 1908 bis 1953, Manuskript (Fotokopie), S. 2 f., verfasst aus Anlass des 45jährigen Bestehens des Vereins. P.H. war langjähriger Berichterstatter des VfB in den 1950er Jahren, (zitiert: Hübener).
- Ders.: 45 Jahre grün-weiße Fußballgeschichte / VfB Gießen e.V. leistete Pionierarbeit für das runde Leder, in: (Gießener) Freie Presse v. 19./20. September 1953 (zitiert: Hübener, Freie Presse).

55 Über die Bedeutung der Juden im deutschen und internationalen Fußball informiert: Schulze-Marmeling, Dietrich (Hg.): Davidstern und Lederball. Die Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball. Göttingen 2003

- Kistorz, Herbert: (vermutlich): 50 Jahre Spielvereinigung 1900 e. V. Gießen, maschinenschriftlich, 1950, Stadtarchiv Gießen, Stichwort: VfB (zitiert: Kistorz).
- N.N.: „1900“, 2 Seiten, maschinenschriftlich, Stadtarchiv Gießen, Stichwort: VfB
- Rotté, Karl u. Peeck: 75 Jahre VfB Gießen e. V., Hrsg.: Dasbach-Verlag, Wiesbaden o. J. (1975) (zitiert: Rotté/Peeck).

Herzlich danke ich für die freundliche Genehmigung des Abdrucks folgender Bilder: dem Landgraf-Ludwigs-Gymnasium Gießen für die Nr. 1-4, dem Stadtarchiv Karlsruhe für die Nr. 5, dem VfB 1900 Gießen für die Nr. 6 und dem Stadtarchiv Gießen für die Nr. 7.

II. MISZELLEN

Die Langsdorfer Verträge (1263) und die Neugestaltung in der Mitte des Reiches

ULRICH RITZERFELD

Rein äußerlich sind die vier 1263 in Langsdorf bei Lich ausgefertigten Urkunden recht unansehnlich, man wird sie kaum als kalligraphische Meisterwerke bezeichnen wollen. Offensichtlich wurden sie mit nur geringem Anspruch auf repräsentative Wirkung verfasst, zumal auch die Möglichkeiten der Umsetzung im freien Felde unweit der Burg Münzenberg und des Klosters Arnburg begrenzt waren. Inhaltlich dokumentieren die Langsdorfer Verträge allerdings intensive, mindestens zweitägige Verhandlungen und zeugen authentisch und sehr viel detailreicher als andere Schriftstücke dieser Zeit von komplexen Veränderungen in der Mitte des Reiches, die 1247 durch den Tod des thüringischen Landgrafen und römischen König Heinrich Raspe, des letzten männlichen Vertreters der Ludowinger, ausgelöst worden waren.

Gegenüber standen sich in diesem Konflikt der Erzbischof von Mainz, ein geistlicher Reichsfürst mit gewachsenen Vorherrschaftsansprüchen, der wettinische Markgraf von Meißen, ein weltlicher Reichsfürst mit bereits konsolidiertem Territorium und Sophie von Brabant, Tochter der heiligen Elisabeth, eine Prätendentin ohne Verfügung über eine dynastisch gesicherte Herrschaftsbasis. Der Mainzer Erzbischof, von dem zahlreiche wichtige Kirchenlehen im Raum zwischen der Saale im Osten und der Lahn im Westen stammten, hatte die Hoffnung, mit dem Heimfall und der Einbehaltung dieser Güter und Rechte die künftigen Inhaber der Landgrafschaft Thüringen und der Herrschaft Hessen empfindlich zu schwächen. Sophie von Brabant war hingegen bestrebt, für ihren Sohn Heinrich die Grundlage für eine eigenständige Herrschaft zu schaffen. Hierfür verbündete sie sich u.a. mit ihrem Schwiegersohn, dem Herzog Albrecht von Braunschweig-Lüneburg, gegen den Markgrafen von Meißen, der wiederum seinerseits herrschaftliche Ansprüche auf das Erbe der Ludowinger geltend machen konnte.

Die hiermit nur angedeutete Mächtokonstellation in der Mitte des 13. Jahrhunderts zeigt, wie vielschichtig die Ausgangssituation war, die schließlich zu den Verhandlungen in Langsdorf führte. In den zwischen dem Erzbischof Werner von Eppstein und Sophie von Brabant getroffenen Vereinbarungen wurden unterschiedliche Aspekte behandelt, so wurde etwa eine Schuldsomme von 2000 Mark vereinbart, die Sophie dem Erzbischof innerhalb eines Jahres in zwei Raten zahlen sollte. Hierfür bürgten 30 namentlich genannte Lehnsleute der Landgräfin. Die Städte und Burgen Grünberg und Frankenberg wurden dem

Erzbischof als Eigentum übertragen, gingen aber umgehend als Lehen an die landgräfliche Partei zurück. Erst im Falle des kinderlosen Todes sollte die Mainzer Kirche diese einziehen können. Von allen Anwesenden wurde zudem ein gemeinsamer Landfriede gelobt und man überlegte, wie gegen Friedensbrecher vorzugehen ist. Andere Probleme wurden wiederum vertrag bzw. einem Kreis von 20 Lehnrechtsexperten zur Klärung binnen Jahresfrist übertragen. Längst konnten also in den Langsdorfer Verträgen nicht alle anstehenden Probleme gelöst werden. Die Verhandlungen können daher eher als ein die Lage konsolidierender Zwischenschritt bezeichnet werden. Am Ende des Konflikts stand nicht nur eine neue, durch die Verträge legitimierte Dynastie in Hessen, sondern auch die Integration der Landgrafschaft Thüringen in den wettinischen Machtkomplex der Markgrafschaft Meißen im Osten.

Man kann nicht behaupten, die Verträge von Langsdorf aus dem Jahre 1263 seien von der historischen Forschung ignoriert worden. Seit dem 18. Jahrhundert sind zumindest drei von ihnen in Druckwerken der Öffentlichkeit zugänglich. Ihr Stellenwert für die Entwicklung der Landgrafschaft Hessen wurde in der Fachliteratur u.a. von Georg Wilhelm Sante, Karl E. Demandt oder Walter Heinemeyer im Sinne vermeintlich spätmittelalterlicher Leitmotive der hessischen Geschichte bestimmt. Hierzu zählte einerseits der auf einen Beitrag von Theodor Ilgen und Rudolf Vogel aus dem Jahr 1883 zurückgehende Begriff des thüringisch-hessischen Erbfolgekriegs, andererseits der mainzische-hessische Gegensatz.

Das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde hat die 750. Wiederkehr der Niederschrift 2013 zum Anlass genommen, die Bedeutung der Langsdorfer Verträge zu hinterfragen und in den Kontext einer Neugestaltung in der Mitte des Reiches zu stellen. Die angestoßenen Aktivitäten haben in verschiedener Weise ihren Niederschlag gefunden. In einer gemeinsam mit der Professur für Landesgeschichte der Justus-Liebig-Universität vom 1.–2. Juni 2012 unter dem Titel „Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge“ im Schloss Rauischholzhausen ausgerichteten Tagung setzten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen mit den Langsdorfer Verträgen und deren Bedeutung auseinander. Die Ergebnisse und neu gewonnenen Erkenntnisse sowie die Texte und Übersetzungen der Archivalien sind in der Publikation „Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge 1263/2013“ nachzulesen, die 2013 in der vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde herausgegebenen Reihe „Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte“ erschienen ist. Die Langsdorfer Verträge werden hierin als Verhandlungsabschluss erkennbar, der einerseits nur als Teil eines vielschichtigen Gestaltungsprozesses verständlich wird, andererseits aber durch seine Detailfreudigkeit spätmittelalterliche Konflikt- und Beilegungsabläufe aufschlussreich spiegelt. In diesem Sinne gewährt die Beschäftigung mit den Verträgen in der Tat wertvolle Einblicke in die Neugestaltung in der Mitte des Reiches.

Um die Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde eine Wanderausstellung konzipiert, die mit sieben großformatigen Erläuterungstafeln wichtige Aspekte der wissenschaftlichen Auseinandersetzung aufgreift. Zur Illustration wurden bislang kaum bekannte Materialien herangezogen, etwa die sogenannte Chronik Spalatin (Landesbibliothek Coburg) mit Porträts aus der Malerschule von Lucas Cranach dem Älteren (1472-1553). Übersichtliche Karten verdeutlichen, warum es sich um eine Neugestaltung in der Mitte des Reiches handelt. Nachbildungen (Faksimiles) der Urkunden und Siegel werden gleichfalls gezeigt. Kombiniert ist zudem eine separate Ausstellung mit Kunstentwürfen, die eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex zeigen und von Studentinnen und Studenten der Kunsthochschule Kassel erarbeitet wurden. Die Gestaltungsentwürfe für ein Kunstobjekt in Langsdorf sind gleichfalls in 14 Kunstbannern zu sehen, darunter auch der von einer Jury prämierte Entwurf.



Blick in die Ausstellung in der Volkshalle Langsdorf

Die Ausstellung war und ist an zahlreichen Orten in Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz zu sehen, die in Verbindung mit den in den Verträgen genannten Orten stehen. Eröffnet wurde sie am 13. September 2013 in Langsdorf (Volkshalle), es folgten bzw. folgen Termine in Wiesbaden (Ministerium für Wissenschaft und Kunst), Marburg (Hessisches Staatsarchiv), Wetter (Ehemalige Synagoge), Bad Wildungen (Stadtmuseum), Frankenberg (Historisches Rathaus), Mainz (Martinus-Bibliothek), Gießen (Universitätsbibliothek), Grünberg (Museum im Spital), Wolfhagen (Regionalmuseum), Nidda (Heimatemuseum), Homberg/Ohm (Museum im „Alten Brauhaus“) und Biedenkopf (Hinterland-

museum). 2015 ist ein Schwerpunkt in Thüringen vorgesehen, mit Eröffnungen in Bad Langensalza, Creuzburg und Eisenach.

Begleitet wird die Ausstellung von einer durchgehend farbig gestalteten Broschüre, in der die historischen Dokumente und zentrale Aspekte aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit ihnen vorgestellt werden. Diese kann ebenso wie die Publikation und der Katalog mit den Ideen für eine künstlerische Arbeit im öffentlichen Raum über das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Wilhelm-Röpke-Str. 6 C, 35032 Marburg, oder im Rahmen der Wanderausstellung bezogen werden.



Blick in die Ausstellung in Grünberg, Museum im Spital

Braasch-Schwersmann, Ursula, Christine Reinle, Ulrich Ritzerfeld (Hrsg.): Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge 1263/2013 (Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte 30), Marburg 2013. XV, 406 S., 24 Farbabb., 22 Abb., 7 Karten, 1 Stammtafel, mit Faksimiles der vier Langsdorfer Urkunden als Beilage in Einzelmappe, ISBN 978-3-921254-77-6, geb. € 51,00 [die Beilagemappe mit den Faksimiles kann auch einzeln zum Preis von 8,00 € erworben werden]

1263/2013. Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge 1263 (Broschüre), bearb. von Ursula Braasch-Schwersmann und Ulrich Ritzerfeld, 24 S., durchgehend farbig gestaltet, Neustadt a. d. Aisch 2013, ISBN 978-3-921254-76-9 brosch. € 8,00

1263/2013. Neugestaltung in der Mitte des Reiches. Die Langsdorfer Verträge. Ideen für eine künstlerische Arbeit im öffentlichen Raum. Wettbewerb an der Kunsthochschule Kassel, bearb. von Bernhard Balkenhol, 16 S., durchgehend farbig gestaltet, Kassel 2013. ISBN 978-3-942760-70-6; brosch. € 8,00

Ein „Guter Ort“? – Einige Ergebnisse einer beiläufigen Spurensuche zum alten jüdischen Friedhof in Staufenberg¹

VOLKER HESS

Eine Mauer vorrangig aus Basaltbruchsteinen schließt nach Norden das Gelände der Unterburg Staufenberg gegen den Burghang ab. Sie zieht nach Westen den Basalthang hinab und geht in die spärlich erhaltenen Relikte der mittelalterlich-frühneuzeitlichen Umwehrung von Burg und Stadt über, die hie und da noch in Grundmauern aktueller Bebauung von Hinter- und Obergasse erkennbar sind. Die Mauer weist zwei Durchlässe unbekanntes, sicherlich aber nicht mittelalterlichen Ursprungs auf: Während die Zuwegung vom Haupteingang des heutigen Hotelgebäudes zur Oberburg öffentlich nutzbar ist, verschließt ein eisernes Gitter den über wenige moderne Treppenstufen erreichbaren Durchgang von der Park- und Bewirtschaftungsterrasse unterhalb von Unterburg und Anbau. Diese Pforte führt auf den nach Westen stark abschüssigen Hang des Burgberges – in modernen Katasterkarten als Flur 1, Nummer 351, mit dem naheliegenden Flurnamen *Am Berg* bezeichnet. Das ca. 3000 qm große Flurstück wird im Westen durch die in einen Feldweg verlängerte Hintergasse, im Osten durch einen Fußweg zur Oberburg begrenzt. Die jäh abfallenden, imposanten Basaltsäulen eines Steinbruchs aus den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts schließen das Gelände nach Norden ab. Der ehemalige Staufenberger Volksschullehrer Robert Becker notiert 1983 in einer Zusammenstellung der Flurnamen der Stadt Staufenberg für dieses Gelände die Bezeichnungen *Bei de Bórg* und *Jürekirchhop*.²

Benennungen einer Örtlichkeit (Toponyme) mit dem Wortbestandteil *Jude* finden sich nicht nur im hessischen Raum relativ häufig.³ Eine einfache Suche danach im Modul „Hessische Flurnamen“ im Landesgeschichtlichen Informa-

1 Für Hinweise auf entlegene Quellen und deren Einsichtnahme bin ich Ludwig Brake (Stadtarchiv Gießen), Elke Noppes (Staufenberg), Andreas und Manfred Schmidt (Wettenberg) zu herzlichem Dank verpflichtet.

2 Robert Becker, Flurnamenverzeichnis der Stadt Staufenberg, in: Staufenberg. Stadt zwischen Lunda und Lahn, Staufenberg 1983, S. 16 – 22, hier S. 16.

3 Vgl. exemplarisch die Monographie von Barbara Rösch, Der Judenweg. Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte aus Sicht der Flurnamenforschung, Göttingen 2009.

tionssystem Hessen (LAGIS) erbringt 1011 Fundstellen, dabei leicht überdurchschnittlich Mittelhessen mit 336 Treffern, darunter 71 Varianten des *Judenfriedhofs* (*Judenbegräbnis*, *Judenkirchhof* ...) – auch den Staufenger *Jirrekirchhof*. In nächster Nähe zur Staufenger Ortsteilgemarkung liegen darüberhinaus nach LAGIS Flurstücke mit der Bezeichnung *Beim Judenköppel* in Staufenger-Mainzlar, *Am Judenweg* in Staufenger-Treis, *Am Judenkirchhof* und *Am Judenpfad* in der Gemarkung des Lollarer Ortsteils Salzböden, *Am Judenbegräbnis*, *Obig dem Juden Begräbnis*, *Auf dem/Im Judengraben* in Großen-Buseck und *Judenfriedhof* in Rabenau-Kesselbach.⁴ Ein weiteres Toponym, das nicht in die (bislang) nachgewiesenen Untersuchungsräume des Hessischen Flurnamenlexikons gehört und möglicherweise als Waldortbezeichnung auch keinen Eingang darin gefunden hätte, ist *Im Judenkirchhof* im Wald östlich von Fronhausen-Sichertshausen.⁵ Im aktuellen Liegenschaftskataster nicht jedoch in LAGIS nachgewiesen sind darüberhinaus u.a. ein *Judengraben* in der Gemarkung Staufenger-Mainzlar und ein *Judenweg* im Wald zwischen Ebsdorfergrund-Dreihausen und Allendorf-Nordeck.⁶

Der sogenannte „Volksmund“ interpretiert entsprechende Flurnamen häufig in abwertendem Sinne als Kennzeichnung landwirtschaftlich schlecht nutzbaren, steindurchsetzten Ödlandes, worin möglicherweise ein Reflex antisemitischer Traditionen insbesondere im ländlichen Raum, vielleicht aber auch die Wahrnehmung jüdischer Begräbnis- bzw. Trauergewohnheiten durch Nichtjuden in übertragenem Sinne zum Ausdruck kommt.⁷ Nicht ganz von der Hand zu weisen sind auch apologetische Verdrängungsmuster in retrospektiver Umdeutung von Flurnamen nach Verfolgung und Ermordung der Juden im Nationalsozialismus.

In einschlägigen sprachwissenschaftlichen und landesgeschichtlichen Publikationen wird die Vielzahl von Flurnamen, die als Bestimmungsteil *Jude* enthalten, relativ durchgängig als historische Hinterlassenschaft des hessischen Landjudentums in seiner Wahrnehmung und Ausgrenzung durch die nichtjüdische ländliche Bevölkerung gedeutet.⁸

4 <http://lagis-hessen.de/de/subjects/index/sn/fln> – zuletzt: 08.01.2015. Nur im Fall Großen-Busecks liegen der Nennung auch historische Quellenbelege zugrunde: *Im Judengraben*, Staatsarchiv Darmstadt, C 4 Nr. 45/6, p. 65 (1765) und *Obig dem Juden Begräbnis*, Staatsarchiv Darmstadt, C 4 Nr. 45/6, p. 138 (1766). Sonstige Nennungen basieren entweder auf rezenten Katastereinträgen oder Erhebungen vor Ort.

5 Hessenviewer (<http://hessenviewer.hessen.de/>, GK3: 3482219.06/5617136.26) – zuletzt: 08.01.2015.

6 Mainzlar: Hessenviewer (GK3: 3481727.69/5614140.59-3481822.85/5614036.46) – zuletzt: 08.01.2015, Dreihausen: Hessenviewer (GK3: 3489509.93/5619187.90) – zuletzt: 08.01.2015.

7 Lokale Befragung. Vgl. auch Rösch, S. 45 f.

8 Hans Ramge (Hrsg.), Hessischer Flurnamenatlas. Nach den Sammlungen des Hessischen Flurnamenarchivs Gießen und des Hessischen Landesamts für geschichtliche Landeskunde, Darmstadt 1987, Tafel 20 (online: LAGIS <http://www.lagis-hessen.de/de/help/insert/id/20/dir/flurnamenatlas/h1/Hessischer+Flurnamenatlas> –

Insofern kommt Toponymen ein historischer Quellenwert zu, dessen u.U. auch lokale Ausprägung am Staufenerger *Jirrekirchhof* in der Folge exemplarisch kurz umrissen werden soll.

In der bereits erwähnten Aufstellung ergänzt der ehemalige Volksschullehrer an entsprechender Stelle die erläuternde Bemerkung: „Der Judenfriedhof früherer Jahrhunderte für die umliegenden Gemeinden“.⁹ Im wiederhergestellten Grundbuch für Staufenberg aus dem Jahr 1950 ist zur näheren Kennzeichnung von „Wirtschaftsart und Lage“ des Flurstücks 351 der ähnliche Hinweis „Alter jüdischer Begräbnisplatz, am Berg“ zu lesen.¹⁰ Dieser mutmaßlich letztmaligen Erwähnung in einem behördlichen Dokument steht der bislang älteste Hinweis auf diesen Ort in einer im Stadtarchiv Gießen erhaltenen „Jahr Rechnung Über Innaum und AusgabeGeldt, frucht und fedderviehe, so wegen des hochwohlgebornen und gestrengen Ludwig Balthaßar von von Weitolschaußen gnt Schrautenbachen ingenommen und außgegeben,“ aus dem Jahr 1657 gegenüber. Als Aktivposten zählt darin das „Einnahm Geld vom Juden Kirchhoff zu Stauffenbergk“, wobei „Dies Jahr nichts“ zu verbuchen war.¹¹

Dass dieser „Juden Kirchhoff zu Stauffenbergk“ unter der Oberburg an der Stelle des beschriebenen Flurstücks gelegen haben muss, wird dadurch besonders wahrscheinlich, dass die von Weitolshausen genannt Schrautenbach als Lehensnachfolger der Familie Schabe u.a. als Besitzer eines Burglehens in Staufenberg belegt sind.¹²

Noch ein Jahrhundert später, „Mitte 18. Jh.“, erscheint unter den Gefällen, die der Familie von Weitolshausen genannt Schrautenbach aus ihrem Badenburger Gut zustanden, „Der Juden Begräbnis zu Stauffenberg, wohin alle im Gericht Lollar wohnenden Juden ihre Toten hin begraben lassen müssen und wird jedesmal ein Reichstaler bezahlt.“¹³ Interessant in diesem Zusammenhang ist der

zuletzt: 08.01.2015), Hartmut Heinemann, Die jüdischen Friedhöfe in Hessen, in: Denkmalpflege in Hessen (1997) H2, S. 32 – 41, hier S. 32; Rösch, allg.

9 Becker, S. 16

10 Stadtarchiv Staufenberg (StdtASt) Bestand Staufenberg (Stfbg) A 1199 „Grundbuchauszüge“

11 Stadtarchiv Gießen (StdtAG) N 3102, Blatt 10v. Vgl. zu dieser Quelle auch Carl Walbrach, Die Badenburger, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 34 (1937), S. 218 – 229, hier S. 226 f.

12 Johann Georg Estor, Auserlesene kleine Schrifften, Giessen, Zweyte Ausgabe. 1744, S. 124 ff. (1638); nach diesem u.a. C. F. Günther, Bilder aus der Hessischen Vorzeit, Darmstadt 1853, S. 384 – 392, hier S. 391 f.; Carl Walbrach, Staufenberg, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 35 (1938), S. 275 – 296, hier S. 285. Von den von Rodenhausen erhält die Familie auch Anteile am Gericht Kirchberg/Lollar (Walbrach, Badenburger, S. 225 f.), mit denen aber m.E. Begräbnisgeld nicht in Verbindung zu bringen ist.

13 Erwin Knauß, Die Badenburger, in: Zwischen Kirche und Pforte. 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975, S. 84 – 92, hier S. 88. Leider gibt Knauß keine Quelle hierfür an. Ebenfalls ohne Quelle und Datierung Günther Hans, Juden im Busecker Tal, in: ders., Buseck. Seine Dörfer und Burgen, Buseck 1986, S. 44 – 68, hier S. 68, Anm. 280: „So mußten u.a. die Hinterbliebenen eines verstorbenen Juden auf dem jüdischen Friedhof in

Hinweis auf „alle im Gericht Lollar wohnenden Juden“.¹⁴ Zum Gericht Lollar gehörten zu dieser Zeit die Orte Daubringen, Lollar, Mainzlar, Ruttershausen und Staufenberg.¹⁵ Nach einer statistischen Erhebung lebten im dem Jahr 1770 Familien von insgesamt zwölf erwerbstätigen jüdischen Männern und eine jüdische Witwe in Daubringen, Lollar, Mainzlar und Ruttershausen, nicht jedoch Staufenberg.¹⁶ Ältere Belege für die Anwesenheit von Juden in Dorfgemeinden des Gerichts Lollar liegen bislang nur für Lollar¹⁷ (1696) und Mainzlar¹⁸ (1713) vor.

1643 sollten „Konvente“ in Gießen dazu dienen, Juden zum Christentum zu bekehren. Anwesende wie ferngebliebene Juden wurden dem ersten Eindruck nach penibel aufgeführt; Personen aus Orten des Gerichts Lollar sind darunter allerdings nicht genannt.¹⁹

Aus der Zeit um 1657, dem Jahr der ersten Nennung eines jüdischen Begräbnisplatzes in Staufenberg, und auch aus den Jahrhunderten zuvor gibt es somit bislang keine Hinweise auf jüdische Ansiedlung in den umliegenden Dörfern, die wiederum ein Jahrhundert später zum Einzugsbereich dieser Begräbnisstätte gezählt werden. Vom Bestehen einer, der sich nun konsolidierenden landgräflichen Gerichtsorganisation zugeordneten, jüdischen Gemeindestruktur – wie in späterer Zeit – kann nicht ausgegangen werden.²⁰ Alleine in der

Staufenberg an die v. Weitolshausen gen. Schrautenbach 1 Goldgulden entrichten.“ Die Nennung einer wertgleichen Einnahme in anderer Währungseinheit lässt vermuten, dass Hans eine weitere, möglicherweise ältere Quelle zur Verfügung stand.

14 Für das Folgende vgl. insbes. Volker Hess, Die jüdische Bevölkerung in Daubringen und Mainzlar, in: Daubringen – Mainzlar. Geschichte zweier oberhessischer Dörfer und ihrer Bevölkerung, Staufenberg 1993, S. 236 – 257. Die Online-Fassung (<http://www.geschichte.staufenberg.de/publikationen/>) ist um Fußnoten mit entsprechenden Quellenverweisen erweitert.

15 Erst ab dem letzten Quartal des 18. Jahrhunderts werden auch Trohe und Wieseck dem Gericht Lollar zugerechnet: 1778 (Ulrich Weiss, Die Gerichtsverfassung in Oberhessen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, Marburg 1978, S. 197), 1795 (Bzgl. Trohe: Elke Noppes, Das Gericht Trohe, 2010, <http://www.chronik-trohe.de/> – zuletzt 17.01.2015.).

16 Fabricius, C.A.: Die Bevölkerungsaufnahmen in der Landgrafschaft und im Großherzogtum Hessen bis zum Jahr 1858, in: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, Darmstadt 1864, S. 1 – 84, hier S. 64 f. Ob 1770 auch Wieseck und Trohe bereits zum Gericht gezählt wurden, wie es die statistische Übersicht nahe legt, ist anzuzweifeln.

17 1696 wird eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Veit, einem Juden in Lollar, und einem Schäfer vermerkt (Hanno Müller, Familienbücher des Kirchspiels Kirchberg V.: Kirchberg, Fremde in den Kirchenbüchern, Chronik. 1628 bis 1875, Fernwald 2002, S. 38 (NB S. 161a)).

18 1714 wird in Fronhausen/Lahn ein Jude im Alter von 18 Jahren auf den Namen Johann Christian Constans getauft, der zuvor für ein halbes Jahr in Mainzlar jüdische Kinder unterrichtet habe (Taufregister im Kirchenbuch der Gemeinde Fronhausen/Lahn).

19 Wilhelm Diehl, Kirchenbehörden und Kirchendiener in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt von der Reformation bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Darmstadt 1925 (= Hassia Sacra II), S. 612 – 615.

20 Überlegungen zu den Anfängen der jüdischen Gemeinde im Gericht Lollar vgl. Hess, S. 241 ff, 246 ff.

Stadt Staufenberg hatte noch die Familie des Juden Moyses/Mosch ihren Wohnsitz. Spannungen, aber auch Kontakte der Familie mit der christlichen Staufenberger Bürgerschaft haben sich beispielsweise 1656/7 im Kirchenbuch des Kirchspiels Kirchberg niedergeschlagen.²¹

Mit dem Wegzug der Familie des Moses von Staufenberg nach Heuchelheim 1660 endete allem Anschein nach eine wichtige Phase jüdischen Lebens in Staufenberg²², deren skizzenhafte Betrachtung die Suche nach den Ursprüngen des alten jüdischen Friedhofs in Staufenberg vielleicht ein Stück weiter bringt.

Staufenberg scheint im 16. und frühen 17. Jahrhundert Wohnort von mindestens zwei jüdischen Familien gewesen zu sein, deren Familienvorstände teilweise weit über den engen kleinräumigen zwischenörtlichen Handlungsrahmen hinaus wirtschaftlich aktiv waren und Beziehungen bis ins landgräfliche Umfeld pflegten.²³ Dieser Situation durchaus förderlich war womöglich die relative Blüte, die Staufenberg vorübergehend seit 1450 – dem Jahr des Übergangs des ziegenhainischen Amts und der Stadt Staufenberg an Hessen –, spätestens aber noch einmal seit Anfang des 16. Jahrhunderts als weitgehend unabhängiger Einflussbereich hessischer Amtsleute und Pfandnehmer bis zum vollständigen Aufgehen im landgräflichen Amt Gießen erfuhr.²⁴ So fallen in diese Phase kapitalintensive Baumaßnahmen unter den ansässigen Burgmannenfamilien Schabe und von Rolshausen wie z.B. der spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Um- und Ausbau von Ober- und Unterburg, der Kirche St. Georg sowie des Guts und Herrenhauses im nahegelegenen Friedelhausen.²⁵

Beide adligen Familien trugen umfangreiche landgräfliche Lehen in Staufenberg und Umgebung. Wesentliche Teile dieser Lehen finden wir später in

21 Müller, Kirchberg, S. 38.

22 Otto Stumpf, Bußgeldlisten aus den Rechnungen des Amtes Gießen von 1568 – 1599, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 66 (1981), S. 203 – 219, hier S. 219. Ob Diehl also, wie meist angenommen, tatsächlich vollständig an- und abwesende Juden im Einzugsbereich der Gießener Judenkonvente seinen leider verlorenen Quelle entnehmen konnte, oder ob das vormalig selbständige hessische Amt Staufenberg zum Zeitpunkt der Zwangsversammlungen noch gar nicht zum Amt Gießen und auch nicht zum Gericht Lollar gezählt wurde, muss an dieser Stelle vorerst offen bleiben. Nach 1660 lebten somit allem Anschein nach bis ins 19. Jahrhundert keine Juden mehr in Staufenberg.

23 Hess, S. 228 ff.; Wolfgang Treue, Landgrafschaft Hessen-Marburg, Tübingen 2009 (= Germania Judaica. Teil IV: 1520 – 1650. Band 2), z.B. S. 96, 109.

24 Z.B. Walbrach, Staufenberg S. 289 f. Den Übergang des ehemals ziegenhainischen Amtes Staufenberg in das Amt Gießen eindeutig mit einem Datum oder einer Jahreszahl zu belegen (1557: Wolfgang Müller, Die althessischen Ämter im Kreise Gießen. Geschichte ihrer territorialen Entwicklung, Marburg 1940, S. 147; 1556: Weiss, S. 187), verschleiert einen augenscheinlich mehrere Jahrzehnte währenden Prozess, der sich, wie auch im hier geschilderten Zusammenhang, je nach Kontext unterschiedlich in den Quellen niederschlug.

25 Vgl. z.B. Heinrich Walbe, Die Kunstdenkmäler des Kreises Gießen I. Nördlicher Teil, Darmstadt 1938, S. 54 ff., 335 ff. In dieser Zeit entsteht das Bild Staufenbergs, wie es sich bis heute durch die Darstellungen Dilichs (1591/1605) und – diesen kopierend – Merian (1625) und Meissner (1626) eingepägt hat.

Händen der bereits erwähnten Familie von Weitolshausen gen. Schrautenbach.²⁶ Der spätere Vermerk in einer Kellereirechnung vom 29. September 1450, der Amtmann zu Staufenberg erhalte „von dem Juden“ zwei Gulden, kann leider nur als wäges Indiz dafür genommen werden, dass bereits am Ausgang des Mittelalters Juden in Staufenberg lebten.²⁷ Da in folgenden Jahrzehnten Juden aus Staufenberg als Händler auf den großen Frankfurter Messen erscheinen, hat die Vermutung eine gewisse Berechtigung, dass sich der erste, leider nur tabellarisch in Abschrift überlieferte Nachweis von Staufenberger Händlern 1458 in Frankfurt auch auf Juden aus Staufenberg bezieht.²⁸ Dass seit Mitte des 16. Jahrhunderts bis ins 18. Jahrhundert hinein jüdische Einwohner Friedbergs mit dem Beinamen Staufenberg(er) oder von Staufenberg in den Quellen erscheinen, verstärkt die skizzierte Annahme.²⁹

Letzten Endes ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der alte jüdische Friedhof auf dem Staufenberger Burgberg spätestens um 1550 mit Unterstützung einer der beiden genannten Burgmannenfamilien in deren räumlichen Verantwortungsbereich angelegt werden konnte. Es muss sich wohl um einen Familienfriedhof ohne Einbettung in einen übergeordneten jüdisch-religiösen Kontext gehandelt haben.³⁰ Diese erfolgte erst rund anderthalb Jahrhunderte später mit dem Entstehen einer ländlich-jüdischen Gemeinde, die administrativ an das Gericht Lollar gebunden war und zunächst die Begräbnistradition, dann als Gemeindefriedhof, an diesem Ort fortsetzte³¹

Eingangs genannte Toponyme in Mittelhessen sind wahrscheinlich in einen ähnlichen historischen Rahmen einzuordnen. Räumliche Kontinuität und Dauerhaftigkeit bis in die Neuzeit, wie beispielsweise in Staufenberg, könnte für jüdische (Familien-)Begräbnisse u.U. eher die Ausnahme dargestellt haben. Am Ort der Flur mit der Bezeichnung *Am Judenkirchhof* in Salzböden befand sich um 1600 schriftlich belegt ein Begräbnisplatz, für dessen Nutzung der Jude Sußmann aus Fronhausen eine jährliche Abgabe zahlte, der aber bereits 1624 wieder

26 Überliefert bei Estor, S. 124 ff.; danach: Günther, S. 391 f.; Walbrach, Staufenberg, S. 285; Walbrach, Badenburger, S. 225 f.

27 Uta Löwenstein, Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Marburg 1267-1600, 3 Bde., Wiesbaden 1989, Bd. 1, Nr. 287; Arye Maimon u.a. (Hgg.), Germania Judaica. Bd. III: 1350 – 1519. 3. Teilband: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, Tübingen 2003, S. 1873.

28 Michael Rothmann, Die Frankfurter Messen im Mittelalter, Stuttgart 1998, S. 168.

29 Fritz H. Herrmann, Aus der Geschichte der Friedberger Judengemeinde, in: Wetterauer Geschichtsblätter 16 (1967), S. 51 – 78, hier S. 66 ff.; Friedrich Battenberg, Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1080 - 1650, Wiesbaden 1995 (= Quellen zur Geschichte der Juden in hessischen Archiven 2), Nr. 1617, 1712; Treue S. 24, Anm. 38.

30 Zur hier nur angedeuteten überlieferungsbedingten Problematik der Erschließung von Formen und Strukturen innerjüdischer Selbstorganisation vgl. vor allem Treue S. 134 ff. und bes. bzgl. des Bestattungswesens S. 144.

31 Hess, S. 246 ff.

von Bonfang Jude zu Fronhausen aufgekündigt wurde.³² Auch im Wald am Weg zwischen Sichertshausen und Treis dürfte am Ort des heutigen Waldortnamens *Im Judenkirchhof* im 16. und 17. Jahrhundert tatsächlich eine jüdische Begräbnisstätte gelegen haben, die pragmatisch im Zuge sich ändernder politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgegeben und möglicherweise nach Treis verlegt wurde.³³ Die Flur- und Waldortnamen könnten somit Ansatzpunkte zur Erschließung weiterer Quellen sein, um das Bild des jüdischen Begräbniswesens ggfs. sogar der jüdisch-religiösen Organisation in der Frühen Neuzeit weiter zu erhellen.³⁴

Heute finden sich an diesen Orten in der Regel keine erkennbaren Hinterlassenschaften, die auf die ehemalige Nutzung als Begräbnisort jüdischer Familien der Umgebung hindeuten. Auch in Staufenberg kann man sich dies kaum mehr vorstellen: Meist über 33-prozentiges Gefälle, eine rinnenartige, hangsenkrechte Vertiefung in der südlichen Hälfte, felsiger Untergrund und ausgedehnte Geröllauflage lassen das Gelände in seinem heutigen Erscheinungsbild wenig geeignet für einen Begräbnisplatz früherer Zeiten erscheinen. Alleine eine nördlich an die ebenfalls den Berg hinabziehende wallartige Struktur aus Basaltgestein³⁵ anschließende, relativ ebene Fläche von ca. 700 qm Ausdehnung mit einer Neigung nicht über 30% könnte hier als gewisse Ausnahme erscheinen. Bodenkundliche und archäologische Untersuchungen hier oder an anderen relevanten Stellen haben bislang nicht stattgefunden, könnten aber im Einzelfall tatsächlich neben weiteren Archivrecherchen ein wenig Licht in die Geschichte dieser verschwundenen „guten Orte“ bringen.

32 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 166/67, Nr. 3151 u. 3164.

33 Wie in Staufenberg gab es auch in Sichertshausen im 16. und 17. Jahrhundert Juden (Löwenstein 1, Nr. 1423; Löwenstein 2, Nr. 3428, 3490; Treue, S. 28 f., 67, 68, 78, 80, 82 f.). Am Rande interessant ist die Tatsache, dass z.B. Jockel aus Sichertshausen vermutlich in geschäftlichen Belangen 1616 bei den von Rolshausen in Friedelhausen verkehrte (Treue, S. 78).

34 Zu den entsprechenden Forschungsdefiziten und möglichen Fehlschlüssen durch Rückprojektion von Strukturen aus spätern Zeiten vgl. bes. Treue, S. 144.

35 Die 25 m lange, zur Burgmauer im Abstand von ca. 20 m relativ parallele Struktur wirkt auf den ersten Blick anthropogen. Wieweit sich hier die Reste einer Mauer o.ä. verbergen, könnte nur eine archäologische Untersuchung erweisen. Gleiches gilt für die erwähnte 3 – 5 m breite Kerbe im Abhang und kleinere terrassenartige Ausformungen insbesondere in direkter Verlängerung des Durchlasses durch die Burgmauer.

III. Rezensionen

Christian von Berg: Damals auf dem Waldsportplatz ... Der VfB 1900 und der Fußball in Gießen, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2014, 335 Seiten, ISBN 978-3-7307-0140-9, 24,90 €

Christian von Berg zeichnet in dem umfangreichen Werk kenntnisreich, detailliert, mit viel Insider-Wissen und engagiert die Geschichte des bedeutendsten und ältesten Gießener Fußballvereins, des VfB 1900, auf, der zugleich der älteste Rasensportverein im heutigen Mittelhessen ist. Von den Anfängen 1900 im Kaiserreich über die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“ und die Nachkriegszeit bis 1982 und darüber hinaus spannt sich der Bogen.

Es ist eine Geschichte des Aufstiegs zu großartigen Erfolgen über große Gegner, so standen Gießens Fußballer im Kaiserreich mehrfach im Endspiel um die Westdeutsche Fußballmeisterschaft und auch in der Weimarer Zeit waren sie lange erstklassig. Es gab auch herbe Niederlagen in den verschiedenen Zeitschnitten, sie sind ein Beispiel für Aufstieg und Niedergang des Amateurfußballs in Hessen und Deutschland.

„Heute erscheint der Amateurfußball mitunter wie das Relikt einer untergegangenen Epoche, obwohl die Amateure selten so rein waren, wie von Vereinsvertretern gerne behauptet wurde.“ Konnte Gießen früher noch triumphieren über Gegner wie den FSV Frankfurt, den 1. FC Nürnberg, Rot-Weiß Essen u. a., ist dies heute im Zeitalter des dominierenden Profifußballs, des großen Geldes und potenter Sponsoren nicht mehr denkbar. Daher auch der Einschnitt um 1982, dem Jahr des Abstiegs des VfB aus der Hessenliga, in der er seit 1945 als „Dienstältester“ bedeutende Erfolge feiern konnte. Besonders deutlich wird dies an der drei Seiten umfassenden Chronologie des Vereins.

Der Schwerpunkt des Buchs liegt auf dem „Rückblick auf 31 Jahre in Hessens höchster Spielklasse“, der Hessenliga von 1951 bis 1982. In diesem Zeitabschnitt wurden 1.016 Spiele bestritten. Auch die Freundschaftsspiele gegen große Vereine wie Eintracht Frankfurt, den (früheren) FSV, den 1. FC Köln, Racing Straßburg, den HSV mit Uwe Seeler – ein Highlight! – und andere werden (wieder) ins Bewusstsein gehoben. Auch vom Lokalderby VfB 1900 und dem TSV Kleinlinden ist die Rede.

Der Autor war einst aktiver Jugend-VfBler, er ist mit der Gießener und hessischen Fußballwelt bestens vertraut. Sein Buch ist nicht zuletzt auch eine Erinnerung an den wohl bedeutendsten Gießener Fußballer bis heute, den ehemaligen Nationaltorwart und Meistertrainer des VfB beim Gewinn des Hessenmeistertitels 1963: Willibald Krefß.

Und es ist zugleich ein nostalgischer Rückblick auf die Glanzzeiten und den Niedergang des Amateurgedankens, der vom Profifußball verdrängt wurde. An eine „Renaissance des Gießener Fußballs“ glaubt er nicht mehr, und dürfte damit recht haben.

Die Leser können noch einmal nacherleben, zu welchen Triumphen die „Provinz“ einst fähig war, aber auch welche Niederlagen und Krisen verkräftet werden mussten. Reiches Bildmaterial, packende Spielberichte aus den Zeitungen, Erinnerungen ehemaliger Spieler („50 Jahre danach“) und ein Überblick über alle Gießener Hessenligaspieler führen noch einmal vor Augen wie der Weg des VfB 1900 bis zum Jahr 1982 verlief. Sie erzählen von „Träumen und einem tiefen Fall.“

Dieses Buch ist eine Fundgrube und sicher ein höchst willkommenes Geschenk für die ehemaligen und noch

aktiven Spieler und Anhänger des Fußballs in Gießen und Umgebung, die damals mitfieberten. Viele einst bekannte Namen tauchen auf, so Jürgen Himmelmann, einst Amateur-Nationalspieler und zugleich Gießens populärster Nachkriegsfußballer, aber auch Gerd Kraus, Wolfgang Schmolke, Ewald Kociok und Karl-Heinz Wagner und andere. „Viele Gesichter kennt man noch“, das äußerte jemand bei der Vorstellung dieses Werks am 10.9.2014 im Waldsportheim des Vereins. Der umfangreiche Anhang liefert Statistiken über die Platzierungen des VfB in der hessischen Amateurliga von 1951 bis 1982, nennt Spieler, Torschützen und Zuschauer; zeigt auf, wer einst in Gießen das Fußballhandwerk erlernte und anderswo Karriere machte. Am Ende folgt eine umfangreiche Literaturliste.

Zu kurz abgehandelt erscheint die Geschichte der Fußballvereine der Gießener Gymnasien, durch deren Ehemalige und Aktive der Vereinsfußball erst entstanden ist. Sehr wahrscheinlich ist dies aber dem Fehlen von entsprechendem Quellenmaterial geschuldet. Im darstellenden Teil fehlen die Anmerkungen, so dass die Einzelinformation nicht oder nur mit großem Aufwand nachgeprüft werden kann. Gleichwohl ist das Buch ein Meilenstein in der Aufarbeitung der Sportgeschichte Gießens, ein akribisches, flüssig geschriebenes Nachschlagewerk für Sportfreunde der Region.

Jürgen Dauernheim, Gießen

Ursula Braasch-Schwersmann, Christine Reinle, Ulrich Ritzerfeld (Hrsg.), Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge 1263/2013 (Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte 30), Marburg 2013. XV, 406 S., 24 Farbabb., 22 Abb., 7 Karten, 1 Stammtafel, mit Faksimiles der vier Langsdorfer Urkunden als Beilage in Einzelmappe. ISBN 978-3-

921254-77-6, geb. 51,00 Euro (die Beilagenmappe mit den Faksimiles kann auch einzeln zum Preis von 8,00 Euro erworben werden)

Nur Wenige der an hessischer Geschichte Interessierten werden auf Antrieb konkrete Inhalte mit den Langsdorfer Verträgen verbinden. Andere Ereignisse in der Geschichte Hessens sind weitaus besser in der Erinnerungskultur verankert. Dass die Verhandlungen, die am 10./11. September 1263 in Langsdorf (heute Stadtteil von Lich, Kreis Gießen) stattfanden und sich in vier Urkunden niederschlugen, in der Erinnerung kaum präsent sind, liegt vor allem in deren spärlicher Rezeption sowohl in den einschlägigen Geschichtswerken der frühen Neuzeit als auch in den modernen Standardwerken zur Geschichte Hessens. Meist werden sie nur als eine marginale Episode gesehen, so etwa von Walter Heinemeyer, der den Frieden von Langsdorf nur kurz erwähnt und ihn als das Ende des hessisch-thüringischen Erbfolgekrieges wertet.¹ Trotz der verdienstvollen Studie von Theodor Ilgen und Rudolf Vogel aus dem Jahr 1883² stand eine kritische Aufarbeitung des Geschehens in Langsdorf bislang aus. Erschwerend kam hinzu, dass von den vier fraglichen Urkunden lediglich drei seit dem 18. Jahrhundert in Druckwerken der Öffentlichkeit zugänglich waren.

Der 750. Jahrestag der Verhandlungen im Jahr 2013 bot daher den geeigneten Anlass, das in Langsdorf zustande gekom-

1 Walter Heinemeyer, Das Hochmittelalter, in: Ders. (Hrsg.), Das Werden Hessens (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 50), Marburg 1986, S. 159-193, hier S. 183.

2 Theodor Ilgen, Rudolf Vogel, Kritische Bearbeitung und Darstellung der Geschichte des thüringisch-hessischen Erbfolgekrieges (1247-124), in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 10 NF (1883), S. 151-380.

mene Vertragswerk eingehend zu analysieren und es in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, wobei Reichsgeschichte und interterritoriale Beziehungsgefüge gleichermaßen berücksichtigt werden sollten. Um neue Forschungserkenntnisse zu gewinnen, veranstaltete das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg gemeinsam mit der Professur für Landesgeschichte der Justus-Liebig-Universität Gießen am 1. und 2. Juni 2012 im Schloss Rauischholzhausen eine Tagung mit dem Titel „Neugestaltung in der Mitte des Reiches. 750 Jahre Langsdorfer Verträge“, in deren Verlauf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen die Bedeutung der Langsdorfer Verhandlungen und ihre Folgen für die beteiligten Kontrahenten untersuchten. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung sind in der vorliegenden Publikation zusammengefasst und ermöglichen nun einen wesentlich detaillierteren Blick auf das Ereignis von 1263 als bisher.

In seinem einleitenden und grundlegenden Beitrag geht Matthias Werner auf die politischen Rahmenbedingungen der Verhandlungen von Langsdorf ein und skizziert die fast zwanzig Jahre dauernden Konflikte, die nach dem Tode Heinrich Raspes (Februar 1247), des letzten ludowingschen Landgrafen und letzten Inhabers des gesamten ludowingschen Herrschaftskomplexes zwischen Saale, Lahn und oberer Werra, um dessen Erbe zwischen dem wettinischen Markgraf von Meißen, dem Erzbischof von Mainz und Sophie von Brabant, Tochter der heiligen Elisabeth, und ihrem Sohn Heinrich ausgetragen wurden. Im Zentrum des Vergleichs, der in Langsdorf zwischen Sophie und dem Mainzer Erzbischof ausgehandelt wurde, stand laut Werner die Regelung der strittigen Kirchenlehen, eine Frage, die zugunsten der Landgräfin entschieden wurde. Durch die Belehnung mit der Grafschaft Hessen bzw. des Landgerichts Hessen mit allen Zehnten

und einer Reihe weiterer Rechtstitel erhielten Sophie und ihr Sohn Heinrich die entscheidende Voraussetzung für den weiteren Aufbau ihrer Landesherrschaft, während der Versuch des Erzstifts Mainz, die eigene Position in Hessen flächenhaft auszubauen, damit gescheitert war.

An die Ausführungen von Werner schließen sich in drei Abteilungen die weiteren Beiträge an, die unter ganz unterschiedlichen Aspekten die Langsdorfer Verträge beleuchten. Im ersten Abschnitt „Verfassung, Vertrag und Recht“ untersuchen u.a. Steffen Krieb und Ulrich Ritzerfeld am Beispiel der in Langsdorf geführten Verhandlungen die hochmittelalterlichen Mechanismen der Konfliktlösung und Konfliktprävention. Die recht günstige Quellenlage lässt exemplarisch erkennen, auf welche Weise lehnrechtliche, dynastische sowie machtpolitische Gegensätze im 13. Jahrhundert abgewogen und gelöst worden sind. Unter der Rubrik „Territoriale Neugestaltung in der Mitte des Reiches“ werden in mehreren Beiträgen die einzelnen Kontrahenten und ihre politischen Ambitionen sowie die territorialen Kräfteverhältnisse im Raum zwischen der Saale im Osten, der Lahn und dem Rhein im Westen untersucht. Hier weist Otto Volk zu Recht in seinen Ausführungen darauf hin, dass zur Zeit der Langsdorfer Verträge der Territorialisierungsprozess noch nicht weit fortgeschritten war und daher von gefestigten klar begrenzten Landesherrschaften nicht gesprochen werden kann. Vielmehr bestanden die Territorien beider Kontrahenten, des Mainzer Erzbischofs und der Landgräfin Sophie, in diesem frühen Stadium ihrer Entwicklung aus Konglomeraten von Besitzungen, Rechten und Einkünften, deren Verteilung und Rechtmäßigkeit im Fall der Kirchenlehen Gegenstand der Langsdorfer Verhandlungen war. In der Abteilung „Überlieferungsgeschichte, Historiographie und Hilfswissenschaften“ zeichnen u.a. Holger Thomas Gräf und Alexander

Jendorff die Rezeption der Langsdorfer Verträge in der landesgeschichtlichen Historiographie der Frühen Neuzeit und der Moderne nach und kommen zu der Einschätzung, dass der Stellenwert der Langsdorfer Verhandlungen meist nicht hoch und damit nach Ansicht beider Autoren korrekt eingeschätzt worden ist. Ähnlich sieht es Siegfried Becker in seinem Beitrag zum Umgang mit landes- bzw. territorienbezogenen Jubiläen. Er plädiert dafür, das Jubiläum der Langsdorfer Verträge für eine komplexere Sicht auf politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu nutzen und so Geschichte als langwierigen Prozess verständlich zu machen, in dem ein Ereignis wie dasjenige von 1263 lediglich einen Schritt und keine gewichtige Zäsur darstellen kann. Auch Francesco Roberg, der sich am Ende des Bandes der verdienstvollen Aufgabe unterzieht, einen Kommentar zur Überlieferung der vier in „campo apud Langsdorf“ ausgestellten Urkunden zu verfassen und diese kritisch zu editieren, will die Bedeutung der Verträge eher relativiert wissen. Ein Hauptargument hierfür ist für ihn der Tatbestand, dass die vier Urkunden sämtlich von Sophie und ihrem Sohn Heinrich ausgestellt und nach Aushändigung an den Erzbischof nur auf Mainzer Seite überliefert sind. Sie werden heute im Staatsarchiv Würzburg verwahrt. Eine entsprechende Gegenüberlieferung gibt es nicht. Alle vier Urkunden sind dem Band als Faksimile beigegeben, wertvoll ergänzt durch die deutsche Übersetzung, die Hans Heinrich Kaminsky erarbeitet hat.

Nach der Lektüre der Beiträge bleibt das Fazit, dass die Langsdorfer Verträge nur differenziert betrachtet und bewertet werden können. Den Blick hierfür geschärft zu haben, ist zweifellos das Verdienst der vorliegenden Publikation. Durch den Vergleich von Langsdorf wurde aus der bis dahin ungesicherten Herrschaft Hessen ein Machtfaktor von erheblichem politischem Gewicht.

Matthias Werner räumt daher dem Ereignis von 1263 im Kontext der Entwicklungen nach 1247 eine herausragende Stellung ein. Aber in diesem Vertragswerk kann keine Grundlegung hessischer Eigenstaatlichkeit gesehen werden, zu schwankend waren dafür noch die Kräftekonstellationen und zu unsicher die weitere Entwicklung. Von einer „Neugestaltung in der Mitte des Reiches“ im Zusammenhang mit den Langsdorfer Verträgen, wie es der Titel der Publikation suggeriert, kann daher allenfalls bedingt gesprochen werden.

Eva-Marie Felschow, Wetzlar

IV. NEUE PUBLIKATIONEN 2013/2014

2013

Georg Büchner und seine Zeit 1813-1837,

Begleitbroschüre zur Ausstellung des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt und des Stadtarchivs Darmstadt zum 175. Todestag u. 200. Geburtstags Georg Büchners (2012/13), keine ISBN

Peter Brunner/Peter Engels/Peter Schlagetter-Bayertz/Agnes Schmidt:

Büchnerland. Orte von Georg Büchner und seinen Geschwistern in Hessen, hrsg. von der Luise-Büchner-Gesellschaft Darmstadt 2013, inkl. Reprints von zwei historischen Karten des Großherzogtums, keine ISBN

Georg Büchner – Revolutionär mit Feder und Skalpell.

Katalogbuch zur Georg Büchner Ausstellung der Mathildenhöhe Darmstadt im Darmstadtium 2013, Hardcover, 612 Seiten, Hatje Cantz Verlag, ISBN 978-3-7757-3640-4.

2014

Konrad Hammann: Hermann Gunkel. Eine Biografie, Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2014, ISBN 978-3-16-150446-4

Hanno Müller: Steinbach wie es früher war, Bände 1-3, Eigenverlag

Ludwig Brake/Eckhard Ehlers/Ulrich Thimm (hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen: Gefangen im Krieg. Gießen 1914-1919, Jonas Verlag Marburg, ISBN 978-3-89445-494-4

V. AUS DEM VEREINSLEBEN

Zusammengestellt von Dagmar Klein (Schriftführung)

1. OHG-Vorträge 2013/14

Jeweils mittwochs um 20 Uhr, im Netanya-Saal des Alten Schlosses am Brandplatz

30. Okt. 2013	Auf der Suche nach Heimat. Migration in Hessen in der Büchnerzeit	Dr. Ludwig Brake, Gießen
13. Nov. 2013	Hochschulpolitik in Kurhessen. Minister Ludwig Hassenpflug und die Universität Marburg (1832-1837)	Prof. em. Dr. Otto Kaiser, Marburg
27. Nov. 2013	Bettina Brentano und die Frühromantik in Marburg	Prof. Dr. Marita Metz-Becker, Marburg
11. Dez. 2013	Die Eisenbahnen in Hessen als Reise- und Repräsentationsmittel im 19. und frühen 20. Jahrhundert	Kay-Hermann Hörster, Marburg/Bischoffen
15. Jan. 2014	Der Flughafen Gießen	Dipl. Arch. Paul-Martin Lied, Lich
29. Jan. 2014	Luise Büchner als Historikerin	Agnes Schmidt, Darmstadt/Weiterstadt
19. Febr. 2014	Zwischen Kachelofen und Festungswall. Archäologische Erkenntnisse zur Geschichte Gießens in der Frühen Neuzeit AUSGEFALLEN u. verschoben auf März 2015	Dr. Dieter Neubauer, Wiesbaden/Gießen
05. März. 2014	Gießen und der Erste Weltkrieg	Dr. Carsten Lind, Marburg/Ortenberg

2. EXKURSIONEN 2014

a) Museumsexkursion im Winter 2013/2014

31. Jan. 2014, halbtägig mit PKW	Heimatemuseum Hüttenberg im „Goethehaus Volpertshausen“	Organisiert von Karin Bautz M.A. und Prof. Dr. Siemer Oppermann
----------------------------------	---	---

b) Exkursionen 2014

19. Juli 2014, Ganztagesfahrt per Bus nach Aachen	Drei große Ausstellungen zum Jubiläum Karl der Große (gest. 814)	Organisiert von Dr. Carsten Lind und Dr. Eva-Marie Felschow
---	--	---

4.-7.Sept. 2014	Mehrtagesfahrt per Bus an den Bodensee, im Zentrum die Landesausstellung „Das Konstanzer Konzil“	Organisiert von Karin Bautz M.A. und Dr. Carsten Lind ABGESAGT wegen zu geringer Anmeldung.
--------------------	--	---

3. Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft

Seit der Mitgliederversammlung 2003 wird die langjährige Mitgliedschaft mit einer Urkunde gewürdigt. Am 07. Mai 2014 waren 22 Mitglieder für 25 Jahre Mitgliedschaft zu ehren:

Dr. Manfred Dörr (Biebertal), Hildegard Peter (Buseck), Hans-Wilhelm Wolff (Fernwald), Anne-Margret Angermann, Erika Beltz, Michael Beltz, Dr. Ludwig Brake, Helga Godzieba, Dr. Heribert Hinderfeld, Gisela Hinderfeld, Marlis Schäfer, Lothar Schüler, Heidi Stomps (alle Gießen), Rainer Tonn (Heuchelheim), Gaby Rehnelt (Langgöns), Norbert Gumbel (Linden), Wilfried Bernd Meißner (Pohlheim), Christopher Franzmann Anne Will, Karlheinz Will (Wettenberg); Brigitte Kaiser, Dr. Hans-Ludwig Honig (Leverkusen).

VI. PRESSEBERICHTERSTATTUNG

Über die OHG-Vorträge im Winterhalbjahr 2013/14

Unterwegs zu einem besseren Leben

Dr. Ludwig Brake zum Start der OHG-Vortragsreihe – Migration schon im 19. Jahrhundert aktuell

Sehr zur Freude von Manfred Blechschmidt, der als 2. Vorsitzender die Begrüßung zur Vortragsreihe des Oberhessischen Geschichtsvereins im Winterhalbjahr übernahm, waren viele Besucher ins Alte Schloss gekommen. Stadtarchivar Dr. Ludwig Brake wartete mit einem Thema auf, das heute wie einst die Menschen beschäftigte: „Auf der Suche nach Heimat – Migration in Hessen in der Büchnerzeit“. Wie unterschiedlich die Motive für Auswanderung oder auch Einwanderung zu einer Zeit waren, als das „Ausland“ oft nur wenige Kilometer von der Heimat begann, machte Brake deutlich. Mit seiner Geschichte von auf einer Sandbank gestrandeten Auswanderungswilligen, die Wochen warten mussten, mag sich so mancher an Lampedusa und die Bootsflüchtlinge erinnert gefühlt haben. Doch die Anekdote bezog sich auf das Jahr 1834 und die zunächst vergeblich auf die Weiterreise Wartenden gehörten der vom Pfarrer Friedhelm Münch und dem Gießener Paul Follen(ius) gegründeten Gießener Auswanderergesellschaft an. Die Insel war nicht Lampedusa, sondern die in der Weser gelegene Harrier-sand.

Grundsätzlich machte der Referent klar, dass Menschen auf der Suche nach Heimat ganz verschiedene Motive haben konnten und dabei auch auf ganz unterschiedliche politische Rahmenbedingungen stießen. Damals wie heute seien die Suche nach Arbeit und Geld, nach einem Leben in Freiheit ohne Bevormundung, nach Glück oder einfach einem besseren Leben wichtige Motive. In Deutschland werde oft vergessen, dass es

neben den im Millionenbereich liegenden Zuwanderern auch heute noch eine im hohen sechsstelligen Bereich liegende Zahl von Auswanderern gebe.

Am Beispiel seiner Familie machte Brake mit seinem Vorfahren Bertram Brake deutlich, dass auch viele deutsche Familien Auswanderer aufwiesen, auch wenn zunächst nichts darauf schließen lasse. Bevölkerungswanderungen gehörten zu den Konstanten der Weltgeschichte und Migration sei ein strukturelles Element früherer und heutiger Gesellschaften. Auch das Großherzogtum Hessen sei von 1806 bis 1848 von großer ökonomischer Krisenanfälligkeit gewesen, Steuerungsmechanismen hätten trotz zum Teil forciertem Abschiebung in Staaten des Deutschen Bundes nicht zur Verfügung gestanden. Mobilität sei zu dieser Zeit oft auch nur ein Umzug vom Land in die Stadt gewesen. Die Obrigkeit sei daran interessiert gewesen, „möglichst nützliche Elemente“ aufzunehmen.

An drei Schicksalen verdeutlichte Brake die ebenso unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Georg Wilhelm Gail ging 1847 mit seinem Vater auf eine Geschäftsreise nach Amerika, dem Sohn wurde der Rohstoffeinkauf anvertraut, der Vater ging zurück nach Hessen. Der Sohn entdeckte in Amerika eine Marktlücke mit der Produktion von Rauchtobak für deutsche Einwanderer, gründete eine Fabrik in Baltimore, erhielt den Segen des Stammhauses und betrieb seit 1860 das „Georg Wilhelm Gail und Ax's Tobacco“-Werk.

Ganz anders die Situation des Küfergesellen Ludwig Keller, der 1847 der

Stadt Gießen mitteilte, »da ich dermalen hier keine Beschäftigung habe, so wünsche ich baldmöglichst hier abzureisen«. Die Stadt erklärte sich zur Übernahme der Kosten bereit, doch verweigerte sie Keller Bargeld. Letztlich kam Keller über Mainz und Rotterdam nach Quebec, wo sich, so Brake mit Bedauern, seine Spur verliert.

Wiederum ganz anders war die Situation von Isaak Rothenberger. Der Sohn eines Gießener Schutzjuden bat 1844 um Aufnahme in die Bürgerliste der Stadt. Vom Kreisrat erbat er sich zudem die Staatsbürgerschaft. Erst kurz vor seiner Heirat mit Rose Löwenstein, „einer Aus-

länderin aus dem kurhessischen Frohhausen“, waren alle bürokratischen Hürden genommen und die Aufnahme in die Bürgerliste am 26. August 1846 war erreicht.

Mit dem Zitat einer italienischen Politikerin der Gegenwart schloss der Stadtarchivar seinen spannenden Vortrag: „Menschen werden unterwegs sein, unterwegs zu einem besseren Leben, und keiner wird es verhindern können.“

Hans-Wolfgang Steffek (has); erschienen am 2. November 2013 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Hassenpflug, der „Hessenfluch“

Otto Kaiser war Gastredner im Oberhessischen Geschichtsverein

Nur wenige an der Person des kurhessischen erkonservativen Ministers Ludwig Hassenpflug Interessierte hatten den Weg ins Alte Schloss gefunden, um dem Vortrag des emeritierten Professors Otto Kaiser über diesen stark polarisierenden Juristen und Politiker zu folgen. Die Vorstellung des Referenten, der über 30 Jahre mit dem Schwerpunkt des Alttestamentlers an der Universität Marburg tätig war, übernahm diesmal der 1. Vorsitzende des Oberhessischen Geschichtsvereins, Dr. Michael Breitbach. Dieser bedauerte, dass das Thema des Abends „auch in einer Hochschulstadt kein Renner“ sei, zeigte sich selbst aber an der Thematik sehr interessiert. Der Referent habe so viele Veröffentlichungen verfasst, dass allein deren Nennung einen eigenen Vortrag erfordern würde. In letzter Zeit habe er sich vermehrt der Marburger Universitätsgeschichte gewidmet. Zudem passe Hassenpflug als eine Person der Bühnerzeit gut ins Bühnerjahr. Kaiser, der seinen Vortrag auf Akten und Briefe Hassenpflugs stützte, bescheinigte dem 1794 in Hanau Geborenen eine seltsame Mischung von reaktionär-legitimistischerer Staats- und Rechtsauffassung und mystisch-pietistischer Religiosität.

Seine von Friedrich Julius Stahl geprägte Weltanschauung sei von einer monarchistischen Idee beherrscht worden, was sich nicht zuletzt darin geäußert habe, dass die ihm verhassten Liberalen aus Hassenpflug „Hessenfluch“ machten. Völlig konträre Auffassungen vertraten die Brüder Grimm, mit denen Hassenpflug befreundet gewesen sei und deren Schwester er am 2. Juli 1822 heiratete. Sein erster Einsatz für Kurhessen habe nach dem Umbruch 1830/31 darin bestanden, die recht fortschrittliche Kurhessische Verfassung von 1831 auszuhebeln. Der als „Visionär und Mystiker“ oft bestgelaunte Hassenpflug habe neben einer gewinnenden Art für seine Freunde ein extrem hohes Selbstbewusstsein, das oft schon an Arroganz grenzte, gehabt. Nach Umwegen über Hohenzollern-Sigmaringen und das Großherzogtum Luxemburg sei er als Obertribunalrat in Berlin und seit 1846 als Präsident des Oberappellationsgerichts Greifswald für seine Überzeugung tätig geworden. Zurückgekehrt nach Kurhessen und in seiner zweiten Ministerzeit habe Hassenpflug auch vor Konflikten mit dem Landesherrn nicht gescheut. Sehr positiv sei offenkundig seine Fähigkeit gewesen,

junge Akademiker richtig nach Qualität einzuschätzen und sie in Positionen zu bringen, die halfen, der Herrschaft des Luthertums in Hessen wieder festen Boden zu verschaffen. Die Kehrseite sei gewesen, dass viele der von ihm geholten Kollegen schnell wieder gingen. Im Schlussgespräch erinnerten Kaiser und Breitbach an die heute völlig geänderte

Berufungspolitik der Universitäten. Während damals der Landesherr auf diesem Recht bestand, wird heute zunehmend die Eigenverantwortung der Hochschulen von der Politik erwartet.

Hans-Wolfgang Steffek (bas); erschienen am 26. November 2013 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Frau mit Geist und Courage

Marita Metz-Becker spricht beim OHG über Bettina Brentano und ihre Marburger Zeit

Manche bedeutende Persönlichkeit skizziert das eigene Wesen besser mit wenigen Worten, als es ihre Biografen auf vielen Seiten können. Zu ihnen gehört sicher auch Bettina Brentano, die zu den schillerndsten Frauengestalten der Romantik gehört. Von ihr stammt der Satz: „Wo sich die Pfortchen nicht aufzwingen ließen, da brach ich durch die Hecken.“ Genau dieses hatte sich Prof. Dr. Marita Metz-Becker als Motto ihres Vortrages über „Bettina Brentano und die Frühromantik in Marburg“ gewählt. Dagmar Klein stellte für den Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins die Referentin vor. Sie ist Vorstandsvorsitzende des „Haus(es) der Romantik“ der Universität Marburg.

Metz-Becker gab zunächst einen Überblick über die Freunde, Bekannten und Künstlerpersönlichkeiten, die Bettina Brentano kennenlernte: unter anderem die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, Carl von Savigny, Johann Heinrich Jung genannt Jung-Stilling und prominente Frauengestalten wie Sophie Mereau, Bettinas Großmutter Sophie La Roche sowie „die Gündertode“ und Caroline Böhmer, verheiratete Schlegel-Schelling. Diese hatte über Bettina gesagt: „Sie stellt sich auf den Kopf, um witzig zu sein“, und damit eine der verschiedenen Rollen der 1785 in Frankfurt als „Tochter eines reichen Mannes“ geborenen Bettina genannt. Neben Bettinas Rolle als geistreicher und eigenwilliger Nonkonformis-

tin im Umfeld der Romantiker verwies die Referentin auf deren zweite Rolle als Ehefrau und Mutter, „ein Geschöpf, das mit sieben Schwangerschaften, Aufzucht und Erziehung der Kinder“ auch dieser Rolle gerecht wurde. Nach dem Tod des Ehemannes widmete sich die Witwe ihrer dritten Rolle und damit mit großem politischem Engagement der sozialen Frage. Gerade diese Seite Bettinas sei in der Forschung häufig ignoriert worden.

Metz-Becker wies darauf hin, dass Bettina mit ihren Schilderungen einer Berliner Armenkolonie durch den Titel „Dies Buch gehört dem König“ das drohende Verbot geschickt umgangen habe. Zudem habe sie Savigny beschworen, die als Mitglieder der „Göttinger Sieben“ entlassenen Brüder Grimm an die Berliner Akademie zu berufen. Wenig bekannt sei ebenfalls, dass sie mit einer Veröffentlichung auch als Wegbereiterin des Aufstandes der schlesischen Weber gelten könne und nach einer Verurteilung in die innere Emigration gegangen sei. All dieses ergab sich erst nach dem Tod ihres Ehemannes, den sie als Freund und Kollegen ihres Bruders Clemens kennen- und lieben gelernt hatte: Achim von Arnim, mit Clemens Brentano Autor des viel gelesenen „Des Knaben Wunderhorn“. Dabei hob die Referentin hervor, dass sich Bettina im Gegensatz zu der damals herrschenden Praxis ihren Ehemann selbst ausgesucht hatte. Doch habe auch die Ehe neben einem reichen Kinder-

segnen eine Enttäuschung für Bettina gebracht: „Sie hatte einen Dichter geheiratet, aber leben musste sie mit einem Landwirt.“

Zur Marburger Zeit Bettinas, die bis zur Heirat in den Haushalten der älteren Geschwister lebte, spielte nach Einschätzung der Marburger Professorin der nach ihr benannte „Bettina-Turm“ unweit des Forsthofes in der Ritterstraße, wo sie damals lebte, eine große Rolle, denn hier habe Bettina romantischen Träumen nachhängen können. Die Vortragende stellte klar, dass dieser intelligenten jungen Frau mit Sicherheit eine Karriere an der Universität geglückt wäre, doch sei dies damals einer Frau nicht möglich gewesen.

Die Queen blieb lieber im Bett

Kay Hörster berichtet über Eisenbahnen als Repräsentationsmittel des Adels

Zum letzten Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins konnte der 2. Vorsitzende Manfred Blechschmidt im Alten Schloss neben dem Stammpublikum auch Eisenbahnfreunde begrüßen. Diese waren durch ein Thema angelockt worden, das sicher nicht zum Standardprogramm der Geschichtsfreunde zählt: „Die Eisenbahnen in Hessen als Reise- und Repräsentationsmittel im 19. und frühen 20. Jahrhundert“. Referent war Kay-Hermann Hörster.

Hörster ging zunächst darauf ein, dass das Thema des Abends auf einer Seminararbeit basiert, mit der er sich auf ein Wagnis eingelassen habe, da es keine Literatur dazu gegeben habe und er „ein wenig recherchieren“ musste. Danach lüftete er das Geheimnis um den nur fast erfolgten Besuch von Queen Victoria in Gießen im Jahr 1862. Statt im Sommer 1862 am Gießener Bahnhof auszusteigen, blieb sie lieber im Bett, womit der Gießener Presse ein ungewöhnlicher Bericht entging. An dem Bild „Rain, steam and speed“ von William Turner erläuterte der Referent die damals neue Dimension von Geschwindigkeit und verglich sie mit der

Wilhelm Grimm habe, so die Referentin, Bettina als „eine der geistreichsten Personen bezeichnet“, denen er je begegnet sei. Ludwig Börne hätte sich gewünscht, dass sie den Universitätsprofessoren, insbesondere der Geschichte, zeige, wie man diesem offensichtlich sehr trockenen Studienfach neues Leben einhauchen könne. Viel Beifall und völlig fehlende Gesprächsbereitschaft des Auditoriums belegten, dass der mit opulentem Bildmaterial servierte kurzweilige Vortrag den Bildungshunger gestillt hatte.

Hans-Wolfgang Steffek (bas); erschienen am 29. November 2013 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

heutigen Vorstellung etwa vom Internet. In diesen Fällen könne geradezu von einem Quantensprung in der Geschwindigkeitskultur gesprochen werden. Mit der Zeit sei auch der Maler Wilhelm Groos gegangen, der mit seiner „Ansicht der Stadt Gießen“ von 1852 mit Eisenbahn den Betrachter „in die Moderne katapultiert“ habe. Das Reisen mit der Eisenbahn habe sich rasend schnell einen Weg gebahnt und auch Landesherren mitgerissen sowie selbst gekrönte Häupter wie Zar Alexander II. erfasst. Dieser habe nebst Gemahlin aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen allein 19 Fahrten von Kassel über Friedberg nach Darmstadt gemacht. Zwar seien viele Landesgrenzen der Kleinstaaten noch hinderlich gewesen, aber trotzdem habe es zwischen 1857 und 1866 eine „wilde Reisetätigkeit herrschender Hoheiten“ gegeben, Fahrten von Prominenten, nicht selten unter Aliasnamen, hätten einen ungeheuern Sicherheitsaufwand erfordert. Als Zar Nikolaus II. 1910 für mehrere Wochen in Friedberg und Bad Nauheim weilte, habe er allein 100 Sicherheitsbeamte mitgebracht.

In diesem Zusammenhang erwähnte Hörster auch einen Brief des Geheimrats Kuchler an den Friedberger Kreisrat, der sich degradiert gefühlt habe, weil er einmal „beim Einholen des Regenten“ nicht berücksichtigt worden war.

Am Beispiel eines Kurhessischen Salonwagens von 1857 ging Hörster auf die petrolblaue Farbe, die reiche Ornamentik und die üppige Inneneinrichtung ein. Maßstäbe habe der Salonwagen des Königs Ludwig II. von Bayern gesetzt, der Wagenpreis habe bei etwa 24.000 Mark gelegen. Generell habe es drei Reisemöglichkeiten für Regenten gegeben: das Benutzen regulärer Züge nach Fahrplan, das Anhängen des Hofwagens an einen regulären Zug und schließlich den Sonderzug. Eine Vereinheitlichung der Zeit, insbesondere bei Zarenbesuchen von Bedeutung, sei erst 1893 erfolgt.

Hörster stellte dann noch verschiedene Bahnhofstypen vor, bei denen durch Anbau den Bedürfnissen der reiselustigen hohen Herren Rechnung getragen wurde. Auch nette Anekdoten lockerten den ohnehin interessanten Vortrag auf. Etwa die von Kurfürst Wilhelm von Hessen-Kassel, der es nicht verstehen konnte, dass der Zug nach Fahrplan einfach abfuhr, ohne dass er sein Gespräch mit einem Bekannten beendet hatte. Ein Auszug aus einem Brief Thomas Manns, in dem er davon berichtet, wie er als Kind den Kaiser am Bahnhof erlebt hatte, beendete den Vortrag, der dem Referenten verdienten Beifall einbrachte.

Hans-Wolfgang Steffek (bas); erschienen am 13. Dezember 2013 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Speisen oder fliegen?

Aus „Modell Taiga“ wurde 1927 der Flughafen Gießen

Von Gießen aus mit dem Flugzeug in die weite Welt - diese Vision wirkt heute unvorstellbar. Doch in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts verfolgte man solche Pläne und errichtete dafür eigens ein Flughafengebäude auf dem heutigen Gelände des US-Depots. Bei einem Vortrag über die Geschichte des „Flughafens Gießen“ präsentierte Architekt und Architekturstadtführer Paul-Martin Lied (Lich) die kurze Gießener Luftfahrtgeschichte, die ihren Höhepunkt im Jahr 1931 erreichte und eng mit dem heute brüchigen Flughafengebäude verbunden ist.

Der erste Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins im neuen Jahr weckte reges Interesse. Die Faszination „Flughafen Gießen“ scheint noch immer groß zu sein. Ganz so groß, wie bei der Einweihung des Flughafens vor knapp 90 Jahren, war der Andrang jedoch nicht. Am 5. Juli 1925 kamen 20.000 Besucher zur Eröffnungsfeier, an der auch Flugzeug-Ingenieur Hugo Junkers und der

damalige Oberbürgermeister Karl Keller teilnahmen.

„Zunächst bestand der Flughafen Gießen nur aus einem kleinen Holzhaus“, erklärt Lied und ergänzt: „Das ‚Modell Taiga‘ kam mit nur zwei Zimmern und einer Werkstatt daher.“ Nichtsdestotrotz rollten seither im Auftrag der Betreibergesellschaft Oberhessen-Lahngau Gießen auf dem Gelände „Stolzer Morgen“ die Propellermaschinen auf der Landebahn ein. Die Flugstrecke beschränkte sich zunächst auf Flüge zwischen Gießen und Frankfurt. Später knatterten die Maschinen auch in Richtung Norden nach Kassel und Hannover.

Das neue, heute noch existente, Flughafengebäude wurde etwa zwei Jahre später eröffnet. Dazu spendierte die Betreibergesellschaft eine feste Rollbahn. Die geschaffene Infrastruktur hatte zur Folge, dass der Linienverkehr im Jahr 1931 an stolzen 129 Tagen durchgeführt wurde und mit 2252 außerplanmäßigen

Starts sowie 2250 Landungen einen Höhepunkt erreicht. Die Lufthansa stellte den Flugverkehr jedoch schon zwei Jahre später wegen zu geringer Frequenz ein. Zudem machte der feuchte Untergrund auf dem Gelände häufige Arbeiten nötig und die Ausgaben überstiegen schnell die Einnahmen.

Daran änderte auch das integrierte Restaurant im Gebäude nichts, das frühere Flughafenbesucher mit einer großzügigen Terrasse und einzigartigem Blick lockte, Lied sieht in der Kaffeeterrasse und der Gaststätte sogar „den Hauptzweck des Gebäudes“. Diese Annahme würde der Grundriss bestätigen. Auf diesem sei zu erkennen, dass dem Flughafenpersonal nur zwei kleine Zimmer zugeordnet waren, die restlichen Räume wie Küche, Buffet, Saal und Hotelzimmer gehörten zum Restaurantbetrieb. Auch das erhöhte Bauwerk auf dem Dach sei weder „Tower“ noch Kontrollturm, sondern ein erhöhtes Treppenhaus. So nehme das Gebäude laut Lied vorweg, was der Flughafen Frankfurt heute auch sei: „Ein Ziel für Ausflüge und Café-Terrasse.“

Lied zeigt sich besonders interessiert an der Bauart des Flughafengebäudes. Der Fachmann erkennt in der traditionellen Architektur „starke Bauhaus-Einflüsse“. In der schlichten Häuserlandschaft Gießens, die kein Zentrum moderner Architektur darstellt, war dies eine

Ausnahme. Mit Plänen und Bildern verdeutlichte Lied, wie „außerordentlich modern, fortschrittlich und harmonisch“ das Gebäude zu seiner Zeit war. Bekanntlich hielt sich das „Restaurant mit Landebahn“ nicht lange. Auch die Amerikaner, die das Gebäude nach dem Krieg für viele Jahre unter Beschlag nahmen, konnten und wollten es nicht vor dem drohenden Verfall retten. Der Putz bröckelt, Feuchtigkeit dringt ein, Bäume und Sträucher erobern sich ihren Platz zurück. Doch alle Versuche, das historisch bedeutsame Gebäude vor dem Verfall zu retten, scheiterten bislang und die Pläne des neuen Eigners sind noch nicht bekannt.

Lied selbst hat hierzu eine Vision mit Augenzwinkern für das Jahr 2063: „Ein Beispiel besonders guter Zusammenarbeit ist die Erhaltung und grundlegende denkmalgerechte Renovierung des ehemaligen Flughafengebäudes geworden. Es wird seit 2019 wieder erfolgreich als Restaurant und seitdem neu als Veranstaltungsort genutzt. Neben dem Schifftenberg, den Restaurants an der Lahn und am Schwanenteich ist der Flughafen seitdem wieder einer der Lieblingsorte der Gießener.“

Hans-Wolfgang Steffek (bas); erschienen am 18. Januar 2014 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Von allen Schwingungen der Zeit ergriffen

Agnes Schmidt referiert beim Oberhessischen Geschichtsverein über Luise Büchner

Selbst frostige Temperaturen konnten nicht verhindern, dass der Netanya-Saal des Alten Schlosses am Mittwochabend gut gefüllt war. Gekommen waren die Besucher, um einen Vortrag von Agnes Schmidt aus Darmstadt über Luise Büchner, die jüngere Schwester des im letzten Jahr in Gießen und Darmstadt geehrten Schriftstellers Georg Büchner, zu hören. Für den Vorstand des gastgebenden

Oberhessischen Geschichtsvereins begrüßte Dagmar Klein die Referentin. An der von Klein in Zusammenarbeit mit der Geschichtsdidaktikerin Rita Rohrbach zusammengestellten Ausstellung über Luise Büchner nahm Agnes Schmidt ebenfalls regen Anteil, ist sie doch Vorsitzende der Luise-Büchner-Gesellschaft. Klein erinnerte daran, dass die Ausstel-

lung im KiZ noch bis zum 9. Februar besucht werden kann.

Schmidt unterstrich angesichts ihrer Anreise per Bahn, wie schnell heute die Entfernung von Darmstadt nach Gießen überwunden werden kann, was zu Georg Büchners Studienzeit fast noch einen Tag in Anspruch nahm. Sie erinnerte daran, dass Luise Büchner über die Grenzen Darmstadts, Hessens und sogar Deutschlands hinaus bekannt war. Dies habe sich nicht bei ihrer Beerdigung gezeigt, nachdem sie am 28. November 1877 im 56. Lebensjahr verstorben war. Aufgrund von Büchners Zusammenarbeit mit der hessischen Prinzessin Alice, die ein Jahr später im Alter von 35 Jahren verstarb, nahmen auch Schülerinnen der Gießener Alice-Schule und zahlreicher Alice-Vereine an der Beisetzung teil. Der Tod beider Frauen sei ein herber Verlust für die Frauenbewegung insgesamt und die hessische insbesondere gewesen und viele Pläne seien unerfüllt geblieben, etwa die Gründung einer Frauenuniversität in Darmstadt.

Bereits mit ihrem ersten Werk „Die Frauen und ihr Beruf“ trat Luise Büchner für eine konsequente „Gleichberechtigung des Mädchens mit dem Knaben“ ein. Das zunächst anonym erschienene Werk hatte bahnbrechenden Erfolg. Karl Gutzkow, ein Freund der Familie, hatte das Geheimnis um die Autorin gelüftet. Schmidt nannte Gutzkow den „Reich-Ranicki des 19. Jahrhunderts“, der Luise bescheinigte, ein „von allen Schwingungen der Zeit ergriffenes Frauenherz“ zu besitzen. Auch nach dem Tode Georg Büchners blieb Gutzkow der Familie freundschaftlich verbunden. Zu diesem Zeitpunkt war Luise 15 Jahre alt und musste erfahren, dass der Besuch des nur

zehn Minuten vom Haus der Büchners entfernten staatlichen Gymnasiums für sie als Mädchen nicht möglich war. Eine Erfahrung, die sie für den Rest ihres Lebens prägte, sie aber nicht daran hinderte, sich ein hohes Maß an Kenntnissen zu erwerben, und das alles ohne geregelten Schulbesuch.

Großen Anteil an Luises Bildung hatte nach Schmidt die Familie, mit den Abenden am häuslichen Tisch: „Die Büchners standen repräsentativ für den Gedanken des Fortschritts. Sie alle fühlten sich als Träger der Bewegung.“ Nach dem Tod der Eltern zählten Ferdinand Lasalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel und David Strauß zu den Gästen im Hause Büchner. Bedeutende Fortbildungsmöglichkeiten boten sich nach Ansicht der Referentin auch mit der Öffnung der landesherrlichen Bibliothek für die Öffentlichkeit und nicht zuletzt das Theater, das eine große Rolle gespielt habe.

Im zweiten Teil des Vortrages würdigte die Referentin Luise Büchners Tätigkeit als Schriftstellerin und Historikerin. Weit über die damals für Frauen vorgesehene „ethische Bildung“, hielt Luise für „strebsame Frauen“ selbst Vorträge über Geschichte mit Einbeziehung der Gegenwart: „Die Frau ist dazu berufen, als Lehrerin zu dienen.“ Bei persönlicher Bescheidenheit sei sie voller Zuversicht gewesen, sicher durch ihren persönlichen Erfolg beeinflusst. Ein Vortrag, der Lust auf einen Ausstellungsbesuch machte.

Hans-Wolfgang Steffek (has); erschienen am 31. Januar 2014 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Wider die blinden Flecken

Dr. Carsten Lind spricht in einem OHG-Vortrag über Gießen im Ersten Weltkrieg

Ein Thema, das sogar im Buch zum 800-jährigen Stadtjubiläum ein blinder Fleck

ist: Gießen im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. Im letzten Vortrag des Oberhessi-

schen Geschichtsvereins in der Wintersaison gab Dr. Carsten Lind (Marburg) einen ersten knappen Einblick in ein historisches Kapitel, das im Jubiläumsjahr 2014 eine Reihe von Veranstaltungen nach sich ziehen wird, in denen Teilbereiche differenzierter betrachtet werden sollen. Dabei spielt die Zusammenarbeit von Geschichtsverein und Stadtarchiv eine tragende Rolle mit der Erarbeitung einer Ausstellung im Herbst im KiZ. So begrüßte OHG-Vorsitzender Dr. Michael Breitbach am Mittwoch neben dem Referenten des Abends auch den Leiter des Stadtarchivs, Dr. Ludwig Brake, im Netanya-Saal des Alten Schlosses. Wie stark das Interesse an diesem im Vergleich zum gut dokumentierten Zweiten Weltkrieg „unterbelichteten“ Ersten Weltkrieg ist, spiegelte sich im zahlreich erschienenen Publikum, für das noch zusätzliche Stuhlreihen gestellt wurden.

OHG-Vorstandsmitglied Carsten Lind, der an der Justus-Liebig-Universität in Geschichte promoviert wurde und nach seiner Zeit im Gießener Universitätsarchiv jetzt im Marburger Uni-Archiv tätig ist, rahmte seinen Blick auf den Ersten Weltkrieg im lokalen Raum mit der Beschreibung in Meyers Konversationslexikon eines beschaulichen Gießen, das auch nach den Schreckensjahren 1914 bis 1918 nicht wesentlich beschädigt erscheint. Er illustrierte sein gut einstündiges Referat mit Fotografien, Dokumenten und Zeitungsausschnitten der Lokalpresse. Dabei haben verordneter vaterländischer Jubel – etwa im Zusammenhang mit dem heimischen 116er-Regiment – ebenso Platz wie Versorgungsentpässe, Einquartierungen, Hilfsaktionen und Warenspenden. Unklare Nachrichtenlage, Vertuschung von Fakten und zunehmende persönliche Not sorgten bei der Bevölkerung für Unsicherheit, Diskriminierung und Angst, etwa vor Spionen und Saboteuren.

Gießen spielte als Eisenbahnknotenpunkt und Industriestandort (zusammen mit Wetzlar) eine zentrale Rolle für Transporte und war Durchgangsstation für Soldaten und Kriegsgefangene, deren Zahl im Lager „Am Trieb“ mit bis zu 26000 nahe an die damalige Einwohnerzahl mit rund 33000 heranreichte. In dem Lager gab es sogar Viehhaltung zur Versorgung. Zeichnungen eines französischen Kriegsgefangenen künden mit karikierender Note vom Lageralltag, ein Foto der Villa Leutert zeigt Gefangene, die den Park auf Hochglanz bringen. Lind flocht Rolle und Einfluss Gießener Persönlichkeiten in der Lokalpolitik ein, etwa des Psychiaters Robert Sommer, der sich parteilos und ehrenamtlich im heimischen Stadtparlament engagierte, oder von Oberbürgermeister Keller, dessen Idee zu einer „Bürgerwehr“ im Sande verlief. Eine persönliche Note verlieh dem sonst eher sachlich und trocken gehaltenen Vortrag Farbe: Eingebildet wurde der Militärpass von Linds Großvater, der als jüngster von vier Söhnen – einer war bereits fürs Vaterland den Heldentod gestorben – noch 1918 eingezogen werden sollte.

Lind brachte etliche neue Erkenntnisse ein, die im Umfeld der Vorbereitung der Ausstellung des Stadtarchivs im Herbst von einer Arbeitsgruppe durch Recherchen in Archiven des In- und Auslands gemacht wurden. Fazit und Fragen blieben: Könnte die auffallend mangelhafte Datenlage auf propagandistisch verursachter Manipulation beruhen? Vielleicht werfen ja die vertieften Forschungen im Jubiläumsjahr mehr Licht auf Gießen im Ersten Weltkrieg.

Hans-Wolfgang Steffek (bas); erschienen am 7. März 2014 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Der OHG dankt der
- **Gießener Allgemeinen Zeitung**
www.giessener-allgemeine.de
für die Möglichkeit der Onlinepublikation.

VII. Autorinnen und Autoren dieses Bandes:

Dr. Michael Breitbach, Posener Straße 17, 35394 Gießen

Jürgen Dauernheim, Aulweg 82, 35392 Gießen

Dr. Eva-Marie Felschow, Am Lotzengraben 21 A, 35584 Wetzlar-Naunheim

Dietlind Grabe-Bolz, Rathaus der Universitätsstadt Gießen, Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Dr. Bernd Greiten, Starenweg 20, 35435 Wettenberg, bgreiten@t-online.de

Heidrun Helwig, Gießener Anzeiger, Redaktion, Am Urnenfeld 12, 35396 Gießen, hhelwig@giessener-anzeiger.de

Volker Hess, Gießener Straße 69, 35460 Staufenberg, v@tagebergen.de

Dr. Jeanette van Laak, Justus-Liebig-Universität Gießen, Otto-Behaghel-Straße 10 D, 35394 Gießen

Ulrich Ritzerfeld, Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Wilhelm-Röpke-Straße 6 c, 35032 Marburg

Agnes Schmidt, Rheinstr. 51, 64331 Weiterstadt, agnessch@aol.com, www.luise-buechner-bibliothek.de

Manfred Schmidt, Hainweg 7, 35435 Wettenberg, manfred.schmidt1943@gmx.net

Prof. Dr. Ingfried Stahl, Seestraße 7, 36304 Alsfeld, Ingfried.Stahl@web.de

Dieter Steil, Jenaer Straße 13, 35396 Gießen, dieter.steil@steil-giessen.de

Dr. Lars Witteck, Regierungspräsidium Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 1-7, 35390 Gießen

An alten Jahrgängen der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ sind noch vorhanden und können über die Geschäftsstelle im Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen, bezogen werden:

Nr. 43/1959	2,50 €
Nr. 44/1960 Festschrift Prof. Dr. Rauch	2,50 €
Nr. 46/1962, Nr. 47/1963, Nr. 48/1964	2,50 €
Nr. 49/50/1965	2,50 €
Nr. 51/1966	2,50 €
Nr. 52/1967	2,50 €
Nr. 53/54/1969	2,50 €
Nr. 55/1970	2,50 €
Nr. 56/1971	2,50 €
Nr. 57/1972	2,50 €
Nr. 62/1977 Festschrift Dr. Herbert Krüger	2,50 €
Nr. 63/1978 Festschrift 100 Jahre OHG	2,50 €
Nr. 65/1980	2,50 €
Nr. 66/1981	2,50 €
Nr. 67/1982	2,50 €
Nr. 76/1991	2,50 €
Nr. 80/1995	2,50 €
Nr. 81/1996	2,50 €
Nr. 82/1997	2,50 €
Nr. 83/1998	2,50 €
Nr. 85/2000	2,50 €
Nr. 86/2001	2,50 €
Nr. 87/2002	2,50 €
Nr. 88/2003	2,50 €
Nr. 89/2004	14,50 €
Nr. 90/2005	14,00 €
Nr. B1 Beiheft „Amerika-Haus“	7,50 €
Nr. 91/2006	14,50 €
Nr. 92/2007	14,50 €
Nr. 93/2008	14,50 €
Nr. 94/2009	14,50 €
Nr. 95/2010	14,50 €
Nr. 96/2011	14,50 €
Nr. 97/2012	14,50 €
Nr. 98/2013	14,50 €
Nr. 99/2014	14,50 €

Ältere Jahresbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht. Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ Nr. 1-79.

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 15 € jährlich für Einzelmitglieder
20 € für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
IBAN DE23 5135 0025 0200 5085 12, BIC SKGIDE5F

Sparkasse Gießen (Freundeskreis Alter Friedhof)
IBAN DE86 5135 0025 0200 6039 90, BIC SKGIDE5F

Volksbank Gießen
IBAN DE55 5139 0000 0000 4577 01, BIC VBMHDE5F

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und verbilligter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasserinnen und Verfasser verantwortlich. Manuskripte werden in folgender Form erbeten: unformatierte Texte als Word-Datei auf CD abgespeichert oder als Anhang zu einer Email und einen Ausdruck. Sofern Abbildungen vorgesehen sind, bitte diese nummerieren und die entsprechende Stelle im Text markieren. Die Abbildungen möglichst gescannt (300 dpi) und auf CD.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
www.ohg-giessen.de

Besuchsadresse: Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon: 0641/3061549, Fax: 0641/3061545
eMail: info@ohg-giessen.de

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-Behagel-Straße 8, durchgeführt.

